

Willy Klages



**Das Schicksal der Deutschen in
Westpolen und Ostbrandenburg**

**Die
Vertreibung
der Deutschen
aus Westpolen und Ostbrandenburg**

**Chronik vom 11. November 1918
bis zum 28. Januar 1945**

Sonderheft Nr. 1

Das Schicksal der Deutschen in Westpolen und Ostbrandenburg

Die Vertreibung der Deutschen aus Westpolen und Ostbrandenburg

Chronik vom 11. November 1918 bis zum 28. Januar 1945

Sonderheft Nr. 1

Inhaltsverzeichnis	Seite
Neugründung des polnischen Staates	2-13
Verschlechterung der deutsch-polnischen Beziehungen von 1932-1939	13-24
Deutsch-polnischer Krieg	24-40
NS-Zivilverwaltung in den westpolnischen Restgebieten durch SS-Sonderorganisationen	40-45
Militärische Lage östlich der Oder-Neiße-Linie (1944)	45-46
Die Flucht der Deutschen	46-51
Lebensverhältnisse nach der "sowjetischen Befreiungsmission"	51-58
Massenverhaftungen, Zwangsarbeit und Lager	58-59
Die Vertreibung der Deutschen	59-68
Chronik der militärischen Operationen, Fluchtbewegungen, Flucht- und Befreiungskatastrophen, NS-Propaganda, Vertreibungspläne und sonstige Vereinbarungen der Siegermächte vom 1. Januar 1944 bis zum 28. Januar 1945	69-95
Hinweise für den Leser Quellen- und Literaturnachweis Bildnachweis	96-99

Neugründung des polnischen Staates

11.11.1918

Polen: Nach den "polnischen Teilungen" von 1772, 1793 und 1795 erfolgt am 11. November 1918 die Neugründung des polnischen Staates bzw. der Republik Polen (x051/447).

Die Republik Polen

Der Versailler Friedensvertrag vom 28. Juni 1919 brachte für Polen große Gewinne an Land, Menschen und Wirtschaftskraft. Polen erhielt z.B. vom Deutschen Reich ca. 90 % der Provinz Posen und rd. 66 % der Provinz Westpreußen (x020/15). Polen bekam ferner Teile Niederschlesiens (das Hultschiner Ländchen besaß große Kohlevorkommen), mußte der Tschechoslowakei aber einige Gebiete überlassen.

Im Oktober 1921 mußte die deutsche Reichsregierung, trotz der eindeutigen Volksabstimmung für das Deutsche Reich (59,6 %), den Verlust der wertvollsten oberschlesischen Industriegebiete hinnehmen (der Schiedsspruch des Völkerbundes vom 20.10.1921 stellte zweifelsfrei einen Bruch des Versailler Friedensvertrages dar).

Der östlich Teil Westpreußens (Regierungsbezirk Grenzmark Posen-Westpreußen, mit dem Regierungssitz Schneidemühl, und Teile der Regierungsbezirke Allenstein und Marienwerder) blieb nach Volksabstimmung (Wahlergebnis von 1920 = 92,3 % bzw. 97,9 %) beim

Deutschen Reich und wurde den preußischen Provinzen Pommern und Ostpreußen zugeordnet. Die preußische Provinz Ostpreußen wurde danach wieder, wie in den Jahren 1466-1772, durch den "Polnischen Korridor" (Küstenlänge = 137 km) vom Deutschen Reich abgeschnitten. Die bisherige westpreußische Hauptstadt Danzig (deutscher Bevölkerungsanteil rd. 95 %) wurde als "Freie Stadt" dem Schutz des Völkerbundes unterstellt.

Aufgrund der langen russisch-preußisch-österreichischen Besatzung (123-146 Jahre) herrschten in den polnischen Regionen sehr unterschiedliche wirtschaftliche, kulturelle und politische Lebensverhältnisse:

Ehemalige preußische Provinzen Westpreußen und Posen: Vorbildlich organisierte Landwirtschaft, dichtes Verkehrsnetz, zahlreiche kleine Industriebetriebe. Zentraler Mittelpunkt war Posen.

Ehemalige preußische Provinz Oberschlesien (der östlich Teil Oberschlesiens gehörte seit 1335 zum Deutschen Reich und zählte zu den ältesten Grenzlinien Europas): Zentraler Mittelpunkt war Kattowitz.

Ehemalige österreichische Provinz Galizien: Teilweise gut entwickelte Land- und Forstwirtschaft. Zentrale Mittelpunkte waren Krakau und Lemberg.

Ehemalige russische Provinz ("Kongreßpolen"): Rückständige Landwirtschaft, z.T. mangelhafte Verkehrswege. Zentrale Mittelpunkte waren Warschau und Lodz.

Minderheitenprobleme in Polen

In Polen mußten sich die Deutschen und andere nationale Minderheiten in den ehemaligen preußischen Provinzen spätestens ab 1923 entweder völlig unterordnen oder sie wurden vielfach gewaltsam gezwungen, ihre nicht selten uralten Heimatorte kurzfristig zu verlassen.

In den breitgefächerten Streusiedlungen und vor allem in den Städten gelang es den Polen verhältnismäßig rasch, die Widerstandskraft der deutschen Arbeiter, der Angestellten und der Beamten zu brechen. Die meisten Deutschen konnten die systematischen Diskriminierungen nicht ertragen und wollten die unwürdigen Lebensumstände nicht hinnehmen.

Von 1919-1925 kehrten etwa 638.000 Volksdeutsche "freiwillig" in das Deutsche Reich zurück (x035/327). Die volksdeutschen Rückkehrer kamen aus Posen und Westpreußen (465.500), Ostoberschlesien (90.000) und aus Kongreßpolen (82.500).

Werner Hilgemann (1921-2004) berichtet später im "Atlas zur deutschen Zeitgeschichte 1918-68" über die Minderheitenprobleme in Polen (x024/38): >>Obwohl die polnische "Märzverfassung" von 1921 im Kapitel V den nationalen Minderheiten volle Gleichberechtigung und das Recht zur Pflege ihrer Nationalität, ihrer Sprache und Kultur zugestand, der Minderheitenschutzvertrag vom 28.6.1919 die deutsche und jüdische Bevölkerung schützen sollte und eine galizisch-ukrainische Autonomie am 26.9.1922 anerkannt worden war, kam es in Polen nicht zu einem Zusammenleben der Völker.

Ein unduldsamer polnischer Nationalismus verkannte ethnische und geographische Bedingungen und war bestrebt, Bedeutung und Einfluß der Minderheiten einzuschränken, indem er sie zu assimilieren bzw. polonisieren (Weißrussen, Ukrainer) oder zu verdrängen versuchte (Deutsche).<<

Der deutsche Historiker Bernd-Jürgen Wendt schreibt später über die Wiedererrichtung Polens (x051/447-448): >>Polen, östlicher Nachbarstaat des Deutschen Reiches mit 388.390 km² und rund 32 Millionen Einwohnern (1930).

Das seit dem 18. Jahrhundert zwischen Preußen, Rußland und Österreich geteilte Polen entstand am 11.11.18 neu als Republik. Nach einer Phase der innen- ("Märzverfassung" vom 17.3.21) und außenpolitischen Konsolidierung führten wirtschaftliche Probleme nach politischer Destabilisierung schließlich zum Staatsstreich durch Pilsudski (12.5.26).

Eingeschlossen zwischen revisionistischen Mächten, blieb Polens Schicksal eng mit dem Deutschlands und der Sowjetunion und der Entwicklung der deutsch-sowjetischen Beziehungen verflochten. In enger Wechselbeziehung zu dieser Lage stand die Lösung politisch-

ökonomischer Schwierigkeiten in dem durch den Krieg stark zerstörten und wirtschaftlich rückständigen Land:

1. Agrarreform u.a. als Waffe gegen den deutschen Großgrundbesitz in Westpolen;
2. Industrialisierung und Modernisierung im Schatten eines deutsch-polnischen Zollkrieges 1925-34;
3. Ausbau Gdingens als Konkurrenzhafen zum deutschen Freistaat Danzig;
4. restriktive Minderheiten- und Verdrängungspolitik besonders gegen die Deutschen (1921 rund 2,3 % der Bevölkerung).

Außenpolitisch erhob Polen Anspruch auf die Führungsrolle im "Dritten Europa" zwischen Ostsee und Adria (3.3.21 polnisch-rumänisches Bündnis), einem 1919 als Sperrriegel gegen die Sowjetunion und Deutschland von Frankreich (19.2.21 polnisch-französisches Bündnis) aufgebauten "cordon sanitaire".

Die nach anfänglichen Präventivkriegsplänen Pilsudskis unerwartete Annäherung an Berlin (26.1.34 Deutsch-Polnischer Nichtangriffspakt), der Polnisch-Sowjetische Nichtangriffsvertrag (25.7.32), das Vertrauen auf unüberbrückbare Differenzen zwischen Nationalsozialismus und Bolschewismus und auf eine zwar zahlenmäßig überlegene, aber militärisch-technisch und taktisch-strategisch unterlegene Armee verleiteten den polnischen Außenminister J. Beck (ab 1932 als "junger Mann" Pilsudskis) zu einer selbständigen Politik der Balance zwischen Ost und West. ...<<

September 1919

Polen: Stanislaw Grabski (1871-1949, ein führender nationaldemokratischer Politiker) fordert im September 1919 eine extrem nationale Minderheitenpolitik. In den neuerworbenen Gebieten müsse man die fremden Elemente (die Deutschen stellen damals in den ehemaligen preussischen Provinzen 35,4 % der gesamten Bevölkerung) auf 1,5 % herabdrücken (x025/42).

Der polnische Staatsrechtler S. Kutrzeba schließt Vertreibungen nicht aus, denn die Vertreibung derjenigen, die von den Besatzern ins Land gebracht wurden, um ihm ein fremdes Aussehen zu geben, würde nur den alten Rechtszustand wieder herstellen (x025/179).

April 1920

Polen: Im April 1920 beginnt der polnisch-russische Krieg, da Marschall Pilsudski die polnischen Ostgrenzen von 1772 durchsetzen will.

Der polnische "Blitzfeldzug" gegen Sowjet-Rußland

Nach den Plänen der Briten und Franzosen sollte die polnische Ostgrenze ("Curzon-Linie") nicht über das polnische Siedlungsgebiet hinausgehen (x069/138). Polen wollte sich damit aber nicht begnügen. Während in Rußland ein blutiger Bürgerkrieg tobte, griffen polnische Truppen den geschwächten russischen Nachbarn im April 1920 an. Am 7. Mai 1920 eroberte die überlegene polnische Armee (148.500 Polen gegen 65.000 Sowjets) Kiew, die Hauptstadt der Ukraine (x047/134).

Nach einer großangelegten sowjetischen Gegenoffensive wurden die polnischen Truppen (Marschall Pilsudski) jedoch schnell zurückgedrängt. Im Juli 1920 stand die Rote Armee bereits vor Warschau. Hier konnte man die Russen jedoch mit französischer Waffenhilfe bzw. wegen Streitigkeiten der sowjetrussischen Armeeführer Tuchatschewski (1893-1937) und Budjonny (1883-1973) stoppen und zurückschlagen ("Wunder an der Weichsel"). Nach dem völlig überraschenden polnischen Sieg über die abgekämpften Truppen der Roten Armee erfolgte die östliche Verlagerung der polnisch-russischen Grenze.

Der polnische "Blitzfeldzug" gegen Sowjet-Rußland (April bis Oktober 1920) war äußerst erfolgreich, denn Polen konnte die bisherigen Volkstumsgrenzen um ca. 250 km nach Osten erweitern (x061/433). Die Länge der neuen polnisch-russischen Grenze betrug danach 1.412 km).

Die "neuen ostpolnischen Gebiete" wurden überwiegend von Ukrainern und Weißrussen bewohnt, die ausschließlich von primitiver Land- und Forstwirtschaft lebten. Zentrale Mittel-

punkte waren Wilna, Brest und Rowno. Nach polnischen Angaben siedelten in diesen "ost-polnischen Gebieten" später rd. 8,9 Millionen Einwohner, davon waren etwa 6,0 Millionen Ukrainer und Weißrussen, ca. 1,5 Millionen Polen und 1,4 Millionen andere Minderheiten, vor allem Juden (x064/127).

Lenin erklärte nach der rigorosen bzw. maßlosen polnischen Grenzfestlegung (polnisch-sowjetischer Frieden von Riga vom 18. März 1921), daß man aus taktischen Gründen diese Grenze vorübergehend anerkennen müßte, aber diese Gebiete zu gegebener Zeit wiederholen würde.

Diese willkürliche polnische Grenzziehung löste in den folgenden Jahren ständig schwere polnisch-sowjetische Konflikte aus und führte schließlich im Jahre 1939 zum sowjetischen Einmarsch. Für die Ostdeutschen wirkte sich die polnische Expansionspolitik besonders verhängnisvoll aus, denn im Verlauf des Zweiten Weltkrieges einigten sich die Sowjetunion, die westlichen Siegermächte und Polen schließlich zu Lasten der deutschen Ostprovinzen (Tausch der im Jahre 1920 besetzten ukrainischen und weißrussischen Gebiete gegen die deutschen Ostgebiete).

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet später (am 5.12.2009) über den polnisch-sowjetischen Krieg von 1920/21 (x887/...): >>Wie polnisch war "Ostpolen"?

Polens heutige Ostgrenze basiert weitgehend auf der vor 90 Jahren gezogenen Curzon-Linie. Die heutige Ostgrenze der Republik Polen entspricht weitgehend der sogenannten Curzon-Linie, die sich ihrerseits an der Volkstums- und Sprachgrenze orientiert.

Vor 90 Jahren verkündeten die Sieger des Ersten Weltkrieges auf der Pariser Friedenskonferenz die nach dem damaligen britischen Außenminister George Curzon benannte Linie als Demarkationslinie.

Die "14 Punkte" des US-amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson, auf deren Basis die Deutschen sich 1918 zum Friedensschluß bereit erklärt hatten, enthielten mit dem 13. auch einen Punkt über Polen und seine Grenzen: "Ein unabhängiger polnischer Staat sollte errichtet werden, der alle Gebiete einzubegreifen hätte, die von unbestritten polnischer Bevölkerung bewohnt sind; diesem Staat sollte ein freier und sicherer Zugang zur See geöffnet werden, und seine politische sowohl wie wirtschaftliche Unabhängigkeit sollte durch internationale Übereinkommen verbürgt werden."

Anders als bei der Westgrenze zu Deutschland waren die Siegermächte des Ersten Weltkrieges bemüht, Polen im Osten eine Grenze zu geben, die dem Selbstbestimmungsrecht der Völker, also der Volkstums- beziehungsweise Sprachgrenze entsprach. Polens östlicher Nachbar, das vormalige Zarenreich, zählten die Kriegssieger nämlich im Gegensatz zu Polens westlichem Nachbarn nicht zu ihren Gegnern. Zwar betrachteten sie Rußlands "Rote" wie die Deutschen als Paria, doch gaben sie sich noch längere Zeit der Hoffnung hin, daß die von ihnen unterstützten "Weißen" die zukünftigen Herren Rußlands wären.

Folgerichtig entwickelten die Sieger auf der Pariser Friedenskonferenz für Polens Abgrenzung gegen Osten eine Demarkationslinie, die weitgehend der Sprachgrenze entsprach. Am 8. Dezember 1919 wurde der polnischen Regierung diese Linie mitgeteilt mit der Erlaubnis, bis dorthin ihre Verwaltung auszudehnen. Diese "Linie des 8. Dezember" bezeichnen wir heute als "Curzon-Linie".

Ebenso wie im Westen war die polnische Regierung jedoch auch im Osten nicht bereit, sich mit den mehrheitlich von ihren Landsleuten bewohnten Territorien zu begnügen.

Wilsons Vorgabe, daß der polnische Staat alle Gebiete "ezubegreifen" habe, die von unbestritten polnischer Bevölkerung bewohnt sind, legte die Regierung vielmehr in der Weise aus, daß alles Polen sei, wo Polen leben, unabhängig davon, ob sie in ihrer Heimat die Mehrheit bilden.

Mit Waffengewalt trachtete Warschau nun zu gewinnen, was die Sieger in Paris ihnen nicht gewährt hatten. Rußlands Bolschewiki verhielten sich im Grunde ähnlich wie zuvor im Ersten

Weltkrieg gegenüber den Mittelmächten.

Der Kampf um die Macht im Inneren gegen die "Weißen" hatte für sie Vorrang vor Grenzfragen im Konflikt mit ausländischen Mächten. Vielleicht hatten die Bolschewiki auch ähnlich wie beim Friedensschluß von Brest-Litowsk mit den Mittelmächten die Hoffnung, daß es doch nur um ein Provisorium ginge. Jedenfalls schlug Lenin selbst am 28. Januar 1920 Friedensverhandlungen auf Basis einer Demarkationslinie vor, die zwischen 280 und 400 Kilometer östlich der Volkstumsgrenze lag. Der polnischen Regierung reichte das jedoch nicht. Sie hoffte auf noch mehr Landgewinn.

Im Juni des Jahres wendete sich jedoch das Schlachtenglück. Polens Streitkräfte gerieten in die Defensive und mußten sich zurückziehen. Bis zum Juli rückten die Russen bis zur Curzon-Linie vor. In dieser Situation bat der polnische Premier die auf der Konferenz von Spa vereinten alliierten Staatsmänner um Hilfe.

Ein weiteres Mal versuchten nun die Alliierten, die "Linie vom 8. Dezember" als Grenze durchzusetzen. Nachdem sich die polnische Seite am 10. Juli 1920 zum Rückzug hinter die Curzon-Linie verpflichtet hatte, schlugen die Alliierten telegrafisch den Russen einen Waffenstillstand mit ihr als Demarkationslinie vor. Da das entsprechende Telegramm vom britischen Außenminister George Curzon unterschrieben war, begann sich der Name "Curzon-Linie" durchzusetzen.

Um ihrem Vorschlag Nachdruck zu verleihen, hatten die Alliierten den Russen für den Fall des Überschreitens der Linie mit der militärischen Unterstützung Polens gedroht. Das hinderte die Sowjets nicht, ihren Vormarsch fortzusetzen. Mit alliierter Unterstützung gelang es den Polen allerdings, die Russen im August 1920 vor Warschau zu stoppen.

Analog zum "Wunder an der Marne" spricht man in diesem Zusammenhang gerne vom "Wunder an der Weichsel". Nun bewegte sich die Front wieder Richtung Osten und es waren die Russen, die einen Friedensvertrag auf Basis der Curzon-Linie vorschlugen. Dazu waren aber wiederum die Polen nicht bereit. Das Ergebnis der von den Alliierten vermittelten Friedensverhandlungen war schließlich der Friede von Riga.

In diesem am 18. März 1921 geschlossenen Frieden konnte Polen eine rund 250 Kilometer östlich der Volkstumsgrenze liegende Staatsgrenze durchsetzen. Selbst nach polnischen Angaben umfaßte die Bevölkerung zwischen der Curzon-Linie und der nunmehrigen polnischen Ostgrenze in den frühen 1920er Jahren etwa sechs Millionen Ukrainer und Weißrussen, etwa 1,4 Millionen andere, vor allem Juden und Litauer, aber nur etwa 1,5 Millionen Polen - also etwa 17 Prozent. Dennoch wird das Gebiet zwischen der Volkstumsgrenze beziehungsweise Curzon-Linie im Westen und der in Riga gezogenen Ostgrenze bis zum heutigen Tage in der Bundesrepublik regelmäßig als "Ostpolen" bezeichnet.

Angesichts der Polenfreundlichkeit des Westens mag diese fälschliche Verwendung des Begriffs politisch gewollt sein, aber sie bleibt grob falsch.

Verständlicherweise revidierte Moskau die Friedensregelung von Riga, als Berlin ihm hierzu mit dem deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrag vom 23. August 1939 und dem anschließenden Angriff auf Polen die Möglichkeit bot. Bemerkenswerterweise verzichtete die Sowjetunion - mit Ausnahme des zu erheblichen Teilen weißrussisch-sprachigen Gebietes um Bialystok - auf die Annektierung polnischen Territoriums und begnügte sich nach dem erfolgreichen Polenfeldzug im Deutsch-Sowjetischen Grenz- und Freundschaftsvertrag vom 28. September 1939 mit dem nichtpolnischen "Ostpolen".

Von westallierter Seite wurde zwar noch versucht, die Sowjetunion für eine östlich von Lemberg verlaufende B-Variante der Curzon-Linie zu gewinnen, aber diese verzichtete nur auf das westlich der Curzon-Linie liegende Bialystok. Die UdSSR ist nun schon seit fast einem Jahrzehnt Geschichte, aber die von ihr gezogene Ostgrenze Polens auf der Basis der Curzon-Linie hat bis heute Bestand.<<

Oktober 1920

Polen: Nach dem Sieg über Sowjet-Rußland (polnisch-russischer Krieg von April bis Oktober 1920) verlagert Polen die bisherigen Grenze um ca. 250 km östlich der von England empfohlenen Volkstums Grenze (Curzon Linie).

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über die "Curzon-Linie" (x051/-105): >>Curzon-Linie, nach dem britischen Außenminister G. N. Curzon (1859-1925) benannte und von ihm am 11.7.20 vorgeschlagene Demarkationslinie zwischen Polen und der Sowjetunion: Dünaburg - Wilna - Grodno - Brest, dann dem Bug folgend und Galizien durchschneidend bis Przemyśl.

Polen lehnte die Curzon-Linie nach dem Sieg über die Rote Armee bei Warschau (August 20) ab und verlegte die Grenze 250 km weiter nach Osten. 1939 diente die Curzon-Linie zur Orientierung bei der Abgrenzung der Interessensphären im Deutsch-Sowjetischen Nichtangriffsvertrag und 1945 bei der polnisch-sowjetischen Grenzziehung.<<

1921

Polen: Der englische Nationalökonom John M. Keynes schreibt im Jahre 1921 über den polnischen Antisemitismus, daß Polen eigentlich kein Gewerbe außer Judenhetze besitzen würde (x025/174).

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet später (am 20. November 2022) über den Antisemitismus in Polen von 1923 bis 1925: "Judenhetze in Polen": Simon

Wiesenthal klagt an

_ von Gero Bernhardt

Antisemitismus hat in Polen eine lange Tradition. Unter der Regierung Grabski in den Jahren 1923 bis 1925 erreichte er einen Höhepunkt. Es gab antijüdische Pogrome, die Trennung von jüdischen und nicht-jüdischen Studenten, ja, sogar eine Art "Arierparagraphen" bei zahlreichen Verbänden und Vereinigungen.

Bei der Volkszählung 1931 gab es in Polen noch 2,73 Millionen Juden, von denen viele in den folgenden Jahren vor Verfolgung flüchten mußten. Das Institut für Zeitgeschichte in München stellte 1958 in einem Gutachten fest:

"Die Auswanderungswelle der deutschen Juden war nur ein Teil - und nicht einmal der größte - einer allgemeinen jüdischen Auswanderung aus Mittel-, Ost- und Südosteuropa. Aus Polen wanderten in den Jahren nach 1933 jährlich etwa 100.000 Juden aus, sowohl wegen der wachsend antisemitischen Haltung der polnischen Regierung als auch wegen der immer mehr fortschreitenden wirtschaftlichen Verelendung der polnischen Juden."

1934 verlangte der Primas von Polen, Kardinal August Hlond, die Ausweisung von zwei Millionen Juden. "Als Pilsudski 1935 starb", schreibt der deutsch-polnische Historiker Arno Lustiger in seinem Buch "Schalom Libertad", "konnten sich die Militär-Faschisten und die Endeki (die antisemitischen Nationaldemokraten) mit ihrer nach Nazimuster geschaffenen Miliz Blyskawica (Blitz) voll entfalten. Es gab in unzähligen Städten und Städtchen Polens Pogrome mit Todesopfern ... und unzähligen Sachzerstörungen."

Juden in polnischen KZs

Der sogenannte Nazi-Jäger Simon Wiesenthal bemerkte in seiner 1969 erschienenen Dokumentation "Judenhetze in Polen":

"Als man in Europa gegen die drohende Gewalt Hitlers rüstete, ... da hatte das polnische Parlament nichts Wichtigeres zu tun, als ein Schächtverbot wegen koscheren Fleisches zu diskutieren. Zur gleichen Zeit wurde zum Boykott gegen Juden aufgerufen, ein Boykott gegen jüdische Geschäfte. An den Universitäten führte man 'Tage ohne Juden' ein, und jüdische Studenten, die sich an die Universität wagten, wurden oft blutig geprügelt."

Juden, fährt Wiesenthal fort, seien im Vorkriegspolen sogar in Gefängnisse und Konzentrationslager geworfen worden. Unter der deutschen Besatzung hätten manche der polnischen Antisemiten an der Judenverfolgung mitgewirkt.

Antisemit kontrolliert die deutschen Ostgebiete

Als außerordentlich üble antijüdische Schlägerbande erwähnt Wiesenthal die Oboz Narodowo-Radikalny (ONR; auf Deutsch: National-Radikales Lager). Dieser Truppe habe sich ausgerechnet der spätere Leiter der polnischen Hauptkommission zur Verfolgung von Kriegsverbrechen, Czeslaw Pilichowski (1914-1984), als Jurastudent angeschlossen und sich dort als besonders aktives Mitglied betätigt. Pilichowski habe diese Linie sogar nach 1945 fortgesetzt.

Wiesenthal berichtet:

"Nach dem Krieg tritt Pilichowski in die Kommunistische Partei ein, wird aber nach kurzer Zeit wegen seiner faschistischen Vergangenheit ausgeschlossen. Nach 1956 kommt er von Danzig nach Warschau und wird Sekretär der Gesellschaft für die Entwicklung der Westgebiete."

Mit "Westgebiete" sind übrigens die Oder-Neiße-Gebiete, aus denen zuvor Millionen von Deutschen vertrieben worden waren, gemeint. Ein notorischer Antisemit und Chauvinist kümmerte sich nun also um die Beute polnischen Landraubs.

"Anfang der Sechzigerjahre", so Wiesenthal über Pilichowski weiter, "wird er dank einer Befürwortung eines kommunistischen Aktivisten wieder in die Partei aufgenommen". Im Jahr 1966 sei er dann zum Direktor der Hauptkommission avanciert.

Nach dem Sechstagekrieg habe Pilichowski, der in der Bundesrepublik beispielsweise von der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung hofiert wurde, zu den "aggressivsten antisemitischen Artikelschreibern" gehört.

Was Warschau auf dem Kerbholz hat: In COMPACT-Geschichte "Polens verschwiegene Schuld - Verbrechen an Deutschen von Versailles bis zur Vertreibung" zeigen wir, warum die Reparationsforderungen aus Warschau jeglicher Grundlage entbehren. Lesen Sie alles über polnische Konzentrationslager, Vertreibungsverbrechen, Pogrome, den Bromberger Blutsonntag und andere Schandtaten. ...<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtet später (am 21. Oktober 2022) über die antisemitischen Pogrome Anfang der zwanziger Jahre in Osteuropas: >>**Wenn Nachbarn zum Morden kommen**

Der US-Historiker Jeffrey Veidlinger klärt über antisemitische Pogrome Anfang der zwanziger Jahre in den "Bloodlands" Osteuropas auf

Von *Matthias Bäkermann*

Vor über elf Jahren warf der US-Historiker Timothy Snyder (Yale) mit dem Werk "Bloodlands" den Fokus auf den osteuropäischen "Gewaltraum" zwischen Finnischem Meerbusen und Schwarzmeerküste. Snyder stellte darin den Massenterror, die Deportationen und Mordexzesse im Baltikum, Weißrußland, Polen und der Ukraine dar, die nicht allein auf die Zeit des Zweiten Weltkriegs beschränkt waren.

Auf diesen Pfaden wandelnd, hat sein Historikerkollege Jeffrey Veidlinger, Professor an der University of Michigan und Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats des Zentrums für Jüdische Geschichte in New York, dieses Themenfeld für sein Fachgebiet konkretisiert, der Erforschung der jüdischen Kultur und Geschichte "im Schatten der Shtetl", wie ein Werk von 2015 über jüdisches Leben in der Sowjetukraine betitelt ist.

Dabei beleuchtet er, auf umfangreiche Archivforschung in den USA und der Ukraine gestützt, die antijüdischen Pogrome nach Ende des Ersten Weltkriegs in den zaristischen Westprovinzen Wolhynien und Podolien bis hin zu den Städten Kiew, Tscherkassy und Cherson am Dnjepr.

So ist es geradezu nachvollziehbar, daß der Verlag das Urteil Snyders, daß "an Veidlingers außergewöhnlicher Darstellung dieser jüdischen Katastrophe keiner herankommt", als Referenz angibt. Warum aber aus dem soziologisch gemeinten "Inmitten" des Originaltitels von 2021 (In the Midst of Civilized Europe) plötzlich die geographisch zu verstehende Überset-

zung "Mitten im zivilisierten Europa" geworden ist, da kann in Zeiten des Ukraine-Krieges 2022 nur ein Schelm etwas Böses denken.

Bereits am 13. November 1918, zwei Tage nach dem Waffenstillstand von Compiègne, annullierte die sowjetrussische Regierung den Brest-Litowsker Friedensvertrag. Die deutschen Truppen zogen sich bis Ende 1918 rasch aus den von ihnen bis zum Don und der Krim besetzten Weiten zurück. In dieses Machtvakuum stießen schnell nationalistische Staatsgründungs- bzw. Staatsausdehnungsprojekte, politisch-soziale Aufstandsbewegungen oder die Frontlinien des Russischen Bürgerkrieges. Bis 1921 blieb diese Region großteils Kriegsgebiet. Und auf eben diese unübersichtliche, in der westlichen Historiographie weitgehend unberücksichtigte Gemengelage richtet Veidlinger sein Augenmerk.

Im Eingangskapitel rekapituliert er die Geschichte antijüdischer Gewalt, die bereits zu Zarenzeiten regelmäßig zu Pogromen führte und jüdische Auswanderungswellen immer wieder anheizte. Die nachfolgende detaillierte Beschreibung einzelner Pogrome in Kleinstädten wie Ovrutsch oder Proskuriv (heute Chmelnyzkyj) im Frühjahr 1919 unter Regie der ukrainischen Armee von Symon Petljura, dem heute in Kiew Denkmäler gewidmet sind, gibt einen Einblick, wie leicht das fragile Gesellschaftsgefüge zwischen Juden und der meist bäuerlichen Bevölkerung zerbrach und sich in mörderischen Übergriffen des Mobs entlud.

Die nationalistischen, bolschewistischen und wiederum antibolschewistischen Affekte schaukelten sich dabei zunehmend auf und forderten insgesamt über 100.000 Opfer. Nach 1941 war es Veidlinger zufolge dann für die Nationalsozialisten in der Ukraine ein leichtes, diese lokalen Erinnerungen für ihren Holocaust zu mobilisieren und zu nutzen.

Jeffrey Veidlinger: Mitten im zivilisierten Europa. Die Pogrome von 1918 bis 1921 und die Vorgeschichte des Holocaust. ... München 2022, ... 456 Seiten ...<<

1923

Polen: In Ostgalizien wird der Aufstand der Ukrainer und Weißruthenen, die sich im Jahre 1923 gegen die polnische Unterdrückung zur Wehr setzen, brutal niedergeschlagen (x064/-128-129).

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtet später (im Jahre 2022) im Sondermagazin Geschichte Nr. 17 über das Schicksal der Minderheiten in Polen (x368/37-39):

>>Terror gegen Minderheiten

_ von Gerd Schultze-Rhonhof

Die verschwiegene Wahrheit: Warschau unterdrückte Juden, Deutsche, Ukrainer und andere Völker.

Das nach dem Ersten Weltkrieg neu erstandene Polen ist mit der Angliederung ehemals ukrainischer, weißrussischer, litauischer, tschechischer und deutscher Landesteile ein Vielvölkerstaat geworden. Die Bevölkerung des Landes besteht im Jahre 1921 aus 30 Millionen polnischen Staatsbürgern, von denen 19 Millionen - also beinahe zwei Drittel - als Muttersprache Polnisch sprechen. Fünf Millionen sind Ukrainer, zweieinhalb Millionen Juden, zwei Millionen Deutsche und 1,2 Millionen Weißrussen. Dazu kommen weitere Minderheiten litauischer, tschechischer oder ungarischer Herkunft sowie Kaschuben und Slonzaken.

Im 1921 eroberten Ostpolen sind die Polen selber eine Minderheit. Auf 9,8 Millionen Ukrainer, Juden und Weißrussen kommen dort gerade einmal 1,8 Millionen angestammte Polen, also nicht einmal ein Sechstel aller Menschen, die dort wohnen.

Russifizierung, Eindeutschung, Polonisierung

Polen hat die Rechte seiner Minoritäten zunächst in dem zum Versailler Vertrag gehörenden Minderheitenschutzvertrag garantiert. Doch 1934 kündigt Polen dieses Abkommen. Die Polen rächen von Beginn ihrer neuen Staatengründung an die früher erduldete Russifizierung und Eindeutschung aus der Zeit der polnischen Teilungen. Sie gehen allerdings mit der Polonisierung derer, die nun Minderheit in ihrem Staat sind, weit über das hinaus, was ihnen selbst zuvor - zumindest unter deutscher und Habsburger Herrschaft - zugemutet worden ist.

Der Völkerbund macht die Lage der Minderheiten in Polen wiederholt zum Thema, doch greift kaum ein. Am 15. Juni 1932 berichtet Baron Noel Edward Noel-Buxton vor dem Oberhaus in London über eine Tagung des Völkerbundsrates zu diesem Thema: "In den letzten Tagen sind auf den Tagungen des Rats des Völkerbundes wichtige Fragen, die die nationalen Minderheiten betreffen, behandelt worden. Vor allem wurde auf der Januartagung ein Bericht verhandelt, der sich mit der sogenannten Terrorisierung beschäftigte, die im Herbst 1930 in der Ukraine stattgefunden hat. ...

Assimilierung durch Zerstörung der Kultur ist an der Tagesordnung. ... Aus dem Korridor und aus Posen sind bereits nicht weniger als eine Million Deutsche seit der Annexion abgewandert, weil sie die Bedingungen dort unerträglich finden. ... Im polnischen Teil Ostgaliziens wurden vom Ende des Krieges bis 1929 die Volksschulen um zwei Drittel vermindert. In den Universitäten, in denen die Ukrainer unter österreichischer Herrschaft elf Lehrstühle innehatten, besitzen sie jetzt keinen, obwohl ihnen 1922 von der polnischen Regierung eine eigene Universität versprochen worden war.

In dem Teil der polnischen Ukraine, der früher zu Rußland gehörte, in Wolhynien, sind die Bedingungen noch härter ... Wir können in diesem Zusammenhang eine besonders beklagenswerte Tatsache nicht beiseitelassen, nämlich die Folterung von Gefangenen in Gefängnissen und von Verdächtigen, die sich die Ungnade der polnischen Behörden zugezogen haben."

Blutige Kämpfe zwischen den Volksgruppen

Weißrussen und Ukrainer als angestammte Mehrheit in Polens 1921 erobertem neuen Osten setzen sich energisch gegen alle Polonisierungs- und Katholisierungsversuche zur Wehr. Als die Regierung in Warschau darangeht, Land in Weißrußland zu enteignen und 1924 und 1925 die weißrussische Sprache für Zeitungen und Schulen zu verbieten, kommt es zu einem Volksaufstand, zu Terror und zu Gegenterror. Bis 1938 zerstört die polnische Armee den Weißrussen und Ukrainern 127 orthodoxe Kirchen, Bethäuser und Kapellen. Das Land bleibt bis zur Besetzung durch die Sowjetunion im September 1939 unbefriedet.

Auch in der Ukraine steht das Nebeneinander von Polen und Ukrainern unter einem schlechten Stern. Nach Ende des Ersten Weltkrieges kommt es zuerst zu schweren Ausschreitungen der Ukrainer gegen die Polen, die sie als frühere Unterdrücker in Erinnerung haben. Dann erobert Polen die Westukraine, und die Rache tobt in umgekehrter Richtung.

1930 schreibt Erzbischof Andrej Scheptyzkyj, Metropolit der griechisch-katholischen Kirche von Lemberg, einen Brief an einen Freund, in dem er klagt: "Wir durchleben schreckliche Zeiten. Die Strafexpeditionen ruinieren unsere Dörfer, unsere Schulen, unsere wirtschaftlichen Institutionen. Tausende von Dorfbewohnern, selbst Priester, Frauen, Intellektuelle wurden geprügelt, oft, bis sie das Bewußtsein verloren."

Auch die 2,5 Millionen Juden im Lande zählen als fremde Minderheit. Der polnische Historiker Oskar Halecki schreibt 1963 in seiner *Geschichte Polens*: "Die jüdische Frage wurde besonders brennend vor dem Zweiten Weltkrieg. Dies war eine sehr einschneidende Frage, wenn man bedenkt, daß mehr als drei Millionen Juden ... über das ganze Land verstreut lebten ... Unter diesen Umständen war das Aufkommen einer antisemitischen Bewegung, aus wirtschaftlichen Gründen weit mehr als aus rassischen, fast unvermeidlich."

Die antisemitische Bewegung, wie Halecki diese bezeichnet, führt dazu, daß in den Jahren von 1933 bis 1938 rund 57.000 Juden ihr polnisches Heimatland verlassen und Zuflucht im benachbarten Deutschland und auf dem Weg über Deutschland im westlichen Ausland suchen, meist in den USA.

Eine weitere Minderheit von nur 106.000 Menschen sind die Kaschuben, die Urbevölkerung im küstennahen Pommerellen aus der Zeit vor der ersten polnischen Eroberung. Sie pflegen neben einer eigenen Sprache auch ihre eigene Identität. Ihre politische Bedeutung in den 1920er Jahren ergibt sich aus ihrem Siedlungsgebiet im Norden ... Pommerellens, eine sich

über südöstliche Teile der Ostseeküste erstreckende historische Landschaft an der Weichselmündung. Die Polen zählen die Kaschuben als Polen, um nachzuweisen, daß die Bevölkerung im Korridor schon immer polnisch war. Die Unzufriedenheit der Kaschuben mit der neuen Staatsgewalt in Warschau wird ihnen als Undank und Dummheit ausgelegt.

Das Schicksal der Deutschen

Die deutsche Minderheit in Polen - zunächst gut zwei Millionen Menschen - nimmt bis 1923 auf 1,2 Millionen ab. Als erstes inhaftiert man 16.000 Deutsche als Staatsfeinde in zwei Konzentrationslagern im Posener Gebiet. Ab 1922 werden die Deutschen ausgewiesen, die nach 1908 ins Land gekommen sind. Dann stellt man die Angehörigen dieser Minderheit vor die Wahl, sich für Polen zu entscheiden oder für Deutschland oder andere Länder zu optieren und dorthin auszuwandern.

Die sogenannten Optanten, die sich zu Deutschland oder Österreich bekennen, müssen ab 1925 das Land verlassen. Zudem entläßt man die deutschsprachigen Beamten. Etwa die Hälfte der russischen, jüdischen und deutschen Schulen und Universitäten wird geschlossen. Der doppelsprachige Unterricht, soweit nach Kriegsende noch erteilt, wird per Gesetz verboten. Einem großen Teil der Deutschen, genauso wie der Ukrainer, Weißrussen, Juden und Österreicher werden ihre Arzt- und Apothekerapprobationen und die Geschäfts- und Verlagslizenzen entzogen. Und ansonsten wird von polnischer Seite wirtschaftlich alles boykottiert, was nicht polnisch ist.

Als 1938 erst Österreich und dann die Sudetengebiete mit dem Deutschen Reich vereinigt werden - oder okkupiert, wie dies die Polen sehen -, steigt die Angst der Polen, Deutschland könnte auch von ihnen Land und Menschen aus dem Bestand des früheren Deutschen Reichs zurückverlangen.

Nach der Annexion des bis dahin tschechoslowakischen Teschener Gebiets durch Polen im September 1938, als Hitler Verhandlungen über die Zukunft der Stadt Danzig einleitet, nimmt die Feindschaft der Polen gegen ihre deutsche Minderheit besonders scharfe Formen an. Terrorakte gegen Deutsche, die Zerstörung deutscher Geschäfte und Brandstiftungen auf deutschen Bauernhöfen werden zum Pogrom.

Nach der Rückgliederung des Memellandes an das Reich im März wird die Lage der Deutschen gänzlich unerträglich. Im Sommer 1939 wird die Zahl derer, die dem entkommen wollen und Polen quasi illegal verlassen, immer größer. Bis Mitte August sind über 76.000 Menschen ins Reich geflohen und 18.000 zusätzlich ins Danziger Gebiet.

Die Berichte über den Umgang der Polen mit ihrer deutschen Minderheit und die Schilderungen der Geflohenen sind Öl ins Feuer des beiderseitigen Verhältnisses in den letzten Wochen vor dem Kriegsausbruch. Der damalige Staatssekretär Ernst von Weizsäcker schreibt dazu in seinen Erinnerungen: "Unsere diplomatischen und Konsularberichte zeigten, wie 1939 die Welle immer höher auflief und das ursprüngliche Problem, Danzig und die Passage durch den Korridor, überdeckte."

Polen hat sich, anders als von den Siegermächten des Ersten Weltkriegs vorhergesehen und gewünscht, nicht zu einem Vielvölkerstaat nach Art der Schweiz entwickelt. Es verspielt von Anfang an die Chance, die anderen Volksgruppen in ein neues Vaterland zu integrieren. Man macht im neuen Polen nicht einmal den Ansatz eines Versuchs, die großen Minderheiten der Deutschen, Juden, Weißrussen und Ukrainer für das eigene Land zu gewinnen.

Das Bemühen, deren Identität zu zerstören, dreht Haß und Terror in einer Spirale fast zwei Jahrzehnte lang nach oben. So ist 1939 in Deutschland und in Rußland auch niemand mehr bereit, die Polen als Opfer der drei früheren Teilungen zu betrachten, denen man historisch etwas schuldet. Man sieht in ihnen mittlerweile die Täter gegen Deutsche, Weißrussen und Ukrainer, denen ein schlimmes Schicksal das Los der Minderheit in Polen aufgebürdet hat.

Antisemitismus

Hetze gegen Juden hat bei unseren östlichen Nachbarn eine lange Tradition. Besonders

schlimm wütete man in den Jahren 1923 bis 1925 bei zahlreichen Pogromen. 1934 verlangte der Primas von Polen, Kardinal August Hlond, die Ausweisung von zwei Millionen Juden. In seinem Buch *Judenhetze in Polen* (1969) schreibt Simon Wiesenthal: "Als man in Europa gegen die drohende Gewalt Hitlers rüstete, ... da hatte das polnische Parlament nichts Wichtiges zu tun, als ein Schächtverbot wegen koscheren Fleisches zu diskutieren.

Zur gleichen Zeit wurde zum Boykott gegen Juden aufgerufen, ein Boykott jüdischer Geschäfte. An den Universitäten führte man 'Tage ohne Juden' ein, und jüdische Studenten, die sich an die Universität wagten, wurden oft blutig geprügelt."<<

28.12.1925

Polen: Im Rahmen der polnischen "Agrarreform" werden am 28. Dezember 1925 alle deutschen Großgrundbesitzer ohne Entschädigung enteignet. Die polnischen Großgrundbesitzer schont man.

1925

Polen: Der deutsch-polnische Streit um die Postverkehrs-Grenzlinie endet im Jahre 1925 mit der gewaltsamen Beschlagnahme der Westerplatte (Landzunge im Norden des Danziger Hafens) durch polnische Truppen.

Danach beginnt ein deutsch-polnischer Handelskrieg, der bis 1933 dauert. Der deutsch-polnische Handel geht drastisch zurück und verursacht in Polen große wirtschaftliche Probleme (x064/132).

12.05.1926

Polen: Marschall Pilsudski, der einen noch größeren und stärkeren polnischen Staat anstrebt, marschiert am 12. Mai 1926 mit 15 Regimentern in Warschau ein. Nach harten Straßenkämpfen, die etwa 300 Todesopfer fordern, übernimmt Pilsudski die Regierungsgewalt und beseitigt die demokratische polnische Regierung (x178/72). Nach dem Militärputsch herrschen in Polen diktatorische Verhältnisse.

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über Józef Klemens Pilsudski (x051/444): >>Pilsudski, Józef Klemens, geboren in Zulowo (Litauen) 5.12.1867, gestorben in Warschau 12.5.1935, polnischer Politiker; 1887-92 wegen subversiver Tätigkeit nach Sibirien verbannt, danach Eintritt in die Sozialistische Partei Polens (PPS), 1894 deren Führer.

Pilsudski baute gegen die Russen paramilitärische Verbände auf, stellte sich mit seiner Polnischen Legion im Ersten Weltkrieg auf die Seite der Mittelmächte und wurde 1918 erster Staatspräsident des neuen Polen.

Als Marschall von Polen gelang ihm im August 20 die Abwehr der Roten Armee ("Wunder an der Weichsel"). 1923 Rückzug aus der Politik. Am 12.5.26 stürzte Pilsudski, gestützt aufs Militär und seine große Popularität, die demokratische Regierung und wurde ohne formale Ernennung zum Staatspräsidenten Diktator Polens unter Beibehaltung der parlamentarischen Formen. Durch Annäherung an die übermächtigen Nachbarn suchte Pilsudski den polnischen Staat zu stabilisieren und schloß Nichtangriffspakte mit der Sowjetunion (25.7.32) und, in Fehleinschätzung der wahren Ziele Hitlers, mit dem Deutschen Reich (26.1.34).<<

15.05.1927

Polen: In Rybnik ereignen sich am 15. Mai 1927 pogromähnliche Ausschreitungen gegen Volksdeutsche (x025/43).

Mai 1930

Polen: Im Mai 1930 läßt Pilsudski 88 führende Sejmasabgeordnete (darunter sind z.B. der Sozialist Libermann, Witos, der Mitbegründer der polnischen Bauernbewegung, und der Nationalist Korfanty) verhaften und internieren. Das polnische Parlament und alle Parteien sind danach bis zum Tod Pilsudskis (12.05.1935) bedeutungslos. Die radikalen polnischen Faschisten bzw. Nationalisten regieren jedoch nicht derartig totalitär, wie die späteren NS-Führer des Dritten Reiches. Einige unabhängige Parteien, Zeitungen und allgemeine Grundsätze der persönlichen Freizügigkeit bleiben weiterhin erhalten und werden nicht angetastet.

27.11.1930

Polen: Da sich in Oberschlesien ständig polnische Gewalttaten ereignen, protestiert die deutsche Reichsregierung am 27. November 1930 wieder vor dem Völkerbund (x034/502).

19.12.1930

Polen: Nach polnischen Gewalttaten gegenüber deutschen Minderheiten in Posen und Pommern protestiert die deutsche Reichsregierung am 19. Dezember 1930 wieder vor dem Völkerbund (x034/506).

27.11.1931

Polen: Die polnische Presse stellt am 27. November 1931 befriedigt fest, daß infolge der erfolgreichen Polonisierung der deutsche Stimmenanteil im abgetretenen Teil Oberschlesiens von 44 % auf 18 % gesunken ist (x034/563).

Dezember 1931

Polen: Der polnische Staat reduziert nochmals die ukrainischen Volksschulen in Ostpolen. Ende 1931 gibt es nur noch 500 ukrainische Schulen (im Jahre 1923 waren es noch 2.600 ukrainische Schulen). Die katholischen Polen zerstören außerdem zahlreiche ukrainische Kirchen (x025/42).

Verschlechterung der deutsch-polnischen Beziehungen von 1932-1939

1932/1933

Polen: Nach Abschluß des polnisch-sowjetischen Nichtangriffspaktes (1932) spricht man in Polen bereits unverblümt über den "Marsch gegen das Deutsche Reich bzw. nach Berlin".

Der Streit um die Westerplatte führt 1932/33 zu gefährlichen polnisch-deutschen Spannungen. Staatschef Pilsudski schlägt deshalb vor, polnisch-französisch-britische "Polizeiaktionen" gegen das Deutsche Reich durchzuführen.

1933

Polen: Nach Hitlers Machtübernahme nehmen Staatschef Pilsudski und Außenminister Jozef Beck (1894-1944) im Jahre 1933 frühzeitig Kontakte mit dem NS-Reich auf. Die polnisch-deutschen Gespräche und Vereinbarungen unterstützen Hitlers Pläne und stören gleichzeitig das französisch-polnische Bündnissystem.

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT-Geschichte" Nr. 8 berichtet später (im Oktober 2019) über das Schicksal der Volksdeutschen bis 1933 in Polen (x358/12-15): >>Das

Leid im Osten

_ von Rüdiger Lenhoff

Nach dem Diktatfrieden von Versailles waren zahlreiche Deutsche in Posen, Westpreußen und Oberschlesien Repressionen durch Polen ausgesetzt. Dabei kam es zu furchtbaren Verbrechen.

... Polnische Chauvinisten

Der Versailler Vertrag hatte bei der Festlegung der deutsch-polnischen Grenze die Frage der Volkszugehörigkeit der ansässigen Bevölkerung weitgehend ignoriert. Ohne Referenden wurde der größte Teil Westpreußens, der Provinz Posen und ein kleiner Teil Ostpreußens (das Gebiet von Soldau) per Federstrich an Polen abgetreten. Unter Protest der deutschen Bevölkerung wurde Danzig als sogenannte Freie Stadt unter die Kontrolle des Völkerbundes gestellt und den Polen ein Katalog mit Sonderrechten gewährt.

Bei der Volkszählung 1923 hatten 97,6 Prozent der Danziger Deutsch als Muttersprache angegeben. Wo Volksabstimmungen stattfanden, stimmte die Mehrheit für die staatliche Zugehörigkeit zu Deutschland. So votierten am 11. Juli 1920 im ostpreußischen Abstimmungsbezirk Allenstein 97,9 Prozent und im westpreußischen Bezirk Marienwerder 92,8 Prozent für den Verbleib im Reich.

Schnell zeigte sich, daß die Regierung in Warschau den Minderheitenschutzvertrag mißachtete, den sie am 28. Juni 1919 in Versailles unterzeichnet hatte - und ohne dessen Annahme es

die deutschen Gebiete nicht zugesprochen bekommen hätte. Selbst ein ausgewiesener Deutschenhasser wie Clemenceau sah sich daraufhin veranlaßt, den polnischen Ministerpräsidenten Ignacy Jan Paderewski auf die Bedeutung der Volksgruppenrechte hinzuweisen.

Trotz der Zusicherung ethnischer Minderheitenrechte und massiver Gebietszuwächse im Westen dachten viele Polen gar nicht daran, sich mit dem Status quo abzufinden. Es gab keine Spur von Dankbarkeit gegenüber Deutschland, das am 5. November 1916 zusammen mit Österreich-Ungarn ein selbständiges Polen ausgerufen hatte. Im November 1918 übernahm Jozef Pilsudski die vollziehende Gewalt in dem neu geschaffenen Staat, der zunächst aus dem historischen Kongreßpolen und Westgalizien bestand. Mit seiner Proklamation zum Staatsoberhaupt begann Pilsudskis erste Präsidentschaft.

Im Januar 1919 ernannte er Paderewski vom Polnischen Nationalkomitee zum Ministerpräsidenten. In dieser Funktion führte der Pianist zusammen mit dem deutschfeindlichen Nationalisten Roman Dmowski die polnische Delegation auf der Pariser Friedenskonferenz 1919 und unterzeichnete den Versailler Vertrag.

Nach einer Rede Paderewskis in der deutschen Provinz Posen und einem Treffen mit dem chauvinistischen früheren Reichstagsabgeordneten Wojciech Korfanty begann dort am 27. Dezember 1918 der großpolnische Aufstand. Sein Ziel war die Abtrennung Posens vom Deutschen Reich. Bereits im Oktober hatte Korfanty im Parlament für den Anschluß deutscher Ostgebiete an Polen plädiert.

Der Aufstand der Separatisten konnte von deutschen Grenzschutzverbänden zwar gestoppt werden. Am 16. Februar 1919 verfügten die Westalliierten jedoch einen Waffenstillstand und legten eine Demarkationslinie zur Teilung der Provinz vor, die fast vollständig Polen zugeschlagen wurde.

Terror gegen Deutsche

Die deutsche Minderheit in Polen - zunächst gut zwei Millionen Menschen - nimmt bis 1923 auf 1,2 Millionen ab. Als erstes inhaftiert man 16.000 Deutsche als Staatsfeinde in zwei Konzentrationslagern im Posener Gebiet. Ab 1922 werden die Deutschen ausgewiesen, die nach 1908 ins Land gekommen sind. Die Geschehnisse in Posen 1918/19 boten einen Vorgehensschmack auf den Alltagsterror gegen Deutsche in den Polen zugesprochenen Gebieten.

Der Jäger Friedrich Stümmels von der 1. Kompanie des Jäger-Bataillons 10 schilderte vor einem Amtsgericht unter Eid, was er nach seiner Gefangennahme beobachtete: "In einer Zelle befanden sich zwei Kriegsgefangene, der Uniform nach Artilleristen.

Am 26. Februar nachmittags hörte ich, wie die beiden aus ihren Zellen herausgebracht wurden. Bald darauf hörte ich sie sehr schreien. Der eine schrie: "Laßt mir meine Augen!", der andere schrie: "Mein Ohr!" Durch den Türspalt sah ich, daß etwa 15 polnische Soldaten sich in zwei Reihen aufgestellt hatten und bemerkte, daß der eine Gefangene mit bloßem Körper und am Ohr blutend durch die Reihe schnell hindurchlief. Er blutete sehr stark, das Blut lief ihm seitlich am Kopf herunter. Die beiden Gefangenen kamen nicht in die Zellen zurück. Ich nehme an, daß sie von den Polen getötet worden sind."

Selbst Zivilisten waren schwersten Mißhandlungen durch die Aufständischen ausgesetzt, die offenbar keinerlei Sanktionen der Westmächte fürchteten. Während des Posener Aufstandes waren Plünderungen, Eigentumszerstörungen, Vergewaltigungen, Erschießungen, Folterungen und Verschleppungen an der Tagesordnung.

Viele deutsche Gemeinden flehten die eigene Regierung per Telegramm um Hilfe an, so am 24. Januar 1919 auch diese: "Unsere rein deutsche Gemeinde Deutschhöhe, Kreis Meseritz, wird seit zwei Wochen ständig von polnischen Banditen heimgesucht. Sie stehlen Bekleidungsstücke, Lebensmittel, Kriegsanleihen und bares Geld, schleppen unschuldige Männer und Jünglinge fort und bedrohen grundlos Leben und Eigentum der Einwohner. Unschuldige Opfer sind schon zu beklagen.

Wir verzweifeln in unserer Lage. Niemand wagt sich heraus, Wahlen können nicht stattfinden.

den, Lebensmittel nicht geliefert werden. Wir sind ganz verloren, wenn nicht militärische Hilfe sofort erfolgt. Reschke, Gemeindevorsteher."

Aufgrund des unerträglichen Assimilationsdrucks der Behörden und ständiger polnischer Übergriffe kam es in den Jahren zwischen 1919 und 1921 zu einem wahren Exodus der Deutschen aus Posen und Westpreußen. Viele fürchteten nicht nur um ihre wirtschaftliche Existenz, sondern auch um ihre körperliche Unversehrtheit.

Beispielhaft für die auswanderungsfördernden Gewaltausbrüche steht eine polnische Demonstration in Bromberg, in deren Folge im Februar 1921 deutsche Geschäfte und die Redaktionsräume der deutschen Lokalzeitung angegriffen wurden. Im Juni 1921 plünderte in Ostrowo unter den Augen einer untätigen Polizei ein polnischer Mob deutsche Geschäfte und Privathäuser.

Griff nach Oberschlesien

Der Chauvinist Korfanty hatte aber nicht nur die Polonisierung Posens und Westpreußens im Blick, sondern auch die gewaltsame Aneignung Oberschlesiens. In seinem Geist und mit seiner organisatorischen Hilfe versuchten polnische Aufständische insgesamt dreimal, Oberschlesien unter ihre Kontrolle zu bringen. Man hoffte auch dort - mit dem Segen der Siegermächte -, vollendete Tatsachen schaffen zu können.

Die erste Insurrektion brach am 17. August 1919 aus, konnte vom deutschen Militär aber schon nach einigen Tagen erstickt werden. In der Nacht vom 19. auf den 20. August 1920 kam es zur zweiten polnischen Rebellion, die von Gewalttaten begleitet war.

Volksdeutsche wurden getötet, gequält, verschleppt und vertrieben - alles mit Duldung der Interalliierten Kommission. Während die italienischen Besatzungstruppen den Gewaltexzessen Einhalt zu gebieten versuchten, wurden sie von den Franzosen teilweise gefördert.

Wilhelm Schellong aus Bittkow im Kreis Kattowitz gab am 9. September 1920 zu Protokoll: "In der Zelle, in die wir gebracht wurden, saßen die Lehrer Skrobek und Slowik und die vier Deutschösterreicher.

Nach einer Weile kamen ungefähr 30 Insurgenten herunter in den Keller. Dieselben nahmen sich einen Gefangenen nach dem anderen vor und bearbeiteten ihn mit Schlagringen, Gummiknüppeln, Eichenlatten, Eisenstäben und Gewehrkolben." Der zweite Überfall endete am 25. August, nachdem die Interalliierte Kommission der Entwaffnung der deutschen Sicherheitswehr und der polnischen Einflußnahme auf die Verwaltung zugestimmt hatte.

Ursprünglich sah der Versailler Vertrag auch die Überlassung Oberschlesiens an Polen vor. Nach scharfen Interventionen der deutschen Regierung wurde schließlich eine Volksabstimmung über die staatliche Zugehörigkeit der Region abgehalten. Am 20. März 1921 stimmten bei einer Wahlbeteiligung von 97,5 Prozent 59,6 Prozent der Oberschlesier für den Verbleib im Reich und nur 40,4 Prozent für Polen.

Dabei waren der Wahl eine massive Stimmungsmache und Einschüchterungspolitik sowie das pro-polnische Agieren der französischen Besatzungstruppen vorausgegangen. Trotz des 60-Prozent-Votums für Deutschland ordnete der Völkerbundrat die Teilung der traditionsreichen Provinz an. Polen bekam im Oktober 1921 vor allem das oberschlesische Industrie- und Kohlerevier und mehrheitlich deutsch besiedelte Städte wie Kattowitz und Königshütte zugeschlagen. Dabei hatten in der Stadt Kattowitz 85,4 Prozent und in Königshütte 74,5 Prozent der Wahlberechtigten für Deutschland votiert.

Obwohl er als polnischer Abstimmungskommissar alles auch noch so Rechtswidrige unternommen hatte, um einen deutschen Sieg zu verhindern, wollte sich Korfanty mit dem Wahlausgang nicht abfinden. In der Nacht zum 3. Mai 1921 zettelte er den dritten Annexionsversuch an, der am 5. Juli mit einem Waffenstillstand endete. Am 21. Mai 1921 hatten deutsche Selbstschutzeinheiten mit der Erstürmung des Annaberges die größte Schlacht des Aufstandes für sich entschieden.

Umvolkung

Maßgebliche Kreise forderten dennoch weitere Gebietszuwächse auf Kosten Deutschlands. Am 23. Mai 1922 war in der Warschauer Zeitung Die Republik Polen zu lesen: "Die Zerrei-ßung Oberschlesiens ist, vom wirtschaftlichen Standpunkt aus betrachtet, eine Ungeheuerlichkeit. Ein unabhängiges Danzig sperrt uns den Zugang zum Meere, der pommerellische Korridor ist von zwei Seiten bedroht. ...

Alle unsere polnischen Vereine müssen sich zusammentun, um den Kampf gegen das Deutschtum zu führen. Die Seebrise belebt die Phantasie der polnischen Patrioten und polnischen Dichter, und diese Phantasie streckt die Arme aus nach den Westslawen an der Elbe und an der Oder."

Weil ohne einen neuen Krieg eine weitere Grenzrevision unmöglich war, verlegte man sich auf ethnokulturelle Zwangshomogenisierung der durch den Versailler Vertrag neu gewonnenen Gebiete. Schon 1919 begann die Vertreibung von Deutschen durch die Schließung ihrer Behörden und Garnisonen.

Beschlagnahmungen von Eigentum und die Auflösung von Pachtverträgen machten deutsche Gewerbetreibende und Bauern arbeitslos. Ziel des Agrarreformgesetzes vom 28. Dezember 1925 war die grundlegende Änderung der Bodenbesitzverhältnisse zu Lasten Deutscher. Besonderen wirtschaftlichen Repressionen war die Stadt Danzig ausgesetzt, die unter Bruch des Selbstbestimmungsrechtes vom Reich abgetrennt und zu einer Freien Staat mit polnischem Sondereinfluß gemacht worden war. Die dortigen Deutschen sollten wirtschaftlich stranguliert und durch Zermürbung wehrlos gegen die Polonisierung gemacht werden.

In Posen, Westpreußen, Danzig und Teilen Oberschlesiens drängte man zudem die deutsche Sprache zurück, indem die meisten deutschen Schulen geschlossen wurden und Deutsch keine Verwaltungssprache mehr war. Viele Volksdeutsche wurden Bürger zweiten Ranges, weil ihnen die Staatsbürgerschaft des Staates verwehrt wurde, auf dessen Territorium sie sich nun befanden. Ohne polnischen Paß galten sie plötzlich als Ausländer und mußten das Land vielfach verlassen, weil ihnen keine Aufenthaltsgenehmigungen erteilt wurden.

Nach dem Putsch des ehemaligen Staatschefs Jozef Pilsudski im Mai 1926 verschlechterte sich die Lage der deutschen Minderheit weiter. Der Staat ging von einer bislang vergleichsweise "planlosen" zu einer "planmäßigen Entdeutschung" über, wie der Historiker Albert Kottowski feststellte. Zwischen den beiden Weltkriegen wanderten mehr als eine Million Deutsche wegen der polnischen Schikanen aus ihrer jahrhundertealten Heimat aus und suchten Schutz im Reich.

Kriegsgefahr

1933 fordert Polen Frankreich dreimal zu einem Zweifrontenkrieg gegen Deutschland in ihrer Mitte auf, was Frankreich ablehnt, aber dennoch in Deutschland bekannt wird. Polen hat 1933 mit 298.000 Mann noch über dreimal so viel Militär wie Deutschland mit seinem 100.000-Mann-Heer. So wird Polen vor Hitlers Amtsantritt 1933 von allen demokratischen Parteien in Deutschland und auch von der Reichswehr als Bedrohung angesehen.<<

26.01.1934

Polen: Polen und das Deutsche Reich schließen am 26. Januar 1934 einen Nichtangriffs- und Freundschaftspakt, der damals das französisch-polnische Bündnissystem nachhaltig erschüttert (x300/135): >>... Beide Regierungen erklären ihre Absicht, sich in den ihre gegenseitigen Beziehungen betreffenden Fragen, welcher Art sie auch sein mögen, unmittelbar zu verständigen. Sollten etwa Streitfragen zwischen ihnen entstehen, und sollten sich deren Bereinigung durch unmittelbare Verhandlungen nicht erreichen lassen, so werden sie in jedem besonderen Falle aufgrund gegenseitigen Einvernehmens eine Lösung durch andere friedliche Mittel suchen. ...

Unter keinen Umständen werden sie jedoch zum Zweck der Austragung solcher Streitfragen zur Anwendung von Gewalt schreiten.<<

Um die angestrebten außenpolitischen Pläne zu verwirklichen, benötigt Hitler vorläufige Rückendeckung im Osten. Ein deutsch-polnisches Bündnis gegen die Sowjetunion lehnen die Polen jedoch entschieden ab, denn sie verfolgen wesentlich andere Ziele.

Für Pilsudski bedeutet das deutsch-polnische Abkommen lediglich eine "Ruhepause" (x064/-134): >>... Danach müssen wir bereit sein, uns zu verteidigen. Es bleibt keine Alternative.<<
Gerd Schultze-Rhonhof (von 1959-1996 Angehöriger der deutschen Bundeswehr, seit 1991 Generalmajor, Autor des 2003 erschienenen Sachbuch-Bestsellers "1939 - Der Krieg, der viele Väter hatte") berichtet später über das deutsch-polnische Verhältnis (x320/56): >>1933 forderte Polen Frankreich dreimal zu einem Zweifrontenkrieg gegen Deutschland in ihrer Mitte auf, was Frankreich ablehnt, aber dennoch in Deutschland bekannt wird. Polen hat 1933 mit 298.000 Mann noch (fast) über dreimal so viel Militär wie Deutschland mit seinem 100.000 Mann Heer. So wird Polen vor Hitlers Amtsantritt 1933 von allen demokratischen Parteien in Deutschland und auch von der Reichswehr als Bedrohung angesehen.

Erst unter den Diktatoren Hitler in Deutschland und Josef Pilsudski gibt es eine Annäherung für ein paar Jahre. Nach Pilsudskis Versuch von 1933, Frankreich zu einem Krieg gegen Deutschland aufzurufen - den Paris ja ablehnt -, lenkt er ein - und schließt 1934 mit Hitler einen Freundschaftsvertrag. ...<<

13.09.1934

Polen: Da Polen wegen Mißachtung des vereinbarten Minderheitenschutzabkommens verstärkt kritisiert wird, kündigt die polnische Regierung in der Vollversammlung des Völkerbundes das Minderheitenschutzabkommen.

Der polnische Außenminister Beck erklärt am 13. September 1934 (x028/29): >>... von heute ab sich jede Zusammenarbeit mit den internationalen Organen zu versagen, soweit es sich um die Kontrolle der Anwendung des Systems des Minderheitenschutzes durch Polen handelt.<<

27.01.1935

Polen: Göring verhandelt in Warschau vom 27. bis zum 31. Januar 1935 über ein deutsch-polnisches Militärbündnis gegen die UdSSR.

Obwohl Polen die Ukraine als spätere Kriegsbeute erhalten soll, lehnt Polen das vorgeschlagene antisowjetische Bündnis ab (x032/187).

1936

Polen: Polen schränkt im Jahre 1936 den Durchgangsverkehr (Deutsche Reich - Ostpreußen) erheblich ein (x186/22).

Im Rahmen der polnischen "Großmachtpolitik" verkauft man damals vielerorts Postkarten mit den angeblichen uralten, historischen Grenzen Polens. Die historische polnische Westgrenze verläuft auf diesen Postkarten östlich von Berlin, an der oberen Elbe, umfaßt Dresden und außerdem die gesamte CSR.

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtet später über die vermeintlichen "historischen Gebietsansprüche Polens" (x025/177-178): >>... Tatsächlich sind slawische Stämme nach der Völkerwanderung bis an die Elbe-Saale-Linie vorgedrungen und haben sich etwa seit dem 7. Jahrhundert u.a. in ganz Brandenburg, Mecklenburg, Sachsen, Teilen von Oberfranken, der bayerischen Oberpfalz und im östlichen Österreich niedergelassen.

Vor diesem Hintergrund proklamierte 1917 der Panslawist Hanus Kuffner die Elbelinie als Westgrenze der Slawenzone. ...

In den dreißiger Jahren gab die Vereinigung polnischer Volksbüchereien Postkarten heraus, die "Polens historische Westgrenze" zeigte: Sie verlief am östlichen Stadtrand von Berlin und umfaßte außer der oberen Elbe einschließlich Dresdens auch die ganze Tschechoslowakei.

Zwei Monate vor Beginn des Zweiten Weltkrieges veröffentlichte die Zeitung "Dziennik Poznanski" eine Karte mit noch wesentlich weiter reichenden Zielvorstellungen. Nachdem die polnische "See- und Kolonialliga" in der Zwischenkriegszeit einen Anteil am deutschen Kolonialbesitz gefordert hatte, gab die antifaschistische Untergrundbewegung während des Krie-

ges Vignetten heraus mit der Überschrift "Darum kämpfen wir"; auf ihnen war außer der Landkarte eines polnischen Großreichs von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer auch eine Karte mit sämtlichen ehemals deutschen Afrika-Kolonien abgebildet. ...<<

05.05.1937

Polen: Die polnische Regierung verhandelt am 5. Mai 1937 mit der französischen Regierung, ob man osteuropäische Juden nach Madagaskar (1896-1959 französische Kolonie) umsiedeln kann (x172/79).

15.11.1937

Polen: Infolge der sowjetischen "Säuberungsaktionen" nähert sich Polen dem NS-Regime (Abkommen über Minderheitenschutz vom 15. November 1937).

16.03.1938

Polen: Polen nutzt das "Österreich-Problem" am 16. März 1938 für ein Ultimatum (bis zum 19.03.1938) an Litauen.

Litauen wird mit diesem Ultimatum schließlich zur Anerkennung der umstrittenen "Wilna-Grenze" gezwungen (x041/95).

30.09.1938

Polen: Die polnische Regierung stellt der Tschechoslowakei am 30. September 1938 ein Ultimatum, den Industriebezirk Teschen bis zum 2. Oktober 1938 abzutreten (Teschen gehörte bis 1919/20 zum Deutschen Reich).

26.11.1938

Polen: Polen schließt am 26. November 1938 einen Nichtangriffspakt mit der Sowjetunion, um sich im Osten Rückendeckung zu verschaffen.

23.03.1939

Polen: Die polnische Regierung, die nach der englisch-französischen Garantieerklärung die eigenen militärischen Kräfte maßlos überschätzt, ordnet am 23. März 1939 im "Korridor" die polnische Teilmobilmachung an und lehnt am 26.03.1939 endgültig alle deutschen Forderungen ab (x041/97).

Der deutsche Historiker Walter Post berichtet später in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 7/8 - 2001 über die Verschlechterung der deutsch-polnischen Beziehungen im Frühjahr 1939 (x853/...): >>... Im Frühjahr 1939 kam es zu einer dramatischen Verschlechterung der deutsch-polnischen Beziehungen.

Auslöser war der Streit um Danzig, daß bis 1918 zum Deutschen Reich gehört hatte und nun zu Deutschland zurückkehren wollte. Durch den Druck der "Anti-Appeaser" um Churchill und durch den Druck Roosevelts sah Chamberlain sich genötigt, einen schärferen Kurs gegen Deutschland einzuschlagen.

Chamberlain gab eine Garantieerklärung für Polen ab und versuchte, eine große Koalition zur Einkreisung Deutschlands zustande zu bringen. Dieser Koalition sollte neben England, Frankreich, Polen und Rumänien auch die Sowjetunion angehören. Chamberlain selbst stand einem Bündnis mit der UdSSR sehr skeptisch gegenüber, aber Polen und Rumänien waren ohne sowjetische Hilfe militärisch nicht zu verteidigen. Ohne Moskau war die Einkreisung und verschärfte Eindämmung Deutschlands nicht zu bewerkstelligen.

In Berlin löste die britische Einkreisungspolitik große Besorgnis aus. Deutschland hatte nach 1918 in Erfüllung des Versailler Vertrages sein Heer auf das Niveau einer Polizeitruppe abrüsten müssen. Das NS-Regime hatte ab 1933 eine forcierte Aufrüstung betrieben, aber 1939 hatte das deutsche Heer noch nicht einmal die Stärke der französischen Armee, geschweige denn die einer Koalition der europäischen Militärmächte erreicht. Allenfalls die deutsche Luftwaffe hatte aufgrund ihrer hochmodernen Ausrüstung eine gewisse Überlegenheit.

Die deutsche Wirtschaft war nach wie vor in hohem Grade von Rohstoffeinfuhren abhängig, die Autarkiepolitik war kaum mehr als Propaganda gewesen. Mit anderen Worten, Deutschland war nicht kriegsbereit, und die von England angestrebte große Koalition hätte Deutsch-

land jederzeit militärisch mattsetzen und wirtschaftlich erdrosseln können.

Während sich im Sommer 1939 die deutsch-polnische Krise immer mehr zuspitzte, verhandelte eine englisch-französische Militärdelegation in Moskau über ein Bündnis zwischen den Westmächten und der Sowjetunion. ...<<

04.05.1939

Polen: In Danzig fordert die polnische Volksgruppe am 4. Mai 1939 während einer Kundgebung einen freien Zugang zur Ostsee und nationale Rechte für die Polen in Danzig (x032/-528).

08.05.1939

Polen: Das polnische Innenministerium erteilt am 8. Mai 1939 weitere geheime Anweisungen zur Behandlung der deutschen Minderheit.

Aufgrund dieser geheimen Anweisungen sollen das Schulwesen, die Kirchen, der Wohlfahrtsdienst, die Landwirtschaft, die Industrie, die Genossenschaften und das Kreditwesen der Volksdeutschen (x104/271): >>... mit allen Mitteln bekämpft ... verboten ... aufgelöst ... rigoros abgelehnt ... scharf überwacht ... rücksichtslos liquidiert werden.<<

13./14.05.1939

Polen: Das "Deutschenpogrom" in Tomaschow bei Lodz verursacht am 13./14. Mai 1939 eine Massenflucht von Volksdeutschen in die deutschen Reichsgebiete (x104/272).

Mai 1939

Polen: Ab Mai 1939 verschlechtern sich die Lebensbedingungen der Volksdeutschen in Polen zusehends.

Deutsche Dörfer werden von polnischen Banden überfallen. Es ereignen sich mehrere Morde. Höfe werden ausgeplündert und gehen in Flammen auf. Viele Volksdeutsche verlassen nachts ihre Höfe, um sich in den Wäldern oder in Feldscheunen zu verbergen. Es kommt zu Massenentlassungen von deutschen Arbeitnehmern. Deutsche Kinder und Erwachsene müssen ständig damit rechnen, auf offener Straße und in Geschäften verprügelt zu werden (x025/43). Zehntausende von Polen-Deutschen flüchten in jener Zeit über die deutsche Grenze und werden vorerst in Niederschlesien, Ostpommern und Ostpreußen untergebracht.

Der polnische Staat beteiligt sich aktiv an der Verfolgung der Volksdeutschen und führt systematische Willkür- und Zwangsmaßnahmen gegen die Volksdeutschen durch. Im polnischen Rundfunk und in polnischen Zeitungen verbreitet man regelmäßig antideutsche Propaganda. Alle deutschsprachigen Zeitungen werden verboten (x025/43).

21.06.1939

Polen: Stanislaw Mikolajczyk (1901-1966, seit Juli 1943 Ministerpräsident der anti-kommunistischen polnischen Exilregierung) erklärt am 21. Juni 1939 (x309/70): >>... Man muß sich darüber im Klaren sein, daß Polen so lange keinen Frieden kennen wird, bis es sich nicht auf die Oder stützen kann.<<

Juni 1939

Polen: Die französisch-britischen Garantieerklärungen (vom 31. März 1939) fördern den polnischen Nationalismus und die nationale Begeisterung, so daß sich in Polen im Juni 1939 eine gefährliche Kriegsstimmung entwickelt. Nicht wenige Polen feiern bereits ihr polnisches Großreich.

Polnische Nationalisten schätzen das polnisch-deutsche Kräfteverhältnis oftmals völlig falsch ein. Sie halten die deutsche Wehrmacht für einen großen Bluff und sprechen vom "Marsch auf Berlin" (x025/183).

15.07.1939

Polen: Während der polnischen Siegesfeiern am 15. Juli 1939 (529. Jahrestag der Schlacht von Tannenberg) propagieren polnische Politiker schon die Übernahme der deutschen Ostgebiete.

Die Deutschen sollen ein zweites Tannenberg (polnisch = "Grunwald") erleben und schon

bald würden die polnischen Fahnen über Danzig, Königsberg, Elbing und anderen ostdeutschen Städten wehen (x104/278).

Juli 1939

NS-Regime: Die Ausschreitungen gegen die Volksdeutschen in Polen, an denen sich vielerorts auch polnische Priester beteiligen, steigern im Juli 1939 die antipolnische Stimmung. Die NS-Propaganda nutzt die Gelegenheit und verstärkt die antipolnische Hetzkampagne.

Polen: Die polnische Zeitung "Dziennik Poznanski" (Posener Tageblatt) veröffentlicht im Juli 1939 eine Landkarte, in der Polen sämtliche "slawischen Gebiete" zwischen Oder und Elbe beansprucht (x025/178).

18.08.1939

Polen: Die polnisch-französischen Verhandlungen über die sowjetischen Forderungen nach einem Durchmarschrecht scheitern am 18. August 1939.

19.08.1939

Polen: Außenminister Beck lehnt am 19. August 1939 die sowjetischen Forderungen nach einem Durchmarschrecht ab (x032/559): >>... Ich lasse nicht zu, daß man in irgendeiner Weise über die Benutzung eines Teils unseres Gebietes durch ausländische Truppen diskutiert. Wir haben keine Militärkonvention mit der Sowjetunion; wir wollen keine haben.<<

20.08.1939

Polen: Die polnische Regierung erläutert am 20. August 1939 nochmals gegenüber den französischen Diplomaten die Verweigerung des sowjetischen Durchmarschrechts (x032/559): >>... Mit den Deutschen laufen wir Gefahr, unsere Freiheit zu verlieren. Mit den Russen verlieren wir unsere Seele.<<

30.08.1939

NS-Regime: Am späten Nachmittag (30. August 1939) steht der Wortlaut des sogenannten 16-Punkte-Planes endlich fest.

Dem polnischen Unterhändler sollen folgende Bedingungen ausgehändigt werden (x311/304-306): >>**Deutsch-polnisches Abkommen**

1. Die Freie Stadt Danzig kehrt aufgrund ihres rein deutschen Charakters sowie des einmütigen Willens ihrer Bevölkerung sofort in das Deutsche Reich zurück.
2. Das Gebiet des sogenannten Korridors, das von der Ostsee bis zu der Linie Marienwerder – Graudenz – Kulm - Bromberg (diese Städte einschließlich) und dann etwa westlich nach Schönlanke reicht, wird über seine Zugehörigkeit zu Deutschland oder zu Polen selbst entscheiden.
3. Zu diesem Zweck wird dieses Gebiet eine Abstimmung vornehmen. Abstimmungsberechtigt sind alle Deutschen, die am 1. Januar 1918 in diesem Gebiete wohnhaft waren oder bis zu diesem Tage dort geboren wurden, und desgleichen alle an diesem Tage und in diesem Gebiet wohnhaft gewesen oder bis zu diesem Tage dort geborenen Polen, Kaschuben usw. Die aus diesem Gebiet vertriebenen Deutschen kehren zur Erfüllung ihrer Abstimmung zurück. Zur Sicherung einer objektiven Abstimmung sowie zur Gewährleistung der dafür notwendigen umfangreichen Vorarbeiten wird dieses erwähnte Gebiet ähnlich dem Saargebiet einer sofort zu bildenden internationalen Kommission unterstellt, die von den vier Großmächten Italien, Sowjetunion, Frankreich, England gebildet wird. Diese Kommission übt alle Hoheitsrechte in diesem Gebiet aus. Zu diesem Zweck ist dieses Gebiet in einer zu vereinbarenden kürzesten Frist von den polnischen Militärs, der polnischen Polizei und den polnischen Behörden zu räumen.
4. Von diesem Gebiet bleibt ausgenommen der polnische Hafen Gdingen, der grundsätzlich polnisches Hoheitsgebiet ist, soweit er sich territorial auf die polnische Siedlung beschränkt. Die näheren Grenzen dieser polnischen Hafenstadt wären zwischen Deutschland und Polen festzulegen und nötigenfalls durch ein internationales Schiedsgericht festzusetzen.
5. Um die notwendige Zeit für die erforderlichen umfangreichen Arbeiten zur Durchführung

einer gerechten Abstimmung sicherzustellen, wird diese Abstimmung nicht vor Ablauf von 12 Monaten stattfinden.

6. Um während dieser Zeit Deutschland seine Verbindung mit Ostpreußen und Polen seine Verbindung mit dem Meere unbeschränkt zu garantieren, werden Straßen und Eisenbahnen festgelegt, die einen freien Transitverkehr ermöglichen. Hierbei dürfen nur jene Abgaben erhoben werden, die für die Erhaltung der Verkehrswege bzw. für die Durchführung der Transporte erforderlich sind.

7. Über die Zugehörigkeit des Gebietes entscheidet die einfache Mehrheit der abgegebenen Stimmen.

8. Um nach erfolgter Abstimmung - ganz gleich, wie diese ausgehen möge - die Sicherheit des freien Verkehrs Deutschlands mit seiner Provinz Danzig-Ostpreußen und Polen seine Verbindung mit dem Meere zu garantieren, wird, falls das Abstimmungsgebiet an Polen fällt, Deutschland eine exterritoriale Verkehrszone, etwa in Richtung von Bütow - Danzig bzw. Dirschau, gegeben zur Anlage einer Reichsautobahn sowie einer viergleisigen Eisenbahnlinie. Der Bau der Straße und der Eisenbahn wird so durchgeführt, daß die polnischen Kommunikationswege dadurch nicht berührt, d.h. entweder über- oder unterfahren werden. Die Breite dieser Zone wird auf einen Kilometer festgesetzt und ist deutsches Hoheitsgebiet.

Fällt die Abstimmung zugunsten Deutschlands aus, erhält Polen zum freien und uneingeschränkten Verkehr nach seinem Hafen Gdingen die gleichen Rechte einer ebenso exterritorialen Straßen- bzw. Bahnverbindung, wie sie Deutschland zustehen würden.

9. Im Falle des Zurückfallens des Korridors an das Deutsche Reich erklärt sich dieses bereit, einen Bevölkerungsaustausch mit Polen in dem Ausmaß vorzunehmen, als der Korridor hierfür geeignet ist.

10. Die etwa von Polen gewünschten Sonderrechte im Hafen von Danzig würden paritätisch ausgehandelt werden mit gleichen Rechten Deutschlands im Hafen von Gdingen.

11. Um in diesem Gebiet jedes Gefühl einer Bedrohung auf beiden Seiten zu beseitigen, würden Danzig und Gdingen den Charakter einer Handelsstätte erhalten, d.h. ohne militärische Anlagen und militärische Befestigungen.

12. Die Halbinsel Hela, die entsprechend der Abstimmung entweder zu Polen oder zu Deutschland käme, würde in jedem Fall ebenfalls zu demilitarisieren sein.

13. Da die Deutsche Reichsregierung heftigste Beschwerden gegen die polnische Minderheitenbehandlung vorzubringen hat, die Polnische Regierung ihrerseits glaubt, auch Beschwerden gegen Deutschland vorbringen zu müssen, erklären sich beide Parteien damit einverstanden, daß diese Beschwerden einer international zusammengesetzten Untersuchungskommission unterbreitet werden, die die Aufgabe hat, alle Beschwerden über wirtschaftliche und physische Schädigungen sowie sonstige terroristische Akte zu untersuchen.

Deutschland und Polen verpflichten sich, alle seit dem Jahre 1918 etwa vorkommenden wirtschaftlichen und sonstigen Schädigungen der beiderseitigen Minoritäten wiedergutzumachen, bzw. alle Enteignungen aufzuheben oder für diese und sonstige Eingriffe in das wirtschaftliche Leben eine vollständige Entschädigung den Betroffenen zu leisten.

14. Um den in Polen verbleibenden Deutschen sowie den in Deutschland verbleibenden Polen das Gefühl der internationalen Rechtlosigkeit zu nehmen und ihnen vor allem die Sicherheit zu gewähren, nicht zu Handlungen bzw. zu Diensten herangezogen werden zu können, die mit ihrem nationalen Gefühl unvereinbar sind, kommen Deutschland und Polen überein, die Rechte der beiderseitigen Minderheiten durch umfassendste und bindende Vereinbarungen zu sichern, um diesen Minderheiten die Erhaltung, freie Entwicklung und Betätigung ihres Volkstums zu gewährleisten, ihnen insbesondere zu diesem Zweck die von ihnen für erforderlich gehaltene Organisation zu gestatten. Beide Teile verpflichten sich, die Angehörigen der Minderheit nicht zum Wehrdienst heranzuziehen.

15. Im Falle einer Vereinbarung auf der Grundlage dieser Vorschläge erklären sich Deutsch-

land und Polen bereit, die sofortige Demobilisierung ihrer Streitkräfte anzuordnen und durchzuführen.

16. Die zur Beschleunigung der obigen Abmachungen erforderlichen weiteren Maßnahmen werden zwischen Deutschland und Polen gemeinsam vereinbart.<<

Bis Mitternacht (30. August 1939) trifft kein polnischer Unterhändler in Berlin ein.

Gerd Schultze-Rhonhof (von 1959-1996 Angehöriger der deutschen Bundeswehr, seit 1991 Generalmajor, Autor des 2003 erschienenen Sachbuch-Bestsellers "1939 - Der Krieg, der viele Väter hatte") berichtet später über Hitlers Kriegspläne (x320/80-82): >>>**Vom Polenfeldzug zum Weltkrieg**

Strategie, Improvisation und Chaos

Folgte Hitler 1939 einem Generalplan zur Eroberung der Weltherrschaft? War der Angriff am 1. September für ihn nur der erste Schritt zur Besetzung des gesamten eurasischen Kontinents? Viele Indizien sprechen dagegen.

Ein vieldiskutiertes Thema sind Hitlers Kriegspläne zu Beginn des Polenfeldzugs 1939. Die vorherrschende Historikermeinung in Deutschland geht davon aus, daß Hitler einen lang gehegten und seit 1933 vorbereiteten Langzeitplan für einen Eroberungs- und Vernichtungskrieg um den "Lebensraum im Osten" hatte. ...

Hitler hatte 1924 zwar in seinem Buch Mein Kampf geschrieben, und später mehrfach wiederholt, daß Deutschland "Lebensraum im Osten" gewinnen und mit deutschen Bauern besiedeln müsse, und er hatte 1941 mit der Eroberung der Ukraine und Weißrußlands auch so gehandelt, aber er hatte diese Absicht in seinen ersten Amtsjahren wohl aufgegeben und selbst zu Kriegsbeginn 1939 nicht mehr verfolgt. Für diese These steht eine Zahl schwerwiegender Indizien. ...

5. Hitler hatte im August 1939, nachdem er den Nichtangriffspakt mit der Sowjetunion in der Tasche hatte, den schon angesetzten Angriffsbeginn der Wehrmacht auf Polen drei Mal verschieben lassen - jedes Mal mit der Begründung vor der Wehrmachtsführung: "Ich brauche noch Zeit zum Verhandeln." Wenn Hitler unbedingt seinen Krieg um den Lebensraum im Osten hätte haben wollen, hätte er die Wehrmacht zum Angriff antreten lassen, nachdem sie ja bereits voll aufmarschiert war und ihm Stalin die erforderliche Rückendeckung dazu vertraglich zugesichert hatte. ...

7. Am zweiten Tag des Polenfeldzugs hat Hitler der englischen Regierung den Rückzug der deutschen Truppen aus Polen und Entschädigung für alle bis dahin entstandenen Kriegsschäden an Polen angeboten, wenn London dafür in Warschau die Rückkehr Danzigs in das Deutsche Reich und eine exterritoriale Verkehrsverbindung vom Reichsgebiet nach Ostpreußen vermitteln würde. Hätte Hitler ganz Polen als deutschen Lebensraum erobern wollen, hätte er ein solches Angebot während des überaus erfolgreichen Feldzugbeginns nicht übermitteln lassen.

8. Nach dem siegreichen Polenfeldzug hat Hitler der englischen und der französischen Regierung Frieden angeboten. Zum Angebot gehörte die Räumung Polens durch die Wehrmacht, bis auf Danzig und den Korridor. Hätte Hitler Polen als Lebensraum im Osten haben wollen, hätte er dieses Angebot nicht gemacht.

9. Hitler hatte 1939 kein Konzept für die Eroberung eines Lebensraums im Osten. Er wußte - das geht aus Gesprächsaufzeichnungen hervor - während des Polenfeldzugs noch nicht, was er nach einem Sieg mit Polen anfangen sollte. Hätte er 1939 noch immer vorgehabt, Lebensraum im Osten zu erobern, dann hätte er ein Konzept für das besiegte Polen parat gehabt. ...

13. Im Jahr 1945 erbeuteten die Sieger alle deutschen Akten und Archive und werteten sie unverzüglich nach Belastungsmaterial gegen die Reichsregierung und die Wehrmachtsführung aus. Im Nürnberger Prozeß konnte trotzdem kein einziges Dokument vorgelegt werden, das auf einen deutschen Vorkriegsplan zur Eroberung Polens, der Ukraine oder Rußlands hingewiesen hat. Hätte Hitler vor Kriegsausbruch geplant, Polen als Erweiterung des Lebens-

raums für Deutschland zu erobern, so hätten die Sieger nach dem Kriege sicherlich Akten hierzu präsentieren können. ...<<

Polen: In Polen erfolgt am 30. August 1939 die Mobilmachung (x041/98).

31.08.1939

NS-Regime: Hitler (oberster Befehlshaber der Wehrmacht) erteilt am Mittag des 31. August 1939 mit der "Weisung Nr. 1" den Angriffsbefehl gegen Polen (x105/245):

>>Geheime Kommandosache

Nachdem alle politischen Möglichkeiten erschöpft sind, um auf friedlichem Wege eine für Deutschland unerträgliche Lage an seiner Ostgrenze zu beseitigen, habe ich mich zur gewaltsamen Lösung entschlossen.

Der Angriff gegen Polen ist nach den für den Fall Weiß getroffenen Vorbereitungen zu führen mit den Abänderungen, die sich beim Heer durch den inzwischen fast vollendeten Aufmarsch ergeben.

Aufgabenverteilung und Operationsziel bleiben unverändert.

Angriffstag: 1.9.1939

Angriffszeit: 4.45

Im Westen kommt es darauf an, die Verantwortung für die Eröffnung von Feindseligkeit eindeutig England und Frankreich zu überlassen. Geringfügigen Grenzverletzungen ist zunächst rein örtlich entgegen zu treten. Die von uns Holland, Belgien, Luxemburg und der Schweiz zugesicherte Neutralität ist peinlich zu achten ...<<

Der französische Historiker und Politiker Jacques Benoist-Méchin (1901-1983) berichtet später in seinem Buch "Sommerkrise und Kriegsausbruch 1939. Das Deutsche Reich und die Geheimpolitik der europäischen Großmächte" über den 31. August 1939 (x311/353): >>... Um 21.15 Uhr, bzw. um 21.25 Uhr wurden Sir Neville Henderson (britischer Botschafter) und Robert Coulondre (französischer Botschafter) in die Reichskanzlei gebeten. Staatssekretär von Weizsäcker übergab ihnen "zu ihrer Information" den Wortlaut der 16 Punkte des deutschen Angebots. Eine Viertelstunde zuvor (um 21 Uhr) hatte der deutsche Rundfunk sie bekanntgegeben und mit einem recht langen Kommentar versehen, der mit der Feststellung endete:

"... Somit haben der Führer und die Deutsche Reichsregierung nun zwei Tage vergeblich auf das Eintreffen eines bevollmächtigten polnischen Unterhändlers gewartet. Unter diesen Umständen sieht die Deutsche Regierung auch dieses Mal ihre Vorschläge praktisch als abgelehnt an, obwohl sie der Meinung ist, daß diese in der Form, in der sie auch der Englischen Regierung bekanntgegeben worden sind, mehr als loyal, fair und erfüllbar gewesen wären."<<

Polen: Der polnische Botschafter in Berlin, Lipski, lehnt am 31. August 1939 Hendersons Vermittlungsversuche ab.

Lipski erklärt (x041/98): >>... nicht daran interessiert zu sein, mit Deutschland auf dieser Basis zu verhandeln. ...<<

Der französische Historiker und Politiker Jacques Benoist-Méchin (1901-1983) berichtet später in seinem Buch "Sommerkrise und Kriegsausbruch 1939. Das Deutsche Reich und die Geheimpolitik der europäischen Großmächte" über die polnische Reaktion nach der Bekanntmachung des deutschen 16-Punkte-Plans am 31. August 1939 (x311/353): >>... Kurz darauf brachte Radio Warschau eine heftige Erwiderung:

"Die heutige Bekanntmachung des deutschen offiziellen Kommuniqués hat die Ziele und Absichten der deutschen Politik klar gezeigt. Es beweist die offenen Aggressionsabsichten Deutschlands gegenüber Polen. ...

Deutschland habe vergeblich auf einen Abgesandten Polens gewartet. Die Antwort seien die militärischen Anordnungen der polnischen Regierung gewesen. Keine Worte können jetzt mehr die Aggressionspläne der neuen Hunnen verschleiern." ...<<

Die katholische Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 7 – 1989 berichtet später über die Vorgeschichte des deutsch-polnischen Krieges (x853/...): >>... Obwohl wichtige polnische

und britische Diplomaten wie Warschaus Botschafter in Washington, Paris und London bzw. Englands Missionschef in Berlin vor einer Frontstellung gegen Deutschland warnten und das Hinnehmen weiterer Revisionen des Versailler Vertrages durch Hitler empfahlen, schwenkten ihre Regierungen immer deutlicher auf den von Roosevelt gewünschten Kurs der Konfrontation ein.

Nachdem sich die Amerikaner in Geheimgesprächen bereit erklärt hatten, nach Ausbruch eines europäischen Krieges "sich zu gegebener Zeit so zu verhalten wie 1917", fühlten sich die Polen stark genug, Hitlers Forderungen nach Rückkehr Danzigs zum Reich und einer Straßen- wie Eisenbahnverbindung zwischen Pommern und Ostpreußen sowie besserer Behandlung der Volksdeutschen kompromißlos abzulehnen.

Durch die Besetzung Böhmens und Mährens im März 1939 durch die Deutsche Wehrmacht und die Degradierung der Tschechei zu einer Halbkolonie gewarnt, wollte die polnische Führung nicht ein ähnliches Schicksal riskieren und zog die offene Auseinandersetzung vor. Wie Alfred Schickel in seinem Referat dokumentierte, waren die Polen im Mai 1939 nicht nur von der Unabwendbarkeit eines Krieges mit Deutschland überzeugt, sondern setzten auch ganz auf Sieg.

Dem britischen Legationsrat Ogilvie-Forbes sagte der polnische Botschafter in Berlin, Jozef Lipski, am 31. August 1939 selbstbewußt, daß er "in keiner Weise Anlaß habe, sich für Noten oder Angebote von deutscher Seite zu interessieren" und "daß im Falle eines Krieges Unruhen in diesem Land (Deutschland) ausbrechen und die polnischen Truppen erfolgreich gegen Berlin marschieren würden".

Von der gleichen Siegeszuversicht war auch die polnische Führung in Warschau erfüllt und hatte bereits Nachkriegspläne für ein alsbald besiegttes Deutsches Reich entwickelt. Danach sollten Ostpreußen, Danzig, Ostpommern und Oberschlesien an Polen fallen, die dortige deutsche Bevölkerung "transferiert" (vertrieben) und Deutschland im übrigen "in einen süddeutschen und einen norddeutschen Block" geteilt werden. So war nach den Forschungsergebnissen des ZFI-Leiters der Weg zum deutsch-polnischen Konflikt im Jahre 1939 "keine pure deutsche Einbahnstraße, sondern das Resultat mehrseitiger Aktivitäten und Selbstüberschätzungen". ...<<

Deutsch-polnischer Krieg

01.09.1939

NS-Regime: Nach einem blutigen Grenzzwischenfall, der von deutschen SS-Sondereinheiten inszeniert wird (vorgetäuschter polnischer Überfall auf den deutschen Rundfunksender Gleiwitz in Oberschlesien), beginnt am 1. September 1939, um 4.45 Uhr (Beschießung der Westerplatte), ohne vorherige Kriegserklärung der überfallartige deutsche Angriff gegen Polen ("Fall Weiß").

Polen: Nach dem deutschen Überfall (die deutschen Angreifer treffen auf eine kampfbereite polnische Armee) verkündet der polnische Staatspräsident Moscicki am 1. September 1939 (x064/136-137): >>Bürger!

Diese Nacht hat unser Erbfeind Angriffshandlungen gegen den polnischen Staat begonnen. Ich stelle das vor Gott und der Geschichte fest.<<

Als die deutschen Truppen am 1. September 1939 angreifen und in Polen einmarschieren, bricht vielerorts Unheil und Tod über die Polen-Deutschen herein. Die alteingesessenen Volksdeutschen (polnische Staatsbürger), die trotz der Feindseligkeiten und Schikanen in Posen und Westpreußen geblieben sind, schweben nach dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges in akuter Lebensgefahr. Nach den erbitterten Nationalitätenkämpfen der zurückliegenden 20 Jahre gibt es naturgemäß noch viele "offene Rechnungen".

Gotthold Starke (Chefredakteur der "Bromberger Deutschen Rundschau") schreibt in seinem Leitartikel vom 1. September 1939 (x104/278): >>Unser Gewissen und unsere Hände sind

rein. Wir sind immer für die gute Nachbarschaft mit dem polnischen Volk eingetreten ... Unsere Lage ist so ernst wie niemals zuvor, aber sie ist nicht verzweifelt. Sie ist deshalb nicht verzweifelt, weil wir über allem menschlichen Schicksal, über Krieg und Tod im Leben des Einzelnen und im Leben der Völker die starke Hand Gottes wissen, in deren Schutz wir auch getrost den nächsten Tagen und Nächten entgegensehen. ...<<

In den ehemaligen deutschen Provinzen Posen und Westpreußen sowie in Polen beginnen sofort planmäßig vorbereitete Verfolgungen der Volksdeutschen, denn die polnischen Propagandamedien hetzen schon seit Wochen gegen die Deutschen (x025/44): >>... daß im Kriegsfall kein einheimischer Feind lebend entrinnen wird ... Bartholomäusnacht ...<<

Bei den polnischen Gewalttaten bzw. Massenverbrechen gegen die volksdeutschen Zivilisten handelt es sich mehrheitlich um keine spontanen Handlungen, denn man hat sie nachweislich sorgfältig geplant und vorbereitet. Einige Monate vor dem Kriegsbeginn lassen polnische Behörden z.B. 2 große Konzentrationslager errichten und erfassen die gesamte deutsche Intelligenz der ehemaligen preußischen Provinzen Posen und Westpreußen in speziellen Fahndungslisten (x025/46).

Der deutsche Angriff ist schließlich das Startzeichen für großangelegte Verfolgungen. Während des deutsch-polnischen Krieges herrschen naturgemäß chaotische Zustände, so daß die Massenverbrechen der polnischen Miliz, Polizei und nationalen Jugendeinheiten zunächst im allgemeinen Chaos untergehen.

03.09.1939

Polen: Am 3. September 1939 eröffnet man hauptsächlich im sogenannten "Korridor" bei Bromberg, in der Nähe von Lodz und in Warschau planmäßige Menschenjagden.

Der Bromberger Blutsonntag

Obwohl polnische Freunde oder anständige Nachbarn die Volksdeutschen eindringlich vor möglichen Ausschreitungen gewarnt hatten, wurden die Volksdeutschen von den systematischen Massenausschreitungen vollkommen überrascht und erschüttert. Die meisten Polen-Deutschen waren sich keiner Schuld bewußt, aber die Schuldfrage war völlig gleichgültig, denn in jenen Tagen waren alle Volksdeutschen "vogelfrei".

Polnische Milizen und aufgehetzte polnische Zivilisten zogen zielstrebig durch die deutschen Siedlungen. Überall drangen polnische Militär-, Polizei- und Milizeinheiten sowie polnische Zivilisten gewaltsam in die Wohnungen und Häuser der Deutschen ein und schlugen die Wehrlosen grundlos zusammen. In einigen polnischen Kreisen trieb man die festgenommenen Volksdeutschen zusammen und hetzte sie danach tagelang ohne Verpflegung in Richtung Kutno, Lowitsch oder Warschau (x029/234). Bei diesen brutalen Gewaltmärschen schlugen polnische Wachleute und der aufgehetzte Pöbel oftmals erbarmungslos auf die erschöpften Gefangenen ein.

Während des "Bromberger Blutsonntags" ereigneten sich die ersten vorsätzlichen Massensterben der deutsch-polnischen Geschichte. Der "Bromberger Blutsonntag" forderte in Polen etwa 6.000-7.000 deutsche Todesopfer (x025/44). Die Morde wurden mehrheitlich von polnischen Militär-, Polizei- und paramilitärischen Jugendeinheiten verübt, nur ein geringer Teil ging zu Lasten der aufgehetzten polnischen Zivilisten. Das schnelle Vordringen der deutschen Truppen verhinderte schließlich weitere Gewaltakte und rettete sicherlich vielen inhaftierten Volksdeutschen das Leben.

Katholische Geistliche der Erzdiözese Gnesen-Posen (Domkapitular Josef Paech, Prof. Dr. Albert Steuer und andere) bestätigten später, daß diese furchtbaren Verbrechen hauptsächlich von polnischen Polizeibeamten, Milizen und Soldaten des polnischen Heeres begangen wurden, die eigentlich schützend hätten eingreifen müssen. Obgleich das erzkatholische polnische Volk angeblich christlich und äußerst fromm war, ereigneten sich in vielen Orten unglaubliche Ausschreitungen, die in schärfstem Widerspruch zum christlichen Denken und Handeln der katholischen Kirche standen.

Die deutsche Wehrmacht-Untersuchungsstelle (WUSt) berichtet im September 1939 über die polnischen Gewaltakte (x029/228-232,236-237): >>... Bei den Haussuchungen wurden zunächst von den Soldaten und dem Mob sämtliches Geld und Wertsachen gestohlen, die Wohnungen auch sonst ausgeplündert und völlig verwüstet.

Die Männer der Familien, und zwar ohne Rücksicht auf ihr Alter, von 13jährigen oder gar 10jährigen Jungen bis zum 70- oder 80jährigen Greis, wurden in fast allen Fällen in viehischer Weise umgebracht. Nur in wenigen Fällen begnügte man sich mit dem einfachen Abschießen. Zumeist wurden die Ermordeten mit Brechstangen, Seitengewehren, Gewehrkolben, Knüppeln derart zusammengeschlagen, daß ihre Gesichter bis zur Unkenntlichkeit verstümmelt wurden ...

Ich sah selbst angekohlte, z.T. verbrannte Leichen ermordeter Volksdeutscher. In vielen Fällen mußten die Volksdeutschen die Ermordung ihrer Väter, Brüder oder Kinder mit ansehen, ohne ihnen, wenn die Verletzten noch nicht gleich tot waren, Hilfe bringen zu dürfen. Dabei wurden sie noch von den Soldaten und vom Pöbel verhöhnt. In anderen Fällen mußten sie die Ermordung der Angehörigen ansehen, um dann selbst als nächstes Opfer erschlagen oder erschossen zu werden. ...

... Über das Schicksal ihrer Familie sagt Vera G. ... eidlich aus:

Sonntag (3. September 1939) gegen 2 Uhr näherten sich unserem Hause Thorner Straße 125, vier km von der Stadt (Bromberg) entfernt, polnische Soldaten und polnische Zivilbevölkerung. Die polnischen Zivilisten sagen: "Hier wohnen Deutsche." Daraufhin begannen die Soldaten sofort zu schießen. Wir flüchteten in einen Schuppen. ...

Zuerst wurde mein Vater aus dem Schuppen herausgeholt. Er wurde von den Polen gefragt, wo er das Maschinengewehr hätte. Mein Vater verstand jedoch die Frage nicht, da er nicht polnisch konnte. Ich ging daraufhin auch aus dem Schuppen heraus. Ich wollte meinem Vater beistehen, da ich polnisch kann. Ich habe die Polen gefragt, was wir ihnen angetan hätten und für meinen Vater gebeten.

Die Polen riefen jedoch: "Herunter mit den deutschen Schweinen". Mein Vater erhielt mehrere Kolbenschläge ins Gesicht und an den Körper, sodann wurde er mit dem Seitengewehr gestochen. Daraufhin fiel mein Vater zu Boden und erhielt im Liegen noch 6 Schüsse. Die Horde zog sodann ab, nachdem sie der Zivilbevölkerung gesagt hatte, sie können das Haus plündern, sonst würden sie es in Brand stecken. ...

Nach einiger Zeit kam eine andere Horde polnischer Soldaten und Zivilisten. ... Die Polen rissen mir daraufhin die Kleidung vom Leibe, legten mich nackt auf die Erde. Etwa 10 Mann hielten mich fest, und zwar am Kopf, Händen und Füßen. Einer der Polen verging sich an mir.

....

Zur amtlichen Organisation der Niedermetzlung der deutschen Bevölkerung gehörte ... als Tarnung der von fast allen Bromberger Zeugen erwähnte Vorwurf der polnischen Soldaten bzw. der polnischen Zivilbevölkerung gegen ihre Opfer, daß aus den von Volksdeutschen bewohnten Häusern Schüsse gefallen oder daß Waffen und Munition in den Häusern seien ... Unter diesen Vorwänden verschafften sich die polnischen Soldaten und ihre Helfer Eingang in die Wohnungen der Volksdeutschen, um ihre Opfer besser abtun zu können.

Ausnahmslos in allen Zeugenaussagen, die diesen Vorwand der polnischen Soldaten erwähnen, ist eidlich erhärtet worden, daß er völlig unbegründet war und nur als planmäßiger, plumper Vorwand erhoben worden ist, um das grausame Einschreiten gegen die deutsche Zivilbevölkerung mit einem Schein des Rechts zu umkleiden ...<<

>>... Am Dienstag, dem 5.9.1939, kamen polnische Truppen auf dem Rückzuge von Westen her durch unser Dorf Neutecklenburg. Die letzte Abteilung dieser Truppen – es handelte sich um Infanterie, ... – holten mich mit 14 anderen Volksdeutschen aus den Häusern und führten uns weg. Die Soldaten hatten Drillichzeug an, eine Mütze auf und Karabiner umgehängt.

Die Festgenommenen bestanden aus 9 Frauen und 6 Männern. Unter diesen befanden sich

meine Frau Hertha S., meine Schwiegermutter Wilhelmine G., mein Schwager Paul G. und meine Schwägerin Else G. Unterwegs wurden wir, wenn wir nicht schnell genug gingen, mit dem Gewehrkolben bedroht. Die polnischen Soldaten riefen uns auch zu: "Euer Hitler wird Euch schon vergeben!" Etwa 2 km vom Dorf entfernt wurden wir vor einen Wassergraben gestellt, und zwar mit dem Gesicht zum Graben.

Nachdem uns Uhren und Geld abgenommen worden waren, wurde von rückwärts aus etwa 20-30 m Entfernung auf uns geschossen. Ich stand am weitesten links und bekam den Schuß daher als letzter. Die Kugel traf mich in die rechte Brustseite. Ich blieb bei Bewußtsein, warf mich aber hin und fiel in den Graben. Es wurden dann alle, die nicht gleich im Wasser lagen, in den Graben geworfen. Die meisten schrien dabei fürchterlich. Es wurde dann nochmals auf sie geschossen.

Mein Schwager wurde auf mich geworfen, jedoch gelang es mir, meinen Kopf über Wasser zu halten. Die Polen zogen dann ab. Nach einer halben Stunde etwa, wagte ich es, aus dem Graben zu kriechen. Es war alles still und niemand gab mehr ein Lebenszeichen, nur jaulten noch 2 Hunde, die mit erschossen worden waren.<<

Frau E. Z. aus Hopfengarten, Kreis Bromberg, berichtet später über den "Bromberger Blutsonntag" (x025/45): >>Um sieben Uhr abends bellten die Hunde.

Vier Polen, drei waren bewaffnet, kamen auf unseren Hof. Sie lärmten laut und schwenkten ihre Karabiner. Als mein Mann in der Tür erschien, um sie zu fragen, was sie wollten, brüllten sie "Hitlerschwein"! Sie schlugen ihn nieder. Dann forderten sie ihn auf, die Waffen herauszugeben. Waffen hatten wir aber nie besessen. Dann stießen sie meinen Mann zur Seite und traten in unsere Wohnung. Sie kamen in die Küche und rissen die Schubladen heraus ... und durchwühlten alles. Sie warfen die Sachen auf den Fußboden.

Dann rannten sie ins Wohnzimmer und in das Schlafzimmer. Auch hier rissen sie alle Schränke und Schubladen auf, brachen alles auf und warfen die Gegenstände auf den Fußboden. Die Sachen, die ihnen gefielen, steckten sie in ihre Taschen. Die Betten wurden aufgeschlitzt und aufgerissen. Dann schütteten sie die Federn aus. ...

Nachdem die Polen nichts Belastendes gefunden hatten, schlugen sie wieder auf meinen Mann ein und traten ihn mit Füßen und johlten laut "Hitlerschwein!" Dann wollten sie von ihm Geld und seine Taschenuhr. ... Zuerst weigerte er sich, das Geld und die Uhr herauszugeben. Aber sie schlugen erneut auf ihn ein. Er blutete aus der Nase und dem Mund, hatte Platzwunden am Kopf. ...

Ich sah vom Blumengarten aus die Quälerei mit an. Ich durfte mich aber nicht bemerkbar machen, da mich die Polen wahrscheinlich genauso behandelt und noch vergewaltigt hätten. Das hatten sie mehrfach mit den Töchtern unserer Nachbarn gemacht, die auch Deutsche waren. Mein Mann viel mehrmals hin, wurde aber mit Fußtritten und Kolbenschlägen wieder hochgetrieben. Unter großem Gejohle und Beschimpfungen wie "Hitlerowiec, Schwab, deutsches Schwein" trieben sie meinen Mann vom Grundstück. ... Die Polen schlugen weiter auf ihn ein, traten ihn und stachen mit den Bajonetten zu. Sie rissen ihn wieder hoch und trieben ihn vor sich her.

Ich war durch diesen Überfall und die Mißhandlungen meines Mannes so verängstigt, daß ich ohne Verpflegung und ohne Gepäck über die angrenzenden Wiesen in eine Lehmgrube floh. Dort fand ich Nachbarn. Sie berichteten von Mißhandlungen. Inzwischen war es dunkel geworden. Die ganze Nacht hörten wir von weitem das Lärmen der Soldaten, das Weinen der Kinder, das Jammern der Frauen und der Mädchen. Zwischendurch fielen Schüsse. An mehreren Stellen des Ortes brannten die Häuser der deutschen Bauern. ...

(Nach dem Einmarsch der deutschen Truppen) fand ich meinen Mann tot, erschossen, erschlagen. Ich identifizierte ihn anhand seiner Kleidung. Er war fast bis zur Unkenntlichkeit zerschlagen ...<<

Ein anderer Augenzeuge berichtet später über den "Bromberger Blutsonntag" (x138/214-215):

>>... Am Sonntag, dem 3. September 1939, früh gegen 6 Uhr, begab ich mich zur Mühle, um das Licht auszuschalten und die Turbine abzustellen.

Auf dem Wege dorthin hörte ich vom Bahndamm her plötzlich lautes Schreien. In einer Entfernung von etwa 100 Metern sah ich, wie unterhalb des Bahndamms eine Gruppe von Eisenbahnern und Zivilpersonen und Militär mit Bajonetten, Gewehrkolben und Knüppeln auf sieben Personen im Alter von 20 bis 60 Jahren einschlugen. Sie hatten die Opfer umringt.

Ich bin etwas näher hingelaufen und hörte, wie sie auf polnisch riefen: "Totschlagen, die Deutschen!" Ich sah schon von weitem, wie das Blut spritzte. Ich drehte mich dann aber um, als ich sah, daß sich die Horde auch auf mich stürzen wollte.

Um 9 Uhr bin ich dann noch einmal hingegangen und sah mir die Leichen an. Bei zwei Leichen waren ... die Augenhöhlen leer, es war nur noch eine blutige Masse vorhanden. ... Die anderen Leichen waren auch total zerschlagen.

Nachmittags um 3 oder 4 Uhr kam eine Gruppe Soldaten mit Eisenbahnern und brachten 18 Deutsche zu meiner Mühle. ... Sie wurden je zu zweit zusammengebunden. Ich konnte das vom Garten aus ganz genau beobachten. Sie wurden dann zu zweien alle 18 heruntergeschossen. Dann haben sie noch auf die am Boden Liegenden eingeschlagen.

Darunter waren auch ein 14jähriger Junge und eine Frau. Es mußte diesmal offenbar sehr schnell gehen, denn sie verzogen sich alle gleich wieder. Ich habe mir die Leichen nachher genau angesehen, sie lagen noch drei Tage dort.

Am Montagnachmittag, als es schon hieß, das polnische Militär sei abgerückt, brachten 2 Soldaten einen älteren Mann und eine ältere Frau. Sie stellten sie vor meinen Augen in der Mühle an die Wand. Ich lief noch hin, kniete noch vor den Soldaten nieder und bat sie auf polnisch, sie möchten die beiden Alten doch laufen lassen. Sie waren beide etwa 65 Jahre alt. Ich bekam einen Kolbenstoß von dem einen Soldaten. Dabei sagte er zu mir: "Sollen doch die verfluchten Niemcys (Deutschen) krepieren!"<<

In einer unveröffentlichten Dokumentation berichtet das Bundesarchiv Koblenz über die Verschleppungsmärsche der Deutschen aus Posen und Pommerellen im September 1939 (x029/-234-235): >>... Die polnischen Behörden hatten von langer Hand Listen zu inhaftierender Personen angelegt. Sie umfaßten die gesamte deutsche Intelligenz der beiden West-Woiwodschaften. An ihrer Hand wurden die Aufgeführten, soweit man ihrer habhaft werden konnte, am 1. und 2. September ohne richterlichen Haftbefehl inhaftiert. ...

Die Verschleppten wurden nach Osten in Marsch gesetzt. Die Behandlung auf den Märschen durch Bewachungspersonal und Zivilpersonen war unmenschlich. Wer nicht mehr weiter konnte, wurde totgeschlagen. Einzelne Marschgruppen wurden fast vollständig aufgerieben, andere am 9. September in Lowitsch befreit, wieder andere am 17. im Kutno-Kessel, in Brest-Litowsk und in Bereza Kartuska, einige erst am 27. in Warschau nach dem Fall der Festung.

...

Insgesamt lassen sich 40 größere Marschgruppen (über 10, bis 1.000 Mann) feststellen, die zwischen nur einigen und etwa 300 Kilometern ganz oder größtenteils im Fußmarsch zurückgelegt haben. ...

Man kann mit etwa 10.000 verschleppten Deutschen aus Posen und Pommerellen sowie mit etwa 2.200 dabei Umgekommenen rechnen. Dazu kommen mehrere tausend Verschleppte aus Mittelpolen (aus Lodz allein mehr als 600) und Galizien.<<

Prof. Dr. Hermann Pfister schreibt später über die polnischen Gewalttaten im September 1939 (x064/137-138): >>Der deutsche Angriff ohne Kriegserklärung führte in Polen zu zahlreichen Ausschreitungen gegenüber den Volksdeutschen; sie waren bereits seit Verschärfung der deutsch-polnischen Kontroverse Ziel einer Kampagne gewesen, die ihnen pauschal Spionage- und Agententätigkeit und Sabotageakte im Auftrag der deutschen Regierung unterstellte - zum größten Teil unberechtigt, da, anders als in der Tschechoslowakei, der deutschen Minderheit von seiten der Reichsregierung nicht die gleiche weitgehende Aufgabe bei der poli-

tisch-propagandistischen Vorbereitung des Krieges zugeordnet gewesen war. ...

Dennoch steigerte sich bei Kriegsbeginn die Haßwelle zu Brutalitäten und Exzessen. Von polnischer Seite erfolgten Verhaftungen nach vorbereiteten Listen, Deportationen, Mißhandlungen und verfahrenslose Erschießungen, die mehrere Tausend Opfer forderten. Am blutigsten verlief die Verfolgung der diffamierten Deutschen in Bromberg, wo am "Blutsonntag" (3. September) allein etwa 1.000 Menschen ermordet wurden. Insgesamt wird die Zahl der Toten und seit dem Pogrom Vermißten mit etwa 6.000 angenommen; polnische Angaben sprechen von weniger als 5.000 Opfern; die NS-Presse meldete 58.000 - eine Zahl, die durch Verzehnfachung der ursprünglich bekannt gewordenen Toten erreicht wurde ...<<

Der deutsche Historiker Gotthold Rhode (1916-1990) schreibt später über den "Bromberger Blutsonntag" (x104/277,280-281): >>... Die Bluttaten (in Bromberg) sind dadurch gekennzeichnet, daß sie ganz offensichtlich von keiner militärischen oder zivilen Behörde der Republik Polen angeordnet worden waren (wie das bei den Internierungen und den Verbringungen in das KZ Bereza Kartuska und den Verschleppungen der Fall war), daß auch nicht eine bestimmte, genau abzugrenzende Tätergruppe dafür verantwortlich war, sondern daß sich hier die schreckliche Pressehetze der letzten Vorkriegswochen, die offiziellen Aufforderungen, auf "Diversanten (Saboteure)" zu achten, die maßlose Enttäuschung über die sich abzeichnende militärische Niederlage und eine von ungeordnet zurückflutenden Truppen ausgelöste Panikstimmung in unheilvoller Weise verstärkten und nach Schuldigen suchten. ...<<

>>... Das besonders Schreckliche an den Bromberger Bluttaten ist aber, daß nicht etwa standgerichtliche Verhandlungen und anschließende Exekutionen gegen angebliche "Heckenschützen" und Saboteure oder Spione mit noch so fadenscheinigen Beweisen stattfanden, sondern daß in der ganzen Stadt einschließlich der Vororte, durch die gar keine polnischen Truppen zurückgegangen waren und wo auch keine Schüsse gefallen waren, schon vom 2. September an grausamste Lynchjustiz von selbsternannten Vollsteckern geübt wurde.

Fast alle Augenzeugenberichte sprechen von irregulären mit Soldaten vermischten "Horden" oder "Banden", die die Mordtaten verübten. Glücklicherweise war dagegen, wer aufgrund falscher Aussagen regulär verhaftet und in das Gefängnis eingeliefert wurde, wie Pastor Staffel. Er wurde drangsaliert und geschlagen, kam aber mit dem Leben davon, während sein Amtsbruder Richard Kutzer zusammen mit seinem 73jährigen Vater und 60 weiteren Mitgliedern seiner Gemeinde im Vorort Jägerhof zuerst bestialisch gequält und danach ermordet wurde. ...

Der zum Teil durch Alkohol gesteigerte Blutrausch machte auch vor besonnenen Polen nicht halt. So wurde der polnische Malermeister P. erschossen, weil er sich für 2 deutsche Frauen von 64 und 36 Jahren einsetzte, die aus ihrer Wohnung mit einem Maschinengewehr (!) geschossen haben sollten. Beide blieben dank seines Einsatzes am Leben. ...

Diese und andere menschliche Handlungen, die in den Berichten festgehalten sind, erinnern die Nachgeborenen wie die Nachkommen an die Pflicht, sich jeder Pauschalverurteilung zu enthalten, zumal schon eine Woche nach dem "Blutsonntag", am 10. September, auf dem Friedensplatz polnische Geiseln und damit meist Unschuldige erschossen wurden.

Bestehen bleibt aber, daß von den Deutschen in Polen die Bromberger Deutschen am 3. und 4. September ein besonders hohes und schreckliches Blutopfer erbracht haben, und das nicht, weil sie gegen den polnischen Staat, sondern nur, weil sie Deutsche waren.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtet später (im Jahre 2022) im Sondermagazin Geschichte Nr. 17 über die Jagd auf Deutsche in Polen nach dem Kriegsbeginn (x368/52-54): >>**Der Bromberger Blutsonntag**

_ von Daniell Pföhringer

Nach Hitlers Einmarsch in Polen übte ein von Warschau aufgehetzter Mob Rache an den Volksdeutschen. Dabei wurden auch Frauen und Kinder nicht verschont.

Schon mehrere Monate vor dem Einmarsch der Deutschen in Polen hatten der polnische Rundfunk und die Presse eine chauvinistische Propagandaoffensive gegen die im Lande le-

benden Minderheiten geführt. Dieser gipfelte in der Feststellung, "daß im Kriegsfall kein einheimischer Feind lebend entinnen wird". Wohlmeinende Polen warnten damals ihre Nachbarn, sich auf das Schlimmste gefaßt zu machen, die Rede von einer bevorstehenden "Bartholomäusnacht" ging um.

Die angekündigte Jagd auf Deutsche begann schon kurz nach Kriegsbeginn. Besonders schlimm wüteten die Polen am 3. September 1939 in Bromberg (Bydgoszcz). Die mehrheitlich deutschsprachige Stadt in Westpreußen war per Versailler Diktat 1920 dem polnischen Staat zugeschlagen worden. Nach offenbar schon vorher erstellten Listen richtete ein entfesselter Mob, unterstützt von zurückströmenden polnischen Soldaten, an jenem Sonntag in Bromberg - und in der Folge auch in weiteren Städten - grauenvolle Massaker an. "Tausende von Volksdeutschen starben in diesen Tagen eines gewaltsamen Todes von polnischer Hand", schreibt Helmuth Fechner in dem 1964 von ihm und Herbert Marzian herausgegebenen Werk *Deutschland und Polen 1772-1945*.

Warschau stachelte die Bevölkerung sogar noch an, dem sogenannten Bromberger Blutsonntag weitere Mordexzesse folgen zu lassen: Am 9. September 1939 sprach der polnische Senator in Wilna davon, daß sich die Bevölkerung an den furchtbaren Verbrechen ein Beispiel nehmen und im Kampf gegen die Deutschen alle erdenklichen Mittel anwenden möge.

Augenzeugen berichten

Deutsche Soldaten hatten die Stadt bereits am 6. September eingenommen, das übrige vormals deutsche Gebiet bis zum 12. September. Was in den Tagen zuvor geschehen war, hat der US-amerikanische Völkerrechtler und Historiker Alfred M. de Zayas in seinem Buch *Die Wehrmacht-Untersuchungsstelle. Unveröffentlichte Akten über alliierte Völkerrechtsverletzungen im Zweiten Weltkrieg* festgehalten: "Bei den Hausdurchsuchungen wurden zunächst von den Soldaten und dem Mob sämtliches Geld und Wertsachen gestohlen, die Wohnungen auch sonst ausgeplündert und völlig verwüstet. Die Männer der Familie ..., vom 13-jährigen oder gar 10-jährigen Jungen bis zum 70- oder 80-jährigen Greis, wurden in fast allen Fällen in viehischer Weise umgebracht."

De Zayas zitiert Marineoberkriegsgerichtsrat Ulrich Schattenberg, der von der Untersuchungsstelle der Wehrmacht beauftragt wurde, die ersten Zeugenvernehmungen in Polen durchzuführen. In dessen Bericht vom 14. September 1939 heißt es: "Zumeist wurden die Ermordeten mit Brechstangen, Seitengewehren, Gewehrkolben, Knüppeln derart zusammengeschlagen, daß ihre Gesichter bis zur Unkenntlichkeit verstümmelt wurden.

Ich sah selbst angekohlte, zum Teil verbrannte Leichen ermordeter Volksdeutscher." Und weiter: "In vielen Fällen mußten die Volksdeutschen die Ermordung ihrer Väter, Brüder oder Kinder mit ansehen, ohne ihnen, wenn die Verletzten noch nicht gleich tot waren, Hilfe bringen zu dürfen. Dabei wurden sie noch von den Soldaten und vom Pöbel verhöhnt."

Doch nicht nur deutsche Stellen meldeten die Gräueltaten von Bromberg. Der schwedische Journalist und Augenzeuge Christer Jäderlund berichtet am 8. September 1939 für die Zeitung *Stockholms- Tidningen*: "Der Sonntag war fürchterlich. Nach dem Abzug der polnischen Truppen und vor Ankunft der deutschen Wehrmacht entstand in der Stadt ein schreckliches Massaker. Die Anzahl der ermordeten und scheußlich verstümmelten Menschen - Deutsche und Polen, die als deutschfreundlich verdächtig waren - wird auf etwa 1.000 berechnet. Ich fotografierte selbst eine ganze Reihe der großen Leichenhaufen, die noch heute, teils auf den Straßen, teils in den Wäldern sowie in den Gärten, umherlagen."

Der polnische Vorwurf, bei den Ermordeten habe es sich um "Hitler-Agenten" gehandelt, die subversiv agiert hätten, tritt der US-amerikanische Historiker David L. Hoggan in seinem Buch *Der erzwungene Krieg* entgegen: "Die Volksdeutschen in Polen verhielten sich mit wenigen Ausnahmen streng loyal zum polnischen Staate. Eine spätere Untersuchung durch den holländischen Experten Louis de Jong widersprach der bekannten Behauptung der Polen, daß es eine deutsche Fünfte Kolonne in Polen gäbe. Tausende junger Deutscher im militärdienst-

pflichtigen Alter dienten in der polnischen Armee, als 1939 der Krieg begann. Die prominenten Deutschen blieben bis September 1939 im Land und wurden verhaftet, ins Landesinnere transportiert oder getötet."

Widerwärtige Exzeßstaten

Doch warum fanden am 3. September - nicht nur in Bromberg - so viele Morde an Deutschen statt? Die Antwort ist einfach: Es war der Tag der Kriegserklärung Englands und Frankreich an das Deutsche Reich. Im Weichselland geriet man geradezu in einen Freudentaumel - man glaubte allen Ernstes, daß es Paris und London um den Erhalt des polnischen Staates ginge.

Ein Trugschluß, der auch in den folgenden Tagen schreckliche Folgen zeitigte.

Unter Eid bekundete der Zeuge David Poschadel, Arbeiter in Sonnenburg (Slonsk), gegenüber der Wehrmacht-Untersuchungsstelle: "Am Donnerstag, dem 7. September 1939, ging ich nach Ciechonicek, während mein Sohn die Kuh aufs Feld brachte. Als ich aus der Stadt zurückkam, begegnete ich meinem Sohn, der von Soldaten abgeführt wurde. Mein Sohn war 36 Jahre alt. Ich getraute mich nicht, ihn anzusprechen. Mein Sohn sagte auch nichts, guckte mich nur an und weinte. Ich fand ihn verscharrt am Sonntag, dem 10. September 1939, vor. Er lag in einem Graben auf dem Lande meines Nachbarn Gläsmann. Der Kopf war völlig zerschlagen, außerdem wies er viele Bajonettstiche auf, unter anderem war auch das rechte Auge ausgestochen. Einen Schuß hatte er in der Brust."

In den Akten des deutschen Reichskriminalpolizeiamtes (Sonderkommission Bromberg) fand sich folgender Bericht: "Am 7. September 1939 wurden im Dorfe Rudak, wenige Kilometer südöstlich von Thorn, unter vielen anderen auch die Frauen Helene Sonnenberg und Martha Bunkowski ermordet. Diese beiden Morde erreichen deswegen einen Höhepunkt an Gemeinheiten und Verworfenheit, weil es sich bei der 26 Jahre alten Helene Sonnenberg ... um eine Frau in hochschwangerem Zustand gehandelt hat, die außerdem Mutter eines dreijährigen Söhnchens war. ...

Vom 1. bis zum 6.9.1939 irrte die Hochschwangere mit ihrem kleinen Sohn, in Angst um ihren Mann und in Sorge um ihr Schicksal, in der Umgebung von Rudak umher, nachdem sie bei vielen Menschen vergebens um Unterschlupf nachgesucht und in Scheunen und in einer Ziegelei genächtigt hatte. Am 6.9.1939 traf sie mit der ledigen Martha Bunkowski, die sich wie sie auf der Flucht vor dem rasenden Polentum befand, zusammen, und beide Flüchtlingsfrauen versteckten sich nunmehr mit dem kleinen Heinrich Sonnenberg in einem von den polnischen Truppen verlassenen Festungswerk, in dem bereits andere Flüchtlinge Unterschlupf zu haben glaubten."

Am folgenden Tag "bat die Schwangere Fräulein Bunkowski, aus ihrer Wohnung Kleidung für den dreijährigen Knaben zu holen. Die hilfsbereite Bunkowski kam aber bald nach ihrem Weggehen, geführt von polnischen Soldaten, zurück und wurde nun gemeinsam mit Frau Sonnenberg und deren Kind abgeführt. Zeugen erklären, daß nach einiger Zeit ein Soldat den Knaben zurückgebracht habe mit den in polnischer Sprache gesprochenen Worten: "Die zwei kommen nicht mehr zurück."

Was damit gemeint ist, wird aus diesen Worten ersichtlich: "Am 8.9.1939 fanden Volksdeutsche die Hochschwangere und ihre Begleiterin im Stallgebäude der 30 Meter von der Kirche entfernt gelegenen Kirchendienerwohnung. Die Schwangere lag auf dem Leib, das Gesicht in einer Blutlache, die Leiche der Bunkowski lag mit dem Oberkörper über zwei Holztonnen. Der Stall war von außen abgeschlossen." Und weiter: "Die kriminalpolizeilichen Feststellungen führten zu dem Schluß, daß auf die beiden Frauen außerhalb des Stallgebäudes insgesamt fünf Schüsse abgegeben worden sind, sodaß die Opfer erst als Leichen in den Stall geschleppt, dort abgeworfen und eingeschlossen worden sind."

Besonders grauenhaft liest sich, was der Gerichtsmediziner Dr. Panning laut dem Bericht über das eine Opfer und ihr ungeborenes Kind feststellte: "Daß die Reste der Frucht nicht im mütterlichen Körper, sondern zwischen den Oberschenkeln vorgefunden wurden, entspricht dem

allgemein bekannten Vorgang der Sarggeburt, das heißt in Fällen der vorliegenden Art einer Austreibung des kindlichen Körpers aus der Gebärmutter durch Fäulniswirkung. ... In jedem Fall muß es sich um einen Grad der Schwangerschaft gehandelt haben, die offensichtlich war und selbst dem flüchtigen Blick nicht entgehen konnte."

Etwa 13.000 Ermordete

Von solchen Berichten gibt es eine Vielzahl. Der Historiker Horst Rohde stellt in seinem Aufsatz "Hitlers erster "Blitzkrieg" und seine Auswirkungen auf Nordosteuropa" (1979 erschienen im Sammelband *Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg*) über jene Tage im September 1939 fest: "Massenverhaftungen nach vorbereiteten Listen, planlose Märsche, auf denen vor allem die Alten und Kinder den Strapazen zum Opfer fielen, Exekutionen, Morde und Brandstiftungen waren an der Tagesordnung. ... Insgesamt kamen rund 13.000 Volksdeutsche ums Leben. Spätere Übertreibungen der nationalsozialistischen Propaganda führten dazu, daß Berichte über das tatsächliche Geschehen international überhaupt auf Unglauben stießen."

Vogelfrei

"Sonntag, 3. September, gegen 2 Uhr näherten sich unserem Hause ... polnische Soldaten und polnische Zivilbevölkerung. Die polnischen Zivilisten sagen: "Hier wohnen Deutsche." Daraufhin begannen die Soldaten, sofort zu schießen. ... Ich wollte meinem Vater beistehen, da ich polnisch kann. Ich habe die Polen gefragt, was wir ihnen angetan hätten ... Die Polen riefen: "Herunter mit den deutschen Schweinen!" Mein Vater erhielt mehrere Kolbenhiebe ins Gesicht und an den Körper, sodann wurde er mit dem Seitengewehr gestochen. Daraufhin fiel mein Vater zu Boden und erhielt sechs Schüsse." (Die Bromberger Augenzeugin Vera Gannot, zitiert in: Alfred M. de Zayas, *Die Wehrmacht-Untersuchungsstelle. Dokumentation alliierter Kriegsverbrechen im Zweiten Weltkrieg*, 2001)<<

07.09.1939

Polen: Am 7. September 1939, um 11.00 Uhr, kapituliert die polnische Besatzung der Westerplatte vor Danzig.

17.09.1939

UdSSR, Polen: Die Sowjetunion greift am 17. September 1939 in den Krieg gegen Polen ein. Nachdem der deutsch-polnische Krieg fast entschieden ist, greifen sowjetische Truppen die ostpolnische Grenze an.

Um 6.00 Uhr morgens marschieren 2 sowjetische Heeresgruppen (die Ukrainische und die Weißrussische Front) in Ostpolen ein, während sich die deutschen Truppen vereinbarungsgemäß auf die Narew-Weichsel-San-Linie zurückziehen. Der polnische Staatspräsident Moscicki flieht am 17. September 1939 mit der polnischen Regierung nach Rumänien. Moscicki wird dort vorübergehend interniert und findet später in London Zuflucht.

Stalin erklärt am 17. September 1939 in Moskau (x064/140): >>... (daß) der polnische Staat und seine Regierung tatsächlich aufgehört haben zu existieren. ...<<

Stalin läßt diese "Befreiungsmission" angeblich durchführen, um die slawische Bevölkerung in den polnischen Gebieten der Westukraine, Belorußland und in Bessarabien vor der faschistischen Versklavung zu "schützen".

Stalin, der Hitler im Jahre 1939 bewußt die Angreiferrolle überlassen hat, begründet vor der Weltöffentlichkeit die Besetzung Ostpolens mit dem Schutz der Ukrainer und Weißrussen (x064/140): >>Die Sowjetregierung kann sich ... nicht gleichgültig dazu verhalten, daß die mit ihr blutsmäßig verwandten Ukrainer und Weißrussen, die auf dem Territorium Polens leben und der Willkür des Schicksals ausgeliefert sind, schutzlos bleiben.

Angesichts dieser Sachlage hat die Sowjetregierung das Oberkommando der Roten Armee angewiesen, den Truppen Befehl zu erteilen, die Grenze zu überschreiten und das Leben und Eigentum der Bevölkerung der westlichen Ukraine und des westlichen Weißrußland unter ihren Schutz zu nehmen. Gleichzeitig beabsichtigt die Sowjetregierung, alle Maßnahmen zu treffen, um das polnische Volk aus dem unseligen Krieg herauszuführen, in den es durch sei-

ne unvernünftigen Führer gestürzt wurde, und ihm die Möglichkeit zu geben, ein friedliches Leben wieder aufzunehmen. ...<<

In den Jahren 1939-41 verschleppen die Sowjets etwa 1,65-2,5 Millionen "unzuverlässige" Staatsbürger (Polen, Juden, Ukrainer und Weißrussen) aus Ostpolen zur Zwangsarbeit nach Sibirien (x025/172, x061/499, x063/678, x064/142).

Weit über 50 % der ostpolnischen Verschleppungsoffer überleben die Deportationen in die Sowjetunion wahrscheinlich nicht (x025/172-173).

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil schreibt später über die "Sowjetische Befreiungsmission" in Ostpolen (x026/18-19): >>Nachdem Wehrmacht und Rote Armee im September 1939 Polen angegriffen und überrannt hatten, annektierte die Sowjetunion die Gebiete Polens mit ukrainischer bzw. weißrussischer Bevölkerungsmehrheit. Die anschließende Säuberung vollzog sich nach stalinistischem Muster: Massenerschießung von Mißliebigen und Massendeportation von potentiellen Regimegegnern in den Archipel Gulag.

Verschleppt wurden so gut wie alle Flüchtlinge aus West- und Mittelpolen, Vertreter des öffentlichen Dienstes, alle Gebildeten und Wohlhabenden. Von den 1,65 bis 2,5 Millionen Deportierten waren 52 % Polen, 30 % Juden und 12 % Ukrainer und Weißrussen. Weit über die Hälfte dieser Unglücklichen dürfte umgekommen sein. ... Von den 230.000 polnischen Kriegsgefangenen in der UdSSR dürften insgesamt nur 82.000 überlebt haben. ...<<

Der britische Historiker Robert Conquest (1917-2015) berichtet später über das Schicksal der polnischen Deportierten (x080/328): >>Selbst nach den Maßstäben des Gulag waren die polnischen Gefangenen mit äußerster Brutalität behandelt worden und hatten überdurchschnittlich viele Todesopfer zu beklagen. Stalin hegte anscheinend einen besonders böartigen Groll gegen die Polen - womöglich deshalb, weil sie 1920 bei Lemberg seinen Sieg vereitelt hatten. ...<<

28.09.1939

Polen: Die Verteidiger Warschaus (General Rommel mit rd. 120.000 polnischen Soldaten) kapitulieren am 28. September 1939 (x040/15).

29.09.1939

Polen: Die deutsche Wehrmacht-Untersuchungsstelle (WUSt) informiert im Abschlußbericht vom 29. September 1939 über die polnischen Gewaltakte im September 1939 (x029/233-235): >>... In ganz besonders starkem Maße an den Ermordungen beteiligt ist das polnische Militär, insbesondere die Infanterie. Ferner aber auch Polizei, Gendarmerie, Przysposobienie Wojskowe (vormilitärische Jugendausbildungsorganisation unter militärischer Führung), Obrona Narodowa (nachträglich eingezogene Reservisten) und Scheletzen (eine Parallelorganisation zu den Sokoll), aber auch Zivilpersonen.

In der überwiegenden Zahl der Fälle sind die Ermordeten unter irgendeinem Vorwand vorher verhaftet worden. Besonders häufig erfolgten derartige Verhaftungen nach vorausgegangenen deutschen Fliegerangriffen. Als Vorwand für die Verhaftungen dienten in der Hauptsache folgende Begründungen, soweit man Begründungen überhaupt gab: Angeblicher Besitz von Waffen und Munition sowie von Geheimsendern, das Geben von Blinkzeichen an deutsche Flugzeuge, Spionage und Beherbergung von Spionen.

In vielen Fällen genügte aber die Bejahung der Frage, ob der Betreffende deutsch und evangelisch sei, um seine Festnahme durchzuführen. ... Aus der ganzen Provinz Posen trieb man die offenbar nach einer bestimmten Liste festgenommenen Volksdeutschen in Richtung Kutno. ... Während des ganzen Marsches erfolgten ständig grundlose Mißhandlungen durch die Begleitmannschaften. Diese richteten sich insbesondere gegen diejenigen, welche wegen Schwäche oder hohen Alters oder Krankheit nicht gut marschieren konnten. ...

Abgesehen von auf diesem Marsche Ermordeten sind in allen Teilen der Provinz, besonders in dem östlichen und dem südlichen Teil, außerordentlich viel andere Ermordungen erfolgt, z.T. unter geradezu bestialischen Umständen. Ganze Familien sind ausgerottet worden. Die

Menschen sind nicht immer erschossen, sondern häufig mit allen möglichen Werkzeugen, z.T. vor den Augen ihrer Angehörigen oder anderer Personen, denen ebenfalls ihre Ermordung angekündigt war, erschlagen worden. Eine große Zahl der Leichen ist mit schweren Verstümmelungen aufgefunden worden. ...

Bei Tarlowa in der Nähe von Kolo hat das polnische Militär auf eine große Anzahl Volksdeutscher geradezu eine Treibjagd mit Maschinengewehren veranstaltet. Man fand etwa 130 Tote, die nach den Zeugenaussagen wie die Hasen bei einer Treibjagd über ein Feld verstreut waren. ...

Es konnte bisher nur ein Teil der Zeugen vernommen werden, weil eine Reihe gerade von solchen Personen, die besonders Schreckliches erlebt haben, körperlich noch so mitgenommen und seelisch so schwer erschüttert sind, daß sich eine Vernehmung bisher noch nicht verantworten ließ. ...<<

Ein deutscher Richter der Wehrmacht-Untersuchungsstelle (WUSt) berichtet später über eine Informationsveranstaltung für Journalisten aus neutralen Staaten in Bromberg im September 1939 (x029/36-37): >>... Ich habe ihnen damals erklärt, daß die Vernehmungen, die gemacht worden waren, tatsächlich polnische Greueltaten erwiesen haben. Aber ich persönlich hatte nicht den Eindruck, daß die Leute mir geglaubt haben.

Die Polen-Greuel, die Goebbels erdichtet hatte, hatten ihre Wirkung getan, denn keiner glaubte mehr daran, was in dieser Richtung vorgebracht wurde. Jedes Mal, wenn Adolf Hitler einmarschieren wollte, kamen irgendwelche Greuel zustande. So war es in der Tschechei gewesen, so war es auch in Polen: Gründe für den Einmarsch oder irgendwelche kriegserischen Handlungen wurden darin gesucht, daß Greuel von den Nicht-Deutschen gegen die Deutschen begangen worden waren.

Die Journalisten hielten diese Anschuldigungen ebenfalls für Propaganda. Sie haben natürlich nichts gesagt, aber in ihren Mienen konnte man auch lesen.<<

Das deutsche NS-Propagandaministerium nutzt die polnischen Massaker nach dem deutschen Angriff gewissenlos aus und veröffentlicht später bewußt völlig falsche Zahlen.

Obgleich die "Posener Zentralstelle für die Gräber ermordeter Volksdeutscher" 5.495 deutsche Todesopfer und Vermißte ermittelt, wird die Zahl der Ermordeten und Vermißten mit mindestens 58.000 festgesetzt.

Nach dem Kriegsende wird in der Posener Zentralstelle ein NS-Telegramm aus Berlin vom Februar 1940 gefunden, wonach man "die Zahl von 58.000 Toten und Vermißten allein als verbindlich anzusehen" habe (x029/37).

06.10.1939

Polen: Die letzten polnischen Kampfeinheiten werden am 6. Oktober 1939 durch überlegene deutsche Truppen zerschlagen und kapitulieren.

Während des deutsch-polnischen "Blitzkrieges" geraten rund 694.000 polnische Soldaten in deutsche Kriegsgefangenschaft. 217.000 Polen gehen in sowjetische Gefangenschaft (x041/-101). Etwa 100.000 polnische Soldaten fliehen nach Ungarn und werden z.T. im Frühjahr 1940 in die Truppen der westlichen Alliierten eingereiht.

Wehrmachtsverluste während des Polenfeldzuges: 10.572 Tote, 3.404 Vermißte und 30.322 Verwundete. Die UdSSR meldet 737 Tote und 1.859 Verwundete (x040/16).

Nach polnischen Angaben fallen während des deutsch-sowjetischen-polnischen Krieges insgesamt rund 123.000 polnische Soldaten (x064/140).

Der deutsche Historiker Gerhard Hümmelchen schreibt später über den "Polenfeldzug" (x051/448-449): >>Polenfeldzug, von Hitler am 1.9.39 um 4.45 Uhr (nicht 5.45 Uhr, wie in seiner Reichstagsrede gesagt) ausgelöster Krieg gegen Polen, der sich zum Zweiten Weltkrieg ausweiten sollte.

Dem Polenfeldzug voran ging eine Phase hektischer diplomatischer Vermittlungsversuche um Beilegung der deutsch-polnischen Differenzen (u.a. Korridor, Danzigfrage). Sie scheiterten

letztlich an Hitlers Willen zur gewaltsamen Lösung der Raumfrage (Raum). Zwar wurde der bereits für den 26.8. gegebene Angriffsbefehl noch einmal zurückgenommen – Italien hatte sich als nicht kriegsbereit erklärt –, doch dann ordnete Hitler nach kurzen Scheinverhandlungen die Auslösung des Falles "Weiß" an. Den Propagandistischen Vorwand lieferte der SD mit der vorgetäuschten polnischen Besetzung des Reichssenders Gleiwitz.

In zwei Angriffskeilen stieß das Gros des aktiven deutschen Heeres (57 Divisionen) aus Pommern und Ostpreußen – Heeresgruppe Nord (Generaloberst von Bock) – sowie aus Schlesien und der Slowakei – Heeresgruppe Süd (Generaloberst Rundstedt) – mit ca. 2.500 Panzern konzentriert Richtung Warschau vor, unterstützt von den Luftflotten 1 und 4 mit insgesamt 1.107 Maschinen.

Die polnische Heeresleitung (Marschall Rydz-Smigly) hatte das Gros ihrer Kräfte (26 Divisionen, zehn Brigaden) entlang der 1.900 km langen Grenze aufmarschieren lassen. Insgesamt hatte Polen 40 Divisionen und 16 Brigaden mit 1.132 leichten Panzerfahrzeugen mobilisiert. Die polnischen Luftstreitkräfte verfügten über 745 Flugzeuge, die Flotte war bedeutungslos und wurde bis auf fünf U-Boote und drei Zerstörer Opfer der deutschen Luftangriffe.

Bis zum 7.9. waren alle polnischen Armeen im Grenzgebiet entweder durchbrochen, angeschlagen oder zum Rückzug gezwungen. Schon am 5.9. befahl Rydz-Smigly den Rückzug hinter die Weichsel. Aus psychologischen und wehrwirtschaftlichen Gründen sowie in der Hoffnung auf einen Angriff Frankreichs im Westen hatte er in Überschätzung der eigenen Stärke den ungünstigen Grenzaufmarsch gewählt. An der unheilvollen Entwicklung konnte auch die am 6.9. im Raum Saarbrücken anlaufende "Offensive" der französischen 4. Armee nichts ändern, weil sie nicht zum Abtransport deutscher Divisionen aus Polen zwang.

Zwischen dem 8. und 13. 9. kam es bei Radom zur ersten Kesselschlacht, die deutsche 10. Armee nahm 65.000 Polen gefangen. Bereits am 11.9. hatte das deutsche I. Korps Warschau von seinen östlichen Verbindungen abgeschnitten. Vom 17.-20.9. brachte die Heeresgruppe Süd bei Lublin 60.000 Gefangene ein. Zugleich vollzog sich das Schicksal der polnischen Armeen Posen und Pommerellen; 170.000 Polen gingen in Gefangenschaft. Die polnischen Luftstreitkräfte verloren bis 15.9. 330 Maschinen, davon die meisten im Luftkampf und nicht am Boden (nur 50), wie die deutsche Propaganda gemeldet hatte.

Am 17.9. griff von Osten her die Rote Armee mit zwei Heeresgruppen nach den im Deutsch-Sowjetischen Nichtangriffsvertrag vorgesehenen Gebieten, die 1918-20 an Polen verloren gegangen waren. Polen konnte dagegen nur noch Reste von neun Divisionen und drei Brigaden aufbieten. Die polnische Regierung floh am gleichen Tag nach Rumänien, die Reste der Luftstreitkräfte folgten (116 Maschinen).

Der Zusammenbruch war nun nur noch eine Zeitfrage: Die seit dem 19.9. eingeschlossene, von 120.000 Soldaten verteidigte polnische Hauptstadt kapitulierte am 28.9. nach Beschießung und schweren Luftangriffen. Mit der Kapitulation von 16.857 polnischen Soldaten bei Kock (östlich Deblin) am 6.10. endete der Polenfeldzug.

Die polnische Armee verlor gegen Deutschland 70.000 Tote, 133.000 Verwundete und 700.000 Gefangene, die Rote Armee meldete zudem 217.000 gefangene Polen bei 737 eigenen Toten und 1.859 Verwundeten.

Die Wehrmacht hatte an Verlusten: 10.572 Tote, 3.409 Vermißte und 30.322 Verwundete, dazu 217 Panzer, 285 Flugzeuge, ein Minensuchboot.

Eine Vorahnung der Leiden der kommenden Besatzungspolitik vermittelte schon während des Polenfeldzuges der Terror der den deutschen Angriffsarmeen folgenden Einsatzgruppen und der sowjetischen Sicherheitspolizei NKWD.

Polen wurde zwischen Deutschland und der Sowjetunion geteilt. Die deutsch besetzten Gebiete wurden zum Teil ins Reich inkorporiert (ca. 90.000 km² mit zehn Millionen Einwohnern, Danzig-Westpreußen, Warthegau), der Rest am 26.10.39 zum Generalgouvernement zusammengefaßt. Das Ende des Polenfeldzuges brachte jedoch kein Ende des Kriegszustands, da die

Westmächte das Ergebnis der Gewaltpolitik Hitlers nicht hinnehmen wollten und seine Friedensangebote ablehnten.<<

Der deutsche Historiker Bernd-Jürgen Wendt schreibt später über die Zerschlagung Polens (x051/448): >>(Polen) ... Als sich Polen Ende März 39 dem deutschen Drängen auf Rückgabe Danzigs, exterritoriale Verbindungen durch den Korridor und auf eine Satellitenrolle gegen die Sowjetunion versagte, kündigte Hitler den Pakt von 1934.

Nach Einigung zwischen Berlin und Moskau (23.8.39 Deutsch-Sowjetischer Nichtangriffsvertrag) war dann das Schicksal Polens trotz der britisch-französischen Garantien und trotz eines von der katholischen Kirche unterstützten patriotischen Widerstandswillens entschieden: Polenfeldzug.

Dennoch existierte der polnische Staat rechtlich und politisch weiter durch die Londoner Exilregierung und durch die polnische Exilarmee (u.a. Anders). Als Reaktion auf die rücksichtslose deutsche Besatzungspolitik im Generalgouvernement (Massenumsiedlungen, Zwangsrekutierungen polnischer Arbeitskräfte, Liquidierung der Intelligenz, Endlösung) entstanden zudem ein Untergrundstaat und eine nationalpolnische "Armee im Lande" (Warschauer Aufstand).

Ihr Scheitern wegen ausbleibender sowjetischer Hilfe war die Folge des Moskauer Konfrontationskurses nach der Entdeckung der Massengräber von Katyn. Stalin setzte seitdem nur auf willfähige kommunistische polnische Organe:

Aus dem unter sowjetischem "Beistand" gebildeten Lubliner Komitee (21.7.44) entstand am 1.1.45 in Polen eine Provisorische Regierung und am 28.6.45 die Regierung der nationalen Einheit. Die Westmächte willigten in Teheran, Jalta und im Potsdamer Abkommen unter dem Druck der militärischen Gegebenheiten in die "Westverschiebung" Polens (zwischen Curzon-Linie und Oder-Neiße-Linie) und in die Vertreibung der deutschen Bevölkerung ein.

Die "demokratische Regierung" aber, die sie weiterhin forderten, wußte Stalin durch scheinbare Zugeständnisse und manipulierte Wahlen zu hintertreiben. Polen wurde eine sozialistische "Volksrepublik".<<

Nach dem deutschen Blitzsieg gegen Polen richtet Hitler am 6. Oktober 1939 Friedensangebote an England und Frankreich (x059/94): >>... Wir verzichten auf alle Gebietsforderungen im Westen, verlangen aber dafür freie Hand im Osten.<<

Der deutsche Historiker Alfred Schickel berichtet später in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 10 – 1989 über Hitlers Friedensangebote vom 6. Oktober 1939 (x853/...): >>... Friedensinitiativen im Herbst 1939

Erinnerungen an vergessene zeitgeschichtliche Ereignisse

... Da Berlin ausgewiesenermaßen gegenüber England und Frankreich kein Kriegsziel verfolgte, schien einem Friedensschluß zwischen dem Reich und den beiden Westmächten auch kein Hindernis entgegenzustehen.

- Das sah auch Roosevelts "heimlicher Außenminister", Botschafter William C. Bullitt so, wie er in seinem "persönlichen und vertraulichen" Telegramm an den US-Staatschef vom 8. September 1939 bekannte: "Ich erwarte, daß die Deutschen ihre Zerstörung Polens bald abschließen, um dann Frankreich und England den Frieden anzubieten."

Nur redete der Roosevelt-Vertraute - ganz im Sinne seines Chefs - einem helfenden Eingreifen der USA zugunsten der beiden Westmächte entschieden das Wort. Entsprechend telegraphierte er dem Präsidenten: "Natürlich ist es offensichtlich, daß, falls der Neutralitätsbeschluß (des amerikanischen Kongresses) in seiner gegenwärtigen Form bleibt, Frankreich und England rasch besiegt werden."

Statt mit einem von Berlin initiierten Friedensschluß wollten Bullitt und Roosevelt den Krieg mit einem klaren Sieg der Alliierten beenden. Deswegen bauten sie darauf, daß Paris und London die Berliner Friedensvorschläge ablehnen und weiterkämpfen würden, wie es die Kabinette an der Seine und an der Themse dann auch taten.

Hitlers Appell vom 6. Oktober 1939 schien damit bereits von Anfang an keine Aussicht auf Annahme beschieden. Der deutsche Führer meinte damals in seiner Rede vor dem Deutschen Reichstag:

"Weshalb soll nun der Krieg im Westen stattfinden? Für die Wiederherstellung Polens? Das Polen des Versailler Vertrages wird niemals wieder erstehen ... Was soll also sonst der Grund sein? Hat Deutschland an England irgendeine Forderung gestellt, die etwa das britische Weltreich bedroht oder seine Existenz in Frage stellt? Nein, im Gegenteil.

Weder an Frankreich noch an England hat Deutschland eine solche Forderung gerichtet. Soll dieser Krieg aber wirklich nur geführt werden, um Deutschland ein neues Regime zu geben, das heißt: um das jetzige Reich wieder zu zerschlagen und mithin ein neues Versailles zu schaffen, dann werden Millionen Menschen zwecklos geopfert."

Statt des Eintritts in echte Kampfhandlungen im Westen regte Hitler den Zusammentritt einer internationalen Konferenz an, auf welcher dann eine Friedensordnung beschlossen werden sollte. Als Voraussetzung für eine ersprießliche Arbeit einer derartigen Konferenz sah er die Klärung der außenpolitischen Ziele der europäischen Staaten an.

- Der britische Premierminister nannte in seiner Antwort auf die Rede Hitlers die Friedensvorschläge des Reichskanzlers "vage und unbestimmt". Wörtlich führte Neville Chamberlain vor dem britischen Unterhaus am 12. Oktober 1939 aus:

"Sie (die Friedensvorschläge) enthalten keine Anregung über die Wiedergutmachung des der Tschechoslowakei und Polen zugefügten Unrechts. Aber auch wenn die Friedensvorschläge Anregungen enthielten, dieses Unrecht wieder gutzumachen, würde es notwendig sein zu fragen, durch welche praktischen Mittel die deutsche Regierung die Welt zu überzeugen beabsichtigte, daß Angriffshandlungen jetzt aufhören und Versprechungen eingehalten würden. Die letzten Erklärungen haben bewiesen, daß auf Zusicherungen der gegenwärtigen deutschen Regierung kein Verlaß ist."

Und der französische Ministerpräsident Daladier sekundierte seinem britischen Kollegen mit den Worten:

"Ich weiß wohl, daß man auch heute vom Frieden spricht, vom deutschen Frieden, von einem Frieden, der lediglich die durch List oder Gewalt gemachten Eroberungen sanktionieren und die Vorbereitung weiterer Eroberungen in keiner Weise verhindern würde", um dann seinen Franzosen emphatisch zuzurufen: "Ich erkläre deshalb in eurem Namen, daß wir kämpfen und weiterkämpfen werden, um endgültige Sicherheitsgarantien zu erlangen."

Damit schien die erste Friedensinitiative auf höchster Ebene vorläufig gescheitert, obwohl sich in England noch ein Mann zu Wort meldete, dessen Ansicht nach wie vor Gewicht hatte: Lloyd George. Der ehemalige britische Premierminister und Mitgestalter des Versailler Vertrages veröffentlichte am 11. Oktober 1939 im "Journal American" und in der "Sunday Times" zwei Aufsätze, in denen er schrieb:

"Die letzte Rede Hitlers kann als Grundlage einer Friedenskonferenz dienen. Der richtige Krieg zwischen Großbritannien und Frankreich einerseits und Deutschland andererseits hat noch gar nicht begonnen. Alle Völker wünschen aufrichtig die Vermeidung eines neuen Weltkrieges. Eine ablehnende und überstürzte Antwort würde eine Entfremdung der öffentlichen Meinung hervorrufen, statt sie für unsere Sache zu gewinnen.

Im (Ersten) Weltkriege konnte man die Wiederherstellung ganz Belgiens verlangen. Wir können heute jedoch nicht die gleiche Forderung im Hinblick auf Polen erheben. Das würde eine Herausforderung Rußlands bedeuten ... Weshalb also keine Konferenz der wichtigsten Weltmächte vorschlagen, um die Lage zu untersuchen. Hitler scheint einen solchen Gedanken zu hegen. Rußland kann ihn nicht zurückweisen ...

Es ist wesentlich, daß die Vereinigten Staaten dazu gebracht werden, die Teilnahme an einer solchen Konferenz anzunehmen. Hitler hat schon einige Diskussionspunkte angeführt, so die Abrüstung, die Kolonien, den polnischen Staat. Wir haben die Freiheit, andere Diskussions-

punkte vorzuschlagen. Nichts kann verloren sein, und vieles kann mit Hilfe einer solchen Konferenz gewonnen werden."

Chamberlain hörte jedoch nicht auf seinen Landsmann, sondern setzte vertrauensvoll auf die Entscheidung der Waffen - und die amerikanische Schützenhilfe. In dieser Kampfesentschlossenheit schien er auch nicht wankend zu werden, als Ende Oktober deutschfreundliche Worte aus Moskau zu hören waren.

- Da hielt der sowjetische Außenminister Molotow auf der 5. außerordentlichen Tagung des Obersten Sowjets eine Rede, in welcher er über den Krieg ausführte:

"Dieser Krieg begann zwischen Deutschland und Polen und erweiterte sich zu einem Krieg Deutschlands mit England und Frankreich. Der deutsch-polnische Krieg hat infolge des vollständigen Versagens der polnischen Führung ein rasches Ende genommen. Es kann, wie jedermann einsehen wird, von der Wiederherstellung des alten Polens nicht die Rede sein.

Die britische und die französische Regierung wissen das, wollen aber trotzdem nicht den Krieg beenden. Es ist unsinnig und sogar verbrecherisch, einen Krieg zur Vernichtung des Hitlertums zu führen, indem man dem Krieg das Mäntelchen des Kampfes für die Demokratie umhängt."

Premierminister Chamberlain zeigte sich von der Rede Molotows nicht sonderlich beeindruckt, sondern nannte sie sogar eine "Enttäuschung" für Berlin und gab sich in seiner Stellungnahme vor dem Unterhaus am 2. November 1939 recht zufrieden.

- In der Ablehnung der Berliner Friedensanregungen fand sich Chamberlain offenbar in nahtloser Übereinstimmung mit seinem Marineminister Winston Churchill. Dieser hatte nicht nur schon früher wiederholt kritische Worte über das nationalsozialistisch geführte Deutschland gesprochen und zu entsprechenden Aktionen aufgerufen, sondern bereits am 2. Oktober 1939 bei einem Essen mit Joseph Kennedy etwaige Friedensvorschläge Hitlers als unannehmbar bezeichnet.

Nach Meinung des nachmaligen englischen Premierministers war "die russische Macht, die sich möglicherweise über die ganze Welt ausbreitet, nicht gefährlicher als jene der Deutschen"; daher mußten "zunächst die Deutschen unter dem Nazi-Regime erledigt werden".

Möglich, daß von dieser Äußerung später die Churchill zugeschriebene Korrektur, daß man "das falsche Schwein geschlachtet" habe, stammt.

Im Gegensatz zu Chamberlain und Daladier, welche Deutschland immerhin Bedingungen stellten, lehnte Churchill ein Friedensgespräch mit Hitler rundweg ab, obwohl er im gleichen Gespräch mit Botschafter Kennedy die militärische Lage Englands als nicht gerade rosig schilderte und die Schlagkraft der Deutschen unterstrich. Wenn er trotz der schwierigen Kriegslage für eine Fortsetzung des Kampfes gegen Deutschland eintrat, dann ist dies nur vor dem Hintergrund seiner heimlichen Kontakte zu Präsident Roosevelt, der ihm moralische und handfeste Unterstützung zusagte, zu verstehen.

Bemühte sich Roosevelt im Falle Englands selber um die direkte Einflußnahme auf die britische Politik mittels einer wichtigen Verbindungsperson, besorgte die Wahrnehmung dieses Zieles in Paris sein persönlicher Vertrauter, Botschafter William C. Bullitt.

Er hatte so enge Kontakte zum amtierenden Ministerpräsidenten Daladier, daß er fast sein Freund sein konnte.

Daladier teilte Bullitt nicht nur am 26. August 1939 jene "entsetzliche Tatsache" massenhafter Verhaftungen von Militärsponen mit, sondern berichtete ihm auch am 11. Dezember 1939 von einem "diplomatischen Manöver, das ihm große persönliche Befriedigung gewährt" habe.

- Es handelte sich um die Tatsache, "daß bis vor ungefähr einer Woche die deutsche Regierung ihm regelmäßig Emissäre mit Friedensvorschlägen geschickt" habe. Da alle diese Vorschläge "die absolute deutsche Herrschaft über Polen und die Tschechoslowakei enthielten", sei er (Daladier) "absolut entschlossen" gewesen, "keinen dieser Vorschläge anzunehmen", wie Bullitt Präsident Roosevelt "persönlich und vertraulich" noch am gleichen Tag mitteilte.

Um aber einen deutschen "Angriff in diesem Herbst aufzuschieben", wollte Daladier die Deutschen weiterhin glauben machen, daß er den einen oder anderen dieser Vorschläge annehmen könnte und hat deshalb "alle diese Vorschläge in Betracht gezogen" und "jeden von ihnen so viele Tage und Wochen lang wie möglich überlegt und dann mit irgendeiner Rückfrage weiter in die Länge gezogen, um die Besprechungen hinauszuschieben".

Daladier begründete seine Hinhaltetaktik mit dem Ziel, die Deutschen dadurch von einem möglichen Angriff auf Frankreich schon im Herbst 1939 abzuhalten und damit für die beiden Westmächte bis zum Frühjahr 1940 Zeit zu gewinnen, was ihm offensichtlich auch gelungen ist. Wie Daladier seinem amerikanischen Gesprächspartner weiter mitteilte, "waren die deutschen Vorschläge alle von Göring gekommen".

Nachdem sein Führer im Oktober bereits in London gescheitert war und von Paris seinerzeit auch nur eine offizielle Absage bzw. Zusage mit schwer erfüllbaren Bedingungen zu hören war, suchte man jetzt in Berlin nach anderen Wegen zu möglichen Friedensgesprächen.

- Dabei rückten die Vereinigten Staaten in den Vordergrund. Ihr Präsident hatte sich ja im Laufe des Jahres wiederholt zu Wort gemeldet und die europäischen Großmächte zu Mäßigung und Zurückhaltung ermahnt, um einen Krieg zu vermeiden.

Diese augenscheinliche Friedensvermittler-Rolle Roosevelts und die gesetzlich verankerte Neutralität der Vereinigten Staaten luden in den Augen deutscher Politiker geradezu ein, den US-Präsidenten um die Vermittlung von Friedensgesprächen zu bitten. Dies um so mehr, als Roosevelt Anfang 1940 seinen Unterstaatssekretär Sumner Welles auf Europa-Erkundungsreise zu schicken gedachte.

Da kam Hermann Göring der Besuch eines alten Fliegerkameraden (von der Gegenseite) aus dem Ersten Weltkrieg in Berlin zupaf. Ihn hatte Professor Wilhelm Keilhau, ein Berater des Nobel-Instituts in Oslo, nach Deutschland geschickt, "um über gegenwärtige Ansichten in deutschen Führungskreisen zu ermitteln".

Da Trygve Gran, der 1914 als erster Flugzeugführer die Nordsee überquert und dann als Offizier in der Royal Air Force gedient hatte, enge freundschaftliche Beziehungen zu Göring unterhielt, schien er der geeignete Mann für eine solche Mission. So kam es Mitte Dezember 1939 zu einem Gespräch zwischen dem prominenten Norweger und der Nummer Zwei hinter Adolf Hitler.

Dabei ließ Göring deutlich durchblicken, daß man im Auswärtigen Amt dem norwegischen Besucher Wichtiges mitzuteilen hätte, was er, Göring, auch meine und befürworte. So begab sich Trygve Gran ins deutsche Außenministerium und erfuhr dort zunächst einmal die Begründung für den Pakt mit Rußland ("Hitler-Stalin-Pakt").

Danach habe ihn die deutsche Seite nur deswegen geschlossen, weil sie von einer schlagkräftigen polnischen Armee ausgegangen sei. Hätte man freilich die Schwäche Polens schon vorher gekannt, wäre es nicht zu einem solchen Vertrag gekommen. Dann die Eröffnung der "hohen Beamten des Auswärtigen Amtes" nach der Überlieferung eines vorliegenden Dokumentes:

"Deutschland ist willens, in Friedensverhandlungen einzutreten, sofern die Initiative grundsätzlich von den Vereinigten Staaten ausgeht ... und sofern Großbritannien und Frankreich vorderhand keine Bedingungen stellten; denn Deutschland wünscht auf derselben Grundlage wie die anderen Staaten in Verhandlungen einzutreten. So stellt Deutschland für seinen Teil weder einen Waffenstillstand noch eine Unterbrechung der britischen Seeblockade als Vorbedingung für die Verhandlungen."

- Weil man in Berlin sowohl von der offiziellen Reaktion Londons und Paris' her wußte, daß man dort auch deutsche Vorstellungen über das künftige Schicksal Polens und der Tschechoslowakei erwartete und nicht nur "vage" Friedensvorschläge hören wollte, hatte man sich an der Wilhelmstraße in Berlin auch über die weitere Zukunft dieser beiden Länder Gedanken gemacht und gab Trygve Gran dazu folgende Überlegungen mit auf den Weg:

"In diesem Falle (einer friedlichen Verständigung mit den Westmächten) sollte Gesamtpolen als völlig unabhängiger Staat hergestellt werden, wobei freilich Danzig und der Korridor beim Reich verbleiben, Polen aber im Osten einen neuen Korridor zugestanden erhalten kann. Die Tschechoslowakei sollte auch wieder errichtet werden, vorausgesetzt, daß Benesch nicht wieder zurückgerufen wird."

In einem solchen friedlichen Arrangement sah man in Berlin "für Großbritannien die einzige Möglichkeit, Polen wieder herzustellen, ohne Krieg gegen eine deutsch-russische Allianz zu riskieren".

Aus Geheimhaltungsgründen verlangten die deutschen Gesprächspartner Trygve Grans, daß ihr abermaliges Angebot nicht vorzeitig bekannt gemacht werden dürfe, sonst "würden sie eine solche gegebene Information ableugnen".

- Diese absolute Vertraulichkeit forderte auch Grans Auftraggeber Wilhelm Keilhau, als er diese Informationen an die amerikanische Gesandtin in Oslo, Francis Harriman, am 22. Dezember 1939 weitergab. Die amerikanische Diplomatin kablete die Berliner Vorschläge noch am gleichen Tage "streng vertraulich" nach Washington.

Wie die Fundstelle, die National Archives/Diplomatic Branch in Washington, ausweist, ist diese Nachricht richtig in der amerikanischen Hauptstadt angekommen. Wie gleichzeitig der Ablauf der Geschichte beweist, haben die Vereinigten Staaten die ihnen von Berlin angetragene Rolle des Friedensvermittlers nicht übernommen, sondern die Bereitschaft des Reiches zum Gespräch ignoriert.

England, Frankreich und die USA gingen dabei auch über die Empfehlungen des Alt-Premiers Lloyd George hinweg, der als einzige gesprächsbereite Stimme auf der Seite der Alliierten vor 50 Jahren öffentlich zu vernehmen war.

Am 24. Dezember 1939 rief schließlich Papst Pius XII. zur Einstellung des Krieges auf, da er "auf moralischem, geistigem, wirtschaftlichem und sozialem Gebiet besonders böse Folgen des Krieges" sehe. Die "für das Schicksal der Völker Verantwortlichen sollten es daher nicht von vornherein ablehnen zu verhandeln, wenn sich Gelegenheit dazu biete".

Pius XII. fand sich mit dieser Empfehlung in Übereinstimmung mit Lloyd George. Er ging aber über dessen Ratschlag noch hinaus, indem er auch "Richtlinien für einen gerechten internationalen Frieden" gab. Sie enthielten die folgenden Punkte:

Sicherung des Rechtes auf eigenes Staatsleben und auf Unabhängigkeit für alle Nationen; Befreiung der Völker von der Sklaverei des Rüstungswettlaufes; Reorganisation des zwischenstaatlichen Lebens unter Berücksichtigung aller Fehler der Vergangenheit; Berücksichtigung der berechtigten Bedürfnisse und Forderungen der Nationen und Völker sowie der völkischen Minderheiten und "vollbewußtes Verantwortungsgefühl der Leiter der Völker".

- Geradezu klassisch objektiv faßte der Papst die Vorschläge und Möglichkeiten zusammen, die sich im Herbst 1939 für einen Friedensschluß geboten hatten. Er unterstützte die öffentlich gewordenen (deutschen) Friedensanregungen vom Oktober und geißelte zugleich die Verantwortlichen für den "vorbereiteten Angriff auf ein fleißiges und friedliches Volk".

Es mußten sich also die Politiker an der Spree ebenso betroffen und angesprochen fühlen wie die Staatsführungen in London und in Paris. Hätten sie sich darüber hinaus auch zur Tat entschlossen und die päpstlichen Empfehlungen gar zur Richtschnur ihrer Handlungen gemacht, wäre der Menschheit der Zweite Weltkrieg erspart geblieben und hätten über 50 Millionen Menschen ihr Leben nicht verloren.<<

NS-Zivilverwaltung in den westpolnischen Restgebieten durch SS-Sonderorganisationen **25.10.1939**

Polen: Die deutsche Militärverwaltung wird bereits am 25. Oktober 1939 aufgehoben und durch die "Zivilverwaltung" der NSDAP sowie durch SS-Sonderorganisationen abgelöst (x064/146). NS-Reichsrechtsführer Hans Frank übernimmt in Krakau das Amt des General-

gouverneurs.

Alle Gebiete, die das Deutsche Reich 1919/20 an Polen abgetreten hat, gliedert man in die neugegründeten Reichsgaue Danzig-Westpreußen, Wartheland (ehemalige preußische Provinz Posen und westpolnische Gebiete, mit den 3 Regierungsbezirken Posen, Hohensalza und Lodz/Litzmannstadt) sowie in die deutschen Provinzen Ostpreußen (Regierungsbezirk Zichenau und Sudauen) und Oberschlesien (Bezirk Kattowitz und das Olsa-Gebiet) ein.

In den westpolnischen Restgebieten um Warschau, Lublin und Krakau wird das "Generalgouvernement" (eine Art "koloniales Nebenland" des Deutschen Reiches) gegründet. Die völkerrechtliche Stellung dieser Restgebiete bleibt unklar. Das Generalgouvernement wird später als völlig abhängiges Beatzungsgebiet wirtschaftlich ausgebeutet, politisch versklavt und schließlich Tatort der Endlösung in den NS-Vernichtungslagern.

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über den Reichsgau "Wartheland" (x051/621-622): >>Wartheland (Reichsgau Wartheland, Warthegau), nach dem Polenfeldzug am 8.10.39 vom Deutschen Reich annektiertes Gebiet südlich der Weichsel und Netze mit den Regierungsbezirken Posen, Hohensalza und Lodz (ab 12.4.40 Litzmannstadt), rund 44.000 qkm mit 4,7 Millionen Einwohnern (davon 327.000 Deutsche).

Im zunächst Reichsgau Posen (bis Januar 40) genannten Wartheland erhielt am 26.10.39 Greiser die Doppelfunktion des Gauleiters und Reichsstatthalters und den Auftrag, das Gebiet zu "regermanisieren". Dazu wurden alle denkbaren staatlichen Zwangsmittel angewandt, von der Vertreibung der ca. 380.000 Juden oder ihrer Zusammenfassung v.a. im Getto Lodz und ihrer Ermordung in den Vernichtungslagern bis zur fast völligen Zerschlagung der Organisation der katholischen Kirche als eines Horts des polnischen Nationalismus und der Ermordung (Intelligenzaktion) oder Vertreibung des polnischen Klerus.

Zur Verstärkung der deutschen Position wurden die aus dem Baltikum kommenden Deutschen und andere volksdeutsche Gruppen angesiedelt, bis 1944 wurden dazu rund 630.000 Polen ins Generalgouvernement abgedrängt. Das Wartheland war eine Art nationalsozialistischer Modellgau, in dem durch Vereinigung der Partei- und Staatsfunktionen, durch Trennung von Kirchen (Herabstufung zu bloßen Vereinen) und Staat, durch totale polizeistaatliche Kontrollen ein "von allen traditionellen bürokratischen Hemmungen freies" (Greiser) nationalsozialistisches Gemeinwesen entstehen sollte.

Das Experiment endete im Januar 45 mit dem Einmarsch der Roten Armee und mit Flucht, Vertreibung oder Tod der deutschen Bevölkerung.<<

Der deutsche Historiker Bernd-Jürgen Wendt schreibt später über das "Generalgouvernement" (x051/208): >>Generalgouvernement (amtlich seit 26.10.39 "für die besetzten polnischen Gebiete", von Juli 40 an nur noch Generalgouvernement), nach dem Polenfeldzug im eroberten Polen gebildetes deutsches "Nebenland", ohne eigene Staatlichkeit unter einem Generalgouverneur (H. Frank) mit begrenzter polnischer Selbstverwaltung auf unterster Ebene; eingeteilt in vier Distrikte (Krakau, Warschau, Radom, Lublin) unter Distriktgouverneuren, denen am 1.8.41 noch Ostgalizien mit Lemberg als "Distrikt Galizien" angegliedert wurde; damit 142.000 km² und rund zwölf Millionen Einwohner.

Das Generalgouvernement war Arbeitskräftereservoir für verschleppte polnische Zwangsarbeiter, Aufnahmeland für die aus den von Deutschland annektierten Gebieten vertriebenen Polen (1,2 Millionen), industrielles und landwirtschaftliches Ausbeutungsobjekt und seit 1942 nach der Gettoisierung der Juden (1943 Warschauer Getto-Aufstand) Schauplatz für die Durchführung der Endlösung.

Nach Schließung der höheren Schulen und Universitäten und Ausrottung von Teilen der polnischen Intelligenz (Intelligenzaktion) wurde das Schulsystem auf einfache und rein fachliche Bildungsstätten reduziert.

In weiterer Perspektive sah der Generalplan Ost die Vertreibung von 80-85 % der Polen aus dem Generalgouvernement nach Sibirien und die Ansiedlung deutscher Bauern vor; während

sich Frank und seine Zivilregierung bisweilen noch, wenn auch ohne Erfolg, aus rein pragmatischen Gründen um eine gewisse Milderung des Besatzungsregimes bemühten, führte das völlig autonome Schreckensregiment der direkt Himmler unterstellten Höheren SS- und Polizeiführer, die die Gerichtsbarkeit und zunehmend Aufgaben der Exekutive ausübten, seit 1943 zu einer Verschärfung der Lage im Generalgouvernement.

Ein relativ grobmaschiges deutsches Kontrollnetz ermöglichte im Generalgouvernement die Organisation des polnischen Widerstands in einer Untergrundregierung mit einer Untergrundarmee, die sich am 1.8.44 im Warschauer Aufstand gegen die deutsche Besatzungsmacht erhob, nach zweimonatigen Kämpfen jedoch mangels alliierter Unterstützung unterlag.<<

27.10.1939

Polen: Nach "freien Wahlen" werden die ostpolnischen Gebiete am 27. Oktober 1939 in die Sowjetrepubliken Ukraine und Weißrußland eingegliedert.

31.10.1939

Polen: Der deutsche Wehrmachtsoffizier Helmut Stieff (1901-1944. seit 1944 Generalmajor) schreibt am 31. Oktober 1939 über die Not und das Elend der Warschauer Bevölkerung (x073/183-184): >>... Die Masse der Millionenbevölkerung ... vegetiert irgendwo und irgendwie, man kann nicht sagen wovon. Es ist eine unsagbare Tragödie, die sich dort abspielt ... Man bewegt sich dort nicht als Sieger, sondern als Schuldbewußter! ...

Dazu kommt noch all das Unglaubliche, was dort am Rande passiert und wo wir mit ver-schränkten Armen zusehen müssen! Die blühendste Phantasie einer Greuelpropaganda ist arm gegen die Dinge, die eine organisierte Mörder-, Räuber- und Plündererbande unter angeblich höchster Duldung dort verbricht.

Da kann man nicht mehr von "berechtigter Empörung über an Volksdeutschen begangenen Verbrechen" sprechen. Diese Ausrottung ganzer Geschlechter mit Frauen und Kindern ist nur von einem Untermenschentum möglich, das den Namen Deutsch nicht mehr verdient. ...<<

Oktober 1939

Polen: Hitler schreibt im Oktober 1939 über die NS-Besatzungspolitik im Generalgouvernement (x067/144): >>Die Verwaltung hat nicht die Aufgabe, aus Polen eine Musterprovinz oder einen Musterstaat nach deutscher Ordnung zu schaffen oder das Land wirtschaftlich und finanziell zu sanieren. ...

Die Durchführung (der Verwaltung) bedingt einen harten Volkstumskampf, der keine gesetzlichen Bindungen gestattet. Der Generalgouverneur soll der polnischen Nation nur geringe Lebensmöglichkeiten geben und die Grundlage für die militärische Sicherheit erhalten. Es ist Vorsorge zu treffen, daß das Gebiet als vorgeschobenes Glacis (Sicherheitszone) für uns militärische Bedeutung hat und für einen Aufmarsch ausgenutzt werden kann. ...

Die Führung des Gebietes muß es uns ermöglichen, auch das Reichsgebiet von Juden und Polacken zu reinigen. ...<<

Die NS-Besatzer sind damals hauptsächlich an der Beschaffung von Arbeitskräften und an der totalen Ausplünderung ("radikale Auspowerung") aller osteuropäischen Besatzungsgebiete interessiert, denn während des langen Krieges fehlen ständig Arbeitskräfte und Rohstoffe. Um die eigentlichen "NS-Kriegsziele" zu verwirklichen, lassen die SS-Organisationen keine Form des Terrors aus. Die einheimische polnische Bevölkerung erhält größtenteils nur unzureichende Nahrungsmittelzuteilungen. Fast alle polnischen Betriebsinhaber und Großgrundbesitzer werden enteignet. Außerdem beschlagnahmt man Klöster und sämtliche staatlichen Einrichtungen.

Da schon bald mehrere Millionen deutsche Soldaten an den Kampffronten eingesetzt werden, fehlen zwangsläufig überall Arbeitskräfte. Hunderttausende von Polen werden später als Zwangsarbeiter für die deutsche Rüstungsindustrie rekrutiert und müssen in den Westen des Deutschen Reiches "umsiedeln". Arbeitsfähige Polen, die nicht in den Westen verschleppt

werden, inhaftiert man in den zahlreichen NS-Arbeits- bzw. Konzentrationslagern des Generalgouvernements. In diesen NS-Zwangsarbeitslagern fordern die Folgen der unmenschlichen Arbeits- und Lebensbedingungen, der Hungertod, Seuchen und brutale Mißhandlungen ungezählte Opfer.

21.11.1939

Polen: Der deutsche Major Hellmuth Stieff (1901-1944, ab Oktober 1942 Oberst und Cheforganisor im Generalstab des Heeres, 1944 jüngster Generalmajor der Wehrmacht, Mitglied der militärischen Widerstandsbewegung, nach dem gescheiterten "Stauffenberg-Attentat" verhaftet, zum Tod verurteilt und hingerichtet) schreibt am 21. November 1939 aus Warschau an seine Frau (x191/96): >>... Ich schäme mich, ein Deutscher zu sein! (Im Brief unterstrichen.) Diese Minderheit, die durch Morden, Plündern und Sengen den deutschen Namen besudelt, wird das Unglück des ganzen deutschen Volkes werden, wenn wir ihnen nicht bald das Handwerk legen. ...<<

November 1939

Polen: Bis November 1939 werden bereits rund 135.000 Polen mit brutaler Rücksichtslosigkeit und gnadenloser Härte "umgesiedelt" (x020/40).

In den ehemaligen preußischen Provinzen Oberschlesien, Westpreußen und Posen beginnt die NSDAP schon im September 1939 mit den ersten "wilden Zwangsaustreibungen" der polnischen Zivilbevölkerung. Nach Hitlers Plänen sollen innerhalb von 10 Jahren ca. 7,8 Millionen Polen und 0,7 Millionen Juden aus den eingegliederten polnischen Ostgebieten vertrieben und durch Volks- und Reichsdeutsche ersetzt werden.

Die SD- und SS-Sondereinheiten führen diese Austreibungen vielerorts überfallartig und völlig überhastet durch. Die Vertreibungskommandos umstellen polnische Dörfer oder sperren Stadtteile vollständig ab und treiben die verzweifelte polnische Bevölkerung zusammen.

Die SD- und SS-Vertreibungskommandos dringen manchmal mitten in der Nacht gewaltsam in die polnischen Häuser und Wohnungen ein. Die Polen müssen innerhalb von 30-60 Minuten "reisefertig" sein und dürfen höchstens 30 kg Gepäck mitnehmen. Die Austreibungen werden später planmäßig organisiert, so daß man die polnische Zivilbevölkerung unter halbwegs erträglichen Bedingungen umsiedeln kann.

Viele "Umsiedler" fahren mit ihren Fuhrwerken in das nächste zentrale Internierungslager oder direkt in das Generalgouvernement. Hier beschlagnahmen die deutschen "Umsiedlungskommandos" sämtliche Fuhrwerke der polnischen Bauern, um sie den volksdeutschen Umsiedlern zu übergeben. Nach solchen widerwärtigen Erlebnissen ziehen die volksdeutschen Umsiedler bereits todunglücklich in die geräumten polnischen Dörfer und Städte. Manche Siedler ahnen jetzt schon, daß sie hier keine neue Heimat finden werden.

Dezember 1939

Polen: Generaloberst Johannes Blaskowitz (1883-1948, Selbstmord, preußischer Berufsoffizier der "alten Schule") verfaßt Ende 1939 eine Denkschrift für Hitler und protestiert als "Oberbefehlshaber Ost" gegen die SD- und SS-Greuel in Polen (x025/170).

SD- und SS-Greuel sowie sowjetische "Säuberungsaktionen" in Polen

Ab Dezember 1939 wurde in Westpolen fast die gesamte polnische Führungsschicht inhaftiert oder z.T. sofort liquidiert. Das brutale Vorgehen der SS- und SD-Sondereinheiten wurde in erster Linie mit den polnischen Ausschreitungen gegen die volksdeutsche Bevölkerung begründet ("Bromberger Blutsonntag").

In den besetzten polnischen Gebieten war die Zivilbevölkerung permanent willkürlichen Umsiedlungen, Zwangsverschleppungen, Massenverhaftungen und brutalen Verhören ausgesetzt. Im gesamten Besatzungsgebiet wurde das kulturelle Leben der polnischen Bevölkerung lahmgelegt. Ungezählte polnische Zivilisten mußten unverantwortliche Demütigungen, rücksichtslose Diskriminierungen und schwerste Gewalttaten über sich ergehen lassen.

Die Sowjets führten in den ostpolnischen Gebieten ebenfalls systematische Enteignungen und

Massenverhaftungen durch. Den sowjetischen "Säuberungsaktionen" im Jahre 1939/1940 fielen hauptsächlich die polnische Intelligenz (Akademiker und Ingenieure), aber auch wohlhabende Bürger und Bauern sowie Priester der Ostkirche zum Opfer, während im Jahre 1944 vor allem politische Gegner verfolgt wurden.

Nach polnischen Angaben kamen in Ost- und Westpolen insgesamt 22.392 Angehörige der polnischen Intelligenz um. Aufgrund der unterschiedlichen Bevölkerungsanteile in den deutschen und sowjetischen Besatzungsgebieten wurden wahrscheinlich mehr als 50 % aller Mordopfer durch deutsche SS- und SD-Einsatzgruppen umgebracht (x025/172).

Die exilpolnische Zeitung "Dziennik Polski" berichtet später, daß die "Befreiung" Polens im Jahre 1944 mehr Opfer gekostet habe als der deutsch-polnisch-sowjetische Krieg im Jahre 1939 (x026/18).

26.01.1940

Polen: Der letzte Treck mit umgesiedelten Wolhynien-Deutschen verläßt am 26. Januar 1940 bei Przemysl die ostpolnischen Gebiete.

06.02.1940

Polen: Generaloberst Blaskowitz ("OB Ost") protestiert am 6. Februar 1940 in einer 2. Denkschrift gegen die SD- und SS-Greuel in Polen (x029/246): >>... Die Einstellung der Truppe zur SS und Polizei schwankt zwischen Abscheu und Haß. Jeder Soldat fühlt sich angewidert und abgestoßen durch diese Verbrechen, die in Polen von Angehörigen des Reiches und Vertretern der Staatsgewalt begangen werden. Er versteht nicht, wie derartige Dinge, zumal sie sozusagen unter seinem Schutz geschehen, ungestraft möglich sind.<<

Hitler läßt General Blaskowitz später an die Westfront versetzen (x029/246).

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über Johannes Blaskowitz (x051/-77): >>Blaskowitz, Johannes, geboren in Peterswalde (Ostpreußen) 10.7.1883, gestorben in Nürnberg 5.2.1948, deutscher Generaloberst (1.10.39); 1901 Eintritt ins Heer, 1916 Generalstabsdienst, 1919 in die Reichswehr übernommen, 1932 Generalmajor, 1933 Generalleutnant und Inspekteur der Waffenschulen, 1936 General der Infanterie.

Blaskowitz führte im Polenfeldzug die 8. Armee und wurde im Oktober 39 Oberbefehlshaber Ost. In dieser Eigenschaft verfaßte er zwei Denkschriften über SS- und Partei-Greuel in Polen, fiel in Ungnade und blieb trotz Wiederverwendung (Oktober 40 - Mai 44: 1. Armee in Frankreich) unbefördert. Mehrfach Oberbefehlshaber von Heeresgruppen, erhielt Blaskowitz am 7.4.45 den Oberbefehl in der "Festung Holland", wo er in Absprache mit den Alliierten die Versorgung der Zivilbevölkerung sicherte.

Nach der Kapitulation in mehreren Lagern, dann Anklage wegen angeblicher Kriegsverbrechen. Dem Verfahren entzog sich Blaskowitz durch Selbstmord.<<

10.02.1940

Polen: Der sowjetische NKWD-Geheimdienst beginnt am 10. Februar 1940 mit der systematischen "Säuberung der besetzten ostpolnischen Gebiete".

Der ungarisch-schweizerische Historiker Peter Gosztony (1931-1999) schreibt später über die sowjetischen Gewalttaten in Ostpolen (x264/20): >>... Während man die ehemalige ländliche Oberschicht – die Gutsbesitzer und die Großbauern - liquidierte, wurden auch zahlreiche andere Polen vom 10. Februar 1940 an per Bahn ins Innere der UdSSR deportiert, offiziell "Umsiedlung" genannt. In fünf großen Wellen fuhren in der Folge Deportationszüge nach Nord-Rußland, nach Sibirien und nach Mittelasien. "Umgesiedelt" wurden mehr als 1,2 Millionen Menschen (die in der Regel als Gepäck nur ein Bündel mitnehmen durften). ...

Es ging hier nicht nur um sogenannte "Klassenfeinde", sondern um Leute aus allen Bevölkerungsschichten, von ehemaligen Beamten bis zu Flüchtlingen, die im östlichen Polen Schutz vor den Kriegshandlungen gesucht hatten. Auch Kommunisten entgingen diesen Verfolgungen nicht! Sie waren den Sowjetbehörden besonders suspekt, nachdem die polnische KP 1938 von der Kommunistischen Internationale als "Sammelsurium von Polizeispitzeln" und

"Trotzkisten" aufgelöst worden war.

Nach heute noch gültigen Angaben von vertrauenswürdigen exilpolnischen Kreisen haben rund 760.000 Menschen die sowjetische "Umsiedlung" von 1939/41 mit ihrem Leben bezahlt. Ihr einziges Vergehen bestand darin, daß sie polnischer Nationalität waren. ...<<

Militärische Lage östlich der Oder-Neiße-Linie (1944)

Im Jahre 1944 mußten sich die deutschen Wehrmachtstruppen an fast allen Fronten fluchtartig zurückziehen. Infolge der verlustreichen Abwehr- und Rückzugskämpfe wurde die Kampfkraft des Ostheeres unaufhörlich schwächer, denn die großen Menschen- und Materialverluste konnten schon längst nicht mehr ersetzt werden. Den deutschen Ostarmeen fehlten vor allem Waffen, Munition und Verpflegung. Die Nachschubprobleme wurden täglich bedrohlicher.

Generalfeldmarschall Erich von Manstein ("Heeresgruppe Süd") forderte ab Januar 1944 die Räumung des Dnjeprbogens, drastische Frontverkürzungen und Frontverlagerungen nach Westen. Von Manstein verlangte außerdem, daß man endlich einen "wirklich verantwortlichen Oberbefehlshaber" für die Ostfront einsetzen mußte. Diese Rückzugsforderungen und Änderungen des Oberbefehls lehnte Hitler jedoch kategorisch ab, denn angeblich würde kein anderer seine "überragende Autorität" besitzen.

Hitler blieb bis zur totalen Niederlage ein uneinsichtiger Fanatiker, der seine "strategischen Vorstellungen" ohne Rücksicht auf Verluste durchsetzte. Hitlers unsinnige "Haltetaktik" und laienhafte Fehleinschätzungen brachten letzten Endes Tod und Verderben über das gesamte Ostheer.

Die Führerbefehle verursachten ständig militärische Katastrophen. Wider den Rat seiner erfahrenen Heerführer opferte Hitler leichtfertig komplette Armeen. In Stalingrad (1942/43), Nordafrika (1943), Weißrußland (1944), Rumänien (1944), Ostpolen und im Baltikum (1945) richteten Hitlers Fehler vernichtende Niederlagen an, bei denen der "Führer" mindestens 100 Divisionen in den sicheren Tod hetzen ließ (x076/228).

Im Januar 1944 erreichten sowjetische Truppen bereits die ehemaligen polnischen Grenzen in Wolhynien

Vom 22. Juni bis zum 8. Juli 1944 wurden in Weißrußland 28 Divisionen der deutschen "Heeresgruppe Mitte" (Generalfeldmarschall Busch) fast vollständig zertrümmert. Rd. 350.000 deutsche Soldaten fielen oder galten danach als vermißt (x040/221). Gegen diese verheerende Katastrophe, die Hitler zweifellos verschuldet hatte, war die verlustreiche Kesselschlacht im weitentfernten Stalingrad geradezu "unbedeutend". Im Jahre 1942/43 hatte die Vernichtungsschlacht um Stalingrad "nur" rd. 125.000 Tote und 91.000 Kriegsgefangene gefordert (x040/160, x041/129).

Nach der vernichtenden Niederlage in Weißrußland war die militärische Lage des deutschen Ostheeres vollkommen hoffnungslos. Eine reale Chance, die Rote Armee vor den deutschen Reichsgrenzen aufzuhalten, bestand nicht mehr.

Anstatt die Ostfront mit allen Mitteln zu unterstützen und die ostdeutsche Zivilbevölkerung zu evakuieren, ließ Hitler sogar noch mehrere kampfstärke Wehrmachtsverbände an die Westfront verlegen, um die Atlantikinvansion der Westalliierten abzuwehren.

In Süd-Osteuropa mußten die deutschen Truppen Kreta, Griechenland und den Balkan räumen. Ab August bis zum November 1944 besetzte die Rote Armee Bulgarien, Rumänien, Jugoslawien und griff die Slowakei (ab September 1944) sowie Ungarn (ab Oktober 1944) an.

Obgleich ab August 1944 unaufhörlich sowjetische Truppentransporte vor der ostpreußischen und polnischen Grenze eintrafen, mußte das deutsche Ostheer im Herbst und Winter 1944 weitere kampferprobte Divisionen für die "Ardennenoffensive" und die Verteidigung Ungarns abtreten.

Für Hitler war der längst verlorene "Ostkrieg" nur noch ein lästiger "Nebenkrieg". Der völlige Zusammenbruch der Wehrmacht und die bedingungslose militärische Kapitulation, die bisher

noch kein deutscher Staat hinnehmen mußte, war Ende 1944 nur noch eine Frage der Zeit.

Die Flucht der Deutschen

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtet im Jahre 1954 über die Flucht der Deutschen aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße (x001/24E-32E): >>...

Die Ursachen, die den Flüchtlingsstrom aus Ostdeutschland in den ersten Monaten des Jahres 1945 auslösten, waren zwingender, als dies bei anderen Evakuierungs- und Fluchtbewegungen der Zivilbevölkerung im Ersten oder Zweiten Weltkrieg der Fall war. Es galt nicht allein, der Front und den Kampfhandlungen auszuweichen, sondern einem Gegner, der, wie die im Herbst 1944 in Ostpreußen und schon vorher in den baltischen Ländern gemachten Erfahrungen gezeigt hatten, keinerlei Rücksicht auf die Zivilbevölkerung nahm, sondern - zur Vergeltung gegenüber der deutschen Bevölkerung und zum Beutemachen ermuntert - zügellos und brutal plünderte, die Frauen vergewaltigte und nach Belieben Zivilisten erschoss, Tausende in provisorisch errichtete Lager zusammentrieb und nach Osten verschleppte.

Der Entschluß zur Flucht vor den sowjetischen Truppen war deshalb unter der gesamten deutschen Ostbevölkerung nahezu allgemein. Wohl benutzte die Parteipropaganda die Kunde von Greueln für ihre Zwecke, vor allem um eine Stärkung des Widerstandswillens zu erreichen, aber auch unabhängig davon war man in Ostdeutschland einer Meinung darüber, daß die Zivilbevölkerung Schlimmstes von den sowjetischen Truppen zu erwarten hatte.

Die ostdeutsche Bevölkerung machte sich auf die Flucht, obwohl von Januar bis März 1945 in allen ostdeutschen Provinzen ein äußerst strenger Winter herrschte, der unterwegs Erfrierungen, auf den eisglatten Straßen und schneeverwehten Wegen härteste Strapazen befürchten ließ. Hierzu kam, daß die Plötzlichkeit des russischen Vormarsches und der Mangel an ausreichenden Transportmitteln dazu zwangen, nur die nötigsten Gebrauchsgegenstände und Lebensmittel mitzunehmen.

Der größte Teil des Besitzes, die Habe in Haus und Hof, mußten zurückgelassen werden, vor allem auch zahlreiches Vieh, was gleichbedeutend war mit seinem Verlust. Außerdem war vielerorts die Chance des Entkommens schon äußerst gering, da die russischen Panzer schneller waren als die Flüchtlingstrecks und überdies ständig die Gefahr bestand, eingeschlossen zu werden oder auf offener Straße in die Kampfhandlungen hineinzugeraten. Auch das Fehlen der zum Kriegsdienst eingezogenen Männer machte sich in dieser Notzeit für die Zivilbevölkerung sehr erschwerend bemerkbar.

Die hohe Zahl von Verzweiflungstaten und Selbstmorden in jener Zeit und bereits vor dem Eintreffen der russischen Truppen verdeutlicht die verzweifelte Notlage der ostdeutschen Bevölkerung in ihrer Furcht vor den Gefahren der Flucht und den unermesslichen Leiden, die von der Roten Armee drohten. - In dieser entsetzlichen Not entschied sich dennoch die überwiegende Mehrzahl in allen deutschbewohnten Gebieten jenseits der Oder-Neiße für den Aufbruch zur Flucht, da alle Bedenken, die davon abhalten konnten, von der Furcht vor den Kampfhandlungen und vor den zu erwartenden Übergriffen der sowjetischen Truppen übertroffen wurden.

Bei der panikartigen Flucht, die überall allein das Erscheinen der Roten Armee auslöste, waren die amtlichen Anordnungen zur Räumung oft nahezu ohne Bedeutung. Eine geregelte Evakuierung im großen war meistens nicht mehr möglich oder zu spät begonnen worden. Die für die Räumung verantwortlichen Behörden vermochten eine überstürzte und regellose Flucht nicht zu verhindern, und die mit der Evakuierung beauftragten Organisationen waren trotz mancher aufopfernder Bemühungen, vor allem bei der NSV. und den Kreis- und Ortsbauernschaften, nicht imstande, den plötzlich anwachsenden Flüchtlingsstrom hinreichend zu lenken und zu versorgen.

Die Befehlsgewalt der Partei in allen Räumungsangelegenheiten hatte im ganzen zweifellos nachteilige Folgen, sie bedeutete aber keineswegs, daß die Flucht oder Evakuierung gegen

den Willen der ostdeutschen Bevölkerung erzwungen worden ist. Dies geht allein schon daraus hervor, daß die Bevölkerung auch dann, wenn keine Räumungsbefehle gegeben wurden, in gleicher Weise flüchtete.

Der Zwangscharakter, den die Räumung infolge der Anordnungen der Partei erhielt, bezog sich nur auf die von den Gau- und Kreisleitern angeordneten Räumungstermine, nicht auf die Flucht als solche. Nicht darin lag die Unverantwortlichkeit der parteiamtlichen Maßnahmen, daß Räumungsbefehle gegeben wurden, sondern daß dies infolge des Unvermögens der Parteibehörden, sich die wirkliche Lage einzugestehen, meist zu spät erfolgte und damit der Aufbruch zur Flucht eine Verzögerung erlitt, die ein rechtzeitiges Entkommen für Teile der ostdeutschen Bevölkerung unmöglich machte.

Obwohl die Flüchtenden, als sie sich auf die Flucht begaben, zweifellos nicht absehen konnten, was ihnen im einzelnen unter russischer Herrschaft bevorstand, so hat sich doch später an der vielfältigen schrecklichen Erfahrung derjenigen, die zurückgeblieben waren oder denen die Flucht mißlang, eindeutig erwiesen, daß die Flucht im Rahmen des Gesamtschicksals der ostdeutschen Bevölkerung nach 1945 noch das geringste Übel war.

Unzählige Menschen sind dadurch vor Schlimmerem bewahrt geblieben, denn die Verluste, die während der Flucht entstanden, reichten - so schmerzlich sie waren - nicht an die viel höheren Verluste und Schädigungen heran, die als Folge der russisch-polnischen Herrschaft über Ostdeutschland für diejenigen entstanden, die in diesen Gebieten zurückgeblieben waren. ...

a. Die Flucht der deutschen Bevölkerung aus den westpolnischen Gebieten und aus Ostbrandenburg

Das annähernd 100.000 qkm umfassende Gebiet, das im Norden durch die Warthe, Netze und Weichsel, im Osten durch den großen Weichselbogen, im Süden durch den Oberlauf der Weichsel und die schlesisch-polnische Grenze und nach Westen hin durch den Mittellauf der Oder begrenzt wird, stellte im Angriffsplan der russischen Großoffensive vom Januar 1945 einen einheitlichen Operationsraum dar. Es wurde der Schauplatz des russischen Frontalangriffs, der in ungeheurer Schnelligkeit innerhalb von 18 Tagen die über 400 km weite Strecke vom Weichselbogen bis zur mittleren Oder überwand.

Gleichsam keilförmig brach die Rote Armee in diesem sich schon in seiner äußeren Konfiguration nach Westen verengenden Gebiet bis in die Mitte des Reiches vor, während an den beiderseitigen Flanken in Ostpreußen, in Westpreußen, in Pommern und in Schlesien selbständige Fronten entstanden und strategische Räume, um die noch monatelang der Kampf ging.

Wie der Verlauf der Operationen, so unterschied sich auch die Flucht der deutschen Bevölkerung in diesem mittleren Gebiet zunächst dadurch von den übrigen Ostgebieten, daß sie Ende Januar 1945 im wesentlichen bereits abgeschlossen war. Während sich in Ostpreußen und Schlesien die Fluchtbewegung der Bevölkerung durch vier Monate hinzog, entschied sich das Fluchtschicksal der Deutschen aus den Gebieten des damaligen Generalgouvernements, des Warthegaues und Ostbrandenburgs innerhalb von vierzehn Tagen.

Im Verhältnis zu den Dimensionen dieses Gebietes, dessen Fläche fast doppelt so groß wie die Ostpreußens ist, war die Zahl der deutschen Bevölkerung relativ gering. Sie betrug ca. 1,4 Millionen. Davon entfielen allein 640.000 auf das kleine Gebiet Ostbrandenburgs. Im Warthegau lebten rund 670.000 und in der westlichen Hälfte des Generalgouvernements rund 90.000 Deutsche. Abgesehen von dem rein deutsch bewohnten Ostbrandenburg war die deutsche Bevölkerung weit in der Minderheit. Sie war am dichtesten in der westlichen Hälfte des Warthegaues, im Bereich der alten Provinz Posen, insbesondere in den unmittelbar an die alte Reichsgrenze von 1937 angrenzenden Gegenden. Hier betrug der Anteil der deutschen Bevölkerung etwa 30 Prozent, östlich der Linie Hohensalza - Kalisch war die Dichte der deutschen Bevölkerung geringer.

Eine zahlenmäßig starke deutsche Minderheit gab es nur noch im Gebiet von Lodz, in dem über 100.000 Deutsche lebten. Im übrigen wird der Anteil der deutschen Bevölkerung - ver-

stärkt durch den Zuzug von Volksdeutschen Umsiedlern und Deutschen aus dem Reich - durchschnittlich 10 Prozent betragen haben. Im Gebiet des Generalgouvernements war er jedoch weit geringer. Auf einhundert Polen kam hier durchschnittlich nur ein Deutscher.

Die Flucht der in ihrer Masse in Brandenburg und der Provinz Posen lebenden und mit ihren Ausläufern weit nach Osten verstreuten deutschen Volksteile war in hohem Maße eine Frage der Zeit und der Entfernungen.

Die weiten Strecken, die bis zur Oder zurückzulegen waren, und das Tempo des Vormarsches der sowjetischen Armeen ließen für die überwiegende Zahl der aus Zentralpolen und dem östlichen Teil des Warthegebietes fliehenden Deutschen die Flucht mißlingen. Dazu kam, daß die verantwortlichen Parteibehörden sich und die Bevölkerung völlig über den Ernst der Lage und die Schnelligkeit des sowjetischen Vormarsches täuschten und kostbare Zeit vergehen ließen, indem sie noch mehrere Tage nach dem Beginn der russischen Offensive kategorisch die Flucht der Bevölkerung verboten.

Wie die Stoßrichtung der russischen Armeen verlief in Zentral- und Westpolen auch die Flucht der deutschen Bevölkerung gleichmäßig von Osten nach Westen. Dabei führte die Mehrzahl der Fluchtwege nach Ostbrandenburg. Teile der deutschen Bevölkerung aus dem nördlichen Warthegebiet zogen nach Pommern, und im Süden flohen viele Deutsche nach Schlesien. Entsprechend dem russischen Vordringen begann die Flucht zuerst in den am weitesten östlich gelegenen Bezirken an den Tagen des 16., 17. und 18. Januar und ergriff dann die sich nach Westen anschließenden Gebiete. Am 20.-23. Januar war im Gebiet der Provinz Posen der Höhepunkt der Fluchtwelle erreicht, während die Flucht der ostbrandenburgischen Bevölkerung, soweit sie überhaupt in Gang kam, erst in die letzten Januartage fiel.

Entsprechend dem Räumungsplan der deutschen Behörden, der eine Einteilung des Warthegaues in drei Zonen vorsah und auf Grund dessen die Räumungsbefehle an die einzelnen Zonen in zeitlicher Aufeinanderfolge ergingen, verlief die Flucht zunächst in zeitlicher Staffellung und gleichsam wellenförmiger Bewegung, ehe sie in ein Chaos allgemeiner Überstürzung mündete.

Erst am 16. Januar wurde für das Gebiet östlich der Linie Kutno - Sieradz - Wielun die Räumung angeordnet, und auch dies zunächst nur für Frauen mit kleinen Kindern und für Kranke und Gebrechliche. Diese beschränkte Räumungsaktion blieb für die östlichen Gebiete die einzige, die mit einigem Erfolg durchgeführt werden konnte. Es gelang z.B., mit mehreren Sonderzügen einige tausend Frauen und Kinder aus Lodz nach dem Kreis Wollstein zu bringen, von wo aus sie dann wenig später die Flucht über die Oder fortsetzen konnten. Auch aus Wielun wurden durch tatkräftigen Einsatz der örtlichen Behörden 3.000 Frauen und Kinder in den Kreis Lissa und anschließend weiter über die Oder transportiert.

Durch fehlende Eisenbahnzüge und Verkehrsstockungen wurde aber auch diese am 16. Januar zur Rettung der Mütter und Kinder angeordnete Maßnahme stark behindert, und als am 18. Januar die Evakuierung der ganzen östlichen Zone des Warthegaues befohlen wurde, konnten aus diesem Gebiet bereits keine Züge mehr nach Westen fahren, da russische Truppen inzwischen Lodz erreicht hatten und die Eisenbahnstrecken Lodz - Posen, Kutno - Posen und die südliche Strecke Wielun - Lissa schon unterbrochen waren.

Mit Ausnahme eines Teiles der städtischen Bevölkerung, der schon in den Tagen vorher trotz Fluchtverbot mit der Eisenbahn nach dem Westen gelangt war, wurde mit dem 18. Januar die Flucht der Bevölkerung aus der östlichen Hälfte des Warthegebietes ein fast aussichtsloses Beginnen. Lastkraftwagen und motorisierte Verkehrsmittel standen nur in ganz seltenen Fällen zur Verfügung, und so blieb trotz starker Kälte nichts anderes übrig als der Treck mit Pferd und Wagen.

Sehr viele Deutsche haben versucht, auf diesem Wege den vorstoßenden Russen zu entgehen, aber sie wurden nahezu sämtlich unterwegs von russischen Panzern eingeholt, meist schon im Raum Kalisch - Konin. In Lodz, dem östlichsten Zentrum des Deutschtums in Polen, fielen

Zehntausende von Deutschen, ehe sie noch aufgebrochen waren, den Russen in die Hände. Erfolgreicher verlief die Flucht der deutschen Bevölkerung aus dem Zentrum des Warthegebietes, das etwa durch die Städte Hohensalza – Posen - Kalisch abgesteckt werden kann. Obwohl für dieses Gebiet erst am 20. Januar die Räumungserlaubnis gegeben wurde, ist die Mehrzahl der städtischen Bevölkerung teilweise schon vor diesem Datum mit der Eisenbahn nach dem Westen gelangt. Nach dem 20. Januar war allerdings auch hier eine Flucht auf dem Schienenwege nicht mehr möglich.

Da die Entfernungen bis zur Oder aus dem Raum Hohensalza - Posen - Kalisch im allgemeinen unter 200 Kilometer lagen, bestand jedoch auch für die Trecks der Dörfer und Güter eine Chance des Entkommens, sofern nicht Straßenverstopfungen, Wagenbrüche und sonstige Verzögerungen eintraten oder Erfrierungen und Erkrankungen bei der schneidenden Kälte die Flucht behinderten. Die knappe Hälfte der auf dem Treck befindlichen Bevölkerung mag aus diesem Gebiet bis über die Oder gelangt sein. Dagegen haben es die Trecks mit besonders langen Fluchtwegen in der Regel nicht vermocht, die Oder vor den Russen zu erreichen.

In den am weitesten westlich gelegenen Gebieten der ehemaligen Provinz Posen, die an Pommern, Brandenburg und Schlesien angrenzten, waren die Aussichten für eine erfolgreiche Flucht hinsichtlich der Zeit und der Entfernungen am günstigsten. Ab 20. Januar lag die Räumungserlaubnis vor, und die Bahnverbindungen Wollstein - Guben, Bentschen - Frankfurt, Birnbaum – Schwerin - Soldin und Filehne – Landsberg - Küstrin stellten ein intaktes Eisenbahnnetz dar. Ein großer Teil der städtischen Bevölkerung konnte auf diesem Wege rechtzeitig in das innere Reichsgebiet und nach Pommern gelangen. Die Mehrzahl aber begab sich auf den Treck mit Pferden und Fuhrwerken. Denn auch die städtische Bevölkerung zog vielerorts die Flucht mit Fuhrwerken vor, da hierbei mehr Gepäck mitgeführt werden konnte.

Diejenigen Trecks, die bereits am 20. oder 21. Januar aufgebrochen waren und keinen weiten Weg bis zur alten Reichsgrenze zurückzulegen hatten, gelangten fast ausnahmslos an die Bestimmungsorte in Pommern und Brandenburg. Die Hauptfluchtlinie aus den Kreisen Kolmar, Czarnikau, Obornik, Samter und Birnbaum war die von Posen kommende Hauptstraße, auf der die Trecks über Schwerin – Landsberg - Soldin durch die Neumark und weiter nach der Prignitz zogen.

Zahlreiche Flüchtlinge zogen auch über Schneidemühl und Deutsch Krone nach Ostpommern hinein. Weiter südlich waren die Straßen Bentschen - Schwiebus - Frankfurt und Wollstein - Grossen - Guben die meist befahrenen Treckwege. In die östlich der Oder gelegenen Kreise Schlesiens strömten auf den von Wielun und Ostrowo kommenden Straßen viele Trecks aus dem südlichen Warthegebiet.

Da in den Tagen vom 20.-24. Januar auch die aus den weiter östlich, gelegenen Gebieten stammenden Trecks die westlichen Grenzkreise erreichten, kam es hier auf den Straßen bald zu erheblichen Ansammlungen von Fahrzeugen und infolgedessen zu Stockungen der Fluchtbewegung. Im Kreis Kolmar nahmen die Straßenverstopfungen bereits solche Ausmaße an, daß ganze Gemeinden geschlossen zurückblieben, weil ein Weiterkommen unmöglich war. Zur Katastrophe kam es vor Czarnikau.

An diesem Kreuzungspunkt dreier Straßen, von dem aus eine Brücke über die Netze nach Pommern führte, ballten sich die Trecks massenweise zusammen, als völlig unerwartet schon am 23. Januar - zu einer Zeit, als sonst in dieser Gegend noch keinerlei russische Truppen erschienen waren - sowjetische Panzer anrollten, und große Verheerungen unter den Flüchtlingsmassen anrichteten.

Auch von schon weiter westlich unterwegs befindlichen Trecks aus dem Wartheland wurden manche im Raum von Schneidemühl, im Netzekreis und den nördlich der Netze gelegenen südpommerischen Kreisen Friedeberg und Deutsch Krone von sowjetischen Panzern überrollt, nachdem die Russen am 26. Januar die Netze in breiter Front überschritten und bald darauf Schneidemühl eingeschlossen hatten.

Trotz solcher nicht seltenen Fluchtkatastrophen kann als sicher gelten, daß über die Hälfte der deutschen Bevölkerung aus dem westlichen, am stärksten von Deutschen bewohnten Gebiet des Warthegaues über die Oder gelangt ist.

Anders verhielt es sich jedoch in Ostbrandenburg. Obwohl die dortige Bevölkerung etwa seit dem 22. Januar den Durchzug von Flüchtlingen aus dem Wartheland erlebte, glaubte sie zunächst nicht, daß eine ernsthafte Gefahr bestünde. War es doch in der Tat schwer vorstellbar, daß die russischen Truppen, ohne entscheidenden Widerstand zu finden, so nahe an die Reichshauptstadt Berlin herankommen würden. Überdies glaubte sich Brandenburg geschützt durch die alte, entlang der Reichsgrenze führende Odra-Stellung, an der während des ganzen Herbstes 1944 geschanzt worden war.

Vor allem die Parteibehörden wiegten sich in diesem optimistischen Glauben oder schützten ihn zumindest vor. Noch in den letzten Januartagen verboten sie die Flucht der brandenburgischen Bevölkerung. Nur die ca. 100.000 nach Ostbrandenburg evakuierten Bombenflüchtlinge aus Berlin, die hier eine Notaufnahme gefunden hatten, wurden nicht gehindert, und sie verließen deshalb z.T. rechtzeitig das Gebiet östlich der Oder.

Kaum irgendwo sonst haben die für die Räumung verantwortlichen Kreisleitungen der NSDAP, eine solche verhängnisvolle Rolle gespielt wie in Brandenburg. Fast überall löste erst das unmittelbare Auftauchen russischer Panzer eine überstürzte Flucht der Bevölkerung aus, für die bis zu diesem Zeitpunkt noch keine Räumungserlaubnis vorlag, oft war dann auch eine Flucht völlig unmöglich geworden.

Die zeitlich frühesten russischen Vorstöße nach Ostbrandenburg fanden etwa gleichzeitig am 28. Januar im Süden und im Norden statt. Der südliche Angriff führte durch die Kreise Züllichau-Schwiebus, Grossen und Guben bis an die Oder südlich von Frankfurt (Fürstenberg). Nur einem äußerst geringen Teil der Bevölkerung dieser Kreise gelang die Flucht, die Mehrzahl wurde völlig überrascht, ehe sie noch an einen Aufbruch gedacht hatte.

Im Norden hatten sowjetische Truppen am 26. Januar zwischen Usch und Czarnikau die Netze überschritten, waren am 28. Januar durch den Netzekreis und durch den pommerschen Kreis Friedeberg gestoßen und eilten am nördlichen Netzeufer nördlich an Landsberg vorbei durch die Kreise Landsberg, Soldin und Königsberg/Neumark in Richtung Küstrin, wo sie in den letzten Januartagen die Oder erreichten. Der Bevölkerung der Neumark und des Kreises Schwerin, die durch diesen Vorstoß am unmittelbarsten betroffen war, erging es nicht viel anders als der Bevölkerung der südlichen Kreise Ostbrandenburgs.

In der Zeit vom 29. bis zum 31. Januar begann eine panikartige Flucht der Bevölkerung aus den Kreisen Schwerin, Landsberg, Soldin und Königsberg/Neumark. Die Masse der ländlichen Bevölkerung wurde jedoch so von den Ereignissen überrascht, daß fast nirgends mehr die Möglichkeit des Fortkommens bestand. Aus der Stadt Landsberg konnte ebenfalls nur noch ein geringer Teil mit der Eisenbahn entkommen. Etwas größer war die Zahl der Stadtbevölkerung von Schwerin und Königsberg/Neumark, die teilweise mit Sonderzügen noch rechtzeitig hinter die Oder gelangte.

Die Tatsache, daß die Russen sowohl vor Küstrin als auch vor Frankfurt standen, verhinderte auch, daß aus den mittleren Kreisen Brandenburgs noch Eisenbahnstrecken nach Westen benutzt werden konnten; denn über Frankfurt und Küstrin führten die einzigen Bahnverbindungen aus Ostbrandenburg über die Oder. Die Strecke über Frankfurt war schon seit dem 28. Januar gesperrt und drei Tage später auch die über Küstrin. Als am 1. Februar ein Zug mit Flüchtlingen aus der Stadt Drossen (Kreis Weststernberg) in Richtung Küstrin fuhr, wurde er unterwegs von russischen Panzern unter hohen Menschenverlusten völlig zerschossen.

Wie in den südlichen und nördlichen Kreisen Ostbrandenburgs gelang es auch in den mittleren Gebieten (Meseritz, Ost- und Weststernberg) nur ganz geringen Teilen der Bevölkerung zu fliehen.

Nahezu in allen ostbrandenburgischen Kreisen hatte der sowjetische Vorstoß eine heillose

Verwirrung verursacht, was zur Folge hatte, daß die Masse der Bevölkerung von den Russen überrollt worden ist. Der Anteil derer, die noch zu fliehen vermochten und die Gebiete jenseits der Oder erreichten, wird 30 bis 40 Prozent nicht überschritten haben.

Für das gesamte Gebiet zwischen dem großen Weichselbogen und der mittleren Oder, das den westlichen Teil des damaligen Generalgouvernements, den Warthegau und Ostbrandenburg umfaßt, kann abschließend gesagt werden:

Fast die gesamte deutsche Bevölkerung, schätzungsweise 80 bis 90 Prozent, hatte sich - mit Ausnahme der in den östlichen Gebieten und in Ostbrandenburg völlig überraschten Bevölkerung - auf die Flucht begeben. Die ansässigen Polen haben, von einzelnen Fällen abgesehen, von der Möglichkeit der Flucht keinen Gebrauch gemacht. Sie wurden auch dort, wo eine reguläre Evakuierung der Bevölkerung stattfand, seitens der deutschen Behörden nicht gezwungen, ihre Heimat zu verlassen, und haben ihrerseits in der Regel den Abzug der Deutschen nicht gestört. Nur in Einzelfällen ist die flüchtende deutsche Bevölkerung von fanatischen Polen belästigt oder bedroht worden.

Über die Gesamtzahl der Deutschen, die durch Evakuierung und Flucht das Reichsgebiet westlich der Oder erreichten, lassen sich vorerst nur Schätzungen anstellen. Eine vorsichtige Auswertung der verfügbaren Unterlagen ergibt, daß von den 1,4 Millionen Deutschen, die Anfang 1945 zwischen großem Weichselbogen und mittlerer Oder lebten, 40 bis 60 Prozent bis Ende Januar 1945 dieses Gebiet verließen. Mindestens 600.000 Deutsche wurden entweder auf der Flucht von den sowjetischen Truppen überrollt oder fielen bereits in ihren Heimatorten den Russen in die Hände.

Schon auf der Flucht traten durch Feindeinwirkung und vor allem infolge der großen Kälte und auf Grund von Entkräftung unter Alten und Kindern z.T. hohe Verluste ein, deren Gesamtzahl jedoch nie zu ermitteln sein wird.<<

Lebensverhältnisse nach der "sowjetischen Befreiungsmission"

Nach dem sowjetischen Einmarsch wurden in Polen alle bisherigen und zukünftigen Gewalttaten durch "dehnbare Gesetze", Dekrete und Verordnungen legalisiert, um mit den Reichs- und Volksdeutschen abzurechnen. Die faschistisch-hitleristischen Verbrechen wurden derartig allgemein gefaßt, daß praktisch jede Willkürmaßnahme erlaubt war. Die öffentlichen Sicherheitsbehörden (polnische Milizen und Polizei) nahmen sämtliche "verdächtigen Personen" und "Volksverräter" fest. Anklagebegründungen waren nicht erforderlich, da es sich um Sonderstrafverfahren handelte.

Rechtsschutz erhielten die festgenommenen Volks- und Reichsdeutschen ebenfalls nicht. Sie konnten ohne Angabe von Gründen für unbegrenzte Zeit in Gefängnisse und Internierungslager eingewiesen werden.

Alle Volksdeutschen, die bis 1939 polnische Staatsbürger gewesen waren, wurden als Volksverräter eingestuft und zur Rechenschaft gezogen. Sie wurden ohne gesetzliche Grundlage der Zwangsarbeit unterworfen, verloren ihre bürgerlichen Ehrenrechte und ihr gesamtes Vermögen. Die Aburteilung führten zunächst polnische Sonderstrafgerichte durch. Gegen diese Urteile gab es keine Revisionsmöglichkeit oder Einspruchsrechte.

Nachdem die Rote Armee Zentral- und Westpolen erobert bzw. "befreit" hatte, beteiligten sich vor allem polnische Milizen und Partisaneneinheiten an zahllosen Verbrechen (in den polnischen Gebieten hielten sich noch mindestens 1,0 Millionen Volks- und Reichsdeutsche auf).

Die Bürgermilizen, Partisanen und der Pöbel waren schon bald gefürchteter als die verrohten Soldaten der Roten Armee. Bei den schwerbewaffneten polnischen Milizen ("Organe der öffentlichen Sicherheit") handelte es sich vielfach um fanatische 15-16jährige Jugendliche, arbeitsscheues Gesindel, entlassene Schwerverbrecher, zwielichtige Elemente und Straftäter aller Art, die ihre Machtpositionen für hemmungslose Plünderungen und private Racheakte

mißbrauchten. Die sogenannte Intelligenz und die Mehrheit der polnischen Zivilbevölkerung hielten sich zunächst noch zurück.

Im Generalgouvernement, in den Reichsgauen Wartheland und Danzig-Westpreußen sowie in Ostoberschlesien herrschten brutaler Terror und grenzenlose Willkür. Fast alle Volks- und Reichsdeutschen, die in den polnischen Gebieten geblieben waren oder nach der gescheiterten Flucht zurückkehrten, fielen willkürlichen Massenverhaftungen zum Opfer, weil sie während der Beschlagnahmung und Plünderung ihrer Höfe, Geschäfte und Wohnungen störten. Die Plünderer stahlen gewöhnlich alles, was nicht "niet- und nagelfest" war. Nach der "Befreiung" Zentral- und Westpolens füllten sich schon bald die polnischen Zuchthäuser, Gefängnisse und Konzentrationslager. Für die rechtlosen Deutschen begannen grausame Zeiten.

Im Jahre 1958 veröffentlichte das Statistische Bundesamt Wiesbaden erstmalig die offiziellen "Nachkriegsverluste" der Polen-Deutschen (Volksdeutsche, die in polnischen Gebieten und in Danzig lebten). Nach langjährigen Ermittlungen meldete man 274.900 "ungeklärte Fälle" (x026/30).

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtet im Jahre 1954 über das Schicksal der Deutschen in Polen (x001/123E-131E): >>>**Das Schicksal der deutschen Bevölkerung im polnischen Staatsgebiet**

Nachdem im Sommer 1944 die Rote Armee die östliche Hälfte Polens erobert hatte und Lublin in ihre Hand gefallen war, konstituierte sich am 22. Juli 1944 das Polnische Komitee der Nationalen Befreiung zur Übernahme aller zivilen Verwaltungsangelegenheiten. Sämtliche Mitglieder waren Angehörige der Union der polnischen Patrioten, zu der sich im Exil in Rußland lebende Kommunisten zusammengeschlossen hatten. Unter dem Einfluß der Sowjet-Union, welche - die Londoner Exilregierung Polens ignorierend - das Lubliner Komitee als allein rechtmäßige Vertretung Polens anerkannte, erklärte sich dieses am 1. Januar 1945 zur vorläufigen Regierung Polens.

Bereits unmittelbar nach seiner Konstituierung traf das Polnische Komitee der Nationalen Befreiung am 26. Juli 1944 mit dem sowjetischen Oberkommandierenden in Polen eine Vereinbarung, wonach alle Teile des polnischen Territoriums, die "nicht mehr in der Zone der unmittelbaren Feindseligkeiten" liegen, seiner Verwaltung unterstehen.

Auf Grund dieses Abkommens ging unmittelbar nach der Eroberung die Verwaltung Zentralpolens und der Westgebiete des polnischen Staates an polnische Behörden und polnische Miliz über. Nach kurzer Zeit rückten die russischen Kommandanturen ab. Die Organe des wiedererrichteten polnischen Staates bestimmten nunmehr das Schicksal der Deutschen, die besonderen gesetzlichen Verfügungen und politischen Maßnahmen unterworfen wurden.

Als die Rote Armee zum Angriff ansetzte, lebten in den Gebieten, die vor dem Kriege zum polnischen Staat gehört hatten, rund 1,6 Millionen Deutsche. Die Zahl derer, die in ihren Heimatorten verblieben oder nach mißglückter Flucht dorthin zurückkehrten, läßt sich nur ungefähr schätzen. Doch wird man annehmen müssen, daß etwa die Hälfte der deutschen Bevölkerung, d.h. ca. 800.000 Deutsche, noch im Gebiet des polnischen Staates anwesend war, als den polnischen Kommunisten von der Roten Armee die Verwaltungshoheit übergeben wurde.

Das Unheil, das über diese Deutschen hereinbrach, läßt sich nicht verstehen ohne die vorausgehende Geschichte eines durch zweieinhalb Jahrzehnte sich hinziehenden erbitterten Nationalitätenkampfes. In seinem Verlauf waren nach der aufgrund des Versailler Vertrags vorgenommenen Abtrennung deutscher Gebiete Hunderttausende von Deutschen aus ihrer Heimat verdrängt worden. Nur ein geringer Teil konnte in Posen und Westpreußen zurückbleiben; seine Lage hatte sich, zuletzt seit 1933, zunehmend verschlechtert.

Beim Ausbruch des Zweiten Weltkrieges wurde er das Opfer furchtbarer Ausschreitungen, die Tausenden, vor allem in Bromberg, das Leben kosteten. Schließlich waren es von anderer Seite die radikalen Maßnahmen der nationalsozialistischen Unterdrückungspolitik, die auf die

Vernichtung der polnischen Oberschicht und die Herabdrückung des polnischen Volkes in ein Fellachendasein zielten, die den leidenschaftlichen Haß aller Polen und einen ebenso leidenschaftlichen Vergeltungsdrang weckten, der nun auf Unrecht neues, nicht geringeres Unrecht häufte und einzelne Gruppen eines leicht erregbaren Volkes zu entsetzlichen Gewalttaten verleitete.

Mit dem Einmarsch der sowjetischen Truppen begann daher für die Deutschen, die sich im Bereich des wiedererrichteten polnischen Staates befanden, eine Zeit ungeheurer Leiden und Entbehrungen. Waren auch sie wie überall den Gewalttaten sowjetischer Soldaten ausgesetzt, so wurden sie erst recht wegen ihrer volksmäßigen Verbundenheit mit der deutschen Okkupationsmacht für deren Wirken haftbar und verantwortlich gemacht.

Exzesse gegen einzelne Deutsche, vor allem aber öffentliche Ausschreitungen gegenüber ganzen Gruppen und Kolonnen von Deutschen, die in Lager abgeführt oder zu Aufräumarbeiten eingesetzt wurden, wie etwa in Warschau, Lodz, Konitz und anderen Städten, machen deutlich, welches Maß an Feindschaft und Haß sich über Menschen ergoß, die, gleich, ob persönlich mitschuldig oder unschuldig, für das büßen mußten, was gewissenlose Elemente im Namen des Volkes begangen hatten, dem auch sie angehörten.

Reichsdeutsche, Umsiedler aus Ost- und Südosteuropa und alteingesessene Volksdeutsche waren in gleicher Weise den spontanen Ausschreitungen und behördlichen Maßnahmen ausgesetzt, die seit dem Einzug der Roten Armee über alle Deutschen in den polnischen Provinzen hereinbrachen, zumal die Deutschen vielerorts, zweifellos in bewußter Anknüpfung an die nationalsozialistische Judenpolitik, auf ihrer Kleidung weithin sichtbare Zeichen (weiße Armbinden, Hakenkreuze) zu tragen hatten.

So als Deutsche gezeichnet, wurden sie der Gegenstand von Verhöhnungen und Mißhandlungen, die oft von Halbwüchsigen und Milizangehörigen ausgingen. Unzählige Deutsche sind in jenen Tagen und Wochen nach der Eroberung von polnischen Behörden ohne Auftrag aus reiner Willkür verhaftet, von Bewachungsmannschaften gequält, dann wieder grundlos entlassen und aufs neue aufgegriffen worden.

Es war ein Zustand ungezügelter Sieges- und Vergeltungsrausches, der sich besonders in den Städten zu Massendemonstrationen auswuchs, sich aber auch in den abgelegensten Gegenden und kleinsten Orten auswirkte, zumindest in der Weise, daß das Eigentum der Deutschen ständig geplündert wurde, daß ihnen oft auf der Straße die Kleidungsstücke vom Leibe gerissen wurden oder daß sie ganz nach Laune und Bedarf zu schmutzigen Zwangsarbeiten geholt wurden. Am meisten litten die deutschen Frauen, die zu alledem oft Tag und Nacht von russischen Soldaten belästigt wurden, so daß viele von ihnen den selbstgewählten Tod einem unerträglichen Leben vorzogen.

Mitunter wurde das Los einzelner Deutscher ein wenig erleichtert, weil manches freundschaftliche Verhältnis zu polnischen Familien Schutz vor Nachstellungen russischer Soldaten, vor Plünderungen und Gewalttaten gewährte, im ganzen gesehen, bedeuteten jedoch auch solche Fälle nur Gradunterschiede eines in jedem Falle entsetzlichen Schicksals, das im Zeichen der Vergeltung und Rache stand.

Im Hinblick auf die Verbrechen, die während der deutschen Okkupation an Polen und polnischen Juden begangen worden waren, ist das Vorgehen der Polen wohl erklärbar, es kann damit aber niemals entschuldigt werden. Denn gerade im Jahre 1945 waren die polnischen Behörden und Sicherheitsorgane weit entfernt von einem ernsthaften Bemühen, die Schuldigen zu finden und zu strafen, sondern der Vergeltungswille machte sich blindlings Luft und schlug auf alle Deutschen zu, obwohl man wissen mußte, daß die, die man verhöhnste, mißhandelte, verhaftete und tötete, in der Regel nicht die Schuldigen und oft völlig Ahnungslose waren.

Das Blindwütige solcher unterschiedslos gegen alle Deutschen gerichteten Verfolgungen, auch dort, wo sie aus einem berechtigten Verlangen nach Sühne geschahen, zeigte sich, als

man im Herbst 1945 und im Frühjahr 1946 verschiedentlich Massengräber von Polen, die während der deutschen Besetzung umgebracht worden waren, exhumieren und die Leichen auf Ehrenfriedhöfen beisetzen ließ, wobei Deutsche gezwungen wurden, unter einer zahlreichen, tobenden Zuschauermenge die Leichen umzubetten, und dabei Schmähungen, Mißhandlungen und Erniedrigungen schlimmster Art über sich ergehen lassen mußten.

Von solchen mehr oder minder spontanen Äußerungen von Vergeltungsgefühlen und nationalistischer Leidenschaft sind die systematischen Maßnahmen zu unterscheiden, die der polnische Staat zur Bekämpfung des Deutschtums ergriff. Mehrere umfangreiche Gesetze mit einer Fülle sehr dehnbarer Durchführungsverordnungen boten die Handhabe, jeden Deutschen zu treffen, der sich im Bereich des wiedererrichteten polnischen Staates befand.

Zwei Gruppen von Gesetzen bildeten die Grundlage für die Verfolgung der Deutschen: die Dekrete über die "Strafzumessung für faschistisch-hitlerische Verbrecher", der Komplex von Dekreten über "Sicherungsmaßnahmen gegen Verräter der Nation", und über die "Ausscheidung feindlicher Elemente ...", später "... von Personen deutscher Nationalität aus der polnischen Volksgemeinschaft."

Das Dekret vom 31. August 1944 über die "Strafzumessung für faschistisch-hitlerische Verbrecher" richtete sich zunächst nur gegen Personen, deren Verhalten während der deutschen Besatzung zur Schädigung polnischer Zivilpersonen und Kriegsgefangener geführt hatte.

Das Abänderungsdekret vom 11. Dezember 1946 erweiterte den Strafrahmen und dehnte insbesondere die Straffälligkeit auf die bloße Beteiligung an "verbrecherischen Organisationen" aus, womit zahlreiche Verhaftungen noch nachträglich legitimiert werden sollten. Denn zahlreiche Deutsche waren auf bloßen Verdacht hin oder allein ihres Deutschtums wegen während der Verhaftungswelle unmittelbar nach dem Einfall der Roten Armee ohne gesetzliche Grundlage in Gefängnisse und Zuchthäuser gesperrt worden und blieben dort mitunter noch Jahre, ehe sie abgeurteilt wurden.

Die Vielzahl willkürlicher, oft auf bloßen Denunziationen beruhender Verhaftungen von Deutschen sind durch weitauslegbare Gesetze mit unklaren oder nicht eindeutig formulierten Bestimmungen geradezu heraufbeschworen worden.

So ließ sich z.B. der in dem Dekret zur Bestrafung faschistischer Verbrechen vom 31. August 1944 enthaltene Passus, daß der Bestrafung anheimfalle, wer an der "grausamen Behandlung oder Verfolgung von Zivilpersonen oder Kriegsgefangener beteiligt" gewesen sei oder von diesen "Leistungen" erzwungen habe "unter der Drohung ihrer Festnahme und Übergabe in die Hände der Okkupationsmacht", auf geringfügigste Vorkommnisse anwenden. Denn jeder Befehl, der von Deutschen an polnische Kriegsgefangene ergangen war, konnte notfalls als "Zwang zu Leistungen unter Drohungen" interpretiert werden, und auch die Anklage wegen "grausamer Behandlung" wurde in vielen Fällen auf bloße Behauptungen und Vermutungen gestützt.

Ebenso mußte die Verfügung, daß die polnischen Sicherheitsbehörden (Miliz und UB) zur Verhaftung verpflichtet waren, sofern nur ein "begründeter Verdacht" vorlag, dazu führen, daß auch böswillige Denunziationen zur Inhaftierung von Deutschen genügten.

Die in erschreckend hohem Maße willkürlich oder aus unzulänglichen Verdachtsmomenten vorgenommenen Verhaftungen wogen um so schwerer, als es für alle, die einmal verhaftet waren, auch dann, wenn die Unhaltbarkeit der Anklage offenkundig war, kaum noch eine Möglichkeit der Entlassung gab.

Da meist schon über das Vermögen der Verhafteten verfügt war, hätte eine Entlassung nur neue Schwierigkeiten gebracht, und so griff man lieber zu der einfacheren Methode von Verhören, bei denen man die Verhafteten unter oft schweren Mißhandlungen zwang, Geständnisse von Verbrechen abzulegen, die diese niemals begangen hatten. Diese Verhöre, die dazu dienten, Anklagepunkte festzulegen, die man den Sonderstrafgerichten zuzuleiten hatte, haben oft zu den schlimmsten Übergriffen geführt, und viele Deutsche sind schon dabei ums Leben

gekommen.

Tausende von Deutschen, die auf der Flucht oder noch in ihren Heimatorten in Polen von der Roten Armee angetroffen wurden, sind den Massenverhaftungen, die unmittelbar nach der Eroberung einsetzten, zum Opfer gefallen. Die großen Zuchthäuser Polens, vor allem Fordon bei Bromberg, Graudenz, Krone an der Brahe, Lodz, Mokotow in Warschau, und auch die kleineren Gefängnisse in den Kreisstädten waren bald mit Inhaftierten überfüllt, die unter roher Behandlung, unzureichender Ernährung und bei schweren Strafarbeiten gefangen gehalten wurden. Viele haben diese Zeit nicht überstanden und sind den Strapazen erlegen. Andere wurden zwangsweise nach Rußland deportiert, wenn die Russen polnische Behörden nötigten, Gefängnisinsassen zu diesem Zweck auszuliefern.

Der größte Teil der Inhaftierten jedoch verbrachte mehrere Jahre in den polnischen Gefängnisanstalten. Erst 1946/47 wurden sie einem Gerichtsverfahren unterworfen und dann zumeist zu einer Gefängnishaft von mindestens drei Jahren verurteilt. Die Zeit der Untersuchungshaft wurde ihnen in verschiedener Höhe angerechnet.

Nach Verbüßung ihrer Strafe erhielten die Inhaftierten jedoch ihre Freiheit nicht zurück. Sie wurden einem Arbeitslager zugeführt und entsprechend ihrer körperlichen Verfassung zu Zwangsarbeiten verwandt.

Die Maßnahmen gegen die Deutschen in Polen wurden in abgeschwächter Form auch gegen die deutsche Bevölkerung der Freien Stadt Danzig und des ehemaligen Regierungsbezirkes Westpreußen angewandt, die durch Dekret vom 30. April 1945 der Wojewodschaft Danzig einverleibt worden waren. Auch viele Bewohner dieser Gebiete wurden verhaftet, in die Danziger Gefängnisanstalten eingeliefert und später nach Fordon bei Bromberg überführt, um nach ihrer Entlassung aus der Gefängnishaft ebenfalls in Arbeitslagern interniert zu werden.

Der zweite, weitaus umfassendere Kreis von Gesetzen des polnischen Staates gegen die deutsche Bevölkerung wird durch den Komplex der "Sicherungsmaßnahmen gegen Verräter der Nation" gebildet. Als "Verräter der Nation" definierte der Gesetzgeber einen "polnischen Staatsbürger, der während der deutschen Okkupation ... entweder seine Zugehörigkeit zur deutschen Nation oder seine deutsche Abstammung erklärt oder tatsächlich von den Rechten und Privilegien der Zugehörigkeit zur deutschen Nation oder der deutschen Abstammung Gebrauch gemacht hat ...".

Bei der strafrechtlichen Verfolgung von "Verrätern der Nation" legte die polnische Gesetzgebung die Klassifizierungen zugrunde, die im Zuge der nationalsozialistischen Volkspolitik in den besetzten und eingegliederten Ostgebieten zur Unterscheidung der Deutschen von den Polen eingeführt worden waren.

Im Gebiet des Generalgouvernements handelte es sich hierbei um die Klasse der "Deutschstämmigen" und im Warthegau und den anderen Teilen der eingegliederten Ostgebiete, wo die Differenzierung noch weiter gegangen war, um die Angehörigen der deutschen Volksliste, die je nach dem Grade ihrer "Deutschstämmigkeit" in vier verschiedene Kategorien (Volksliste I-4) eingestuft worden waren, ferner auch um die Gruppe der "Leistungspolen". –

Alle diese durch das nationalsozialistische Regime begünstigten Personen, denen von den deutschen Behörden entsprechende Ausweise ausgestellt worden waren, die den Polen nunmehr als Beweismittel dienen konnten, galten zunächst generell als Kollaboranten und Verräter und fielen damit automatisch unter die entsprechenden polnischen Strafgesetze.

Das wichtigste dieser Gesetze, das Dekret vom 28. Februar 1945 über die "Ausscheidung der der polnischen Nation feindlichen Elemente aus der Volksgemeinschaft", sah lediglich gewisse Rehabilitierungsmöglichkeiten für die Angehörigen der Volkslisten 2-4 sowie für die Gruppe der "Leistungspolen" vor, wenn diese nachweisen konnten, daß sie gegen ihren Willen und unter Zwang in die einzelnen Gruppen eingestuft worden waren, und durch ihr Verhalten ihre polnische Volkszugehörigkeit bewiesen hatten, und die außerdem bereit waren, eine Loyalitätserklärung gegenüber dem polnischen Staat abzugeben.

Die Konsequenzen des Ausschlusses aus der polnischen Volksgemeinschaft waren: Enteignung, Heranziehung zur Zwangsarbeit und "Unterbringung an einem abgesonderten Ort".

In den 1944 und 1945 erlassenen Gesetzen war zunächst ganz allgemein vom Ausschluß "feindlicher Elemente" gesprochen worden, später - im Dekret vom 13. September 1946 - ist dann ausdrücklich festgelegt worden, daß es sich hierbei um die "Ausscheidung von Personen deutscher Nationalität aus der polnischen Volksgemeinschaft" handelte.

Es wurde darin festgelegt, daß als Kriterium der deutschen Volkszugehörigkeit die aktive Bekundung der Zugehörigkeit zum deutschen Volkstum zu gelten habe, wobei die während des Krieges vorgenommenen Deutschtumserklärungen als nicht allein maßgeblich bezeichnet wurden, weil man nur die echten deutschen Volkszugehörigen treffen wollte, nicht alle Personen, die sich unter dem Druck der Verhältnisse während des Krieges formell zum Deutschtum bekannt hatten. Als Folge der Ausschlößung aus der polnischen Volksgemeinschaft wurde in Art. 4 des Dekretes vom 13. September 1946 die Aussiedlung aus dem polnischen Staatsgebiet festgelegt.

Die nationale Ausschlößungspolitik des polnischen Staates ist formell erst mit dem Gesetz vom 20. Juli 1950 abgeschlossen worden, das schon einen rein kommunistischen Tenor besaß und gegenüber der von nationalistischen Tendenzen bestimmten Politik der ersten Nachkriegsjahre die Stärkung der "Volksmacht" in den Vordergrund stellte. Alle Verfahren gegen polnische Bürger, die in der Zeit des Krieges ihre Zugehörigkeit zum deutschen Volkstum oder ihre Deutschtümmigkeit bekundet hatten, wurden eingestellt, neue nicht mehr eingeleitet. Den Betroffenen wurden die vollen Bürgerrechte zurückgegeben. –

Da aber bis zum Frühjahr 1950 die große Masse der in Polen beheimateten Volksdeutschen bereits ausgewiesen war, konnte dieses Gesetz im wesentlichen nur den "Rehabilitierten" Erleichterungen bringen; für das Deutschtum in Polen brachte nicht dieser gesetzliche Akt, sondern die Austreibung den Abschluß jahrelanger Verfolgung.

Der Leidensweg der Deutschen in Polen läßt sich aus den Gesetzestexten allein nicht erkennen. Die Erlebnisberichte erst geben uns ein Bild davon, wie die Gesetze im einzelnen angewandt wurden, und welche Folgen sie für die Deutschen hatten. Die Maßnahmen der Enteignung, der Internierung und der Zwangsarbeit machen die furchtbare Wirklichkeit aus, in die sich die deutsche Bevölkerung gestellt sah.

Zu den ersten folgenschweren Maßnahmen, die der polnische Staat gegen die deutsche Bevölkerung verhängte, gehörte die entschädigungslose Vermögensenteignung. Sie wurde in verschiedenen Formen durchgeführt und bis Ende Mai 1945 beendet. Es begann damit, daß einzelne Polen sofort nach dem Einmarsch russischer Truppen Wohnungen, Häuser und Höfe deutscher Eigentümer für sich in Besitz nahmen. Nach dem Erlaß des Dekrets vom 28. Februar 1945, welches ganz allgemein die Enteignung der deutschen Bevölkerung anordnete, legalisierten polnische Behörden dieses eigenmächtige Vorgehen.

Bei wachsendem Zustrom polnischer Interessenten wurden die Enteignungen in den Monaten März bis Mai 1945 in geschlossenen Aktionen auf ganze Dörfer ausgedehnt und die deutschen Bewohner kurzfristig aus ihren Höfen und Häusern herausgesetzt. Besitzanweisungen wurden ausgestellt, bei deren Verteilung sich bereits der Einfluß der Kommunistischen Partei bemerkbar machte.

Neben polnischen Umsiedlern aus den von Rußland annektierten Gebieten Polens waren es vornehmlich die polnischen Landarbeiter deutscher Bauern, die bei der Verteilung deutschen Eigentums berücksichtigt wurden. Größere Güter soweit sie nicht von der russischen Armee in Verwaltung genommen worden waren, verfielen der Bodenreform und wurden nach der Parzellierung an polnische Siedler verteilt.

Manche Polen, die ihren neuen Besitz antraten, gestatteten den enteigneten Deutschen, auf ihrem Anwesen zu bleiben, sei es, um sie nicht unmittelbar dem Elend preiszugeben, sei es, um ihre Arbeitskraft auszunützen. In Dachkammern, Schuppen und Abstellräume verdrängt,

wurden diese Deutschen auf ihren ererbten Höfen zu bloßen Arbeitskräften der neuen polnischen Besitzer und mußten für karge Nahrung ohne Entgelt schwerste Arbeiten verrichten, oftmals unter Schikanen und Mißhandlungen.

Andere wiederum wurden von den neuen polnischen Besitzern sofort von ihrem Eigentum verjagt, ohne daß die Eindringlinge Rücksicht auf Alte und Kinder nahmen. Den Vertriebenen wurde nicht einmal gestattet, das Lebensnotwendige einzupacken; obdachlos, hungrig und frierend irrten sie umher, bis sie, oft erst nach Tagen, Unterschlupf fanden in verfallenen Gebäuden, in Viehställen, bei Verwandten oder mitleidigen Polen, die sich durch ihre Aufnahme selbst gefährdeten.

Besonders hart traf dieser Verlust diejenigen Deutschen, die durch die Umsiedlungsaktion der nationalsozialistischen Regierung in den Jahren 1939 und 1940 schon einmal ihre Heimat in Ost- und Südosteuropa verloren hatten. Sie waren im damaligen Warthegau in landwirtschaftliche Betriebe eingewiesen worden, deren polnische Besitzer man vorher entfernt hatte. Nun kehrten diese oft schon im Gefolge der russischen Truppen zurück und ließen ihre Erbitterung an den persönlich unschuldigen, wider ihren Willen in die nationalsozialistische Verdrängungspolitik verstrickten, heimatlosen Umsiedlern aus, denen die Rückkehr in ihre alte Heimat in den baltischen Ländern, in Rumänien, Jugoslawien versperrt war. –

Ein besonders tragisches Los erlebten zahlreiche Rußlanddeutsche. Viele von ihnen, zumindest diejenigen, die erst im Verlauf des Rückzuges der deutschen Truppen aus Rußland (1943/44) nach dem Warthegau gekommen und dort angesiedelt worden waren, wurden 1945 von den Sowjets aufgegriffen und in Straflager nach Rußland deportiert, wo vermutlich ein großer Teil von ihnen zugrunde gegangen ist.

Die Folge des Enteignungsdekrets vom 28. Februar 1945 war ein radikaler Umsturz der Besitz- und Vermögensverhältnisse der deutschen Bevölkerung in Polen. Anders als in den ostdeutschen Reichsgebieten, wo sich der Prozeß der Verelendung infolge des langsamen Einsickerns polnischer Ansiedler nur allmählich vollzogen hatte, sah sich die deutsche Bevölkerung im Bereich des polnischen Staates mit einem Schläge der Besitzlosigkeit und der damit verbundenen materiellen Not ausgesetzt und als diskriminierte nationale Minderheit auf die niedrigste soziale Stufe herabgedrückt.

Bereits im Mai 1945 war infolge der radikalen Enteignung das gesamte Deutschtum im polnischen Staatsgebiet entwurzelt und hinter dem Stacheldraht der Internierungslager heimatlos geworden. Ihrer Freizügigkeit beraubt und aus dem polnischen Staat und der polnischen Gesellschaft ausgeschaltet, wurden die Volksdeutschen zu jahrelanger Zwangsarbeit herangezogen, bevor man sie außer Landes verwies.

Durch die Internierungslager und die schrecklichen Formen der Zwangsarbeit wurde das Schicksal der Deutschen im polnischen Staatsgebiet noch schwerer als das der Deutschen in den östlichen Provinzen des Reiches. ...<<

Das Bundesarchiv Koblenz berichtet im Jahre 1974 über das Schicksal der Deutschen in Polen (x010/35,37): >>>Die von Polen gegenüber in den deutschen Siedlungsgebieten Polens und den Reichsgebieten östlich von Oder und Neiße verbliebenen Deutschen verübten Gewalttaten standen im Zeichen eines Vergeltungswillens für Unrechtstaten, die die polnische Bevölkerung während der deutschen Besatzungszeit erfahren hatte. Dabei kamen durchaus auch blinde nationalistisch gestimmte Haßgefühle zum Ausdruck. ... Täter waren in der Mehrzahl Angehörige einer willkürlich zusammengestellten Miliz, in geringerer Anzahl Zivilpersonen, die im Zusammenhang mit Plünderungen Deutsche überfielen.

Die Gewalttaten setzten größtenteils im Zuge einer Verhaftungswelle ein, die auf Grund von Dekreten des polnischen kommunistischen Komitees der Nationalen Befreiung - ab 1.1.1945 von der Sowjetunion als vorläufige Regierung Polens anerkannt - durchgeführt wurde. ...

Die Gewaltakte bestanden vorwiegend in Mißhandlungen brutalster, teils sadistischer Art mit Peitschen, Gummiknüppeln oder Gewehrkolben, teils bis zur Todesfolge, ferner in willkürli-

chen Erschießungen und Erschlagungen wie auch Vergewaltigungen von Frauen. Dem Berichtsmaterial nach ist kaum ein einziger Verhafteter und Internierter Mißhandlungen entgangen. ...<<

>>... Die unmittelbar nach der Eroberung Zentral- und Westpolens durch die Rote Armee hier eingesetzte polnische Miliz beteiligte sich in den dortigen deutschen Siedlungsgebieten an der Erschießung von Deutschen durch sowjetische militärische Einheiten und setzte sie fort, wie dieses besonders in dem Berichtsmaterial über zentralpolnische Gebiete zum Ausdruck kommt.

In den Reichsgebieten waren es zunächst polnische Partisanengruppen, die in Gemeinden einzelne Personen erschossen. Mißhandlungen wurden Personen vielfach bei Durchsuchungen ihrer Wohnungen durch die Miliz oder in den sog. "Prügelstuben" der Gemeindemiliz oder bei Ausplünderungen durch polnische Zivilisten ausgesetzt. ...

In Niederschlesien wurden Bewohner einzelner Gemeinden gezwungen, diese zu verlassen und zwei bis drei Tage geschlossen auf einen sog. "Elends- oder Adolf-Hitler-Marsch" unter Bewachung von Miliz geschickt. Menschen, die den Anstrengungen nicht gewachsen waren, wurden dabei mißhandelt sowie auch getötet. Bei der Rückkehr in Gemeinden waren die Wohnungen ausgeplündert.<<

Massenverhaftungen, Zwangsarbeit und Lager

Nach Abschluß der militärischen Aktionen inhaftierte man alle "verdächtigen Deutschen" vorübergehend in Zuchthäusern und Gefängnissen oder transportierte sie nach der "Entnazifizierung" in hoffnungslos überfüllte Internierungs- bzw. Zwangsarbeitslager (z.T. handelte es sich um ehemalige NS-Konzentrationslager). Hunderttausende von Unschuldigen fielen planmäßigen Massenverhaftungen zum Opfer.

Die Internierungslager in Ost-Mitteleuropa waren nicht selten regelrechte Seuchenhöllen, Hungerquartiere und Sterbelager, so daß die Deutschen "wie die Fliegen" starben. In den Internierungslagern gab es mehrheitlich nur Hungerrationen, weil große Teile der Lebensmittellieferungen von den Lagerleitungen oder dem Wachpersonal unterschlagen wurden.

Willkürliche Übergriffe waren an der Tagesordnung. Angst, Hunger und Not bestimmten die Haftzeit der Internierten. Verstöße gegen die Lagerordnung wurden vielerorts mit Prügelstrafen oder Bunkerhaft geahndet. Während der Bunkerhaft mußten die Häftlinge meistens auf dem blanken Betonboden zubringen und erhielten häufig tagelang kein Wasser und keine Verpflegung.

Eine ausreichende medizinische Betreuung existierte nur sehr selten. Während der Sommermonate wurden die hilflosen Menschen von Flöhen, Wanzen, Läusen und anderem Ungeziefer bis aufs Blut gequält.

Ständige Mißhandlungen, mangelhafte Unterkünfte, ungenügende Verpflegung und große Epidemien forderten ungezählte Opfer. Aufgrund der katastrophalen hygienischen Zustände und unzureichenden Ernährung brachen in den Lagern verheerende Seuchen und Ungezieferplagen aus. Obwohl Ärzte unter den Inhaftierten waren, konnten sie nicht helfen, denn im allgemeinen gab es weder Medikamente noch Verbandsmaterial. In vielen Zellen lagen Kranke, Sterbende und Tote.

Im Jahre 1945 kamen z.B. im sowjetischen Deportationslager Preußisch Eylau mindestens 6.000-7.000 (ca. 50 %) der deutschen Gefangenen durch Hungertyphus und Krankheiten um (x010/33). Im sowjetischen Zentralgefängnis Graudenz erlagen sogar etwa 5.000, der rd. 8.000 Inhaftierten, den Ruhr- und Flecktyphusepidemien (x010/34).

Im Winter litten die abgemagerten Lagerinsassen unter der großen Kälte. Da die inhaftierten Deutschen durch den ständigen Hunger geschwächt waren und kaum Winterkleidung oder Heizmaterial besaßen, starben in den Wintermonaten ungezählte Inhaftierte.

Obleich die deutschen Häftlinge völlig unzureichend ernährt wurden, mußten sie täglich

schwere Zwangsarbeiten verrichten. In den Lagern fanden gewöhnlich regelrechte Sklavenmärkte statt. Der Andrang war sehr groß, denn man konnte die deutschen Arbeitssklaven für geringe Geldbeträge ausleihen. Wer Hunger, Krankheit, Kälte und sonstige Strapazen überlebte, kämpfte täglich verzweifelt, um die schwere Zwangsarbeit oder den harten Lageralltag zu überstehen.

In den Zwangsarbeitslagern (Polen = 1.255 Lager, Tschechoslowakei = 846 Arbeits- und Straflager, Jugoslawien = ca. 1.500 Lager und Gefängnisse) wurden häufig die berüchtigten NS-Methoden imitiert. Manche Juden, die nach ihrer Befreiung wieder im KZ Theresienstadt inhaftiert wurden, berichteten, daß die Essenrationen im Juli 1945 um 50 % niedriger waren als im Dezember 1944.

Durch die jahrelange Unterernährung und die unmenschlichen Haftstrapazen wurden Tausende von Reichs- und Volksdeutschen nicht nur physisch, sondern auch psychisch ruiniert.

Die Vertreibung der Deutschen

Im Verlauf der Potsdamer Konferenz hatte man zwar ausdrücklich festgelegt, daß die "Ausweisungen" in geordneter und humaner Weise durchgeführt werden sollten, aber obwohl die Vertreiberstaaten ständig versicherten, daß sie die Umsiedlungen vereinbarungsgemäß durchführen würden, hielt sich oftmals niemand an diese Zusagen.

Die schwersten Vertreibungsverbrechen ereigneten sich zwar bei den "wilden Austreibungen" vor dem Abschluß des Potsdamer Abkommens, aber auch im Verlauf der "planmäßigen Umsiedlungen" kam es zu zahllosen brutalen Mißhandlungen und völlig überflüssigen Gewalttaten. Diese Verbrechen wurden von kriminellen Zivilisten, organisierten Banden und Eisenbahnern, aber auch sehr oft von Milizangehörigen, also von Hütern der öffentlichen Ordnung, begangen.

Noch ehe der Alliierte Kontrollrat am 20. November 1945 einen Verteilungs- bzw. Ausweisungsplan für die Übersiedlung der Deutschen bekanntgeben konnte, hatten die polnischen und tschechischen Behörden z.B. schon längst mehrere hunderttausend Deutsche über die Oder-Neiße-Linie getrieben. Die staatlichen Umsiedlungsorganisationen kümmerten sich gewöhnlich nicht um die Überwachung der zugesagten "humanen Umsiedlung", sondern man bemühte sich vor allem um die Beschlagnahmung des deutschen Eigentums und überwachte die Sicherung des zurückgelassenen Besitzes der Deutschen. Die Zerstörung von Vermögensgegenständen durch die deutschen Eigentümer und Plünderungen wurden deshalb mit aller Härte durch Standgerichte bestraft.

In erster Linie wurden besonders lästige Elemente (arbeitsunfähige ältere Menschen, Behinderte, Kinder, unqualifizierte Arbeiter und bereits enteignete Deutsche) ausgesiedelt. Deutsche Spezialisten, die z.B. in der Versorgungswirtschaft (Elektrizitäts-, Gas- oder Wasserwerke), in Krankenhäusern und Fabriken benötigt wurden, um die Produktion zu gewährleisten, wurden jahrelang von der Aussiedlungsaktion ausgeschlossen.

Die staatlich organisierte Aussiedlungsaktion der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten Ost-Mitteleuropas wurde mehrheitlich in den Jahren 1945 bis 1948 durchgeführt und endete im Jahre 1951. Im Winter 1945/46 wurden die Vertreibungstransporte unter besonders katastrophalen Umständen abgewickelt. Frauen, Kinder und alte Menschen wurden damals trotz eisiger Kälte ohne ausreichende Kleidung und Verpflegung in den Westen abgeschoben.

Während der tagelangen Transporte in ungeheizten Viehwaggons erfroren oder verhungerten Tausende. Diese Vertreibungskatastrophen wurden kaum beachtet, denn im Verlauf des Zweiten Weltkrieges waren nicht wenige Menschen hoffnungslos abgestumpft und verroht. In den gnadenlosen Kriegsjahren hatte man zu viel Elend und Leid gesehen oder persönlich erlebt.

Erst nachdem die Nordamerikaner und Briten im Jahre 1946 gegen die unmenschlichen Transportbedingungen protestierten, wurde die Behandlung der deutschen Vertriebenen erträglicher und die Sterblichkeits- und Krankheitsrate sank beträchtlich.

Die Massenvertreibung der Ost- und Volksdeutschen verstieß zweifelsfrei gegen das damalige Völkerrecht (u.a. "Verbrechen gegen die Menschlichkeit"). Die Abmachungen über die vorläufige Oder-Neiße-Linie waren besonders verwerflich und unmenschlich, weil sie bei den Ost- und Volksdeutschen jahrelang die unrealistische Hoffnung förderte, daß man später in die Heimat zurückkehren könnte.

Die Vertreibung bzw. "Umsiedlung" der Deutschen wurde von 1945-1951 in mehreren Etappen durchgeführt:

Polen und ehemalige deutsche Ostgebiete = 1945 rd. 650.000, 1946 rd. 2.000.000, 1947 rd. 500.000, 1948 rd. 150.000, 1949 rd. 150.000 und 1950-1951 rd. 50.000 vertriebene Volks- und Ostdeutsche (x001/155E).

Böhmen und Mähren = 1946-1950 rd. 2.909.000 vertriebene Sudeten- und Karpatendeutsche (x004/135).

Ungarn = 1946-1948 rd. 200.000 vertriebene Volksdeutsche (x008/72E).

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtet im Jahre 1954 über das Potsdamer Abkommen (x001/105E-107E): >>Auf der Potsdamer Konferenz waren die Regierungen der UdSSR, der Vereinigten Staaten und Großbritannien übereingekommen, die deutschen Gebiete östlich der Oder und der Lausitzer Neiße bis zur endgültigen Festlegung der deutschen Grenzen in einem künftigen Friedensvertrag unter die Verwaltung des polnischen Staates zu stellen.

Es kann kein Zweifel sein, daß die Westmächte gegen Ende des Krieges im Prinzip mit der UdSSR einer Meinung waren, "daß Polen einen beträchtlichen Gebietszuwachs im Norden und Westen erhalten solle". Anzunehmen ist jedoch, daß sie schließlich nach anfänglichem Schwanken die künftigen polnischen Grenzen nicht bis zur Oder und Lausitzer Neiße ausgedehnt wissen wollten.

Auch nach Potsdam betonten die Vertreter Großbritanniens und der Vereinigten Staaten wiederholt, was schon eindeutig aus dem Wortlaut der Potsdamer Beschlüsse hervorging, daß die Frage der Westgrenzen Polens nach wie vor offen sei und erst der Regelung in einem künftigen Friedensvertrag bedürfe.

Seit dem Potsdamer Abkommen, erstmalig durch Churchills Rede vom 6.3.1946 in Fulton, dann die Rede des damaligen britischen Außenministers Bevin im Unterhaus am 25.07.1946 und schließlich durch die Ansprache des damaligen amerikanischen Staatssekretärs für auswärtige Angelegenheiten J. F. Byrnes in Stuttgart am 6.9.1946, haben die Westmächte immer wieder die Unrechtmäßigkeit der Inbesitznahme Ostdeutschlands durch den polnischen Staat betont, und an der im Potsdamer Abkommen niedergelegten Bestimmung festgehalten, daß die endgültige Regelung der polnischen Westgrenze erst in einem Friedensvertrag mit Deutschland geschehen könne ...

Wenn sich die Westmächte dennoch darauf einließen, die deutschen Gebiete östlich der Oder und Neiße provisorisch der Verwaltung des polnischen Staates zu unterstellen, so war es außer taktischen Überlegungen unter dem Zwang von vollendeten Tatsachen geschehen, vor die sich die Vertreter der anglo-amerikanischen Staaten in Potsdam gestellt sahen.

Entgegen den Beschlüssen der Großen Drei in Jalta waren weite Gebiete Ostdeutschlands ohne Fühlungnahme mit den Westmächten durch einseitige russisch-polnische Maßnahmen der Verwaltung des polnischen Staates unterstellt worden, und sowohl die Ansiedlung von Polen in Ostdeutschland als auch die Aussiedlung der deutschen Bevölkerung hatten schon begonnen.

Da die Vertreter der Westmächte außerstande waren, die Sowjets zu zwingen, dieses Vorgehen wieder rückgängig zu machen, und da sie vor allem Wert darauf legten, daß die sich bereits anbahnenden Spannungen zwischen der Sowjetunion und den Westmächten nicht zum Scheitern der ganzen Konferenz führten, haben sie sich veranlaßt gesehen, der polnischen Verwaltungshoheit in Ostdeutschland als einem Provisorium zuzustimmen.

Obwohl aus der Formulierung der Potsdamer Beschlüsse eindeutig hervorgeht, daß die Zustimmung der Westmächte zu dem geschaffenen Provisorium keinerlei Festlegung hinsichtlich des Verlaufs der künftigen deutsch-polnischen Grenzen bedeutet, so haben doch die Vertreter Großbritanniens und der Vereinigten Staaten in verhängnisvoller Weise unberücksichtigt gelassen, daß auch aus einem Provisorium ein Dauerzustand werden konnte, wenn künftige Meinungsverschiedenheiten den Abschluß eines Friedensvertrages verhindern sollten.

Von dem Vorwurf, dies entweder nicht gesehen oder es stillschweigend übergangen zu haben, um das Einvernehmen mit der Sowjetunion zu erhalten, sind die Westmächte fraglos nicht freizusprechen. –

Die eigentlichen Urheber jenes Beschlusses über die polnische Verwaltungsübernahmen östlich der Oder und Neiße sind jedoch die UdSSR und die ihnen hörige polnische Regierung gewesen, die in bewußter Absicht und mit Erfolg eine Politik der vollendeten Tatsachen getrieben hatten.

Bereits am 5. Februar 1945 gab Boleslaw Bierut als Ministerpräsident der Provisorischen Regierung der Polnischen Republik in einer Presseerklärung bekannt, daß Polen die Zivilverwaltung in den Reichsgebieten östlich der Oder-Neiße-Linie übernommen habe. ...

In auffälliger Weise geschah dies im Gebiet der Freien Stadt Danzig. Am 30. März 1945 erließ die polnische Provisorische Regierung das Dekret "Über die Bildung der Wojewodschaft Danzig", welches das Gebiet des ehemaligen Freistaates dem polnischen Staat einverleibte und der polnischen Gesetzgebung unterstellte. ...<<

US-Senator Charles W. Vursell erklärte am 1. Februar 1946 (x028/149): >>Durch die Potsdamer Vereinbarung wurde die Regierung der Vereinigten Staaten unbeabsichtigt zum Mitverantwortlichen für den massenhaften Hungertod, besonders in Deutschland. –

(Sie verstießen) gegen das geltende humanitäre Prinzip des Völkerrechts, wonach immer dem Sieger die Verantwortung zufällt, nach besten Kräften die unschuldigen Opfer der besiegten Bevölkerung zu schützen. ...<<

Völkerrechtler des "Instituts de Droit International" erklärten im Jahre 1952, daß die im Potsdamer Abkommen enthaltenen Passagen über die Ausweisung der Deutschen völkerrechtswidrig waren (x150/21).

Prof. Dr. Andreas Hillgruber berichtet über die Folgen des Potsdamer Abkommens (x041/34):

>>Mit den Vertreibungen bisher europäischer Bevölkerungen erfuhr Europa 1945 am elementarsten den Andrang eines außereuropäischen Imperiums im Osten, die Annullierung eines ziemlich genau 1.000jährigen Ausdehnungsbestandes, den Verlust eben der Gebiete des östlichen Grenzraums im Baltikum, in Weißrußland und westlicher Ukraine, die fast ununterbrochen dem europäischen Kulturkreis zugehörig gewesen waren.

Die Ostgrenze Europas war auf breiter Front auf einer Linie von Danzig bis wenig östlich Warschaus um einen durchweg 200 km tiefen, annähernd 2.000 km vom Finnischen Meerbusen bis zum Schwarzen Meer sich erstreckenden Landbereich vermindert und verkleinert. Und darüber griff der russisch-imperiale Hegemonieanspruch noch weiter hinaus: In 1945-49 stufenweise erzwungener Machtübernahme wurden die mittel- und osteuropäischen Länder bis zu einer nochmals 750 km weiter westlich gelegenen Linie von Stettin bis Triest machtpolitisch russifiziert und bolschewisiert; wobei für die Europäer noch nicht abzusehen war, wieweit sich die europäischen Traditionen dieser Länder dagegen würden behaupten können. ...<<

Der nordamerikanische Völkerrechtler und Historiker Dr. Alfred M. de Zayas berichtete über die Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa (x028/196-197): >>Obwohl das Thema in Amerika oder Großbritannien nicht unbedingt Tabu ist, so hat die Presse die Vertreibung der Deutschen doch niemals ausführlich behandelt. Die meisten Amerikaner und Briten wissen kaum, daß sie überhaupt stattgefunden hat, und noch weniger, daß die westliche Zustimmung zum Prinzip der gewaltsamen Umsiedlung die amerikanische und die britische Regie-

rung zu Helfershelfern dieser unmenschlichen Unternehmung gemacht hat. Gewiß sind die Westmächte nicht in diesem Maße verantwortlich wie die vertreibenden Staaten, aber zweifellos hat erst die anglo-amerikanische Zustimmung zum Grundsatz der Zwangsumsiedlung die Katastrophe von 1945-48 möglich gemacht.

... Die drakonischen Maßnahmen, die den Deutschen aus den Ostgebieten aufgezwungen wurden, hat man nachträglich als "Vergeltung" für die unsagbaren NS-Verbrechen im Osten zu rechtfertigen versucht. Nur traf diese Art "Vergeltung" nicht nur NS-Funktionäre - also die "Täterseite", gemäß einer heute gebräuchlichen Formulierung - sondern in erster Linie die "Frauen und Kinder, die Armen und die Kranken"; letztlich also die ganze Bevölkerung - ohne Rücksicht auf den Grad individueller Schuld oder gar Schuldlosigkeit. ...<<

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtete im Jahre 1954 über die Vertreibung der Deutschen aus Polen und den polnisch verwalteten Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie (x001/143E-153E): >>... Obwohl der Ausweisungsplan des Kontrollrats erst am 17. Oktober 1945 unterzeichnet wurde, sind schon im August und September durch lokale polnische Behörden, vor allem in Oberschlesien, zahlreiche Deutsche in Lagern zusammengefaßt und in geschlossenen Transporten nach der sowjetischen Besatzungszone befördert worden.

Im Oktober/November wurden diese Ausweisungen in vollem Maße auch auf Pommern und den Südtteil Ostpreußens sowie auf Teile der ehemaligen Provinzen Posen und Westpreußen ausgedehnt und wuchsen zu einer neuen Großaktion an. Teils wurde die Bevölkerung ganzer Orte, teils nur die Nichtarbeitsfähigen betroffen, sehr oft auch die bäuerlichen Grundbesitzer. Die Ausweisung dieser letzteren stand offensichtlich im engsten Zusammenhang mit der Ankunft polnischer Ansiedler.

In den Dörfern wird dieser Vorgang der Ausweisung der Bevölkerung sehr deutlich. Tage und Wochen nachdem die Polen die Höfe besetzt hatten, oft nachts oder in den frühen Morgenstunden, binnen einer halben Stunde oder nur zehn Minuten, wurden die Bauern plötzlich zum Verlassen ihrer Wohnungen gezwungen. Es war ihnen kaum möglich, außer der notwendigen Bekleidung noch irgend etwas Brauchbares mitzunehmen. Gepackte Koffer oder Rucksäcke mußten in der Wohnung oder auf dem Sammelplatz zurückgelassen werden, eine willkommene Beute mancher polnischer Neubauern oder der Dorfmitilz. Nur selten kam es vor, daß die Ausweisung Tage vorher angekündigt wurde.

In Oberschlesien vollzog sich die Ausweisung im Herbst 1945 meist in der Weise, daß die aus ihren Wohnungen Vertriebenen zunächst in Lagern gesammelt wurden, die sich in der Regel in den Kreisstädten befanden. Dort mußten sie in völlig überfüllten Baracken oder Fabrikräumen ohne ausreichende Versorgung mit Nahrungsmitteln Wochen und Monate vegetieren. Polen und Russen sortierten die noch Arbeitsfähigen aus. Alle übrigen wurden zu Transporten zusammengefaßt, zu 60-70 Personen in einen Güterwagen verladen und in einer Fahrt von meist mehr als zwei Wochen nach dem Westen abgeschoben.

Ähnlich war es auch in Pommern, wo die Bevölkerung meist in der Mitte der Ortschaften, mitunter sogar in der Kirche zusammengetrieben wurde. Von dort ging es im Fußmarsch zum nächsten Verladebahnhof, wo entweder geschlossene Transporte zusammengestellt oder einzelne Güterwagen an fahrplanmäßige Züge angehängt wurden.

Sammellager war ab Oktober 1945 das Grenzübergangslager Scheune bei Stettin, wohl das berüchtigste aller Vertriebenenlager, wo im Herbst 1945 und auch noch im Frühjahr 1946 Gewalttaten, Plünderungen und Willkürakte einzelner Polen und Milizangehöriger an der Tagesordnung waren.

Auch im südlichen Ostpreußen war es im wesentlichen das gleiche Bild: Plötzliche Ausweisungsbefehle, lange Elendsmärsche der Vertriebenen nach den Sammelstellen und Bahnhöfen, Gepäckkontrollen und während der Bahnfahrt fortgesetzte Plünderungen durch ganze Scharen von Polen, die meist die langen Wartezeiten der Transportzüge auf den Bahnhöfen

für ihre Zwecke ausnützten, teils sogar auf die fahrenden Züge sprangen und überall panikartige Angst hervorriefen. Auch zahlreiche Todesfälle ereigneten sich infolge der oft mehrere Wochen dauernden Transporte, die ohne Verpflegung und unter größten körperlichen Anstrengungen erfolgten.

Da für die Ausweisungen im Herbst 1945 noch keine interalliierten Abmachungen vorlagen, haben die Polen sich Mühe gegeben, sie als "freiwillige Ausreise" der deutschen Bevölkerung darzustellen. Diesem Zweck diente es auch, wenn vielerorts vor der Abfahrt der Transportzüge von jedem einzelnen der Ausgetriebenen eine in polnischer Sprache abgefaßte Erklärung unterschrieben werden mußte, die die Freiwilligkeit der Ausreise, die Übertragung des Besitzes an den polnischen Staat und den Verzicht auf die Rückkehr bescheinigte.

Obwohl die Anzahl derjenigen, die zur Aussiedlung bestimmt wurden, in den einzelnen Gebieten sehr verschieden gehandhabt wurde, teils auch geschlossene Ortschaften geräumt wurden, sind im Zuge der Ausweisungen im Herbst 1945 doch im allgemeinen bevorzugt die nicht arbeitsfähigen Personen, d.h. Alte, Kranke und Invaliden, Mütter mit mehreren Kindern ausgewiesen worden.

Diejenigen, die in russischen Diensten arbeiteten oder als Spezialisten unabkömmlich waren, wurden überwiegend vorläufig von der Austreibung zurückgestellt, auch wenn dies gegen ihren Willen geschah.

Nicht ausgewiesen wurden ferner die besonders in Oberschlesien, aber in geringerem Maße auch in Ostpreußen lebenden Personen, die zwar deutsche Staatsangehörigkeit besaßen, sich aber auf Grund ihrer Abstammung und Sprache als Polen fühlten. Ihnen wurde Gelegenheit gegeben, die polnische Staatsbürgerschaft zu erwerben, und sie blieben auch von der Enteignung, der Zwangsarbeit und den sonstigen gegenüber der deutschen Bevölkerung ergriffenen Maßnahmen verschont.

Da man polnischerseits die ostdeutschen Gebiete in der offiziellen Propaganda als "urpolnisches Land" bezeichnete, mußte man Wert darauf legen, die Meinung zu verbreiten, als hätte es in Ostdeutschland eine zahlreiche autochthone polnische Bevölkerung gegeben. Man war deshalb nicht damit zufrieden, daß nur eine relativ geringe Zahl von Einwohnern Oberschlesiens und Ostpreußens freiwillig für Polen optierte, sondern suchte teils durch Versprechungen und Drohungen, teils durch ausgesprochene Gewaltmaßnahmen vor allem die wasserpolnisch sprechenden Oberschlesier und die Masuren in Ostpreußen für Polen zu gewinnen.

Besonders diejenigen, die polnisch klingende Namen hatten, wurden zwangsweise zurückbehalten und von der Ausweisung ausgeschlossen. Manche Deutsche haben dem wiederholten Druck nachgegeben, indem sie die polnische Staatsbürgerschaft annahmen, viele andere weigern sich noch heute, dies zu tun.

Neben den systematischen Ausweisungsaktionen der polnischen Behörden setzte seit Sommer 1945 auch die Rückwanderung der als Bombenevakuierte nach Ostdeutschland verschlagenen ein, die meist bevorzugt Ausreisescheine erhielten. Ihnen schlossen sich auch manche einheimische Ostdeutsche an, denen das Übermaß der Verfolgungen, die Enteignung und Zwangsarbeit und die katastrophalen Lebensverhältnisse ein Bleiben unerträglich machten.

Da überall schon umfangreiche Zwangsausweisungen erfolgten, sank die Hoffnung der ostdeutschen Bevölkerung auf eine Wendung der Dinge und auf eine Annullierung des Potsdamer Abkommens allmählich. Es setzte deshalb im Herbst 1945 neben den geschlossenen Ausweisungen eine unkontrollierte Abwanderung ein.

Da für die deutsche Bevölkerung allgemein Arbeitszwang herrschte, war dies ein gefährliches Unterfangen, ganz abgesehen davon, daß immer dann, wenn die Polen von der Absicht der Ausreise Kenntnis erhielten, sich noch einmal die Wut von Milizianten und fanatischen polnischen Zivilisten an den Deutschen ausließ, wobei sich skandalöse Vorfälle ereignet haben.

Noch im Sommer 1946 wurde z.B. im Landkreis Breslau auf öffentlichen Anschlägen vor der Ausreise auf eigene Initiative gewarnt. Dennoch ist es manchem Deutschen möglich gewesen,

durch die selbständige Ausreise den fast regelmäßig mit der gewaltsamen Vertreibung verbundenen Schikanen und Gewalttaten zu entgehen.

In einigen Orten gelang es noch im Lande befindlichen deutschen Stellen, Pastoren oder Verwaltungsangestellten in polnischen Diensten, die Organisation der Aussiedlung in die Hand zu nehmen. Die Bevölkerung blieb dadurch zumindest in ihren Heimatorten vor den Willkürakten und Plünderungen bewahrt, von denen sonst die Ausweisungen in der Regel begleitet waren. Die deutschen Leiter der Aktion stellten Listen auf und benachrichtigten jeden einzelnen rechtzeitig.

Die Übergabe des Eigentums, das Unterschreiben der Verzichtserklärung und alle anderen Formalitäten konnten in Ruhe durchgeführt werden. Außerdem wurde vermieden, daß die Ausgewiesenen tage- und wochenlang in den Auffangstellen auf die Zusammenstellung der Transporte warten mußten. Auch russische Soldaten und Kommandanturen haben mitunter, indem sie Militärfahrzeuge zur Verfügung stellten und Deutsche bis an die Oder-Neiße-Grenze fuhren, helfend dazu beigetragen, daß die Vertriebenen den Schikanen der polnischen Austreibungskommandos entgingen.

Die im Herbst 1945, vor allem in den Monaten Oktober und November, in Ostpommern, Oberschlesien, im Südteil Ostpreußens und auch in Danzig und Teilen Westpreußens in Gang gekommene Ausweisung der deutschen Bevölkerung bzw. ihre Abwanderung auf Grund des unerträglichen Druckes der Verhältnisse und der sicher bevorstehenden Zwangsvertreibung wurde, nachdem sie infolge des Winters im Dezember 1945 und im Januar/Februar 1946 stark abgeebbt war, im Frühjahr 1946 in verstärktem Maße fortgesetzt und dauerte ohne Unterbrechungen bis zum Spätherbst 1946 an.

Das Jahr 1946 wurde in Ostdeutschland die Hauptperiode der Ausweisung. Alle unter polnischer Verwaltung stehenden ostdeutschen Provinzen und Orte, auch Niederschlesien und verschiedene Gegenden Pommerns und Ostpreußens, die bisher noch ziemlich verschont geblieben waren, wurden nunmehr von systematischen Austreibungsaktionen erfaßt.

Zunächst unterschieden sich die Ausweisungen des Jahres 1946 wenig von denen des Jahres 1945. Noch immer waren die Kontrollen an den Sammelstellen und die wochenlangen Transporte von Plünderungen und Übergriffen aller Art begleitet, so daß die Mehrzahl der Ausgetriebenen völlig ausgeraubt, in verzweifelter körperlicher und seelischer Verfassung westlich der Oder-Neiße-Grenze ankamen, wo sie auf dem Gebiet der sowjetischen Besatzungszone monatelang in Quarantäne- und Flüchtlingslagern festgehalten wurden.

Erst mit dem Sommer 1946 trat insofern eine Besserung ein, als sich die inzwischen festgelegten Richtlinien über die Durchführung der Ausweisung auszuwirken begannen. Bereits am 17. November 1945 hatte der alliierte Kontrollrat einen "Plan zur Überführung der deutschen Bevölkerung ..." aufgestellt, in dem unter anderem vorgesehen war, daß die auf 3,5 Millionen geschätzte deutsche Bevölkerung aus Polen und den polnisch verwalteten deutschen Ostgebieten in die sowjetische (2 Millionen) und die britische Besatzungszone (1,5 Millionen) übergeführt werden und daß diese Überführung im Dezember 1945 beginnen und im Juli 1946 beendet sein sollte. –

Später, am 14. Februar 1946, wurde in dem inzwischen errichteten internationalen Combined Repatriation Executive (CRX) zwischen dem britischen und dem polnischen Vertreter ein Abkommen getroffen, das noch einmal wie schon das Potsdamer Abkommen die Versicherung enthielt, "daß die Aussiedlung und Überführung der Deutschen in humaner und ordentlicher Weise durchgeführt werden" müsse. Auch die Fahrtrouten und die Ausweisungsquoten für die einzelnen Zeitabschnitte wurden hierbei festgelegt, und es wurde vereinbart, daß für eine Bewachung der Transporte sowie für Verpflegung und ärztliche Fürsorge während der Ausweisung Sorge getragen werden müsse. Bemerkenswert ist, daß den Ausgewiesenen nicht gestattet sein sollte, mehr als 500 RM und mehr Gepäck mitzunehmen, als sie "in den Händen tragen können".

Die sehr harten Bestimmungen über die Gepäckbeschränkung sind von polnischer Seite während der folgenden Ausweisungen des Jahres 1946 im allgemeinen beachtet worden, und auch eine gewisse militärische Sicherung der Ausweisungen wurde eingerichtet, aber der eigentliche Zweck des britisch-polnischen Abkommens, eine "ordentliche und humane" Durchführung der Ausweisungen zu garantieren, ist auch bei den Massenausweisungen während des Jahres 1946 keineswegs erreicht worden.

Allein schon für Verpflegung und ärztliche Betreuung war nur in den seltensten Fällen einigermaßen gesorgt. Schwerer fiel noch ins Gewicht, daß die polnischen Milizkommandos die Ausweisung der Deutschen aus ihren Wohnungen unnötig beschleunigten und in der Regel mit äußerster Strenge, ja oft geradezu in brutalen Formen durchführten.

Oft standen den aus ihren Häusern Vertriebenen keinerlei Transportmittel zur Verfügung, so daß sie sich mit ihrem schweren Gepäck in kilometerlangen Märschen nach den Sammellagern schleppen mußten. Dort fehlte es meist an den primitivsten Voraussetzungen dafür, Tausende von Menschen unterzubringen, zumal es mitunter Wochen dauerte, ehe die Transporte zusammengestellt wurden.

Nach allem, was heute über den Verlauf der Ausweisungen bekannt ist, steht es fest, daß ihre Durchführung durch die polnischen Behörden nicht nur ohne zureichende Organisation geschah, sondern daß vielfach ganz offensichtlich auch gar nicht der Wille vorhanden war und gar keine besonderen Anstrengungen gemacht wurden, um eine wirklich ordnungsgemäße und humane Überführung der deutschen Bevölkerung nach Westen zu gewährleisten.

Daß sich die Übergriffe und vor allem die Plünderungen während des Jahres 1946 überhaupt milderten, war in hohem Maße den Vertretern britischen Besatzungsmacht zu verdanken, die wiederholt gegen die Art und Weise protestierten, in der die polnischen Behörden die Ausweisung handhabten. –

Der wichtigste Erfolg des britisch-polnischen Ausweisungsabkommens war, daß den Vertriebenen ab Ende 1946 der direkte Weg in die britische Besatzungszone offenstand, so daß sie nicht mehr von der sowjetischen Besatzungszone aus heimlich als Grenzgänger nach Westen zu fliehen brauchten.

Waren die Vertreibungen des Jahres 1945 ausschließlich nach der Sowjet-Zone erfolgt, so ging der Hauptteil der im Jahre 1946 Ausgewiesenen in direkten Transporten in die britische Besatzungszone. Die Überführung von Deutschen aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße nach der britischen Zone hielt vom Frühjahr bis zum Ende 1946 ohne wesentliche Unterbrechungen an und ist unter dem Kennwort "Operation Schwalbe" bekanntgeworden. Insgesamt 1.375.000 Deutsche aus den Oder-Neiße-Gebieten wurden im Zuge dieser Operation in geschlossenen Transporten nach Westdeutschland gebracht. –

Für den gesamten nördlichen Raum der Oder-Neiße-Gebiete war Stettin die Hauptstation für die Zusammenstellung und Abfertigung der Ausweisungstransporte und für ihre Übergabe an britisches Begleitpersonal. In der Umgebung von Stettin befanden sich mehrere Sammellager, in denen die zur Ausweisung Bestimmten oft wochenlang auf die Abfahrt der Transportzüge warten mußten, neben dem berüchtigten Lager Stettin-Scheune vor allem die Lager Kreckow und Frauendorf.

Die dort versammelten Ausgewiesenen aus Pommern und Ostbrandenburg und die mit Zügen aus Richtung Danzig oder aus Ost- und Westpreußen ankommenden Vertriebenen wurden in Stettin zu einzelnen Transporten zusammengestellt und nach Westen in Marsch gesetzt. Außer auf dem Schienenwege nach Westen erfolgte der Weitertransport von Stettin teilweise auch über See nach Lübeck. –

Im Südbereich der Oder-Neiße-Gebiete war das Zentrum für die Ausweisungstransporte der Bahnknotenpunkt Kohlfurt (nordöstlich Görlitz), von wo aus die Eisenbahntransporte mit Vertriebenen nach der sowjetischen und britischen Besatzungszone abgefertigt wurden.

Um eine Überschreitung der zwischen den britischen und den polnischen Behörden festgeleg-

ten Ausweisungsquoten an den einzelnen Übergabestationen zu vermeiden, kam es oft zu langwierigen und umständlichen Umlegungen der Ausweisungstransporte. So wurden manche Deutsche aus Pommern erst nach Polen geleitet und von dort aus über Schlesien nach Westen transportiert.

Neben den Ausweisungen nach der britischen Besatzungszone wurden im Jahre 1946 ebenso wie 1945 mehrere Hunderttausende von Deutschen nach der sowjetischen Besatzungszone übergeführt. Viele dieser Vertriebenen haben sich, sobald sie den Aufnahmelagern der sowjetischen Zone entkommen konnten, selbständig auf den Weg in die westlichen Besatzungszonen begeben, um nicht länger unter sowjetrussischem Regime leben zu müssen, dessen Auswirkungen sie in ihrer Heimat so schmerzlich erfahren hatten.

Im Jahre 1946 waren es allein ca. 250.000 Vertriebene, die außerhalb der organisierten Transporte in Westdeutschland ankamen. Hatte schon im Jahre 1945 die Zahl der zwangsweise vertriebenen Ostdeutschen und derer, die infolge der unerträglichen Gewaltherrschaft von Polen und Russen nach Mittel- und Westdeutschland geflohen waren, schätzungsweise 600.000 bis 700.000 Menschen betragen, so verstärkte sich der Strom der Vertriebenen 1946 noch um ein Vielfaches. Rund 2 Millionen Deutsche kamen im Verlaufe dieses Jahres über die Oder-Neiße-Linie nach Westen. Die polnischen Bestrebungen zur Verdrängung der ostdeutschen Bevölkerung hatten damit bereits eine weitgehende Erfüllung gefunden.

Neben den Ausweisungen hatten auch die radikalen Unterdrückungsmaßnahmen das Ihrige getan. Der Hunger und die körperliche Überbeanspruchung während der Zwangsarbeit, die Epidemien in den Städten, dazu die Mißhandlungen in den Lagern und Gefängnissen verursachten so zahlreiche Opfer unter den Deutschen, daß den polnischen Ausweisungskommandos manche Arbeit vorweggenommen wurde. –

Ende 1946 war der Hauptteil der Deutschen, die beim Einzug der sowjetischen Truppen in ihrer Heimat geblieben oder später zurückgekehrt waren, bereits vertrieben oder in der Zwischenzeit umgekommen. Die Dörfer und Städte Schlesiens, Süd-Ostpreußens, Ostpommerns und Ostbrandenburgs waren zu diesem Zeitpunkt schon weitgehend von der deutschen Bevölkerung geräumt und hatten infolge der Ansiedlung von Polen ein völlig verändertes Gesicht erhalten.

Mit dem Eintritt des Winters 1946/47, als die Kälte unter den Vertriebenen bereits zahlreiche Verluste verursacht hatte, verweigerten die britischen Behörden jede weitere Übernahme von Ausweisungstransporten, da sie es nicht verantworten zu können glaubten, weitere Hunderttausende völlig verelendeter Ausgewiesener in die überfüllten Aufnahmelager einzuliefern, und da gleichzeitig die polnischen Behörden gezwungen werden sollten, für bessere Ausweisungsbedingungen zu sorgen. Verschiedene Transporte liefen deshalb wieder in ihre Ausgangsorte zurück, und die Ausweisungsaktionen flauten ganz allgemein während des Winters 1946/47 ab.

Da sich aber noch immer zahlreiche Deutsche östlich der Oder-Neiße befanden, begann mit dem Frühjahr 1947 eine neue, die letzte umfassende Etappe der Zwangsausweisungen. Auch jetzt waren die britischen Behörden noch nicht zu einer Übernahme der Transporte bereit, diese wurden deshalb ausschließlich in das Gebiet der sowjetischen Besatzungszone geleitet. Sie verliefen jetzt allerdings in wesentlich geregelteren Formen als 1945 und teilweise noch 1946, obwohl auch jetzt noch in den Ausweisungslagern mitunter unverändert katastrophale Zustände herrschten und noch immer manche Deutsche die Strapazen der Ausweisung mit dem Leben bezahlen mußten.

Von den Ausweisungen im Jahre 1947 wurden die letzten bisher noch nicht oder teilweise betroffenen Orte erfaßt, und auch viele Deutsche, die bisher als unabhkömmliche Arbeitskräfte verschont geblieben waren, mußten sich nun von ihrer Heimat trennen. Während des ganzen Frühjahres, Sommers und Herbstes 1947 wurden auf diese Weise noch einmal schätzungsweise 500.000 Deutsche aus Schlesien, Ostpommern, Westpreußen und dem Südteil Ostpreußens

nach Westen transportiert.

Ende 1947 nahmen die systematischen Ausweisungen aus den polnisch verwalteten deutschen Ostgebieten im allgemeinen ein Ende, obwohl es auch später noch zu Einzelausweisungen kam und noch manche Deutsche in den folgenden Jahren selbständig versuchten, von Pommern oder Schlesien aus nach Westen zu gelangen.

Die Mehrzahl derer, die besonders in Oberschlesien und im südlichen Ostpreußen von der alten Bevölkerung deutscher Staatsangehörigkeit schließlich übrigblieben, bestand zum Teil aus Personen, die auf Grund ihrer polnischen Volkszugehörigkeit oder auch nur, um sich ihre Existenzgrundlage zu erhalten, freiwillig die polnische Staatsbürgerschaft erworben hatten, teils aber auch aus Personen, die, wie viele Masuren in Ostpreußen, von den Polen als polnische Volkszugehörige, als sogenannte Autochthone betrachtet wurden, die sich aber zum größten Teil entschieden als Deutsche fühlten und gegen ihren Willen zur Annahme der polnischen Staatsbürgerschaft gedrängt wurden.

Daneben wurden sowohl in Ostpreußen als auch in Ober- und Niederschlesien, in Ostpommern und vereinzelt auch in Ostbrandenburg Personen zurückgehalten, die lediglich auf Grund ihrer Unabkömmlichkeit als Facharbeiter oder als sonstige wertvolle Arbeitskräfte gezwungen wurden, im Lande zu bleiben. Im Gegensatz zu den polnisch verwalteten deutschen Ostgebieten hatten im sowjetisch verwalteten Teil Ostpreußens bis zum Sommer 1947 noch keinerlei Aussiedlungen stattgefunden.

Anders als die Polen hatten die Sowjets kein nationales Interesse an der Vertreibung der Deutschen aus Ostpreußen, sie waren im Gegenteil sehr bemüht, durch scharfe Bewachung der quer durch Ostpreußen verlaufenden russisch-polnischen Demarkationslinie jede Abwanderung und Flucht von Deutschen aus dem von ihnen verwalteten Teil Ostpreußens zu verhindern, um aus den Deutschen an Arbeitsleistungen herauszuholen, was nur irgend möglich war.

Die infolge der sowjetischen Arbeits- und Leistungsnormen eingetretene Erschöpfung der meist auf sowjetischen Kolchosen arbeitenden deutschen Bevölkerung und die katastrophalen Lebensverhältnisse im gesamten "Verwaltungsgebiet Kaliningrad", von denen an anderer Stelle bereits gesprochen wurde, führten dazu, daß die deutsche Bevölkerung nichts sehnlicher wünschte, als dieses Land zu verlassen, das in kurzer Zeit unvorstellbar verelendet war, in dem ihnen nichts mehr gehörte und wohin in immer stärkerer Zahl russische Zivilpersonen einströmten.

Manchen gelang die Flucht über die Grenze nach den polnisch verwalteten Gebieten, von wo aus sie leichter nach Westen gelangen konnten; sehr viele aber fielen der Unterernährung und den Seuchen zum Opfer und starben.

Erst als die Arbeitskraft der Deutschen infolge des Zustroms von Russen mehr oder weniger entbehrlich geworden war, begann für die restliche, kaum noch mehr als hunderttausend Menschen zählende deutsche Bevölkerung in den Jahren 1947-1949 die Aussiedlung. Schon im Sommer 1947 hatten einige wenige Tausend aus Königsberg Ausreisegenehmigungen erhalten. Im Herbst 1947, vor allem aber 1948 und abschließend im Jahre 1949 wurden dann sowohl die ca. 20.000 noch am Leben befindlichen Deutschen aus Königsberg als auch die übrige deutsche Bevölkerung im sowjetisch verwalteten Ostpreußen in geschlossenen Transporten ausgesiedelt, ohne daß an der bisherigen Bedingung von einzelnen Ausreisegenehmigungen festgehalten wurde.

Die Sowjets schlossen sich damit dem Vorgehen der Polen an, obwohl in den Potsdamer Beschlüssen von einer Aussiedlung der Deutschen aus dem sowjetisch verwalteten Teil Ostpreußens nicht die Rede gewesen war. Daß sie zu einer Zeit erfolgte, als sich die Lebensverhältnisse gerade zu bessern begannen, während in den Jahren vorher viele Tausende von Deutschen elend an Hunger und Krankheiten zugrunde gegangen waren, macht in besonderer Weise deutlich, wie wenig die Sowjets bei der Frage der Ausweisung oder Nichtausweisung

von Rücksichten auf die deutsche Bevölkerung geleitet waren.

Nur jenseits der Memel, im Gebiet des 1945 der Sowjetrepublik Litauen eingegliederten Memellandes, fand keine Ausweisung der Deutschen statt. Die noch im Lande befindlichen Memeldeutschen mußten die litauische Staatsbürgerschaft annehmen und schieden damit aus dem Kreis der umzusiedelnden deutschen Volksteile aus. Dennoch haben sich manche Deutsche aus dem Memelland wegen des sowjetischen Drucks heimlich nach Deutschland durchgeschlagen. Die Mehrzahl der Memeldeutschen, die 1944 nicht geflohen oder später zurückgekehrt waren, ist jedoch in der Heimat verblieben.

In den Jahren 1947-1949, als die Ausweisung der deutschen Bevölkerung aus dem nördlichen Teil Ostpreußens im Gange war, kam es auch im Gebiet des polnischen Staates zu einer Welle systematischer Ausweisungen, wodurch die Ausmerzung des Deutschtums in Polen beendet werden sollte, die schon in den Jahren 1945/46 eingesetzt hatte. Damals, als in Polen die brutale Verfolgung aller Deutschen schlimmste Formen annahm, machten sich Tausende von denen, die noch nicht verhaftet oder interniert waren, selbständig von den Orten Posens und Westpreußens auf den Weg nach dem Westen, wobei verschiedentlich auch lokale polnische Behörden den Abtransport der Deutschen vorantrieben.

Mit dem Jahre 1946 waren jedoch nahezu alle im westpolnischen Staatsgebiet ansässigen Deutschen in Gefängnissen eingeliefert, in Lagern konzentriert oder zur Zwangsarbeit eingesetzt, und damit gab es im großen ganzen keine Möglichkeit mehr, selbständig das Land zu verlassen. Lediglich die erst während des Krieges aus dem Reich zugezogenen Deutschen und die volksdeutschen Umsiedler aus den baltischen und südosteuropäischen Staaten wurden, sofern sie nicht bereits vorher geflohen waren, zum Teil anders als die in Polen einheimischen Volksdeutschen behandelt und schon 1945 oder 1946 des Landes verwiesen.

Gegen die alteingesessenen Deutschen, die zwischen 1919 und 1939 die polnische Staatsbürgerschaft besessen hatten und dann während der deutschen Okkupation Polens als Deutsche bevorzugt waren, richteten sich nach 1945 in erster Linie der in der Zeit der Besetzung genährte Haß und die Vergeltungsabsichten der Polen. Sie wurden nicht nur als Deutsche betrachtet, die entsprechend den Potsdamer Beschlüssen auszuweisen seien, sondern galten, wie schon dargestellt wurde, nach der neuen polnischen Gesetzgebung als Kollaboranten und "Verräter der Nation" und wurden deshalb strafrechtlich verfolgt.

Erst nachdem sie jahrelanger Haft und Verfolgung ausgesetzt, viele von ihnen zugrunde gegangen, die anderen meist völlig verelendet und durch die Zwangsarbeit erschöpft waren, kam es im Jahre 1947 zu den ersten Entlassungen aus den Lagern, die in der Regel mit der Ausweisung der Entlassenen verbunden waren. –

Zwar war schon am 13. September 1946 das Dekret "über die Ausscheidung von Personen deutscher Nationalität aus der polnischen Gesellschaft" erlassen worden, dessen Artikel 4 bestimmte, daß die bisher in Gefängnissen und Lagern Gehaltenen, sofern ihre deutsche Gesinnung und ihr Bekenntnis zum Deutschtum erwiesen seien, ausgewiesen werden müßten.

Da aber die Polen inzwischen die billige Arbeitskraft der Deutschen schätzen gelernt hatten, wurde die Ausführung dieser Bestimmung sehr verzögert bzw. zunächst nur auf die nicht arbeitsfähigen Deutschen angewandt. Diese vor allem wurden als erste in den Jahren 1947 und 1948 aus den Lagern entlassen und mit Transporten nach der sowjetischen Besatzungszone gebracht.

Da man die Arbeitsfähigen noch dabehielt, kam es bei diesen Ausweisungen oft zur Zerreißung von Familien und zur Trennung von Müttern und Kindern. ...<<

Chronik der militärischen Operationen, Fluchtbewegungen, Flucht- und Befreiungskatastrophen, NS-Propaganda, Vertreibungspläne und sonstige Vereinbarungen der Siegermächte vom 1. Januar 1944 bis zum 28. Januar 1945

01.01.1944

Polen: Boleslaw Bierut (1892-1956; von 1947-52 polnischer Staatspräsident) wird am 1. Januar 1944 heimlich aus Moskau eingeflogen und gründet in Polen den kommunistischen Landesnationalrat. Bierut soll in erster Linie die antikommunistische AK-Heimarmee ausschalten.

Die antikommunistische Londoner Exilregierung erteilt der polnischen AK-Heimarmee später den Befehl, mit Bieruts "Volksgarde" gegen die deutschen Faschisten zu kämpfen.

Anti-Hitler-Koalition: Das britische Foreign Office berichtet Anfang 1944, daß die Deutschen in den von sowjetischen Truppen besetzten Gebieten einer unerfreulichen Zeit entgegengehen dürften, was das Problem der Umsiedlung insofern aber vereinfachen könnte, da sehr viele fliehen, die Vertreibungsgebiete also freiwillig verlassen würden (x020/57).

04.01.1944

Ostkrieg: Überlegene Truppen der Roten Armee, die seit Mitte 1943 auf einer Breite von ca. 1.000 km unaufhaltsam nach Westen stürmen, erreichen bereits am 4. Januar 1944 die ehemaligen polnischen Grenzen in Wolhynien. Infolge der dauernden Rückzugsgefechte wird die Kampfkraft der deutschen Wehrmacht ständig schwächer, denn man kann die großen Menschen- und Materialverluste schon längst nicht mehr ersetzen.

18.02.1944

Polen: Die antikommunistische polnische Exilregierung fordert am 18. Februar 1944 Polens Zivilbevölkerung zum verstärkten Partisanenkrieg gegen die deutsche Wehrmacht auf (x040/-202).

04.03.1944

Ostkrieg: Beginn der sowjetischen Frühjahrsoffensive: Die 1. Ukrainische Front (Marschall Shukow) greift am 4. März 1944 in der Ukraine die Heeresgruppe Süd (Generalfeldmarschall von Manstein) an.

05.03.1944

Ostkrieg: Die 2. Ukrainische Front (General Konjew) stößt am 5. März 1944 in Richtung Uman vor.

06.03.1944

Ostkrieg: Die 3. Ukrainische Front (General Malinowski) greift am 6. März 1944 in der Südukraine die Heeresgruppe A (Generalfeldmarschall von Kleist) an.

08.03.1944

Ostkrieg: Hitler erläßt am 8. März 1944 den Befehl "Kommandant des festen Platzes".

23.03.1944

Ostkrieg: Ilja Ehrenburg schreibt am 23. März 1944 in der sowjetischen Zeitung "Soviet War News" (x046/227-228): >>Hitlers Soldaten schlachteten Millionen von Unschuldigen ab. ... Sie foltern unsere Kinder. Sie haben Millionen guter Menschen abgeschlachtet für nichts und wieder nichts, allein aus Habgier, Stupidität und angeborener Wildheit. ... Und so begann der miserable Idiot, der Ignorant, der Ausbeuter, der "Übermensch" systematisch zu hängen, zu strangulieren, lebendig zu begraben und zu verbrennen. ...

Unter Millionen Deutschen ist nicht eine Handvoll von gewissenhaften Männern zu finden, die "Halt!" rufen. ... Die Deutschen morden kühl und überlegt. Sie strangulieren, hängen und vergiften, und sie handeln so ohne Scham und Gewissensbisse.<<

02.04.1944

Ostkrieg: Hitler, der bereits völlig den Überblick verloren hat, verkündet am 2. April 1944 (x033/472): >>Die russische Offensive im Süden der Ostfront hat ihren Höhepunkt über-

schritten. Der Russe hat seine Verbände abgenutzt und auseinandergezweigt.<<

13.05.1944

Ostkrieg: Nach monatelangen schweren Kämpfen legen die Sowjets am 13. Mai 1944, etwa 1.000 km von den deutschen Reichsgrenzen entfernt, eine Zwangspause von ca. 4 Wochen ein. An der gesamten Ostfront, von Estland bis zum Schwarzen Meer, werden die Kampfhandlungen vorübergehend eingestellt.

20.05.1944

Ostkrieg: Um der drohenden Umklammerung zu entgehen, beantragt Generalfeldmarschall Ernst Busch (Oberbefehlshaber der deutschen Heeresgruppe Mitte) am 20. Mai 1944 die Rücknahme seiner Truppen.

Hitlers Befehl lautet jedoch (x040/212): >>Die bisherigen Frontlinien sind unter allen Umständen zu halten.<<

01.06.1944

Ostkrieg: Vor den Verteidigungslinien der Heeresgruppe Mitte beginnt am 1. Juni 1944 ein gewaltiger sowjetischer Truppenaufmarsch. In den folgenden 3 Wochen transportiert man über 75.000 Waggons mit Ersatztruppen, Geschützen und Munition an die Kampffront (x052/15).

20.06.1944

Ostkrieg: Im hinteren Frontbereich der Heeresgruppe Mitte zerstören sowjetische Partisanen am 20. Juni 1944 an ca. 9.600 Stellen wichtige Eisenbahnanlagen und legen den deutschen Nachschub tagelang lahm (x040/216).

22.06.1944

Ostkrieg: Genau 3 Jahre nach dem Angriff gegen die UdSSR beginnt am 22. Juni 1944 in Weißrußland, im Mittelabschnitt der Ostfront, die große sowjetische Sommeroffensive.

Die Heeresgruppe Mitte (Generalfeldmarschall Busch, mit rd. 400.000 Soldaten) wird von über 2.200.000 sowjetischen Soldaten (1. Baltische Front und 1.-3. Weißrussische Front) frontal angegriffen. An manchen Frontabschnitten greifen die Rotarmisten mit 10 bis 20facher Truppenüberlegenheit an und walzen die Verteidigungsstellungen unaufhaltsam nieder. Die Heeresgruppe Mitte (40 Divisionen) wird von mindestens 150 sowjetischen Schützen- und 45 Panzerdivisionen, von einer vielfach überlegenen Artillerie und durch die Luftflotten der Roten Armee regelrecht zermalmt. Die abgekämpften deutschen Divisionen setzen sich zwar erbittert zur Wehr, aber sie können ihre Frontabschnitte nur kurzfristig verteidigen.

30.06.1944

Ostkrieg: Die Hauptkampflinie (HKL) nähert sich am 30. Juni 1944 unaufhaltsam den Grenzen der deutschen Ostprovinzen. Der laute Donner und das dumpfe Grollen der schweren Artilleriegeschütze oder die Detonationen von Sprengungen und Bomben sind vielerorts schon deutlich zu hören. Nachts ist der östliche Horizont blutrot gefärbt, denn überall brennen Dörfer und Städte. Östlich der Oder breitet sich allmählich eine bedrückende Stimmung aus, die zunehmend von Angst, Apathie und Fatalismus geprägt wird.

08.07.1944

Ostkrieg: Die Vernichtung der Heeresgruppe Mitte wird am 8. Juli 1944 abgeschlossen. Innerhalb von 16 Tagen werden in Weißrußland 28 Divisionen fast vollständig zertrümmert. 350.000 deutsche Soldaten fallen oder gelten als vermißt (x040/221).

Spätestens jetzt hätte man die deutsche Zivilbevölkerung sofort aus den Ostgebieten und Polen evakuieren müssen. Die Wehrmachtsbefehlshaber und Frontoffiziere fordern frühzeitig die Räumung der bedrohten Gebiete. Sie teilen den zuständigen NS-Führern unmißverständlich mit, daß die Frontlinien viel zu schwach sind, um den erwarteten sowjetischen Ansturm abzuwehren bzw. aufzuhalten. Obwohl die militärische Lage bereits im Sommer 1944 völlig aussichtslos ist und sowjetische Offensiven unmittelbar bevorstehen, unternehmen die verantwortlichen NSDAP-Führer monatelang nichts, um die Zivilbevölkerung aus

den gefährdeten Ostgebieten zu evakuieren.

12.07.1944

Ostkrieg: Die Seekriegsleitung (SKL) erteilt der Marine am 12. Juli 1944 für den Ostseeraum folgende Aufgaben (x033/504): >>1. Befestigung der Ostseeküste,

2. Durchführung Nachschub für Heeresgruppe Nord und Gebirgs-AOK 20,

3. Anpassung und Herrichtung eigener Stützpunkte für Seestreitkräfte entsprechend neuer Lage,

4. Vorbereitung, ggf. Durchführung von Räumungsmaßnahmen im Bereich Gebirgs-AOK 20 sowie bei Heeresgruppe Nord,

5. Auflockerung, ggf. Räumung von Ausbildungsplätzen. Gedacht wird zunächst an Libau, Memel, ggf. aber auch an Pillau und ungünstigenfalls an Danzig, Gotenhafen,

6. Abtransport von Zivilbevölkerung und Wirtschaftsgütern.<<

13.07.1944

Polen: Nach Abschluß der Kampfhandlungen und dem Abzug der deutschen Truppen wird die polnische Heimatarmee am 13. Juli 1944 im Wilna-Gebiet durch die Rote Armee entwaffnet und inhaftiert (x040/221). Die Soldaten der polnischen AK-Heimatarmee, die sich tatkräftig an der Befreiung Ostpolens beteiligt haben, werden größtenteils nach Sibirien verschleppt.

22.07.1944

Polen: Am 22. Juli 1944 veröffentlicht das kommunistische Lubliner Komitee das "Manifest der Nationalen Befreiung" (x003/1-7): >>An das polnische Volk! ...

Brüder!

Die Stunde der Befreiung hat geschlagen. Die polnische Armee hat an der Seite der Roten Armee den Bug überschritten. ... Über dem gequälten Polen wehen wieder weiß-rote Fahnen. Das polnische Volk begrüßt die Soldaten der Volksarmee, die sich mit den Soldaten der Polnischen Armee in der UdSSR vereint haben. ...

Durch ganz Polen geht ihr Marsch, um Rache an den Deutschen zu üben, solange bis die polnischen Fahnen in den Straßen der Hauptstadt des dreisten Preußentums, in den Straßen Berlins gehißt werden. ...

Der vom kämpfenden Volk berufene Landes-Nationalrat ist die einzige legale Staatsgewalt in Polen.

Die "Regierung" der Emigration in London und ihre Delegatur in Polen sind usurpatorische, betrügerische Mächte und vollkommen illegal. Sie stützen sich auf die widerrechtliche faschistische Verfassung von April 1935. ...

Die Stunde ist gekommen um die Leiden und Qualen, die verbrannten Dörfer und vernichteten Städte, die zerstörten Kirchen und Schulen, die Treibjagden auf Menschen, die Lager und Erschießungen, Auschwitz, Majdanek, Treblinka und die Vernichtung des Gettos, an den Deutschen zu vergelten. ...

Brüder! ...

Die Rote Armee ist als Befreiungsarmee in Polen einmarschiert. ...

Ergreift die Waffen! Schlagt die Deutschen, wo immer ihr sie trifft! ... Erteilt den polnischen und sowjetischen Soldaten Auskünfte und helft ihnen! ...

Auf zum Kampf um die Freiheit Polens, um die Rückkehr des alten polnischen Pommern und des Oppelner Schlesiens zum Mutterland, um Ostpreußen und einen breiten Zugang zum Meer, um polnische Grenzpfähle an der Oder! ...

Aufgabe der unabhängigen polnischen Gerichte wird es sein, eine rasche Rechtspflege zu garantieren. Kein deutscher Kriegsverbrecher, kein Volksverräter darf der Strafe entgehen! ...

Das Polnische Komitee der Nationalen Befreiung verspricht zu Beginn des Wiederaufbaus des polnischen Staates die Wiedereinführung aller demokratischen Freiheiten, der Gleichheit aller Bürger ohne Rücksicht auf Rasse, Konfession und Nationalität, der Freiheit politischer und beruflicher Organisationen, der Presse und des Gewissens. Die demokratischen Freiheiten

dürfen jedoch nicht den Feinden der Demokratie dienen. Faschistische und antinationale Organisationen werden daher mit der ganzen Schärfe des Rechts ausgerottet.

... Die deutschen Vermögen werden konfisziert. Den bestialisch vom Okkupanten verfolgten Juden werden der Wiederaufbau ihrer Existenz sowie rechtliche und tatsächliche Gleichberechtigung zugesichert. ...

Um den Wiederaufbau des Landes zu beschleunigen und den uralten Drang der polnischen Landbevölkerung zum Eigentum an Grund und Boden zu befriedigen, wird das Polnische Komitee der Nationalen Befreiung in den bereits befreiten Gebieten sofort mit der Durchführung einer umfassenden Bodenreform beginnen. ...

Die Befreiung Polens, der Wiederaufbau des Staates, die siegreiche Beendigung des Krieges, die Erringung eines für Polen würdigen Platzes in der Welt, der Beginn des Wiederaufbaus des zerstörten Landes - dies sind unsere Hauptaufgaben.

Brüder!

Das polnische Komitee der Nationalen Befreiung ruft auf: Alles für die schnellste Befreiung des Landes und die Vernichtung der Deutschen! ...

Auf zum Kampf! Ergreift die Waffen!

Es lebe das vereinte um Polens Freiheit kämpfende Polnische Heer! Es lebe die Polen Befreiung bringende verbündete Rote Armee! Es leben unsere großen Verbündeten - die Sowjetunion, Großbritannien und die Vereinigten Staaten von Nordamerika!

Es lebe die nationale Freiheit!

... Es lebe das freie, starke, unabhängige, souveräne und demokratische Polen!<<

Der 22. Juli wird später polnischer Nationalfeiertag!

24.07.1944

Polen: Sowjetische Truppen stürmen am 24. Juli 1944 das NS-Vernichtungslager Majdanek bei Lublin und befreien weitere NS-Konzentrations- und Arbeitslager, die östlich von Warschau liegen (x033/513).

26.07.1944

Anti-Hitler-Koalition: Stalin und das kommunistische Lubliner Komitee schließen am 26. Juli 1944 einen Bündnisvertrag und ein Geheimabkommen über die zukünftigen Grenzen (x001/123E).

Nachdem die "Lubliner Polen" die vorgeschlagenen sowjetisch-polnischen Grenzen (einschließlich Abtretung des nördlichen Ostpreußen) an die UdSSR akzeptieren, verpflichtet sich die Sowjetregierung, nach dem Kriegsende die Oder-Neiße-Linie als polnische Westgrenze durchzusetzen.

Das polnische Komitee für die nationale Befreiung (PKWN) schließt mit der UdSSR außerdem am 26. Juli 1944 ein Abkommen über die Befreiung Polens (x039/227).

28.07.1944

Anti-Hitler-Koalition: Im Moskauer Rundfunk ruft der Verband polnischer Patrioten am 28. Juli 1944 alle Polen zum Aufstand gegen die Deutschen auf.

31.07.1944

Ostkrieg: Südlich von Warschau erreichen am 31. Juli 1944 sowjetische Panzertruppen die Weichsel.

Im Norden sind die sowjetischen Truppenspitzen am 31. Juli 1944 nur noch etwa 30 km von der Provinz Ostpreußen entfernt. Da Hitler nach wie vor jegliche Räumungsvorbereitungen untersagt, werden weiterhin keine Evakuierungsmaßnahmen getroffen.

Generaloberst Heinz Guderian, der nach dem gescheiterten "Hitler-Attentat" (20.07.1944) überraschend zum Generalstabschef des Heeres ernannt wird, fordert am 31. Juli 1944 angesichts der sowjetischen Überlegenheit zusätzliche Truppen für die Ostfront.

Generaloberst Heinz Guderian, der nach dem gescheiterten "Hitler-Attentat" (20.07.1944) überraschend zum Generalstabschef des Heeres ernannt wird, fordert angesichts der sowjeti-

schen Überlegenheit zusätzliche Truppen für die Ostfront (x027/15-16): >>Die Russen stehen vor Ostpreußen. Sie können jeden Tag bei Memel an die Ostseeküste durchbrechen. Sie können die Heeresgruppe Nord abschneiden. Die Heeresgruppe Nord kämpft dann für nichts und wieder nichts (im Baltikum). Wir brauchen ihre 30 Divisionen in Ostpreußen. Wir brauchen sie am Narew. Wir brauchen sie an der Weichsel. Wir brauchen sie zum Schutz der Heimat!" ... (Hitlers Antwort lautet jedoch erwartungsgemäß:) "Nein, kommt nicht in Frage. Die Heeresgruppe Nord kämpft, wo sie steht!"<<

Polen: Südlich von Warschau erreichen sowjetische Panzertruppen am 31. Juli 1944 bereits die Weichsel. Im Norden sind die sowjetischen Truppenspitzen nur noch etwa 30 km von der Provinz Ostpreußen entfernt. Da Hitler nach wie vor jegliche Räumungsvorbereitungen untersagt, werden weiterhin keine Evakuierungsmaßnahmen getroffen.

01.08.1944

Polen: In Warschau beginnt am 1. August 1944 ein überhasteter Aufstand der nationalen polnischen AK-Heimatarmee (General Bor-Komorowski) gegen die deutschen Besatzer. Hitler befiehlt, den polnischen Aufstand mit allen Mitteln niederzuwerfen und Warschau dem Erdboden gleichzumachen.

09.08.1944

Polen: Die nordamerikanische Luftwaffe wirft vom 9.08.-17.09.1944 Versorgungsbehälter mit Waffen, Munition und Lebensmitteln über Warschau ab. Der größte Teil der "Luftfracht" landet jedoch bei den deutschen Truppen (x040/238).

11.08.1944

Polen: Am 11. August 1944 beginnt die Auflösung des Vernichtungs- und Zwangsarbeitslagers Auschwitz-Birkenau. In den folgenden Tagen und Wochen hetzt man die überlebenden Auschwitz-Häftlinge in Todesmärschen bzw. Hungertransporten nach Buchenwald, Sachsenhausen und Flossenbürg (x033/522).

Ostkrieg: Ilja Ehrenburg schreibt am 17. August 1944 in der sowjetischen Zeitung "Soviet War News" (x046/229): >>Einen Tag, manchmal nur eine Stunde bevor sie (die Deutschen) sich ergeben, foltern sie noch wehrlose Menschen zu Tode.<<

20.08.1944

Polen: 127 US-Bomber greifen am 20. August 1944 Industrieanlagen in der Nähe des Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau an. Obwohl gezielte Bombardierungen durchaus möglich sind, werden keine Vernichtungs- oder Bahnanlagen zerstört (x106/369).

24.08.1944

Ostkrieg: Ilja Ehrenburg schreibt am 24. August 1944 in der sowjetischen Zeitung "Soviet War News" (x046/235): >>Jetzt werden wir Richter sein. ... An den Grenzen Deutschlands laßt uns noch einmal den heiligen Eid wiederholen, nichts zu vergessen. ... Wir wurden an die Grenzen Deutschlands durch Stalin geführt, der weiß, was Muttertränen bedeuten. Stalin weiß, daß die Deutschen Kinder lebendigen Leibes begraben, und in den dunkelsten Stunden sagte Stalin, er werde die Schurken besiegen. Wir sagen dies mit der Ruhe eines lange herangereiften und unüberwindlichen Hasses. Wir sagen dies jetzt an den Grenzen des Feindes: "Wehe dir, Deutschland!"<<

31.08.1944

Polen: Das "Polnische Komitee der Nationalen Befreiung" beschließt am 31. August 1944 ein Dekret über die Strafzumessung für faschistisch-hitleristische Verbrecher, die der Tötung und der Mißhandlung von Zivilpersonen und Kriegsgefangenen schuldig sind, sowie für Verräter des polnischen Volkes (x003/8-9): >>Art. 1. Wer in Zusammenarbeit mit den deutschen Besatzungsbehörden:

- a) an der Tötung von Zivilpersonen oder Kriegsgefangenen, an ihrer Mißhandlung oder an ihrer Verfolgung teilgenommen hat oder teilnimmt,
- b) Personen, welche sich auf dem Gebiete des polnischen Staates aufhalten, geschädigt hat

oder schädigt, insbesondere durch die Festnahme oder Auslieferung der Personen, die von den Besatzungsbehörden aus irgendwelchen Gründen gesucht oder verfolgt wurden, wird mit dem Tode bestraft.

Art. 2. Wer ... Leistungen erpreßt hat oder erpreßt, wird mit Gefängnis bis zu 15 Jahren oder lebenslänglich bestraft. ...

Art. 4. Ebenso wie die in diesem Dekret aufgezählten Straftaten werden bestraft: Versuch, Anstiftung und Beihilfe.

Art. 5. § 1. Im Falle der Verurteilung wegen einer in den Art. 1, 2 und 4 dieses Dekrets bezeichneten Straftat spricht das Gericht noch aus:

- a) den Verlust der öffentlichen und bürgerlichen Ehrenrechte,
- b) die Konfiskation des gesamten Vermögens des Verurteilten, darüber hinaus kann auch die Konfiskation des Vermögens des Ehegatten des Verurteilten und seiner Kinder ausgesprochen werden. ...

Art. 7. Die in diesem Dekret angeführten Straftaten unterliegen der Zuständigkeit der Sonderstrafgerichte. ...

Art. 9. Dieses Dekret ... ist auf alle nach dem 31.08.1939 begangenen und in diesem Dekret angeführten Straftaten anzuwenden.<<

Das Dekret bildet später die Grundlage für die polnischen Massenverhaftungen in den Reichsgebieten östlich der Oder und Neiße und in dem Gebiet der Freien Stadt Danzig (x010/35).

01.09.1944

Ostkrieg: In Sichtweite der deutschen Frontlinien formieren sich am 1. September 1944 allmählich 4 sowjetische Heeresgruppen. Vor der ostpreußischen Grenze beginnt ein gewaltiger Truppenaufmarsch (2 sowjetische Frontverbände: Marschall Rokossowski und General Tschernjachowski). I

n den Gebieten zwischen der Weichsel und Baranow sammeln sich 2 weitere sowjetische Frontverbände mit den Heerführern Konjew und Shukow. Den hoffnungslos unterlegenen deutschen Truppen bleibt nichts anderes übrig, als tatenlos zu warten.

Anstatt die ost- und volksdeutschen Siedlungsgebiete zu räumen oder sämtliche militärischen Kräfte für die bedrohten Ostgebiete zu mobilisieren, unternimmt Hitler nichts, um die drohende Katastrophe zu verhindern. Hitler beschleunigt sogar vorsätzlich den "planmäßigen" Untergang des Ostheeres und der Ostprovinzen, denn er läßt "zu allem Überfluß" noch kampfstärke Verbände für die "Ardennenoffensive" abziehen.

Im Herbst 1944 erteilt Hitler ferner den Befehl, 2 Korps der 6. Waffen-SS-Panzerarmee und mehrere Divisionen aus Ostpreußen und der Weichselfront nach Ungarn oder an die Westfront zu verlegen, so daß die sowieso äußerst schwache deutsche Ostfront ihre letzten einsatzfähigen Reserven verliert.

12.09.1944

Polen: Das "Polnische Komitee der Nationalen Befreiung" erläßt am 12. September 1944 ein Dekret über die Errichtung von Sonderstrafgerichten für die Taten der faschistisch-hitleristischen Verbrecher (x003/10-12): >>... Art. 8. In Angelegenheiten, für die das Sonderstrafgericht zuständig ist, findet keine Untersuchung statt. ...

Art. 10. Der Staatsanwalt kann im Laufe der Voruntersuchung zwecks Sicherstellung die Beschlagnahme eines Teils oder des gesamten Vermögens des Verdächtigen, seines Ehegatten und seiner Kinder verlangen. ...

Art. 12. Die Anklage bedarf keiner Begründung und muß innerhalb von 14 Tagen nach der Ergreifung des Verdächtigen erhoben werden. ...

Art. 14. § 3. Einspruch gegen die Anklageschrift ist nicht zulässig. ...

Art. 18. Die Urteile des Sonderstrafgerichts sind endgültig und rechtskräftig. ...<<

13.09.1944

Polen: Sowjetische Kampfverbände besetzen am 13. September 1944 die Warschauer Vorstadt Praga. Danach unternimmt die Rote Armee jedoch nichts mehr, um den polnischen Aufständischen zu helfen. Stalin läßt sogar alle sowjetischen Flugplätze (östlich von Warschau) für Flugzeuge der westlichen Alliierten sperren (x043/328).

17.09.1944

Ostkrieg: Ilja Ehrenburg schreibt am 17. September 1944 in der sowjetischen Frontzeitung "Unitschtoshim Wraga" (x028/85): >>Die Deutschen werden die Stunde verfluchen, da sie unseren Boden betraten. Die deutschen Frauen werden die Stunde verfluchen, in der sie ihre Söhne - Wüteriche - geboren haben. ... Wir werden totschiagen!<<

21.09.1944

Ostkrieg: Die sowjetische Zeitung "Soviet War News" berichtet am 21. September 1944 über Ilja Ehrenburg (x046/154): >>Das Sowjetvolk betrachtet ihn als einen seiner besten Schriftsteller und größten Patrioten.<<

01.10.1944

Polen: Während einer Häftlingsrevolte in Auschwitz sprengen am 1. Oktober 1944 Häftlinge ein Krematorium.

02.10.1944

Polen: Nach fast 4 Wochen schlagen die deutschen Truppen am 2. Oktober 1944 den polnischen Aufstand mit gnadenloser Härte nieder. Die antikommunistische "AK-Heimarmee" (Führung: General Graf Bor-Komorowski) kapituliert und gerät in deutsche Kriegsgefangenschaft.

Im Verlauf der wochenlangen Straßen- und Häuserkämpfe fallen 16.000 polnische AK-Soldaten. 6.000 polnische Soldaten werden verwundet. Rd. 166.000 polnische Zivilisten kommen durch Kriegseinwirkungen, Hunger, Seuchen und Massenerschießungen um. Die deutschen Verluste betragen etwa 2.000 Gefallene und 9.000 Verwundete (x051/620).

Der deutsche Historiker Bernd-Jürgen Wendt schreibt später über die "Warschauer Aufstand" (x051/620-621): >>Warschauer Aufstand, Aufstand der im Untergrund operierenden nationalpolnischen "Armee im Lande" ("Armia Krajowa" = AK) unter Oberbefehlshaber Graf T. Komorowski (Deckname "Bor" = Wald) gegen die deutsche Besatzungsmacht vom 1.8.-2.10.44.

Die Erhebung (Deckname "Burza" = Gewitter) war zwar allgemein mit der Londoner Exilregierung abgesprochen, wurde jedoch von der Untergrundführung selbständig ausgelöst. Der Einsatz von zunächst 14.000 und am Ende 36.000 völlig unzureichend bewaffneten Männern und Frauen hatte das Ziel, Warschau von den zurückweichenden deutschen Truppen vor dem Eintreffen der Roten Armee, die am 22.6.44 am Mittelabschnitt der Ostfront durchgebrochen war, zu befreien.

Man wollte zudem eine eigene Regierungsbehörde der Londoner Exilregierung etablieren, ehe sich Stalins polnische Satelliten, das sogenannte Lubliner Komitee und die "Berling-Armee", in der Hauptstadt festsetzen könnten.

Beide Ziele scheiterten am Eingreifen der deutschen 9. Armee unter dem General der Waffen-SS Bach-Zelewski sowie von SS- und Polizeieinheiten und der deutschen Luftwaffe.

Nach anfänglichen Erfolgen gelang es nicht, den Warschauer Flugplatz und die Weichselbrücken zu besetzen; schon am 4.8. waren die polnischen Verbände in den einzelnen Stadtteilen zersplittert. Während die Rote Armee zwar am 14.9. die Vorstadt Praga rechts der Weichsel besetzte und ein Bataillon der "Berling-Armee" südlich der Stadt über die Weichsel setzen ließ, im Übrigen aber Gewehr bei Fuß am Strom verharrete, mußte die Untergrundarmee kapitulieren.

Auf Intervention der Wehrmacht, des Auswärtigen Amtes und des Generalgouverneurs H. Frank, der damit verspätet gegen die SS einen "neuen Besatzungskurs" einleiten wollte, wur-

de den Gefangenen der Kombattantenstatus zuerkannt.

Die Verluste beim Warschauer Aufstand betrugen auf deutscher Seite 2.000 Gefallene und 9.000 Verwundete, auf polnischer Seite 16.000 Gefallene und 6.000 Verwundete; etwa 166.000 polnische Zivilisten sollen getötet und 60.000-80.000 in deutsche KZ und Rüstungsbetriebe verschleppt worden sein.

Warschau wurde auf Befehl Hitlers evakuiert und unter Zerstörung unersetzlicher Kunstschätze, soweit es die knappe Zeit bis zum sowjetischen Einmarsch noch zuließ, dem Erdboden gleichgemacht.

Tiefgreifende Meinungsverschiedenheiten bestehen bis heute zwischen westlichen und östlichen Historikern über die Gründe für Stalins passives Verhalten: Die sowjetische Seite begründet ihr Vorgehen mit unzureichenden Absprachen seitens der polnischen Untergrundarmee, der ungünstigen Dislozierung (räumliche Verteilung) ihrer Truppen und ihren operativen Planungen; im übrigen kann sie für sich geltend machen, daß die Deutschen durch einen Gegenstoß den sowjetischen Vormarsch am 3.8. südöstlich Warschau vorübergehend zum Halten gebracht hatten.

Demgegenüber erhärten die Tatsache, daß Stalin nach Aufdeckung der Massaker von Katyn am 13.4.43 die Beziehungen zur Londoner Exilregierung abgebrochen hatte und seit Sommer 44 im Blick auf die politische Zukunft Polens nur noch auf das Lubliner Komitee setzte, sowie seine strikte Weigerung, den Westalliierten Landerechte auf sowjetischen Flugplätzen für Versorgungs- und Entlastungsflüge für den Warschauer Aufstand einzuräumen, die westliche Vermutung, daß ihm ein Verbluten der nationalpolnisch-antikommunistischen Kräfte im Interesse einer Sowjetisierung Ostmitteleuropas nicht unwillkommen gewesen sei.<<

03.10.1944

Polen: Das Oberkommando der Wehrmacht gibt am 3. Oktober 1944 bekannt (x013/273): >>... Die Aufstandsbewegung in Warschau ist zusammengebrochen. Nach wochenlangen Kämpfen, die zur fast völligen Zerstörung der Stadt führten, haben die Reste der Aufständischen, von allen Seiten verlassen, den Widerstand eingestellt und kapituliert. ...<<

05.10.1944

Ostkrieg: Ilja Ehrenburg schreibt am 5. Oktober 1944 in der sowjetischen Zeitung "Soviet War News" (x046/183): >>Sie (die Deutschen) machten auch keinen Versuch, ihre Taten in Polen zu tarnen, wo sie "Vernichtungslager" in Maidanek, Sobibor, Bolzyce und Treblinka errichteten und Millionen – ich wiederhole Millionen wehrloser Menschen abschlachteten. ... Wenn die Deutschen Millionen von Juden töteten, so ist die Tatsache, daß diese Juden waren, nur für den "Rassisten" von Wichtigkeit. Für menschliche Wesen ist von Wichtigkeit, daß diese Opfer menschliche Wesen waren. ... Hunderttausende (von Deutschen) sind schuldig an Verbrechen und Millionen der Komplizenschaft.<<

16.10.1944

Ostkrieg: Generaloberst Guderian stellt am 16. Oktober 1944 erneut den Antrag, die intakte Heeresgruppe Nord ("Kurlandarmee") nach Ostpreußen durchbrechen zu lassen. Hitlers Antwort lautet jedoch weiterhin: "Nein!"

20.10.1944

Ostkrieg: Die sowjetische Frontzeitung "BOEVAJA TREVOGA" fordert am 20. Oktober 1944 zur Rache auf (x046/282): >>Erzittere Deutschland! ... Erzittere verfluchtes Deutschland! Wir werden Dich mit Feuer und Schwert durchziehen und in Deinem Herzen den letzten Deutschen, der russischen Boden betreten hatte, erstechen. ...<<

23.10.1944

Polen: Das "Polnische Komitee der Nationalen Befreiung" beschließt am 23. Oktober 1944 ein Dekret über die Außerkurssetzung der deutschen Mark in dem Gebiet der Wojewodschaft Bialystok (x003/15): >>... Art. 1. Vom 28. Oktober 1944 an ist die deutsche Mark (Reichsmark, Rentenmark sowie andere Marksorten) in den befreiten zur Wojewodschaft Bialystok

gehörenden Gebieten kein gültiges Zahlungsmittel. ...<<

24.10.1944

Ostkrieg: Ilja Ehrenburg schreibt am 24. Oktober 1944 in der sowjetischen Frontzeitung "Krasnaja Swesda" (x028/85-86): >>Der große Tag: Jetzt ist die Gerechtigkeit in dieses Land eingezogen. Wir befinden uns in der Heimat Erich Kochs, des Statthalters der Ukraine - damit ist alles gesagt. Wir haben es oft genug wiederholt: das Gericht kommt! Jetzt ist es da.<<

Polen: Im Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau finden am 31. Oktober 1944 die letzten Vergasungen statt (x033/550).

04.11.1944

Polen: Das "Polnische Komitee der Nationalen Befreiung" beschließt am 4. November 1944 ein Dekret über Sicherungsmaßnahmen gegenüber Volksverrättern (x003/17-18): >>... Art. 1. Polnische Staatsangehörige, welche zur Zeit der deutschen Besatzung auf dem Gebiet des sog. Generalgouvernements und der Wojewodschaft Bialystok entweder ihre Zugehörigkeit zur deutschen Nationalität oder ihre deutsche Abstammung erklärten oder tatsächlich die mit der Zugehörigkeit zur deutschen Abstammung oder ... mit der deutschen Abstammung verbundenen Rechte und Privilegien genossen, werden, unabhängig von der strafrechtlichen Verantwortung, festgenommen, für unbegrenzte Zeit in einen Internierungsort (Lager) eingewiesen und der Zwangsarbeit unterworfen.

Art. 2. (1) Die Festnahme und Einweisung in einen Internierungsort ordnet der Staatsanwalt des Sonderstrafgerichts an. ...

(4) Gegen die Verfügungen des Sonderstrafgerichts gibt es kein Berufungsmittel. ...

Art. 3. Das Vermögen der in Art. 1 dieses Dekrets bezeichneten Volksverräter und ihrer in häuslicher Gemeinschaft mit ihnen lebenden Familienangehörigen unterliegt der Konfiskation zugunsten der Staatskasse ...

Art. 4. Die in Art. 1 genannten Volksverräter sowie ihre ... Familienangehörigen verlieren alle öffentlichen und bürgerlichen Ehrenrechte sowie die Eltern- und Vormundschaftsrechte für unbegrenzte Zeit. ...

Art. 7. § 1. Wer

a) aus der Haft der Internierung flüchtet oder das Vermögen oder einen Teil davon der Konfiskation entzieht,

b) zu den in Punkt a) genannten strafbaren Handlungen anstiftet oder in Wort oder Tat Beihilfe leistet,

c) einer unter die Bestimmungen des Art. 1 dieses Dekrets fallenden Person Hilfe leistet, insbesondere dadurch, daß er sie versteckt, ernährt oder mit Personal- und anderen Ausweisen versieht, wird mit lebenslänglichem Gefängnis oder mit dem Tode bestraft.

§ 2. Das Gericht spricht außerdem den Verlust der öffentlichen und bürgerlichen Ehrenrechte aus. ...<<

Aufgrund dieses Dekrets gelten grundsätzlich alle Deutschen (einschließlich Kinder ab dem 13. Lebensjahr), die in Volkspolen wohnen, als "Verräter der Nation", wenn sie während der deutschen Besatzungszeit die Zugehörigkeit zur deutschen Nation oder zur deutschen Abstammung erklärt haben. Sämtliche deutschstämmigen Polen, die z.B. deutsche Ausweise (Volkstabelle 1-4) besitzen, werden generell als Volksverräter und Kollaborateure eingestuft. Das Dekret legalisiert u.a. auch die späteren Massenverhaftungen aller ansässigen Deutschen in Zentralpolen und in den westpolnischen Gebieten (x010/35).

11.11.1944

Ostkrieg: Generaloberst Guderian verlangt am 11. November 1944 erneut die Zurücknahme der Heeresgruppe Nord.

Der Führer lehnt den Durchbruch der Heeresgruppe Nord nach Ostpreußen jedoch weiterhin ab (x027/17): >>Nein! ...<<

Weitere Anträge Guderians vom 18.11., 20.11., 23.11., 26.11., 28.11. und 5.12.1944 lehnt

Hitler ebenfalls ab (x027/17): >>Nein! Kommt nicht in Frage, der deutsche Soldat gibt freiwillig keinen Meter Boden auf, nein kommt nicht in Frage! ...<<

13.11.1944

Ostkrieg: Ein Vertreter des deutschen Auswärtigen Amtes berichtet am 13. November 1944 über sowjetische Ausschreitungen gegenüber der Zivilbevölkerung im Bereich der Heeresgruppe Mitte (x028/83): >>... Aus Gefangenenaussagen konnte bisher kein einheitliches Bild darüber gewonnen werden, ob die Ausschreitungen der Roten Armee gegen die deutsche Bevölkerung Einzelfälle darstellen oder auf einheitlichen Befehl zurückzuführen sind.

Jetzt liegen nunmehr zwei unabhängige Aussagen eines polnischen und eines russischen Gefangenen vor, die übereinstimmend bestätigen, daß den Truppen ein Befehl Stalins bekanntgegeben wurde, wonach sich die Russen bzw. die Polen für die auf russischem bzw. polnischen Boden begangenen Schandtaten an der deutschen Bevölkerung rächen sollten.<<

16.11.1944

Ostkrieg: Ilja Ehrenburg schreibt am 16. November 1944 in der sowjetischen Zeitung "Soviet War News" (x046/235-236): >>Wir werden ein Ende mit Deutschland machen. ... Es ist nicht damit getan, Deutschland zu besiegen. Es muß ausgelöscht werden. ...<<

23.11.1944

Ostkrieg: Ilja Ehrenburg schreibt am 23. November 1944 in der sowjetischen Zeitung "Soviet War News" (x046/229): >>Jeder (deutsche) Kriegsgefangene weiß, daß er ein Verbrecher ist. ... Nachdem sie eine Schlacht verloren haben, erhängen sie Frauen oder foltern sie Kinder.<<

26.11.1944

NS-Regime: Himmler erteilt am 26. November 1944 den Befehl, die Vergasungen im Vernichtungslager Auschwitz einzustellen und alle Spuren zu beseitigen (x106/38). Tausende von Überlebenden werden danach in Todesmärschen oder mit Güterzügen in die längst überfüllten westdeutschen Konzentrationslager verlagert.

Todesmarsch in den Westen

Als die deutsch-sowjetische Ostfront bedrohlich näher kam, ließ Himmler (der verantwortliche Organisator der sog. "Endlösung") ab Juli 1944 die ersten osteuropäischen Vernichtungs- und Konzentrationslager auflösen und erteilte den Befehl, die Überlebenden nach Westen zu "schicken". Die überlebenden Häftlinge wurden danach in wochenlangen Todesmärschen oder Hungertransporten nach Westen in Marsch gesetzt.

Hunderttausende von jüdischen Häftlingen schlepten sich mit letzten Kräften aus den geräumten Lagern in Richtung Westen vorwärts, um später unterwegs zu verhungern, zu erfrieren, wegen Marschbehinderung erschossen zu werden oder um schließlich nach ihrer Ankunft in den total überfüllten mittel- und westdeutschen Konzentrationslagern entkräftet zu sterben.

Es waren furchtbare Elendszüge, die von gnadenlosen SS-Wachleuten erbarmungslos vorwärts getrieben wurden. Die halbverhungerten jüdischen Häftlinge wankten in ihren abgerissenen, zebra gestreiften Anzügen nur mühsam weiter.

Oft schlichen die armseligen Gestalten barfuß, oder nur mit Lumpen umwickelten Füßen bei eisiger Kälte dahin. Manchmal wurden einige Leiterwagen mitgeführt, auf denen halberfrorene kleine Kinder und alte Menschen saßen oder lagen. Diese Wagen wurden von den kräftigsten Häftlingen gezogen und geschoben. Jüdische Verschleppte, die entkräftet und erschöpft zusammenbrachen, richteten die SS-Wachleute meistens sofort wegen "Marschbehinderung" gnadenlos durch Genickschuß hin.

Die jüdischen Häftlinge litten während der Wintermonate 1944/45 besonders unter Kälte, Durst und Hunger. In den ostdeutschen Dörfern und Städten bettelten die mißhandelten und ausgemergelten Menschen regelmäßig um Wasser und Brot. Fast jeder Versuch, den Unglücklichen zu helfen, wurde jedoch von den SS-Wachleuten mit brutaler Gewalt unterdrückt. Manche Frauen und Kinder ließen sich aber nicht einschüchtern. In fast allen Dörfern und Städten versuchte die ostdeutsche Bevölkerung den bettelnden Juden zu helfen und nicht sel-

ten gelang es, ihnen unbemerkt Lebensmittel und Wasser zu reichen.

KZ-Häftlinge wurden vielerorts auf offener Straße hingerichtet, nur weil sie ein Stück Brot oder etwas Milch entgegennahmen. Die restlos überfüllten Häftlingszüge standen oftmals tagelang in den ostdeutschen Bahnhöfen, weil die Bahnstrecken bombardiert wurden. Nach der Abfahrt blieben regelmäßig zahlreiche erfrorene und verhungerte KZ-Häftlinge an den Bahndämmen liegen.

Während dieser Todesmärsche nach Westen starben Zehntausende von Juden an den unendlichen Strapazen. Die entkräfteten Menschen verhungerten, erfroren, brachen erschöpft zusammen oder wurden kurzerhand von den SS-Wachen umgebracht. Einige große Häftlingstransporte aus dem Baltikum wurden bereits in Ostpreußen von der "Roten Armee" eingeholt. Da die letzten Fluchtwege nach Westen versperrt waren, trieben SS-Männer und osteuropäische KZ-Aufseher die jüdischen Gefangenen kurzerhand in das eiskalte Wasser der Ostsee und erschossen sie. Nur wenige Juden überlebten dieses fürchterliche Massaker und konnten schwerverletzt entkommen (x001/136).

Es gab aber auch jüdische Häftlinge, die damals durch glückliche Umstände in den Befehlsbereich der deutschen Wehrmacht gelangten. Die deutsche Wehrmacht half den jüdischen Häftlingen grundsätzlich wie allen anderen Flüchtlingen und versuchte, sie mit Schiffen in den Westen zu evakuieren.

Zahlreiche jüdische Häftlinge, die diese berüchtigten Todesmärsche und Transporte aus Ost-Mitteleuropa glücklich überlebten, wurden im Westen des Deutschen Reiches auf weitere Todesmärsche geschickt" (Auflösung von "gefährdeten" KZ-Außenlagern).

28.11.1944

Polen: SS-Einheiten zerstören am 28. November 1944 die Krematorien des Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau (x033/550).

30.11.1944

Ostkrieg: Ilja Ehrenburg schreibt am 30. November 1944 in der sowjetischen Zeitung "Soviet War News" (x046/162,236): >>Die Welt blickt auf die Rote Armee als einen Befreier ... (die Sowjetunion) bürdet ihre Ideen niemandem auf. ...<<

>>... Wir predigen niemals Rassenhaß. Wir haben nicht die Absicht, alle Deutschen physisch auszurotten ...<<

Polen: Das "Polnische Komitee der Nationalen Befreiung" beschließt am 30. November 1944 eine Verordnung über die Durchführung der Sicherungsmaßnahmen für Volksverräter (x003/-19-21): >>... § 1. (1) Die Behörden der Öffentlichen Sicherheit sind verpflichtet, alle Personen festzunehmen, denen gegenüber der begründete Verdacht besteht. ...

(2) Der Festnahme sind Minderjährige unter 13 Jahren nicht unterworfen.

(3) Die Behörden der Öffentlichen Sicherheit stellen gleichzeitig mit der Festnahme das Vermögen des Festgenommenen und seiner mit ihm lebenden Familienangehörigen vorläufig sicher. ...

§ 2. ... (3) Das beschlagnahmte bewegliche Vermögen wird der Aufsicht des örtlich zuständigen Nationalrates oder einer von ihm bezeichneten Person unterstellt. ...

§ 4. (1) Die Behörden der Öffentlichen Sicherheit haben den Festgenommenen zu verhören und spätestens innerhalb von 14 Tagen nach der Festnahme die Akten dem Staatsanwalt des Sonderstrafgerichts zu überreichen ...

§ 8. Die Internierungsorte (Lager) unterstehen dem Leiter des Ressorts für Öffentliche Sicherheit.

§ 9. Die Aufsicht über die Internierungsorte führt der Staatsanwalt des Sonderstrafgerichts.<<

07.12.1944

Ostkrieg: Ilja Ehrenburg schreibt am 7. Dezember 1944 in der sowjetischen Zeitung "Soviet War News" (x046/233): >>Was die deutschen Frauen angeht, so rufen sie in uns nur ein Gefühl des Abscheues hervor. Wir verachten sie, weil sie die Mütter, Frauen und Schwestern

von Henkern sind.

Wir verachten sie, weil sie ihren Söhnen, Männern und Brüdern schrieben: "Schicke uns einen schönen Pelzmantel!"

Wir verachten sie, weil sie Diebe und Lockvögel sind.

Wir brauchen keine dieser flachshaarigen Hyänen. Wir kommen nach Deutschland für etwas anderes – für Deutschland. Und diese spezielle flachshaarige Hexe wird uns nicht so leicht entgehen.<<

12.12.1944

Polen: Das "Polnische Komitee der Nationalen Befreiung" beschließt am 12. Dezember 1944 ein Dekret betreffend die Übernahme größerer Forstgebiete in das Eigentum des Staates (x003/24-25): >>... Art. 1. (1) Wälder und Waldgebiete mit einer Fläche über 25 ha, die Eigentum oder Miteigentum von natürlichen und juristischen Personen sind, gehen in das Eigentum des Staates über. ...

Art. 7. Wer die Übernahme von Wäldern und Waldgebieten in das Eigentum des Staates verhindert oder erschwert oder aber zum Widerstand gegen diese Übernahme auffordert oder einen solchen Widerstand öffentlich gutheißt, wird mit Gefängnis oder mit dem Tode bestraft. ...<<

18.12.1944

Anti-Hitler-Koalition: Das kommunistische Lubliner Komitee veröffentlicht am 18. Dezember 1944 in der "Prawda" die bisher umfangreichsten Gebietsforderungen (x024/116).

Mit Breslau und Stettin fordert man sogar große Gebiete westlich der Oder (die spätere Oder-Neiße-Linie). Stalin unterstützt diese polnischen Gebietsansprüche.

US-Außenminister Stettinius (Nachfolger von Cordell Hull) erklärt am 18. Dezember 1944, daß die nordamerikanische Regierung alle Grenzregelungen bis zum Kriegsende vertagen wird (x040/254).

Stettinius erklärt jedoch bereits am 18. Dezember 1944 in einer offiziellen Mitteilung (x028/-33): >>Wenn Regierung und Volk von Polen beschließen, im Interesse des polnischen Staates nationale Gruppen umzusiedeln, wird die Regierung der Vereinigten Staaten in Zusammenarbeit mit anderen Regierungen Polen nach Möglichkeit dabei unterstützen. ...<<

Der nordamerikanische Diplomat und Historiker George F. Kennan (1904-2005, Berater des US-Botschafters Harriman in Moskau) schreibt später in einem Memorandum über die geplante Verschiebung der deutschen Ostgrenze (x028/71-72): >>... Es macht jeden Glauben an ein freies und unabhängiges Polen unrealistisch. Es richtet in Mitteleuropa eine Grenze auf, die sich nur verteidigen läßt, wenn an ihrer ganzen Länge dauernd starke Truppenverbände unterhalten werden.

Es macht die Lösung der wirtschaftlichen und sozialen Probleme im restlichen Deutschland außerordentlich schwierig - trotz Churchills nicht überzeugender Zuversicht, es werde nicht schwerfallen, in Deutschland für 6 Millionen Menschen eine neue Heimat zu finden (übrigens halte ich die Zahl für zu niedrig).

Mit anderen Worten erschwert es eine Stabilisierung der Verhältnisse gerade in den Teilen Deutschlands, die für die atlantische Gemeinschaft besonders wichtig sind, und kann sich also nur zu unsren und der Briten Ungunsten auswirken.

Die Verwirklichung dieses Plans mag sich nicht verhindern lassen, ... aber ich glaube, das es geboten wäre, ihn für das zu nehmen, was er ist, und unsere Überlegungen über die Zukunft Europas danach einzurichten. Vor allem aber sehe ich keinen Grund für uns, die Mitverantwortung für die Komplikationen zu übernehmen, die unausweichlich daraus entstehen müssen.<<

24.12.1944

Ostkrieg: Generaloberst Guderian (seit 20.07.1944 Chef des Generalstabes) weist am 24. Dezember 1944 im Berliner Führerhauptquartier noch einmal auf die katastrophale Entwick-

lung an der Ostfront hin und informiert Hitler über die aktuelle militärische Lage sowie die erwartete sowjetische Großoffensive (x027/30-31). Guderian beantragt nochmals folgende Maßnahmen:

1. Evakuierung der deutschen Zivilbevölkerung aus den gefährdeten östlichen Grenzgebieten.
2. Aufgabe der Kurlandfront und Verlagerung der Heeresgruppe Nord nach Ostpreußen (die "Kurlandarmee" wartet schon seit Monaten auf den Rückmarschbefehl).
3. Verkürzung der südlichen Ostfront und Rücknahme der Verteidigungsstellungen (zwecks Bildung von Reserven).
4. Rückführung der 6. Waffen-SS-Panzerarmee und Verlagerung von entbehrlichen Westfrontkampftroepen nach Ostdeutschland.
5. Umstellung auf bewegliche Verteidigungsstrategie - "Operation Schlittenfahrt" - (nach den Plänen des Generals Wolfdietrich von Xylander, ein relativ junger, aber fähiger Strategie).

Hitlers Kommentar zur erwarteten sowjetischen Großoffensive lautet (x044/208, 033/566):
>>Das ist der größte Bluff seit Dschingis Khan. Wer hat diesen Blödsinn ausgegraben? Alles Blödsinn! ... Ich glaube nicht, daß die Russen überhaupt angreifen!<<

Danach lehnt Hitler Guderians Forderungen kategorisch ab: >>Der Osten muß sich allein helfen und mit dem auskommen, was er hat. Ich benötige die 6. Panzerarmee für die Heeresgruppe Süd in Ungarn. Wir müssen unbedingt die Ölfelder erhalten (in der Nähe von Budapest gibt es kleinere Erdölvorkommen und Rohölraffinerien, die z.T. längst zerstört sind).<<
Zu diesem Zeitpunkt kennt Hitler selbstverständlich längst die neuesten Zahlen des deutschen Nachrichtendienstes "Fremde Heere Ost".

Nach Gehlens Geheimdienstunterlagen ist die sowjetische Überlegenheit geradezu niederschmetternd (x044/17): >>Artillerie 20:1, Infanterie 11:1 und Panzer 7:1.<<

Die deutsche Luftwaffe existiert fast überhaupt nicht mehr. Die Luftwaffe hat von 1939-44 bereits 71.965 Flugzeuge verloren. In der Zeit vom 1.09.1939 bis 31.12.1942 betragen die Verluste der Luftwaffe = 22.190 Maschinen, 1943 = 17.495 und 1944 = 32.280 Flugzeuge (x041/140).

Hitler, der in den letzten Kriegsmonaten nur noch verhängnisvolle Fehlentscheidungen trifft, ist weiterhin davon überzeugt, daß der strategisch wichtigste Frontabschnitt in Ungarn liegen würde. Anstatt die äußerst schwachen Wehrmachtstruppen in den Ostprovinzen zu verstärken, läßt Hitler sogar noch die letzten kampfstarken Panzerreserven abziehen und nach Ungarn verlegen. Hitlers selbstzerstörerische Taktik der "festen Verteidigungsstellungen" muß weiterhin befolgt werden. Die Ablehnung der "Operation Schlittenfahrt" wirkt sich später katastrophal aus.

01.01.1945

Polen: Das kommunistische Lubliner Komitee übernimmt am 1. Januar 1945 die provisorische Regierung und wird am 3.01.1945 durch die UdSSR anerkannt (x040/257).

08.01.1945

Ostkrieg: In den Ostprovinzen beginnt am 8. Januar 1945 der Winter (10-20° Kälte). Der sowjetische Angriff steht nun unmittelbar bevor.

09.01.1945

Ostkrieg: Generaloberst Guderian warnt am 9. Januar 1945 im Führerhauptquartier "Adlerhorst" vor der sowjetischen Großoffensive und fordert nochmals Truppenverstärkungen für die Ostfront.

Hitler bezeichnet die Angaben über sowjetische Truppenstärken jedoch als völlig idiotisch (x033/571) und lehnt Guderians Forderungen ab (x100/77-78): >>"Die Ostfront hat noch nie so viele Reserven gehabt wie jetzt. Das ist Ihr Verdienst. Ich danke Ihnen dafür." ... Guderian erwidert daraufhin verbittert: "Die Ostfront ist wie ein Kartenhaus. Wird die Front an einer einzigen Stelle durchstoßen, so fällt sie zusammen, denn 12 ½ Divisionen sind für die gewaltige Ausdehnung der Front viel zu wenig!"<<

12.01.1945

Wetterlage: 15-20° Kälte.

Ostkrieg: Die gigantische sowjetische Winteroffensive beginnt am 12. Januar 1945. Die "Rote Armee" greift mit 4 Armeen (etwa 4.400.000 Soldaten; nur Kampftruppen) die Ostfront an (x047/277, x040/259). Die sowjetischen Armeeführer sind: General Tschernjachowski (3. Weißrussische Front), Marschall Rokossowski (2. Weißrussische Front), Marschall Shukow (1. Weißrussische Front) und Marschall Konjew (1. Ukrainische Front).

Vor der sowjetischen Winteroffensive gegen Ostpreußen erläßt General Tschernjachowski (3. Weißrussische Front) am 12. Januar 1945 folgenden Tagesbefehl (x025/100): >>2.000 km sind wir marschiert und haben die Vernichtung all dessen gesehen, was wir in 20 Jahren aufgebaut haben. Nun stehen wir vor der Höhle, aus der heraus die faschistischen Angreifer uns überfallen haben.

Wir bleiben erst stehen, nachdem wir sie gesäubert haben. Gnade gibt es nicht - für niemanden, wie es auch keine Gnade für uns gegeben hat. Es ist unnötig, von Soldaten der Roten Armee zu fordern, daß Gnade geübt wird. Sie lodern vor Haß und Rachsucht. Das Land der Faschisten muß zur Wüste werden. ...<<

Marschall Shukow erteilt am 12. Januar 1945 folgenden Tagesbefehl an die Soldaten, Unteroffiziere und Generale der Truppen der 1. Weißrussischen Front (x046/287): >>Die Zeit ist gekommen, mit den deutsch-faschistischen Halunken abzurechnen. Groß und brennend ist unser Haß! Wir haben die Qualen und das Leid nicht vergessen, welche von den hitlerischen Menschenfressern unserem Volke zugefügt wurden. Wir haben unsere niedergebrannten Städte und Dörfer nicht vergessen. Wir gedenken unserer Brüder und Schwestern, unserer Mütter und Väter, unserer Frauen und Kinder, die von den Deutschen zu Tode gequält wurden.

Wir werden uns rächen für die in den Teufelsöfen Verbrannten, für die in den Gaskammern Erstickten, für die Erschossenen und Gemarterten. Wir werden uns grausam rächen für alles. Wir gehen nach Deutschland, und hinter uns liegen Stalingrad, die Ukraine und Weißrußland. Wir gehen durch die Asche unserer Städte und Dörfer, auf den Blutspuren unserer Sowjetmenschen, die zu Tode gequält und zerfetzt wurden vom faschistischen Getier. Wehe dem Land der Mörder! ...

Für den Tod, für das Blut unseres Sowjetvolkes sollen die faschistischen Räuber mit der vielfachen Menge ihres gemeinen schwarzen Blutes bezahlen! ... Diesmal werden wir das deutsche Gezücht endgültig zerschlagen!<<

Polen: Bei Baranow beginnt am 12. Januar 1945 die sowjetische Großoffensive der 1. Ukrainischen Front (Marschall Konjew). Das Angriffsziel ist Schlesien bzw. Breslau.

Reichsgau Wartheland: Stadt Posen – Erlebnisbericht des Generals Walter P. (x001/345): >>Am 12. Januar war Staatssekretär Naumann vom Reichspropagandaministerium in Posen und hielt vor einer tausendköpfigen Zuhörerschaft eine Ansprache, in der er die Lage in den rosigsten Farben schilderte und den nahe bevorstehenden Endsieg prophezeite. (Gauleiter) Greiser betonte in seinem Schlußwort, daß kein fußbreit Boden des Warthegaues preisgegeben würde.<<

13.01.1945

Wetterlage: 20° Kälte - klares Frostwetter.

Polen: Die 1. Weißrussische Front stößt am 13. Januar 1945 von der Weichsel in Richtung Lodz - Kalisch - mittlere Oder vor und bricht durch die deutschen Linien.

14.01.1945

Wetterlage: 20° Kälte - klares Winterwetter.

Ostkrieg: Die sowjetische Luftwaffe bombardiert am 14. Januar 1945 ostdeutsche Abwehrstellungen und Flugplätze. Viele Jäger und Bombenflugzeuge können nicht mehr rechtzeitig starten und werden bereits auf den Flugplätzen vernichtet.

Polen: Im Bereich des Narew-Brückenkopfes greift am 14. Januar 1945 die 2. Weißrussische

Front an (Angriffsziele sind: Soldau - Thorn - Elbing).

Die 1. Weißrussische Front bricht am 14. Januar 1945 beidseits von Warschau durch und zerschlägt die geschlossene deutsche Abwehrfront im Weichselbogen.

15.01.1945

Wetterlage: 20° Kälte - schneidender Ostwind.

Polen: Bei Jaslo stürmt am 15. Januar 1945 die 38. sowjetische Armee (4. Ukrainische Front, General Petrow) unaufhaltsam in Richtung Krakau vor. Die südliche Weichselfront zieht sich jedoch rechtzeitig zurück und wird durch Frontverkürzungen stabilisiert, so daß zunächst keine sowjetischen Durchbrüche gelingen.

Die 2. Weißrussische Front stößt am 15. Januar 1945 aus den Narew-Brückenköpfen in Richtung Elbing - Frisches Haff vor.

16.01.1945

Wetterlage: 16° Kälte - eisiger Ostwind.

Polen: Im Bereich der 2. Weißrussischen Front fliegt die sowjetische Luftwaffe am 16. Januar 1945 über 2.500 Einsätze gegen die Abwehrstellungen der 2. deutschen Armee.

Reichsgau Wartheland: Das östliche Wartheland (Kutno - Wielun) wird am 16. Januar 1945 geräumt. Vorerst sollen aber nur Frauen, Kinder und alte Menschen evakuiert werden. Die Räumung verzögert sich jedoch, denn überall fehlen Züge. Auf allen Haupt- und Nebenstraßen bilden sich schnell große Verkehrsstaus.

17.01.1945

Wetterlage: 20° Kälte.

Polen: Die sowjetischen Truppen erobern am 17. Januar 1945 Warschau und stoßen unaufhaltsam in den Kreis Lodz vor, während die volksdeutsche Bevölkerung nach Westen flüchtet.

Alt-Feliejanow, Kreis Tomaszow – Erlebnisbericht der Bäuerin Marie B. (x001/347): >>Da der Verkehr zwischen Polen und uns Deutschen der gleiche blieb wie vor dem Kriege, das Verhältnis also längst nicht so gespannt war wie im Warthegau, waren wir der Meinung, wir hätten nichts zu befürchten. Wir besuchten Polen, und Polen wiederum gingen bei uns ein und aus. Ja, mein Mann, der mehrmals den Posten des Bürgermeisters (Wojt) unserer Gemeinde abgelehnt hatte, nahm diesen schließlich auf Drängen der Polen an.

Wir lebten friedlich nebeneinander und merkten nicht viel von dem Unheil, das bald über uns hereinbrechen sollte. ...

Am (17.01.) fuhren wir ab; die auf dem Hofe versammelten Polen weinten. Nachdem wir ca. 20 km gefahren waren, mußten wir einsehen, daß es keinen Zweck hatte. Die Russen waren uns auf den Hauptstraßen schon weit voraus. So kehrten wir um. Gleich in den ersten Tagen holten die Polen alles, was nicht nagelfest war, weg. Die Deutschen wurden zu schmutzigen Arbeiten herangezogen, viele bestialisch erschlagen.<<

18.01.1945

Wetterlage: 16-20° Kälte - Schneetreiben - Glatteis.

Polen: Die ehemalige Lubliner Exilregierung trifft am 18. Januar 1945 in Warschau ein und übernimmt die politische Führung Polens (x040/261).

Sowjetische Truppen erreichen am 18. Januar 1945 die Gebiete um Krakau und drängen unaufhaltsam weiter vorwärts.

Reichsgau Wartheland: Für die östlichen Kreise kommt der Räumungsbefehl viel zu spät, denn die Flucht ist am 18. Januar 1945 längst aussichtslos. Sowjetische Truppen besetzen frühzeitig die südlichen und westlichen Bahnstrecken, so daß man den Zugverkehr einstellen muß. Viele volksdeutsche Landgemeinden geraten schon vor dem Fluchtbeginn in sowjetisch-polnische Gewalt. Fast alle Trecks werden eingeholt und geplündert.

19.01.1945

Wetterlage: 18-20° Kälte - Glatteis - Schneetreiben.

Reichsgau Wartheland: In Posen meldet am 19. Januar 1945 der "Ostdeutsche Beobachter":
>>Der Warthegau bleibt deutsch!<<

Die 1. Weißrussische Front (Marschall Shukow) erobert am 19. Januar 1945 Lodz und nähert sich unaufhaltsam der Warthe und der Stadt Posen.

Kreis Obornik – Erlebnisbericht des Pfarrers Helmut W. (x001/365): >>Die höheren Parteien täuschten der Bevölkerung - oder auch sich selbst? - eine nicht mehr vorhandene militärische Stärke vor. Zwar wußten wir, daß die Russen die deutschen Fronten am 12. Januar bei Warschau durchbrochen hatten, aber zwischen uns und Warschau lagen ja noch 300 km, lagen Panzersperren und ausgebaute Feldstellungen, lagen tiefgestaffelte Verteidigungslinien und - wie wir glaubten - kampffähige Truppenreserven.

Am Freitag, dem 19. Januar, frage ich unseren Amtskommissar: "Es wird so viel von Räumung und Flucht gesprochen, was ist eigentlich los?" "Lassen Sie sich nicht den Kopf verdrehen, an Aufgabe des Warthelands ist gar nicht zu denken. Was meinen Sie wohl, wie die Linie Thorn - Kalisch ausgebaut und mit Truppen besetzt ist." Davon war er selbst fest überzeugt, auch ihn traf der Räumungsbefehl ganz unerwartet.<<

20.01.1945

Wetterlage: 15-23° Kälte - dichtes Schneetreiben - spiegelglatte Straßen.

Reichsgau Wartheland: Sowjetische Truppen besetzen am 20. Januar 1945 die Städte Gnesen und Wreschen. Nach der "Befreiung" fällt der polnische Pöbel über die zurückgebliebenen Deutschen her.

Am Morgen wird Reichsstatthalter Greiser durch das Generalkommando der Wehrmacht informiert, daß der sowjetische Vormarsch nicht aufzuhalten ist. Greiser ordnet gegen Mittag die Räumung des gesamten Reichsgaues Wartheland an. Um 18.00 Uhr flieht Greiser, der "angeblich" einen Führerbefehl aus Berlin erhalten hat, mit seinen engsten Mitarbeitern aus der "Festung Posen". Bei einer Lagebesprechung, die etwa eine Stunde später stattfindet, teilt Greisers Stellvertreter den entnervten NS-Dienststellenleitern mit, daß sie die Festung spätestens bis 21.00 Uhr verlassen sollen.

Stadt Posen – Erlebnisbericht des Generals Walter P. (x001/346-347): >>Am 20. Januar erschien Gauleiter Greiser vormittags ... beim Generalkommando zu einer Besprechung über die nunmehr brennend notwendig gewordene Anordnung der Räumung. Aufgrund der Erklärung des Generalkommandos, daß keinerlei Verstärkungen in Aussicht ständen und daß das Generalkommando mit seinen geringen Kräften, die obendrein zum Teil schon aufgerieben wären, nicht in der Lage wäre, den russischen Vormarsch aufzuhalten, ... entschloß sich Greiser nun endlich am 20. Januar, mittags den Räumungsbefehl für den ganzen Gau zu geben. Aber auch er selbst verließ noch am gleichen Tage gegen 18 Uhr mit allen seinen Mitarbeitern seinen Gau und gab dadurch allen Dienststellen der Partei und der Verwaltung das Signal zur Flucht. ...

Bedauerlicherweise hatte es Greiser in der Eile seines Aufbruches vergessen, die Evakuierung der Polen aus der Festung Posen zu befehlen, wie es seine Pflicht gewesen wäre. Durch die Evakuierung aller Deutschen blieben schlagartig alle Fabriken und Betriebe stehen, und 150.000 polnische Arbeiter waren ohne Arbeit und ohne Lohn. Sie durften aus Ernährungsgründen nicht in der Festung bleiben, mit deren Einschließung man bald rechnen mußte. ... Das Generalkommando erließ deshalb einen Aufruf an die polnische Bevölkerung, in der sie im eigenen Interesse aufgefordert wurde, Posen zu verlassen. Die Reichsbahn stellte dafür zu bestimmten Zeiten Züge zur Verfügung. Die Aktion verlief reibungslos, konnte aber wegen der Entwicklung der Feindlage nicht bis zum Ende durchgeführt werden. ...

Die zurückgebliebenen Polen, von einigen fanatischen Kommunisten abgesehen, verhielten sich loyal. Auf dem platten Land begegnete man sogar großer Hilfsbereitschaft. ...

Durch den Abzug Greisers war auch in den Kreisen die deutsche Zivilverwaltung mit einem Schlage verschwunden. Man fühlte sich (wie) in einem polnischen Lande. ...<<

Murowana Goslin, Kreis Obornik – Erlebnisbericht des Pfarrers Helmut W. (x001/366-367):

>>Wir hören, daß einzelne (sowjetische) Panzerspitzen schon auf der Linie Gnesen - Wreschen sind. In meinem Haus ... hat ein SS-Kommando mit Panzerfäusten sein Wachlokal. "Wir können stündlich mit dem Auftauchen russischer Panzer rechnen", sagen mir die Leute. Am Abend, gegen 17 Uhr, verlassen junge Mütter mit ihren Kindern und die aus Berlin hierher verlegte "Mozartschule" mit dem Zuge die Stadt.

Wie wir hinterher erfahren, ist es der letzte Zug vor der Preisgabe des Warthelandes, der unsere Stadt verlassen hat. Gegen 19 Uhr trifft mich unser Zellenleiter auf der Straße: "Nun, was sagen Sie dazu, Herr Pastor, wir müssen packen, nur kleines Handgepäck, in einigen Stunden muß alles fertig sein. Schlepper mit Anhängern werden auf dem Markt stehen und die deutsche Bevölkerung abtransportieren."

Auf den Durchgangsstraßen herrscht bereits ein gewaltiger Verkehr von Gespannen, die von Osten kommen. Die deutsche Bevölkerung des Warthegaues hat begonnen, sich nach Westen in Bewegung zu setzen. Ich gehe nach 2 Stunden auf den Markt, um nach den Fahrzeugen zu sehen, die uns aufnehmen sollten. Es steht ein einziger Schlepper da mit einem Anhänger, der etwa 20 Personen faßt und natürlich im Bruchteil einer Minute besetzt ist.

Es soll jeder selbst sehen wie er wegkommt. Ich verhandle mit einer benachbarten Bäuerin, die meine Frau und mich sowie die Familie unseres Hausmädchens auf ihrem offenen Kastenwagen mitnimmt. ... Es wird uns nochmals gesagt, nur wenig Gepäck mitzunehmen, es handelt sich nur um eine Räumung für wenige Tage, damit die deutschen Truppen in Ruhe aufmarschieren und zum entscheidenden Gegenangriff ansetzen können. Trotzdem nehmen wir und auch die meisten anderen - glücklicherweise - mehr mit, Wäsche, Kleidung, wobei freilich bei dem schnellen Aufbruch auch manches Nötige liegenbleibt und manches weniger Nötige mitgenommen wird.

Was mache ich mit meinen Kirchenbüchern? Werden wir mit unserem Wagen bei dem Schnee und der Glätte durchkommen? Wenn wir steckenbleiben und zu Fuß weiterlaufen müssen, verkommen die Kirchenbücher im Straßengraben. Da sind sie schließlich zu Hause sicherer. So nehme ich nur das jüngste Taufregister mit, das ich im Notfalle unter den Arm klemmen kann.

Gegen 23 Uhr fahren wir ab, aber nicht in geschlossenem Zuge, sondern, wie jeder fertig war, ordnete er sich irgendwo in die nicht abreißenden Kolonnen der aus den östlichen Ortschaften kommenden Wagen ein. Wo die Bürgermeister der Dörfer umsichtig und tatkräftig waren, bildeten die Wagen dieser Gemeinden meist geschlossene Trecks. Für unsere Stadt war das nicht durchzuführen.

Wie ich diesen Betrieb auf der Straße sehe, wird es mir gewiß: wir sehen Goslin nicht wieder. Auf diesen von Wagenkolonnen verstopften Straßen kann keine Armee aufmarschieren. Dies ist der Anfang vom Ende. Ich denke an die Mahnung für Lots Weib und sehe mich nicht um. Jetzt gilt es, vorwärts zu schauen, damit wir erst einmal aus der Gefahrenzone herauskommen. Zum Beklagen des Verlorenen bleibt dann immer noch Zeit.<<

Kammthal, Kreis Samter – Erlebnisbericht des Bauern Gerhard J. (x001/379): >>Am 20. Januar 1945 erhielt ich vom Landratsamt Samter den Räumungsbefehl mit dem Nachdruck, möglichst alle deutschen Menschen (ca. 2.000 Deutsche) aus den 10 Gemeinden herauszubringen. Den ca. 4.000 Polen war es freigestellt, ob sie sich anschließen wollten.

Am Spätnachmittag des 20. Januar 1945 erhielten nun die 10 Ortsvorsteher und 8 Gutsverwaltungen, welche alle telefonisch zu erreichen waren, von mir den Auftrag, alle deutschen Einwohner ihrer Gemeinde geordnet zum Sammelplatz in die Hauptgemeinde zu bringen. Die Gutsverwaltungen wurden verpflichtet, die Gespanne für diejenigen Familien zur Verfügung zu stellen, welche keine Pferde besaßen. 5 Stunden durften für (das) Packen und Fertigmachen gebraucht werden.

Gegen 23 Uhr waren die ersten Flüchtlingstrecks mit ihrem Ortsvorsteher am Sammelplatz,

welche auch sofort abfahren durften, mit Auftrag über Neutomischel – Bentschen in Richtung Westen mit noch unbekanntem Ziel.

Die Ortsvorsteher waren als Treckführer eingesetzt und hatten kein leichtes Amt, da ja meist nur Frauen und Mädchen als Gespannführer zur Verfügung standen. Die Kälte von nahezu 20 Grad unter Null und die vereisten Straßen hemmten das weitere Fortkommen. Mit einem der ersten Trecks verließ auch meine Frau mit einem Gespann den Sammelplatz, während ich bleiben mußte, um erst die anderen Menschen raus zu bringen.

Gegen 3 Uhr nachts waren 8 Gemeinden durch und in Richtung Westen abgefahren. Die fehlenden 2 Gemeinden waren nicht zum Verlassen der Heimat zu bewegen. Aber auch aus den anderen Gemeinden waren nicht alle restlos gefolgt. ...<<

21.01.1945

Wetterlage: 15-20° Kälte - dichter Schneefall - eisglatte Straßen.

Reichsgau Wartheland: Himmler gibt am 21. Januar 1945 Hitlers Durchhaltebefehl weiter: >>Posen ist bis zum letzten Atemzug zu verteidigen.<<

Kreis Obornik – Erlebnisbericht des Pfarrers Helmut W. (x001/367): >>In Lüttichhof haben wir die erste und zum Glück einzige Panne unserer Fahrt. Bei dem Versuch, eine besonders glatt aussehende Stelle der Straße zu umfahren, geraten wir mit einem Rad in einen durch eine Schneewehe verdeckten Graben, und bei der Glätte bekommen unsere Pferde den schweren Wagen allein nicht heraus.

Um 2 Uhr nachts endlich erhalten wir Vorspann und werden wieder flott. In langsamer Fahrt geht es weiter nach Obornik. Alle Augenblicke gibt es einen Halt, weil irgendwo vor uns ein Pferd gestürzt oder sonst etwas passiert ist, oder weil Militärkolonnen, ebenfalls auf dem Wege nach Westen, uns überholten. Diese nach Westen strebenden Militärfahrzeuge bestärken den Eindruck, daß unsere Ostarmee sich in völliger Auflösung und Flucht befindet und eine kampffähige Truppe überhaupt nicht mehr vorhanden ist.

Gegen 10.30 Uhr, sonntags, am 21. Januar, sind wir endlich in Obornik, 20 km von Goslin entfernt. Unsere Bäuerin ... füttert und trinkt ihre Pferde. Sie hat reichlich Hafer mitgenommen und ihre Pferde während der ganzen Fahrt vorbildlich betreut und gefüttert. Ich verstehe nichts von Pferden und kann ihr leider nur wenig helfen. Wir essen ein Stück Brot und trinken einen Schluck heißen Kaffee aus der Thermosflasche. Man verspricht uns, in Samter sei eine warme Mahlzeit für die Flüchtlinge bereitgestellt. Also weiter nach Samter.

Einige Stunden später passiert an der Warthebrücke in Obornik ein Unglück. Ein Wagen kommt ins Rutschen, schlittert die Böschung herunter und überschlägt sich. Die alte Frau U. ... fällt dabei vom Wagen und stirbt einige Tage später an den Folgen des Sturzes.

Um 17.30 Uhr sind wir endlich in Samter, von einer warmen Mahlzeit ist aber nichts zu sehen, dafür stehen aber einige "Braune" dort und erzählen uns, in Scharfenort habe die NSV für die Flüchtlinge gekocht. Um 23 Uhr sind wir dort, da ist aber von NSV oder deutscher Polizei oder deutscher Bevölkerung überhaupt nichts mehr zu sehen. Die sind schon alle getürmt. Eine polnische Familie nimmt uns auf, die Pferde bekommen zur großen Freude von Frau L. einen annehmbaren Stall.

Wir kochen uns etwas Kaffee und essen zu unserem Brot die gute, selbstgemachte Wurst der Frau L, wovon sie uns etliche Stücke gibt. (Dann) legen wir uns alle in der Küche auf dem Fußboden zum Schlafen.<<

Filehne, Kreis Czarnikau – Erlebnisbericht der Annemarie G. (x001/371-372): >>Am Samstagabend trafen die ersten Flüchtlinge aus Leslau und Hohensalza in Filehne ein. Es schnitt uns tief ins Herz, als die Wagen hochbepackt, mit Koffern, Säcken und verummten Gestalten, vorbeifuhren. Noch ahnten wir ja nicht, daß uns schon so bald die gleiche Not treffen würde. ...

Als ich nach Hause kam, fand ich dort die Zeitung vor. Auf der ersten Seite stand fettgedruckt ein Aufruf des Reichsstatthalters Greiser: "Männer und Frauen aus dem Warthegau! Für Euch

kommt jetzt die Stunde der Bewährung. Niemand darf seinen Platz verlassen. Ich weiß, daß ich mich auf jeden einzelnen von Euch verlassen kann. Wehe dem, der nicht aushält bis zum Letzten!" ...

Während wir noch die Zeitung lasen, waren diese Herren bis runter zum Landrat längst über alle Berge.<<

Ostbrandenburg: Kurzig, Kreis Meseritz – Erlebnisbericht des Gendarmeriebeamten Friedrich P. (x001/392): >>Als der Russe im Januar 1945 die deutschen Stellungen bei Warschau überrannte, bis Posen und nach Schlesien zu bis zur Oder vordrang, wurde die Bevölkerung sehr unruhig.

Mein Vetter sah sich als Bürgermeister veranlaßt, die Vertreter der Gemeinde zu einer Besprechung zu laden, um eine eventuelle Flucht zu beschließen und zu organisieren. Ich wohnte der Sitzung bei. Es wurden Stimmen laut, die noch sehr optimistisch waren. Einige waren der Ansicht, daß deutsche Truppen den Russen von der Tschechoslowakei aus in den Rücken fallen würden. Die Propaganda von Goebbels hatte diese harmlosen, gläubigen Gemüter in Verwirrung gebracht. Andere nahmen Bezug auf eine der letzten Reden des Kreisleiters, der mit dem bei den Bonzen üblichen Pathos ausgeführt hatte: "Wir werden jeden Bauern mit Schimpf und Schande vom Hof jagen, der seine Scholle nicht bis zum letzten Blutstropfen verteidigt!"

Man einigte sich und verteilte die Einwohner, die weder Pferd noch Wagen hatten, auf die verschiedenen (Fuhrwerke der) Bauern, die verpflichtet wurden, diese mit Gepäck mitzunehmen. Meine Frau fuhr am 21. Januar nach Berlin. Sie wollte ihre Schwester besuchen. Ich begleitete sie morgens um 5 Uhr zum nahen Bahnhof. Der Platz vor dem Bahnhof stand voll von Menschen, die der von Meseritz kommende Zug kaum fassen konnte. Hunderte von evakuierten Berlinern ergriffen die Flucht. Mit Tränen in den Augen bat meine Frau, ich möchte doch mitkommen. Ich versicherte ihr, daß wir beizeiten mit Trecker oder Pferdewagen fliehen und unsere Sachen mitnehmen würden. Beruhigt fuhr sie ab.

Am selben Tag erhielt der Bürgermeister ein Schreiben vom Kreisleiter: "Es bestehe keine Gefahr! Ein paar russische Panzer demonstrierten in der Gegend von Posen. Wer den Kreis ohne schriftliche Erlaubnis des Gauleiters verließ, würde standrechtlich gehandelt!" Nun war mein Vetter als Bürgermeister nicht mehr zu einer Flucht zu bewegen. Ich wollte unsere letzte Habe nicht im Stich lassen und blieb auch. Wir erfuhren, daß die Arbeitsmädchen, die im Schloß Kurzig untergebracht waren, plötzlich verschwunden waren.<<

22.01.1945

Wetterlage: 15-18° Kälte - starkes Schneegestöber.

Ostkrieg: Generaloberst Guderian fordert am 22. Januar 1945 erneut die Verlagerung der 6. Waffen-SS-Panzerarmee nach Ostdeutschland. Hitler lehnt diese Truppenverlagerung aus Ungarn (Plattensee) jedoch strikt ab.

Reichsgau Wartheland: Sowjetische Truppen greifen Posen am 22. Januar 1945 aus östlicher Richtung an. Der Posener Reichsstatthalter Greiser trifft zur gleichen Zeit in Frankfurt an der Oder ein.

Filehne, Kreis Czarnikau in Posen – Erlebnisbericht der Annemarie G. (x001/371-372): >>Am Sonntagmorgen brachte ich den Flüchtlingen, die im Gemeindehaus untergebracht waren, einige Eimer warmes Waschwasser und lud sie zum Gottesdienst ein, der nun statt im Gemeindesaal in der unheizbaren Kirche stattfinden mußte.

Als die Glocken schon zum Gottesdienst läuteten, kam in eiliger Hast ... die Meldung: "Die Post hat soeben eine Nachricht bekommen, daß bis 11 Uhr der Warthegau geräumt werden solle. Sollten wir da noch Gottesdienst halten?" Ich raste schnell in das Bürgermeisteramt und erfuhr dort, daß dieser Räumungsbefehl nicht für unser Gebiet gelten würde. Dann gingen wir in unsere schöne, alte Kirche. ...

Soviel war klar, daß man jederzeit mit dem Räumungsbefehl oder mit noch Schlimmerem

rechnen mußte. Der Sonntagnachmittag verlief zwischen Hoffen und Bangen. Man kam überhaupt nicht zur Ruhe. Es war einfach unvorstellbar, wieviel Menschen an jenem Sonntag das Pfarrhaus stürmten und irgendwie Rat oder Hilfe beehrten. Dabei sehnte ich mich so nach einigen Augenblicken wirklicher Stille.

Am Abend zündeten wir noch einmal die Kerzen am Christbaum an, der noch stand, weil wir hofften, der Vati würde auf Urlaub kommen, und saßen vor der Krippe, deren Figuren ich in den Jahren zwischen Abitur und Hochzeit selbst gesägt und bemalt hatte. So erlebten wir am letzten Abend in der Heimat noch einmal die Weihnachtsbotschaft. Von Weihnachten her begann unsere Flucht.

Das letzte Erlebnis unserer Kinder in der Heimat war die Weihnachtsgeschichte, und die ging mit ihnen und wurde ihnen unterwegs in Eis und Kälte, in Ställen und Scheunen immer wieder in ganz besonderer Weise lebendig, wobei eines der Kinder allerdings feststellte, daß es das liebe Christkind doch besser gehabt hätte als wir. Es hätte mit seinen Eltern und den Tieren ganz allein im Stall wohnen dürfen und eine Krippe als Bettchen gehabt, während wir wie die Ölsardinen nebeneinandergepfercht in Ställen auf der Erde lagen.

Am Abend ging ich noch einmal in das Bürgermeisteramt, die einzige Stelle, die vielleicht noch etwas über unsere Situation im Bilde war. Vielleicht?! Dort erfuhr ich, daß ein feindlicher Durchbruch bei Gnesen uns hätte gefährlich werden können. Er sei aber abgeriegelt, und wir könnten ruhig schlafen gehen. Die Straßen hatten sich inzwischen mit Trecks gefüllt und die Ortsnamen an den Wagen waren uns zum Teil recht nachbarlich vertraut. Ich schlief, um jederzeit bereit zu sein, in dieser Nacht angekleidet. Noch immer trug ich mein schwarzes Amtskleid, in dem ich am Vormittag Gottesdienst gehalten hatte.<<

Kammthal, Kreis Samter – Erlebnisbericht des Bauern Gerhard J. (x001/379-380): >>Wir führen in die geräumten Gemeinden und versuchten, die Zurückgebliebenen zur Flucht zu bewegen. Es gelang uns auch, noch einen großen Teil zum Abfahren zu überreden, jedoch blieben schätzungsweise 20 deutsche Familien dort.

Am 22. Januar 1945 verließ ich mit den 6 Mann gegen Mittag den Ort Kammthal, nachdem der Russe bereits vor Posen stand. Für unsere Flucht hatten wir einen guten, aber leichten Wagen mit 2 guten Pferden bereitgehalten und waren gegen Abend in Neutomischel, wo wir die letzten Fuhrwerke unseres Trecks vorfanden. Der Marktplatz und die Straßen waren voll von Treckwagen und Menschen, so daß kein Durchkommen möglich war.

Wir übernachteten in einem leeren Raum bei unseren Pferden. Hier fanden 3 meiner Männer ihre Familien und blieben bei ihnen. Frühmorgens war jedoch kein Rauskommen möglich, da die Straße nach Bentschen völlig verstopft war. Keine Polizei regelte den Verkehr, und so war wenig Aussicht, aus Neutomischel herauszukommen. Als ich an der Marktecke nach Westen die Verkehrsregelung übernahm, konnten die Straßen nach 2 Stunden geräumt werden.<<

Ostbrandenburg: Die ersten Trecks aus dem Reichsgau Wartheland ziehen am 22. Januar 1945 durch Ostbrandenburg. Hier besteht weiterhin Fluchtverbot. Nur etwa 75.000 Berliner Bombenevakuierte dürfen nach Westen abreisen.

23.01.1945

Wetterlage: 20-25° Kälte - stundenlange Schneefälle - eisiger Ostwind - heftige Schneestürme.

Reichsgau Wartheland: Bei Czarnikau treffen am 23. Januar 1945 mehrere große Trecks aus den östlichen und westlichen Grenzkreisen ein. Vor der Netzebrücke nach Ostpommern bilden sich schon bald riesige Fahrzeugschlangen. Sowjetische Panzertruppen, die völlig überraschend auftauchen, richten unter den wehrlosen Flüchtlingen unvorstellbare Verheerungen an (x001/30E). Die Netzebrücke wird daraufhin von deutschen Pionieren gesprengt.

Kreis Turek – Erlebnisbericht des Bauern Wilhelm S. (x001/352-354): >>Die Straße war kilometerweit verstopft. (Aus Richtung) Schrimm kam ein russischer Offizier mit einem kleinen Tank und sagte uns, wir sollten ruhig in unsere Dörfer fahren, Rußland führt nicht Krieg ge-

gen Zivilisten, sondern lediglich gegen den Faschismus. Wir suchten uns gegen Abend einen Feldweg und fuhren querfeldein bis Santomischel. Hier stießen wir auf einige russische Tanks und sahen schon wieder die Schrecken des Krieges. Zerschossene Flüchtlingswagen und Pferde. Die toten Flüchtlinge hatte man schon weggeschafft. Je weiter wir kamen, desto mehr Spuren des Krieges (sahen wir). ...

Bis Schroda ging noch alles so halbwegs, doch hinter Schroda kamen wir durch einen Wald und stießen dort auf russische Verbände (Panzertruppen). ... (Sie) nahmen uns zuerst die Uhren, dann Stiefel, Pferde, Lebensmittel usw. ab. Jeder brauchte etwas. An den Straßen sah man rechts und links weggeworfene Gewehre, Radios, Fahnen, Krippen, hin und wieder einen Toten. ... Auch meine Pferde kamen dran. Unsere Pferde wurden von den Russen dreimal umgetauscht. Zuletzt hatten wir 2 "Krepierer" ... und kamen (fast) nicht mehr vorwärts.

An einem Wäldchen stockte wieder alles. Polnische Banden versperrten den Weg. Sie raubten und plünderten den Wagen. Im Graben lag ein Pferd. ... Ich spannte es für einen Krepierer vor den Wagen, aber nach einigen Metern taumelte es bereits und konnte nicht mehr ziehen. Der Weg war spiegelglatt. Die Pferde und Menschen konnten sich kaum auf den Beinen halten.

Mit Mühe schleppten wir uns nach Wreschen. ... Inzwischen war es dunkel geworden. Russen kamen. Einer wollte dieses, der andere jenes. Die letzten Stiefel wurden mir ausgezogen, und ich bekam ein Paar Filzstiefel. Wir sahen ein, daß wir dort nicht bleiben konnten und fuhren mit unserem Wagen weiter. Dauernd wurden wir von Posten angehalten, und ich sagte durchweg, wir wären Polen.

Am Ausgang der Stadt wurden wir jedoch als Deutsche erkannt. Wir mußten absteigen, sollten alles auf dem Wagen zurücklassen und zu Fuß nach Hause gehen. Als ich dagegen protestierte, wurde ich geschlagen. ... Meine Joppe war voller Blut. Der Gertrud riß ein Offizier die Brille weg und warf sie in den Schnee. Es war etwa 2 Uhr in der Nacht. ...

Auf einmal kam ein russisches Lastauto mit Anhänger. ... Wir bemerkten schon von weitem, daß es in einem Zickzackkurs hin und her fuhr. Dieses Lastauto fuhr direkt gegen den Flüchtlingswagen, der vor uns stand, tötete die Pferde, eine Frau mit Kindern und raste an uns vorbei in einen Chausseegraben. Das Lastauto und der Anhänger kippten um. Es entstand ein ohrenbetäubendes Gebrüll.

Ich bog sofort in einen Feldweg, um nicht gelyncht zu werden, und fuhr über Jagenau weiter. Wie sah dieses schöne, reiche Dorf aus. Die Kühe brüllten vor Hunger in den Ställen. In den Stuben lag Stroh, Heu. Die Tische standen voller Einmachgläser. Den Inhalt hatte man zum Teil gegessen oder ausgeschüttet. Die Möbel waren umgeworfen, Federbetten aufgeschlitzt, Fenster und Türen hingen meistens zerschlagen im Rahmen.

Das Dorf war voller Russen. Weit kamen wir nicht. Wir wurden wieder von Patrouillen angehalten. Ich mußte wieder vom Wagen und wurde von den Russen verhaftet. Die Frau und Tochter konnten nach Hause ...<<

Kreis Kolmar – Erlebnisbericht der Bäuerin E. L. (x001/364): >>(Ich mußte) mit 7 Kindern, Pferden und Wagen auf die Landstraße. Das Kleinste war 1 1/2 Jahr. Ein Sohn fuhr mit dem Fahrrad. Wir sind auseinandergekommen und seither ist mein Sohn Lothar vermißt. Mein Mann kam uns am 2. Tag nach, hat uns zufällig auch getroffen.

Am 3. Tag, dem 23. Januar, überholte uns schon der Russe. Mein Mann stand bei unserem Wagen, wollte mir die Kleine abnehmen, da wir von der Straße aufs Land flüchten wollten. Da kam auch schon ein Russe, sprang vor ihn und sagte: "Deutsch, polnisch?" (Als) mein Mann "deutsch" (sagte), schoß er ihm vor unseren Augen durch die Brust. Sein Tod trat auf der Stelle ein. Eine Tochter stand hinter meinem Mann. Der Schuß ging über ihren Kopf hinweg. Es geschah abends, am 23. Januar 1945.

Auf Befehl der Russen mußten wir nach Hause zurück. Mit großen Schwierigkeiten und Hilfe der Kinder bekam ich meinen Mann auf den Wagen. (Einige) Russen versuchten meinem Mann die Stiefel auszuziehen, bekamen sie aber nicht. Es (herrschte) ... Schneetreiben und

überall wurde geschossen, keiner half einem, jeder hatte Angst.

Die ganze Nacht waren wir unter freiem Himmel. Gleich in derselben Nacht fingen die Polen an zu plündern, nahmen uns das Fahrrad, Decken und Pelze weg. Der Nachbarnsrau fuhren die Polen den Wagen in den Chausseeegraben, daß alles auseinanderflog. ...<<

Filehne, Kreis Czarnikau – Erlebnisbericht der Annemarie G. (x001/372-375): >>Am Morgen, gegen 7.30 Uhr, als die Kinder, die am Abend auch spät zur Ruhe gekommen waren, noch schliefen, bekamen wir den Räumungsbefehl. Alle Frauen und Kinder sollen sich beim Gut Arndtshof, daß außerhalb der Stadt lag, etwa 20 Minuten von unserer Wohnung entfernt, versammeln und von dort pünktlich um 8.30 Uhr mit Fuhrwerken weggeschafft werden.

In Eile wurden die Kinder angezogen und das zuvor bereitgestellte Gepäck zusammengerafft. Wie dankbar war ich, daß meine Mutter bei uns war und ich nicht allein mit Großmutter und den Kindern fertig werden mußte. Als wir auf die Straße kamen, mußten wir bald feststellen, daß es unmöglich war, auf dieser vereisten und durch Trecks versperrten Straße unser Ziel rechtzeitig zu erreichen. Kurz entschlossen stellte ich meine Koffer ins Haus zurück, setzte meine Kinder auf den Rodelschlitten, zog mit einer Hand den Schlitten und stützte mit der anderen die Großmutter (87 Jahre alt), die bei der Glätte kaum gehen konnte.

Meine Mutter trug einen Koffer und half hin und wieder den Schlitten schieben. Sie brachte uns zum Sammelplatz und kehrte dann nochmals mit dem Schlitten zurück, um unser Gepäck abzuholen, in der Hoffnung, daß der Treck doch nicht pünktlich fahren werde. Leider war das ein Irrtum, und wir wurden getrennt.

Unser Bürgermeister, zwar ein überzeugter Nationalsozialist, aber ein gerechter und stets das Beste wollender Mann, stand am Sammelplatz und versuchte, von all seinen Göttern schmählich im Stich gelassen, den Ausmarsch zu organisieren und zu retten, was noch zu retten war. Der arme Mann wußte selbst nicht, was eigentlich los war, ob es überhaupt noch einen Ausweg gab oder ob wir schon eingekesselt waren.

Alle Stellen, von denen er gewohnt war, Befehle zu empfangen, hüllten sich seit Stunden in Schweigen und ließen ihn in schwierigster Situation mit seiner Verantwortung allein. Immerhin hatte er es in kürzester Zeit geschafft, so viele Fuhrwerke zu besorgen, daß die deutsche Bevölkerung, mit Ausnahme des Gualtersheimes, für das Lazarettwagen zugesagt waren, die aber niemals eintrafen, weggebracht werden konnten. Mit eiserner Energie wachte er darüber, daß alte Frauen und Mütter mit kleinen Kindern die besten Plätze bekamen und alle untergebracht wurden. Nur wenig Handgepäck durfte jeder mitnehmen. Größere Gepäckstücke mußten, mit Namen und Heimatanschrift versehen, zurückgelassen werden und sollten mit Lastkraftwagen abtransportiert werden.

Da wir mit der Großmutter und den Kindern verhältnismäßig schnell unseren Platz bekamen, hatte ich noch einige Minuten Zeit, im benachbarten Gualtersheim meinen lieben Alten ein Abschiedswort zu sagen. Bis zuletzt habe ich geschwankt, ob ich nicht meine Mutter mit den Kindern allein auf den Weg schicken sollte und mit den Leuten von Post, Eisenbahn und Behörde dableiben sollte, zumal ja das Altersheim noch nicht evakuiert war und ein, wenn auch geringer Teil versuchte, trotz Räumungsbefehl zurückzubleiben. Da meine Mutter bis zum Abgang des Trecks nicht zurückkam und ich mich auch für meine Familie sowie für die Ausziehenden verantwortlich wußte, entschied ich mich, auch zu gehen.

Es war eine schwere Verantwortung, die uns Frauen in jenen Tagen auf die Schultern gelegt war. Wie schwer wurde oft im Gebet um die richtige Entscheidung gerungen! Wie sehnte man sich danach, sich mit irgend jemandem aussprechen zu können, aber der Mann war Soldat, und viele verängstigte Gemeindemitglieder suchten bei mir Trost und Stütze. Es war alles so unendlich schwer. ...

Pünktlich wurde unser Treck in Richtung Driesen - Landsberg auf den Weg geschickt, eine Fahrt ins Ungewisse. Wie gut tat es, zu wissen, daß man auf den endlosen Straßen der Flucht mit all ihrem Grauen und ihrer Not in Gottes Hand war, genau so wie in der nun verlorenen

Geborgenheit der Heimat.

Keiner vermochte zu sagen, ob der Weg noch frei war oder ob wir schon eingekesselt waren, ob die Russen uns dicht auf den Fersen folgten oder überhaupt nicht kamen. Bei 22 Grad Kälte und klarem Winterwetter verließen wir unsere Heimat, die uns in dieser bitteren Abschiedsstunde noch einmal in vollendeter Schönheit grüßte, ein Bild, das sich wohl uns allen unvergeßlich eingepägt hat.

Wenn wir uns auch im Trubel der letzten Stunden nicht völlig der Tragweite dieses Abschieds bewußt wurden, so war es uns nun doch allen recht schwer ums Herz. Still saßen wir, in Decken gehüllt, auf unseren Wagen und nahmen noch einmal das vertraute Bild in uns auf und reihten uns ein in die unübersehbaren, endlosen Kolonnen, die mit uns auf der gleichen Straße zogen, die über Nacht aus der Geborgenheit ins Elend gestoßen waren.

Fast bis zur alten Reichsgrenze fuhren wir durch unsere Gemeinde, die sich über ein Gebiet von etwa 25 bis 50 km erstreckte. Immer neue Wagen reihten sich ein. Schon im nächsten Dorf, Dratzig, wurden die Trecks mit Steinen beworfen, die doch nur aus völlig wehrlosen Frauen und Kindern bestanden. Die Roskoer, die knapp 2 Stunden nach uns kamen, wurden schon von Polen beschossen.

Später stand an der Landstraße eine Gruppe deutscher Soldaten, die den Vorbeifahrenden heißen Kaffee reichten. Als ich den Kindern dazu etwas zu essen geben wollte, fiel mir ein, daß sowohl die fertiggemachten Brote als auch Fett und Wurst sich nicht bei dem Gepäck befanden, das wir bei uns hatten. Glücklicherweise hatte ich im Rucksack einen ganzen Laib Brot und ein Taschenmesser. So lernten wir es schon am ersten Tage, dafür dankbar zu sein, daß wir wenigstens noch trockenes Brot essen konnten.

Mitten hinein in unsere ernsten Gedanken, die sich mit dem, was hinter uns und was vor uns lag, beschäftigten, schallte plötzlich laut und deutlich, wenn auch die Melodie nicht ganz richtig war, der erste Vers vom Lied: "Jesu geh voran ..." / "Führ' uns an der Hand bis ins Vaterland ..."

Meine Annemarie hatte es angestimmt, und die Jungen sangen es, so gut und laut sie es konnten, mit. Das war ein Trostwort aus Kindermund, das bei allen, die es hörten, seine Wirkung nicht verfehlte. Ich fühlte mich in meinen sorgenvollen Grübeleien durch das selbstverständliche Lied der Kinder, die auch etwas von der Ungewißheit, die auf uns lastete, spüren konnten, tief beschämt.

Als wir das Altreichsgebiet erreicht hatten, atmeten wir auf und machten im ersten Dorfkrug Rast, um uns aufzuwärmen, das Vieh zu füttern und vor allem, um einen Überblick zu gewinnen, wieweit wir noch beisammen geblieben waren. Dabei stellte es sich heraus, daß außer den polnischen Kutschern, die uns übrigens bis zum Schluß treu dienten, nur ein einziger Mann bei uns war, der Verwalter von Gut G., ein älterer, sehr gewissenhafter und frommer Mensch mit einem Beinleiden aus dem ersten Weltkrieg.

Die übrigen deutschen Männer waren ja, soweit sie nicht Soldaten waren, noch in den letzten Tagen zum Volkssturm einberufen. Nach einer kurzen ernsten Aussprache sah er ein, daß ihm das Amt des Treckführers auferlegt sei, und er hat es treu ausgeübt, bis uns in der West-Prignitz Pferde, Wagen und Kutscher beschlagnahmt wurden. Wir alle, besonders aber meine Kinder, haben ihm viel zu danken. Gott schenkte uns in ihm einen Vater und Versorger. Da er ja Gelegenheit hatte, auf dem Gutshof seinen Wagen vollzuladen, war er natürlich besser versorgt als wir alle und teilte immer wieder mit uns, was er besaß. Manche Suppe hat Frau M. für den ganzen Treck gekocht. ...

Das erste Nachtquartier bezogen wir in einem kleinen Dorf, 13 km hinter Driesen, und wurden dort sehr freundlich aufgenommen und gut gepflegt. Gepäck und Wagen wurden auf einem Gutshof abgestellt, und wir wurden in verschiedenen Häusern untergebracht. Die Familie, die uns aufnahm, holte uns mit einem Rodelschlitten ab, weil unsere Kinder so todmüde waren, daß sie nicht mehr fähig waren, auch nur einen kurzen Weg zu gehen.

Vor allem mein Curt ... fiel einfach in sich zusammen, wenn er stehen oder sitzen sollte. Mein Jüngster, der immer besonders guten Appetit hatte, verweigerte standhaft das Essen. "Ist nicht mein Löffel, ist nicht mein Teller!" Es dauerte tagelang, bis er begriff, daß er seinen Teller und Löffel nicht mehr besaß. ...<<

Kreis Samter – Erlebnisbericht des Bauern Gerhard J. (x001/380): >>23. Januar: ... Mit unseren guten Pferden und dem leichten Wagen kamen wir gut vorwärts, da wir auch über die Felder fuhren, aber überall fanden wir hilflose und hilfeschende Menschen, denen die Pferde auf der eisglatten Straße gefallen oder der Wagen in den Chausseegraben gerutscht war.

Allein zwischen Neutomischel und Bentschen habe ich 20 Pferde für die ausgefallenen Gespanne besorgt, und für 5 Wagen mußten Ersatzräder beschafft werden; dies hielt auf, aber für uns war es eine Freude, Menschen, meist Frauen und Kindern, weiterzuhelfen, damit niemand zurückblieb.

Gegen Abend war unser Treckende durch Bentschen durch, und wir hatten die alte Reichsgrenze erreicht, wo wir auch noch geregelte Verhältnisse voranden, denn hier wurde der Verkehr durch Wehrmacht oder Polizei geregelt und Hilfesuchende fanden auch Unterstützung. Bis zum Dorf Kuschten bei Neu-Bentschen fuhr ich dann noch, um 2 Stunden Rast zu machen. Dort fanden die letzten meiner Männer ihre Familien.

Hier erfuhr ich auch, daß unsere Treckspitze im Raum um Schwiebus war. Auf dem Distriktamt in Kuschten mußten wir auch unser erstes Opfer abliefern, ein erfrorenes Kind der Familie F. aus Kammthal. Der Vater des Kindes war Soldat, die Frau, wie die meisten Frauen, war ohne Hilfe der Männer auf sich selbst angewiesen. Es war an diesem Tage bereits das neunte erfrorene Kind, welches dort abgeliefert wurde. Wie furchtbar war es für die Mütter, welche auf so tragische Weise ihre lieben Kinder verloren und denen man nicht helfen konnte.

In Neu-Bentschen waren überall Anschläge vorhanden, aus welchen die einzelnen Kreise ersehen konnten, in welchem Kreis für ihre Unterkunft gesorgt war. Der Kreis Samter sollte in der West-Prignitz untergebracht werden. Jeder wußte nun sein Ziel, und es war auch gut, denn die einzelnen Trecks waren nicht mehr geschlossen, sondern durch dazwischenkommende Trecks z.T. zerrissen.

Mir lag nun viel daran, zu erfahren, wie es unseren Treckmitgliedern gehen würde, und so fuhr ich noch in der Nacht, wo die Straßen leer waren, bis nach Schwiebus, um meine Frau zu suchen. Nach langem Suchen fand ich diese in Riegersdorf bei Schwiebus, 7 km südlich von Schwiebus. Es war inzwischen 3 Uhr früh geworden.<<

24.01.1945

Wetterlage: 20-25° Kälte - eisiger Ostwind - starke Schneefälle.

Reichsgau Wartheland: Kreis Birnbaum – Erlebnisbericht des Pfarrers Helmut W. (x001/368-369): >>24. Januar. ... Die Zugänge zum Gutshof waren ... abgesperrt, es wurde kein Flüchtlingswagen auf den Hof gelassen, obwohl dort leere, offene Schuppen waren, in denen wenigstens 50 Gespanne einen, wenn auch nur notdürftigen Schutz hätten finden können. So blieb uns nichts übrig, als in dieser kältesten Nacht des Winters bei 20-25 Grad auf der Straße zu stehen. Wir deckten unsere braven, treuen Pferde mit Decken zu, die wir zum Glück (mitgenommen) hatten und liefen auf der Straße auf und ab, um uns warm zu halten. ...

Um 4 Uhr früh wurde es uns zu dumm und zu kalt, so daß wir weiterfuhren, andere waren schon vor uns wieder gestartet. Es ist Mondschein und gute Sicht, der Schnee knirscht unter den Rädern. Nach einigen Kilometern bogen wir rechts ab auf die große Hauptstraße Posen - Küstrin - Berlin. Hier mußte der Strom der Fahrzeuge schon länger und noch dichter gegangen sein. Tote Pferde, zerbrochene Wagen, in den Straßengraben gekippte Autos, die bei der Glätte an Straßenbäumen landeten oder infolge von Treibstoffmangel oder sonst einer Panne nicht weiter konnten, säumten zu beiden Seiten den Weg. ...

Die Erntewagen, die manche für den Treck benutzten, machten besonders Schwierigkeiten. Da mußten immer ein paar Leute den Wagen hinten am Langbaum halten und sich dagegen

stemmen, und trotzdem rutschte der Erntewagen oft weg. ...

Auch sonst gab es mancherlei Unfälle. ... Herr B. brach durch die schadhafte Decke eines Heubodens, als er unterwegs Heu für seine Pferde holte und verletzte sich das Rückrat so schwer, daß er nach einigen Tagen unter großen Qualen starb. ... Unter der Kälte litten besonders die Säuglinge, viele von ihnen erfroren. ... Die mitgenommene Milch gefror und unterwegs (gab es) keine Gelegenheit, sie aufzutauen oder neue Milch zu kaufen. ...

Um die Mittagszeit waren wir in Schwerin (an der Warthe), also westlich des "Ostwalls" von 1939. Ich habe weder von diesem "Ostwall" etwas bemerkt noch von den Soldaten, die ihn verteidigen wollten. Aber Panzersperren wurden allenthalben angelegt, nicht nur östlich, sondern auch westlich der Oder. Als wir in Schwerin auf dem Markt hielten, fuhren einige Gosliner Gespanne gerade ab. Die Insassen eines Fuhrwerkes sagten uns, wir sollten so schnell wie möglich weiterfahren, die Russen seien uns schon ziemlich dicht auf den Fersen. Die Schweriner selbst waren nicht so ängstlich, rechneten mit dem Räumungsbefehl jedoch in den nächsten 24 Stunden. Uns reichte es aber für heute.

Da es erst Mittag war und daher fast alle Gespanne noch weiter fuhren, fanden wir leicht ein Nachtquartier, auch für unsere Pferde (bekamen) wir einen guten Stall. Wir besuchten erst noch eine aus Goslin stammende Familie, erwischten dort einen Teller Hühnersuppe und erfuhren, daß das Aufnahmegebiet für uns der Kreis Soldin sein solle, wohin wir uns am folgenden Tag über Landsberg in Bewegung setzen sollten. Im übrigen bereiteten sich die Leute selbst zur Flucht vor. ...<<

Ostbrandenburg: Kreis Züllichau-Schwiebus – Erlebnisbericht des Bauern Gerhard J. (x001/380-381): >>Am 24. Januar fuhr ich nach Schwiebus, um mich an der Hauptstraße aufzustellen und nach unseren Trecks Ausschau zu halten. Wenn diese auch auseinandergerissen waren, so hielten doch immer noch einige Familien fest zusammen, um sich gegenseitig zu helfen.

An diesem Tage erfuhr ich, daß in Schwiebus bereits 35 erfrorene Kinder und auch alte Leute eingeliefert waren. Die starke Kälte und Schneetreiben, die Glätte auf den Straßen setzte den Flüchtlingen viel zu. In Schwiebus wurden die Trecks noch mehr auseinandergerissen, denn hier wurden durch die Wehrmacht Umleitungen angeordnet. So fuhren Teile unseres Trecks durch Crossen, Frankfurt und Küstrin.<<

25.01.1945

Wetterlage: 20-25° Kälte - Schneegestöber.

Ostkrieg: Die sowjetische Frontzeitung "Kassnoarmejskaja Prawda" berichtet am 25. Januar 1945 (x028/86): >>Es gibt kaum ein erziehenderes Schauspiel als eine brennende feindliche Stadt. Man sucht in seiner Seele nach einem Gefühl, das dem Mitleid ähnlich wäre, doch man findet es nicht. ... Brenne, Deutschland, du hast es nicht besser verdient! Ich will und werde dir nichts von dem verzeihen, was uns angetan wurde durch dich. ... Brenne, verfluchtes Deutschland!<<

Ilja Ehrenburg schreibt am 25. Januar 1945 in der sowjetischen Zeitung "Soviet War News" (x046/235): >>Wir haben die Hexe bei ihren Haaren gepackt, und sie wird uns nicht mehr entkommen. ... Jetzt sind wir in preußischen und schlesischen Städten. ...<<

Reichsgau Wartheland: Die systematische Einkesselung der Festung Posen beginnt am 25. Januar 1945. Die Stadt Posen (1253 nach deutschem Recht gegründet - x079/291) ist seit 1939 Sitz des Reichsstatthalters und Hauptstadt des Reichsgaues Wartheland. Posen (an der Warthe) ist ein altbekanntes Handelszentrum. Die Festung verfügt über große Industriebetriebe und besitzt einen Flughafen. Im Jahre 1941 lebten 318.475 Einwohner in der Stadt (x011/278).

Obwohl der Posener Festungskommandant kein erfahrener Frontoffizier ist, weiß General Mattern längst, daß man die Festung Posen nicht lange verteidigen kann.

General Mattern, ein Mann der "klaren Worte", erteilt folgenden Tagesbefehl (x027/72-73):

>>Der Angriff des Feindes auf die Festung Posen hat begonnen. Die Festung Posen wird verteidigt und nach dem Befehl des Führers getreu den Grundsätzen soldatischer Pflichterfüllung bis zum letzten Mann gehalten werden. Ihr wißt, daß der Ansturm des Feindes unserem deutschen Volk und unserer deutschen Heimat gilt. ... An unserem Widerstand soll und wird sein Ansturm weiterhin zerschellen!

Die Lage wird erst dann beschissen, wenn wir uns nicht mehr zu helfen wissen!" ...<<

Ostbrandenburg: Geflüchtete Posener im Kreis Landsberg/Warthe – Erlebnisbericht der Annemarie G. (x001/375): >>In Landsberg verließen uns sehr viele, fast alle, die im Reichsinneren Verwandte hatten, bei denen sie hofften, bleiben zu können, und fuhren mit der Eisenbahn weiter. Hier herrschten noch geordnete Verhältnisse. Wir erfuhren dort auch, daß unser Reichsstatthalter schon vor einer Woche mit großem Gefolge dort durchgereist ist und in einem der feudalsten Lokale den Abschied aus dem Warthegau gefeiert hatte.

Unser Treck wurde nun wesentlich kleiner. Jede Familie hatte einen Wagen für sich und konnte sich so wohnlich wie möglich einrichten. In Briesenhorst bekamen wir gute Quartiere mit Kochmöglichkeiten.<<

26.01.1945

Wetterlage: 18-25° Kälte - eisige Schneestürme - hohe Schneelage.

Reichsgau Wartheland: Im westlichen Gau können am 26. Januar 1945 nur noch ca. 50 % der deutschen Bevölkerung über die Oder flüchten.

27.01.1945

Wetterlage: 15-25° Kälte - gewaltige Schneestürme.

Polen: Am 27. Januar 1945 werden in Groß-Lubovica 32 Volksdeutsche gemartert und erschossen (x010/77).

Reichsgau Wartheland: Die Festung Posen wird am 27. Januar 1945 vollständig eingeschlossen.

Ostbrandenburg: Kreis Oststernberg – Erlebnisbericht des Pfarrers Helmut W. (x001/370):

>>Der Freitag führte uns weiter in Richtung Königswalde. ... Hier erfuhren wir, daß nicht der Kreis Soldin, sondern der Kreis Ostprignitz unser Aufnahmegebiet sein sollte. Das Gebiet östlich der Oder hatte man also abgeschnitten. Ostprignitz, das war noch ein weiter Weg. Wann werden wir dort sein? Wie lange werden wir uns noch auf der Landstraße umhertreiben?

Wir waren zunächst allein auf weiter Flur. (Es war) ein unheimliches Gefühl, aber im nächsten Dorf hatten wir wieder Anschluß an die Wagenreihen der Flüchtenden und trafen etwas später Otto K. mit weiteren 4 Gespannen aus Seeforst. Er war ziemlich verzagt: "Wie soll man sich ohne Karte nach Ostprignitz durchfinden? Jeder sagt einem einen anderen Weg, und die HJ an den Wegkreuzungen sind erst recht dumme Jungs, die nicht Bescheid wissen." ...<<

28.01.1945

Wetterlage: 20-30° Kälte - Schneegestöber.

Reichsgau Wartheland: Im Südwesten der Gauhauptstadt Posen brechen am 28. Januar 1945 sowjetische Infanteristen zur Innenstadt durch, weil unerfahrene deutsche Luftwaffeneinheiten die kampferprobten Rotarmisten nicht stoppen können.

Ostbrandenburg: Sowjetische Truppen greifen am 28. Januar 1945 bereits Frankfurt/Oder an.

Der Bahnverkehr bricht fast völlig zusammen. Reichsbahnzüge fahren nur noch über Küstrin nach Mitteldeutschland.

Küstrin, Kreis Königsberg – Erlebnisbericht des Pfarrers Helmut W. (x001/370-371): >>(Wir) stehen nach endloser Fahrt durch Kiefernwälder ... vor der Oderbrücke in Küstrin. ... Wir können zunächst nicht weiter. HJ, mit Gewehren bewaffnet, bewacht die Brücke und holt von jedem Wagen die etwa volkssturmpflichtigen Männer herunter.

Die Verteidigungsstellung für die Oder-Linie soll nun also erst gebildet werden. Ich sage dem

Jungen, daß ich als aktiver Gemeindepfarrer nicht volkssturmpflichtig sei. Er fragt, ob ich darüber eine schriftliche Bescheinigung habe. "Die brauche ich nicht, das steht so im Volkssturmggesetz, das solle er einmal genau durchlesen", (antworte ich). Aber trotzdem heißt es zunächst: kein Flüchtlingswagen darf die Brücke passieren. Die Kolonnen der Flüchtlingswagen vor der Brücke werden immer größer. ...

Inzwischen ist von einer Brückenwache nichts mehr zu sehen. Ich sehe nicht ein, weshalb wir noch warten sollen. Wir fahren los, und die Kolonnen hinter uns schließen sich uns an. Weder auf der Brücke noch am westlichen Brückenkopf hindert uns jemand. Wir haben also die Oder hinter uns, und es ist uns etwas leichter ums Herz.

Mit Beginn der Dämmerung finden wir in Küstrin-Kietz Unterkunft für die Pferde und in verschiedenen Häusern auch für die Menschen. Wir selbst und Frau L. sind bei dem NSV-Leiter untergekommen. Er ist ein ordentlicher Mann, der sicher aus Idealismus zur NSDAP gekommen ist und all die schlimmen Dinge nicht billigt, zum Teil noch gar nichts von ihnen weiß. Er kommt erst spät abends von seiner Arbeit für die Versorgung und Unterbringung der Flüchtlinge todmüde nach Hause und freut sich, als Frau L. ihm ein paar schöne Scheiben von ihrem mitgenommenen Speck auf seine Schnitte legt. Brot und Speck sind doch mitunter eine trostreiche Angelegenheit. Dieser NSV-Leiter war der letzte Amtsträger, den ich in brauner Uniform sah. All die späteren westlich der Oder taten ihren Dienst in Zivil.<<

Kurzig, Kreis Meseritz – Erlebnisbericht des Gendarmeriebeamten Friedrich P. (x001/393):
>>Nach Mitternacht kam Bruno P. und erzählte, daß um 4 Uhr morgens der letzte Zug nach Frankfurt abfahre. Wir beschlossen, zu fliehen und den Zug zu benutzen. Die Soldaten redeten uns zu und erzählten viele schreckliche Dinge, die sie erlebt und gesehen hatten. Ich packte die wertvollsten Sachen in 2 Koffer.

Als wir zum Bahnhof kamen, war es dunkel. Der im Stationsgebäude wohnende Beamte war am Vortage abgefahren. Der in der Nähe wohnende Beamte B. erklärte uns: "Der Verkehr ist eingestellt, es fährt kein Zug mehr! Der letzte Zug ist schon vor Frankfurt von russischen Panzern beschossen worden." Wir zogen traurig mit unseren Koffern wieder nach Hause.

Strenge Kälte hatte über Nacht eingesetzt, gegen Morgen wurde es etwas milder, es fing an zu schneien. Gegen Mittag kam ein Oberleutnant der Feldartillerie auf den Hof geritten. Er rief den Bürgermeister und erklärte ihm, daß er mit seiner Batterie südlich der Siedlung aufgefahren sei und daß er das Feuer eröffnen werde. Gegen Abend fielen die ersten Schüsse. Die elektrische Leitung wurde getroffen. Wir waren jetzt ohne Strom und Wasser, denn die Pumpstation besaß einen Elektromotor. ...

Hier in den Wäldern hatte man im Sommer 1944 bis Januar 1945 ganz moderne Stellungen gebaut. Hunderte von Berliner Arbeitern hatten unter Leitung von Pionierkommandos gearbeitet. Die Bauern hatten die Gespanndienste geleistet. Deswegen lagerten damals auf unseren Scheunentennen 60 bis 100 Mann. Im letzten Januardrittel 1945 wurden diese Stellungen von dem sog. Volkssturm - Arbeitern und Bauern aus der Gegend von Landsberg an der Warthe - besetzt. ... Sie sind von den Russen erschlagen worden und lagen haufenweise vor den Bunkern. Der Russe trieb später die 10- bis 14jährigen Jungen zusammen, sie haben die Toten unter Aufsicht der Russen beerdigt.<<

Hinweise für den Leser

Einstellungstermin: 01.07.2025

Die PDF-Datei wird **kostenlos** zur Verfügung gestellt.

Rechtschreibregeln: Diese Chronik wurde nach den "alten Rechtschreibregeln" erstellt.

Zitate: Die zitierten Zeitzeugenberichte, Berichte von Historikern, Publikationen und sonstige Quellentexte werden stets mit offenen Klammern >> ... << gekennzeichnet.

Bei Auslassungen ... wurde sorgfältig darauf geachtet, daß der ursprüngliche Sinnzusammenhang der Zitate nicht unzulässig gekürzt oder verfälscht wurde.

Anregungen und Kritik: Für Anregungen bin ich stets dankbar. Sollten mir in dieser Chronik Fehler unterlaufen sein, bitte ich um Nachsicht und Benachrichtigung.

Urheberrechte: Alle Rechte vorbehalten. Diese Chronik ist ausschließlich für den privaten Gebrauch bestimmt.

Quellen- und Literaturnachweis

Die Quellenangaben kennzeichnen nur die Fundstellen. **Nach dem x wird der Buchtitel und nach dem Schrägstrich die Seite angegeben.**

Beispiel: (x001/79) = Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa Band I, Seite 79.

x001	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa I. <u>Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße. Band 1.</u> Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1954. München 1984.
x002	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa I. <u>Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße. Band 2.</u> Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1954. München 1984.
x003	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa I. <u>Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße. Band 3.</u> Polnische Gesetze und Verordnungen 1944-1955. Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1954. München 1984.
x008	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa II. Das Schicksal der Deutschen in Ungarn. Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1956. München 1984.
x010	Bundesarchiv Koblenz; Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): <u>Vertreibung und Vertreibungsverbrechen 1945-1948.</u> Bericht des Bundesarchivs vom 28.05.1974, Archivalien und ausgewählte Erlebnisberichte. Bonn 1989.
x011	Statistisches Reichsamt (Hg.): Amtliches Gemeindeverzeichnis für das Großdeutsche Reich aufgrund der Volkszählung 1939. Berlin 1944.
x013	Gesellschaft für Literatur und Bildung mbH (Hg.): <u>Die Wehrmachtsberichte 1939-1945. Band 3:</u> 1. Januar 1944 bis 9. Mai 1945. Unveränderter Nachdruck. Köln 1989.
x020	Benz, Wolfgang (Hg.): <u>Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten.</u> Ursachen, Ereignisse, Folgen. Frankfurt/Main 1988.

x021	Böddeker, Günter: <u>Die Flüchtlinge</u> . Die Vertreibung der Deutschen im Osten. Frankfurt/Main 1985.
x024	Kuhn, Ekkehard: <u>Nicht Rache, nicht Vergeltung</u> . Die deutschen Vertriebenen. Frankfurt/Main; Berlin 1989.
x025	Nawratil, Heinz: <u>Vertreibungs-Verbrechen an Deutschen</u> . Tatbestand, Motive, Bewältigung. 4. überarbeitete Auflage. Frankfurt/Main; Berlin 1987
x026	Nawratil, Heinz: Die deutschen Nachkriegsverluste unter Vertriebenen, Gefangenen und Verschleppten. München/Berlin 1988.
x027	Thorwald, Jürgen: DIE GROSSE FLUCHT. München/Zürich 1979.
x028	Zayas, Alfred Maurice de: <u>Die Anglo-Amerikaner und die Vertreibung der Deutschen</u> . Vorgeschichte, Verlauf, Folgen. 7. Auflage. Frankfurt/Main; Berlin 1988.
x029	Zayas, Alfred Maurice de: <u>Die Wehrmacht-Untersuchungsstelle</u> . Deutsche Ermittlungen über alliierte Völkerrechtsverletzungen im Zweiten Weltkrieg. 4. erweiterte Auflage. München 1984.
x031	Schön, Heinz: Flucht über die Ostsee 1944/45 im Bild. 3. Auflage. Stuttgart 1994.
x032	Overesch, Manfred, und Friedrich Wilhelm Saal: <u>Das III. Reich 1933-1939</u> . Eine Tageschronik der Politik - Wirtschaft - Kultur. Augsburg 1991.
x033	Overesch, Manfred: <u>Das III. Reich 1939-1945</u> . Eine Tageschronik der Politik – Wirtschaft - Kultur. Augsburg 1991.
x034	Overesch, Manfred, und Friedrich Wilhelm Saal: <u>Die Weimarer Republik</u> . Eine Tageschronik der Politik - Wirtschaft - Kultur. Augsburg 1992.
x035	Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): <u>Vertrieben. ...</u> Literarische Zeugnisse von Flucht und Vertreibung. Bonn 1992.
x037	Sander, Helke, und Barbara Johr (Hg.): <u>Befreier und Befreite</u> . Krieg, Vergewaltigungen, Kinder. Frankfurt/Main 1995.
x039	Grube, Frank, und Gerhard Richter: <u>Flucht und Vertreibung</u> . Deutschland zwischen 1944 und 1947. Hamburg 1980.
x040	Hillgruber, Andreas, und Gerhard Hümmelchen: <u>Chronik des Zweiten Weltkrieges</u> . Kalendarium militärischer und politischer Ereignisse 1939-1945. Neuausgabe. Düsseldorf 1989.
x041	Hillgruber, Andreas, und Jost Dülffer (Hg.): PLOETZ <u>"Geschichte der Weltkriege"</u> . Mächte, Ereignisse, Entwicklungen 1900-1945. Freiburg/Würzburg 1981.
x044	Zentner, Christian: Große Geschichte des Dritten Reiches und des Zweiten Weltkrieges – Zusammenbruch. München/Köln 1989.
x046	Hoffmann, Joachim: <u>Stalins Vernichtungskrieg</u> . Planung, Ausführung und Dokumentation. 7. Auflage. München 2001.
x047	Dorst, Klaus, und Birgit Hoffmann (Hg.): Kleines Lexikon Sowjetstreitkräfte. 1. Auflage. Militärverlag der DDR. Ost-Berlin 1987.
x051	Zentner, Christian, und Friedemann Bedürftig (Hg.): Das große Lexikon des Dritten Reiches. München 1985.
x052	Ziemke, Earl F.: Die Schlacht um Berlin. Rastatt 1992.
x059	Lasius, Rolf, und Hubert Recker: <u>Geschichte, Band 3</u> . Das Zeitalter der Weltmächte und Weltkriege. 3.-5. Auflage. Weinheim 1964.
x061	Kinder, Hermann, und Werner Hilgemann: <u>dtv-Atlas zur Weltgeschichte. Band 2</u> . Von der Französischen Revolution bis zur Gegenwart. 25. erweiterte Auflage. München 1991.
x064	Pfister, Hermann (Hg.): <u>Polen und Deutsche</u> . Der lange Weg zu Frieden und Versöhnung. 2. Auflage. Waldkirch 1977.
x067	Hüttenberger, Peter u.a. (Hg.): <u>Geschichtsbuch. Band 4</u> . Die Menschen und ihre Ge-

	schichte in Darstellungen und Dokumenten. Vom Ende des 1. Weltkrieges bis heute. 1. Auflage. Berlin 1988.
x069	Klett, Ernst (Hg.): <u>Kletts Geschichtliches Unterrichtswerk. Band IV.</u> Um Volksstaat und Völkergemeinschaft. E. Klett Verlag, Stuttgart 1967.
x073	Hug, Wolfgang (Hg.): <u>Unsere Geschichte. Band 3.</u> Von der Zeit des Imperialismus bis zur Gegenwart. Frankfurt/Main 1986.
x076	Andreae, Hugo: Lehrbuch der Geschichte für berufsbildende Schulen. Verlag Handwerk und Technik, Hamburg 1962.
x080	Conquest, Robert: Stalin. Der totale Wille zur Macht. München 1991.
x093	F. A. Brockhaus GmbH Mannheim (Hg.): <u>DER BROCKHAUS. PERSONEN DER MENSCHHEITSGESCHICHTE VON A-Z.</u> Augsburg 2000.
x100	Duffy, Christopher: <u>Der Sturm auf das Reich.</u> Der Vormarsch der Roten Armee 1945. München 1994.
x104	Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): <u>Ostdeutsche Gedenktage 1989.</u> Persönlichkeiten und historische Ereignisse. Bonn 1989.
x105	Wildermuth, Rosemarie: <u>Als das Gestern heute war.</u> Erzählungen Gedichte und Dokumente zu unserer Geschichte (1789-1949). 3. verbesserte Auflage. München 1978.
x111	Overesch, Manfred, und Jork Artelt: <u>Das besetzte Deutschland 1945-1947.</u> Eine Tageschronik der Politik - Wirtschaft - Kultur. Augsburg 1992.
x138	Zentner, Christian: Große Geschichte des Dritten Reiches und des Zweiten Weltkrieges - Blitzkriege. München/Köln 1989.
x150	Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): Forum für Kultur und Politik. Heft 15. Bonn 1996.
x155	Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): Erklärungen zur Deutschlandpolitik. Dokumentation Teil I, 1949-1972. Bonn 1984.
x172	Baker, Nicholson: <u>Menschenrauch.</u> Wie der Zweite Weltkrieg begann und die Zivilisation endete. 2. Auflage. Hamburg 2009.
x178	Shapiro, Irwin, und Jonathan Bartlett (Hg.): <u>Illustrierte Weltgeschichte. Band 14.</u> Totalitäre Systeme und Staaten. Neuer Tesseloff Verlag, Hamburg 1969.
x186	Längin, Bernd G.: Unvergessene Heimat Pommern. Augsburg 1994.
x191	Klett, Ernst (Hg.): <u>Menschen in ihrer Zeit. Band 6.</u> In unserer Zeit. 3. Auflage. Stuttgart 1978.
x264	Gosztony, Peter: <u>Stalins fremde Heere.</u> Das Schicksal der nichtsowjetischen Truppen im Rahmen der Roten Armee 1941-1945. Bonn 1991.
x283	Demandt, Alexander: <u>Es hätte auch anders kommen können.</u> Wendepunkte deutscher Geschichte. 4. Auflage. Berlin 2011.
x294	Arburg, Adrian von u.a.: <u>Als die Deutschen weg waren.</u> Was nach der Vertreibung geschah: Ostpreußen, Schlesien, Sudetenland. 6. Auflage. Hamburg 2007.
x300	Hug, Wolfgang (Hg.): <u>Geschichtliche Weltkunde. Band 3.</u> Von der Zeit des Imperialismus bis zur Gegenwart. 1. Auflage. Frankfurt/Main 1976.
x309	Nawratil, Heinz: <u>Die Versöhnungsfalle.</u> Deutsche Beflissenheit und polnisches Selbstbewußtsein. Wien 2011.
x311	Benoist-Méchin, Jacques: <u>Sommerkrise und Kriegsausbruch 1939.</u> Das Deutsche Reich und die Geheimpolitik der europäischen Großmächte. Stegen am Ammersee 2009.
x320	Schultze-Rhonhof, Gerd: <u>Der Krieg, der viele Väter hatte.</u> Europas Weg in die Katastrophe. COMPACT-Geschichte Nr. 4. Werder (Havel) 2018.
x358	Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Verbrechen an Deutschen.</u> Vertreibung, Bombenterror, Massenvergewaltigungen. COMPACT-Geschichte Nr. 8. Werder (Havel) 2019.

x368	Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Polens verschwiegene Schuld</u> . Verbrechen an Deutschen von Versailles bis zur Vertreibung. COMPACT-Geschichte Nr. 17. Werder (Havel) 2022.
------	--

Internet

x853	THEOLOGISCHES, katholische Monatschrift: http://www.theologisches.-net/index.php?option=com_content&view=article&id=52&Itemid=58 - März 2015
x887	http://www.preussische-allgemeine.de/archiv-suche.html - Dezember 2016

Bildnachweis

Mahnmal in Unterretzbach (Österreich)

Internetquelle: "http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Datei:GuentherZ_2005-06-25_2116_Unterretzbach_Heimatdenkmal.jpg&filetimestamp=20060627175050" (19.03.2012)